

## IV. Die amerikanische Deutschlandkonzeption und -politik 1943-1945

### 24. Die Vereinigten Staaten und die globale Sicherheit

#### 24. 1. Vier Freiheiten und Atlantik-Charta. Präsident Roosevelt und die Grundzüge einer liberalen Friedensordnung

Nach dem japanischen Überraschungsangriff auf Pearl Harbor am 7. Dezember 1941 und der darauffolgenden Kriegserklärung Hitlers an die USA traten die Vereinigten Staaten in den bis dahin europäischen Krieg ein. Doch schon bevor die USA ihre wachsende Macht in die Waagschale warfen, ließ Präsident Franklin Delano Roosevelt die Weltöffentlichkeit wissen, für welche Friedensziele sein Land sich einsetzen würde. Auch über seine Sicht Hitlerdeutschlands machte er einige aufschlußreiche öffentliche Bemerkungen. In seiner Neujahrsbotschaft am 3. Januar 1940 bezeichnete er die USA als einen "potent and active factor in seeking the reestablishment of world peace".<sup>1</sup>

Auf einer Pressekonferenz im Juli 1940 bekannte sich der Präsident mit Blick auf die Richtlinien eines zukünftigen Friedens erstmals auf die vier Freiheiten, die er in einer späteren Rede ausführen sollte.<sup>2</sup> In einem seiner auf öffentliche Resonanz bedachten, informellen Kamingsgespräche verurteilte Roosevelt Ende 1940 die nationalsozialistische Eroberungspolitik und schloß eine Appeasement-Politik kategorisch aus: "There can be no appeasement with ruthlessness. ... We know now that a nation can have peace with the Nazis only at the price of total surrender".

Hier fiel bereits das Konzept der bedingungslosen Kapitulation auf, das 1943 als Kriegsziel gegen Deutschland öffentlich proklamiert werden sollte. In Anspielung auf die Heilige Allianz nach 1815 sprach Roosevelt von einer "unholy alliance" der modernen Diktaturen, gegen die der Kampf der Demokratien stehe, und prägte die berühmten Worte: "We must be the great arsenal of democracy."<sup>3</sup> Dies war ein Anklang an die Rede Präsident Wilsons aus dem Januar 1917: "The world must be made safe for democracy."<sup>4</sup>

Präsident Roosevelt bekräftigte den Anspruch der Vereinigten Staaten, ihr machtpolitisches Gewicht zur Stärkung der Demokratien in die Waagschale zu werfen. Dies bedeutete de facto eine Unterstützung Großbritanniens. Denn das Inselreich war die einzige Demokratie Europas, die noch gegen die Achsenmächte stand und unter Churchills Führung den Kampf nicht aufzugeben bereit war. Großbritannien war die Verteidigerin der Demokratie; ein Fall Londons, wie er im Mai 1940 gefährlich nahegelegen hatte, hätte in Europa düsterste Zeiten anbrechen lassen.<sup>5</sup> Franklin D. Roosevelt hat dies natürlich gesehen, und in einer Weise, die sich bemerkenswert von der Neutralitätspolitik Woodrow Wilsons unterschied, tat der Regierungschef alles, um London knapp unter-

<sup>1</sup>"Annual Message to the Congress", 3. 1. 1940, F. D. Roosevelt, *The Public Papers and Addresses of Franklin D. Roosevelt*, 13 Vols., New York 1938 ff. (im folg. abgekürzt als Roosevelt, PP), Vol. 9: 1940, S. 3.

<sup>2</sup>"Press-Conference", 5. 7. 1940, Roosevelt, PP, 1940, S. 284 f.

<sup>3</sup>"Fireside Chat on National Security", 29. 12. 1940, Roosevelt, PP, 1940, S. 633 ff., Zit. S. 638, 639, 643.

<sup>4</sup>Vgl. Teil 2, Kap. 1. 2.

<sup>5</sup>Vgl. dazu jetzt Lukacs, *Fünf Tage*.

halb der Schwelle des Krieges so weit wie möglich zu unterstützen. Bei dieser selbstgesetzten Aufgabe bewies Roosevelt ein großes politisches Geschick.<sup>6</sup>

So war es nur folgerichtig, daß Roosevelt Anfang Januar 1941 vor dem Kongreß das Anlaufen der Lend-Lease-Hilfe für Großbritannien bekannt gab.<sup>7</sup> Gleichzeitig kündigte Roosevelt sein Programm der Vier Freiheiten an. Es ging dem Präsidenten dabei um Freiheiten, auf denen eine zukünftige Weltordnung beruhen sollte: Rede- und Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit, Freiheit von Willkür und Furcht. Die Vier Freiheiten waren als eine kompromißlose Absage an Diktaturen und Autokratien zu verstehen, und in einer für amerikanische Politik bezeichnenden Verknüpfung legte Roosevelt mit ihnen den Grundstein für Frieden und Sicherheit.

Unter der Freiheit von Furcht verstand der Präsident "a world wide reduction of armaments to such a point and in such a thorough fashion that no nation will be in a position to commit an act of physical aggression against any neighbor".<sup>8</sup> Weltweite Abrüstung sollte weltweite Sicherheit schaffen. Es sollte allerdings Ausnahmen von dieser Regel geben - die alleinige Bewaffnung der Großmächte, auf die in Kap. 1. 2. eingegangen wird.

Bemerkenswert an Roosevelts insgesamt vage gehaltenem Friedensprogramm ist die Anlehnung an einige der vierzehn Punkte Woodrow Wilsons. Roosevelt machte sich zum Fürsprecher derjenigen Menschen, die in den Wirren des Krieges besseren Tagen entgegensehen.<sup>9</sup> Im Unterschied zu Wilson waren die "Four Freedoms" weniger prophetisch und emphatisch, sondern nüchterner formuliert, was ihren Anspruch jedoch nicht schmälerte.

Präsident Roosevelt benannte in dem Friedensprojekt der Vier Freiheiten Voraussetzungen eines friedlichen internationalen Zusammenlebens, die in seinen Augen eine weltweite Gültigkeit beanspruchten. Der amerikanische Regierungschef unterstrich den Anspruch seines Landes, im weltweiten Kampf zwischen Demokratie und Diktatur eine bedeutsame Rolle zu spielen - eine Rolle, die zunächst moralischer, ideeller Art war.

Der US-Präsident bereitete in seiner Rede die amerikanische Öffentlichkeit schon auf den nächsten Schritt vor, der seiner Meinung nach nur eine Frage der Zeit sein konnte: daß Amerika an der Seite Großbritanniens für seine Ideale kämpfen würde, in einem Krieg, mit dem das nationalsozialistische Deutschland die letzten Reste der Pariser Friedensordnung zertrümmert hatte. Roosevelts Vier Freiheiten forderten das Recht Amerikas und der Welt ein, von der vernichtenden Militärmaschinerie des Deutschen Reiches befreit zu werden. Roosevelt hielt seine Rede zu einem Zeitpunkt, als Hitler Herr über den europäischen Kontinent war.

---

<sup>6</sup>Kissinger, Vernunft, S. 392-417.

<sup>7</sup>Vgl. dazu W. F. Kimball, *The most Unsordid Act. Lend-Lease, 1939-1941*, Baltimore 1969.

<sup>8</sup>"Annual Message to the Congress", 6. 1. 1941, Roosevelt, PP, 1940, S. 672. Im Original "freedom of speech and expression, freedom of every person to worship god in his own way, freedom from want, freedom from fear".

<sup>9</sup>Kissinger, Vernunft, S. 413, meint allerdings, in keinem europäischen Krieg sei "je für so weitreichende Ziele gekämpft worden". Nicht einmal Wilson habe "soziale Belange, etwa die Freiheit von wirtschaftlicher Not, als Kriegsziel verkündet". Vgl. zur politischen Ideenwelt Roosevelts J. MacGregor Burns, *Roosevelt. The Soldier of Freedom*, New York 1970, S. 547 f.; zur Biographie ders., *Roosevelt. The Lion and the Fox*; New York 1956.

Nachdem Hitler, ausgehend von der "Festung Europa", im Juni 1941 seinen Überfall auf die Sowjetunion begonnen hatte und die deutschen Armeen rasend schnell in die weiten Räume Osteuropas vorstießen, änderte sich die machtpolitische Lage entscheidend. Hitlers Griff nach der Herrschaft über Eurasien entlastete durch die Konstellation des Zweifrontenkrieges zunächst Großbritannien. Gleichzeitig stellte sich die Frage, welche Konsequenzen die erweiterte Kriegführung Deutschlands für das amerikanische Projekt einer Weltordnung auf der Grundlage von Freiheit und Demokratie mit sich brachte.

Umgehend bemühte sich Präsident Roosevelt um die Unterstützung der britischen Regierung für eine gemeinsame Erklärung über Friedensziele. Wie Sumner Welles, der Staatssekretär im State Department, berichtete, wollte Roosevelt sich mit Premierminister Churchill über die Grundlagen einer weltweiten Neuordnung verständigen, aufgebaut auf den Pfeilern der Freiheit und Gerechtigkeit.<sup>10</sup> Dabei verfolgte die US-Regierung durchaus eine Reihe eigener Interessen. So reagierte Roosevelt, ähnlich wie seinerzeit Wilson, geradezu allergisch auf die Vorstellung, die europäischen Mächte könnten sich im Krieg mittels geheimdiplomatischer Absprachen auf die Grundzüge der Nachkriegsordnung festgelegt haben. Schon Wilson hatte die Abkehr von der Geheimdiplomatie an den Anfang seiner Vierzehn Punkte gestellt.

Nicht zuletzt die Bereitschaft des bedrängten Großbritanniens, sowjetische Forderungen in Osteuropa wohlwollend zu behandeln, dürfte der Präsident bei seinem Schritt im Auge gehabt haben.<sup>11</sup> Deshalb bat Roosevelt den britischen Premierminister im Juli 1941, einige Wochen nach dem Beginn von Hitlers Ostkrieg, amerikanische Befürchtungen auszuräumen: "an overall statement on your part would be useful at this time, making it clear that *no postwar peace commitments as to territories, populations or economics* have been given".<sup>12</sup> Roosevelts Befürchtung war nicht unbegründet: durch den Zweifrontenkrieg Deutschlands hatte sich Londons diplomatischer Spielraum zwar nicht erheblich, aber nicht unbedeutend vergrößert; und die weiteren Entwicklungen der Jahre 1941 und 1942 sollten zeigen, daß London in seinem Bündnis mit dem sozialistischen Reich im Osten Europas sehr weit gehen sollte, weiter, als es der amerikanischen Regierung zu diesem Zeitpunkt lieb war.

Gegenseitige Absprachen im Stil europäischer Kabinettspolitik waren für Roosevelt ein Weg, um die Handlungsfreiheit bei der Errichtung einer neuen Friedensordnung zu beeinträchtigen, ja unmöglich zu machen. Dies wollte die US-Führung, nach den Erfahrungen der Wilson-Regierung mit den Geheimverträgen zwischen Großbritannien, Frankreich und Italien sowie Japan im Ersten Weltkrieg nicht noch einmal hinnehmen. Zugleich hieß das, daß die amerikanische Führung selbstbewußt klarstellte, daß sie ein Mitspracherecht bei der Errichtung der Nachkriegsordnung beanspruchte. Washington, das die Pariser Friedensordnung politisch nicht garantiert hatte, wollte von der Neuge-

---

<sup>10</sup>S. Welles, *Where are we Heading?* London 1947, S. 5 f.

<sup>11</sup>Vgl. Teil 3, Kap. 2. 1. Seit den britisch-sowjetischen Verhandlungen in Moskau im Dezember 1941 wurde diese Problematik noch offenkundiger, weswegen US-Außenminister Hull Roosevelt warnte: "If the British Government, with the tacit or expressed approval of this Government, should abandon the principle of no territorial commitments prior to the Peace Conference, it would be placed in a difficult position to resist additional Soviet demands relating to frontiers, territory, or spheres of influence which would almost certainly follow whenever the Soviet Union would find itself in a favorable bargaining position." Hull an Roosevelt, 4. 2. 1942, FRUS 1942, III, S. 510. So sollte es 1944/45 tatsächlich kommen.

<sup>12</sup>Roosevelt an Churchill, 14. 7. 1941, Correspondence, I, S. 222, Hervorh. von mir.

staltung der Mächtebeziehungen nicht ausgeschlossen bleiben, auch wenn es im Sommer 1941 noch den Status einer neutralen Macht einnahm.

Roosevelts Hinweis auf die wirtschaftliche Seite einer Friedensordnung in seinem Schreiben an Churchill dürfte von der Sorge bestimmt gewesen sein, daß dem Freihandel weitere Gefahr drohe. Der Freihandel, das hatte bereits Präsident Wilson deutlich gemacht, gehörte unverrückbar zum Kern einer liberalen Friedensordnung (vgl. Teil 2, Kap. 6. 1.). Eine wirtschaftliche Blockbildung hatte bereits das Jahrzehnt vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges gekennzeichnet. Auch Großbritannien war mit der Einführung der sogenannten imperialen Präferenzzölle, 1932 im kanadischen Ottawa beschlossen, an dieser Entwicklung beteiligt. Sie lief den amerikanischen Interessen strikt entgegen. Vor diesem Hintergrund bestand Roosevelts Interesse darin, das traditionelle amerikanische Ziel freien Welthandels und ungehinderten Zugangs zu den Rohstoffen - die "Open-Door-Policy" - auch gegenüber dem britischen Empire durchzusetzen.

Um die im Raume stehenden Fragen zu klären, möglicherweise auch, um sich nicht eines Tages zur Verkündung einer Art zweiten Vierzehn-Punkte-Planes genötigt zu sehen<sup>13</sup>, traf Roosevelt mit Churchill vom 9. bis 12. August 1941 in Placentia Bay vor der Küste Neufundlands zusammen. Diese zweiseitige Begegnung an Bord der beiden Schlachtschiffe "Augusta" und "Prince of Wales" war die erste Gipfelkonferenz im Zweiten Weltkrieg. Die gemeinsame Erklärung, zusammen mit einem kurzen Bericht über das Treffen am 14. August veröffentlicht, ist nach dem Ort ihrer Entstehung als Atlantik-Charta in die Geschichte eingegangen.<sup>14</sup>

Die Atlantik-Charta diente auch als Grundlage für die Deklaration der Vereinten Nationen, die am 1. Januar 1942 von 26 Staaten unterzeichnet wurde. Auf diese Weise verwirklichte die amerikanische Regierung später den Anspruch der Erklärung, das Fundament einer neuen Weltordnung des Friedens, des Rechts und der Demokratie zu sein. Freilich war die Erklärung kein völkerrechtlicher Vertrag; sie sollte deshalb unter politischen, nicht unter juristischen Gesichtspunkten betrachtet werden. Ihr Ziel war es, "der Auseinandersetzung mit Deutschland eine allgemein gültige Grundlage zu geben".<sup>15</sup> Nicht zuletzt war der Gipfel in Placentia Bay daher eine für Roosevelt willkommene Gelegenheit, die formell noch neutralen Vereinigten Staaten öffentlichkeitswirksam an die Seite des kriegführenden Großbritanniens zu stellen.

Der amerikanische Einfluß auf die Atlantik-Charta läßt sich aus den Verhandlungen über die Formulierung der einzelnen acht Punkte wie auch aus dem gebilligten Text gut entnehmen.<sup>16</sup> Der fünf Punkte umfassende britische Entwurf war bereits mit Roosevelts Berater Harry Hopkins vorbesprochen worden. Sumner Welles, der Staatssekretär im State Department, legte im Anschluß an die erste Konferenzbesprechung einen Sieben-Punkte-Entwurf vor, der zusätzlich zum britischen Entwurf den freien Welthandel, die Freiheit von Furcht und Not und die Entmilitarisierung der Angreiferstaaten betonte. Bei der Verschmelzung der amerikanischen und britischen Entwürfe gelang es den

---

<sup>13</sup>Vgl. Gietz, S. 78 f.

<sup>14</sup>Text: FRUS, 1941, I, S. 367-369, deutsch: DDP I/2, S. 11-12, vgl. Woodward I, S. 210-219. Zum Gipfeltreffen siehe Sherwood, S. 273-288; Wilson, Summit.

<sup>15</sup>So E. Deuerlein, Die Präjudizierung der Teilung Deutschlands 1944/45; in: Deutschland-Archiv 2 (1969), S. 355.

<sup>16</sup>Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnungen von Welles, 10. 8. 1941, FRUS, 1941, I, S. 354-356, 11. 8. 1941, S. 356-367.

Amerikanern allerdings nicht, Großbritannien auf die Aufgabe der handelspolitischen "Imperial Preference" für das Empire festzulegen.<sup>17</sup>

US-Außenminister Cordell Hull, ein politischer Anhänger Wilsons, erklärte auf einer Pressekonferenz in einer klassisch wilsonianischen Ausdrucksweise, die Atlantik-Charta sei ein "statement of basic principles and fundamental ideas and policies that are universal in their practical application".<sup>18</sup> Wie ernst Hull dieses Bekenntnis auch in einem späteren Stadium des Krieges nahm, zeigen seine Worte in einer Rundfunkrede 1944: die Atlantik-Charta sei "an expression of fundamental objectives toward which we and our Allies are directing our policies. It lays down the common principles upon which rest the hope of liberty, economic opportunity, peace and security through international cooperation." Für Hull war die gemeinsame Erklärung ein Dokument des Wilsonianismus, auch wenn er sich beeilte hinzuzufügen, sie dürfe nicht mit einem "code of law" verwechselt werden.<sup>19</sup> Hull meinte mit seinen vagen Worten, daß die Charta eine Art Prinzipienkatalog bilde, entlang dessen die internationalen Beziehungen neu zu gestalten waren.

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker nach innen und nach außen, der Freihandel, eine allgemeine Abrüstung, der Verzicht auf territoriale Erweiterung und die Entmilitarisierung von Friedensstörern - diese in der Atlantik-Charta niedergelegten Prinzipien entsprachen erkennbar dem bisherigen amerikanischen Verständnis einer friedlichen, freiheitlichen Weltordnung. Viele dieser Grundsätze lassen sich ideengeschichtlich problemlos aus Wilsons Vierzehn Punkten herleiten.<sup>20</sup> Wichtig ist auch, daß der Atlantik-Charta die Ablehnung einer Gleichgewichtspolitik innewohnte. Henry Kissinger sieht die "[n]ationale Selbstbestimmung" als den "Grundpfeiler dieser neuen Weltordnung" und bemerkt zu Recht, die "Sicherheitsproblematik" sei in wilsonianischer Tradition behandelt worden, indem "[g]eopolitische Elemente.. keine Rolle" gespielt hätten.<sup>21</sup>

Präsident Roosevelt selbst betonte wiederholt, die Atlantik-Charta gelte mit ihren Grundsätzen "disarmament of aggressors, self-determination of Nations and peoples, and the four freedoms" für alle Teile der Welt, für die ganze Menschheit.<sup>22</sup> Theoretisch war auch für die Deutschen nach einer Befreiung von Hitlers Herrschaft ein Platz in dieser Weltordnung nicht ganz ausgeschlossen. Punkt vier der Atlantik-Charta war in dieser Hinsicht am deutlichsten: so sollten "alle Staaten, groß oder klein, Sieger oder Besiegte, unter gleichen Bedingungen Zugang zu den Märkten und Rohstoffen der Welt erhalten".<sup>23</sup> War dies als ein - wirtschaftspolitisch gefaßter - Anklang an Wilsons "Frieden ohne Sieg" zu verstehen?<sup>24</sup>

---

<sup>17</sup>Vgl. G. Moltmann, *Amerikas Deutschlandpolitik im Zweiten Weltkrieg. Kriegs- und Friedensziele 1941-1945*, Heidelberg 1958, S. 25-30; Gietz, S. 79-84. Vgl. Teil 1, Kap. 2. 1.

<sup>18</sup>Pressekonferenz Hulls, 14. 8. 1941, DDP I/2, S. 12.

<sup>19</sup>Radioansprache Hulls, 9. 4. 1944, in: L. Goodrich/M. Carroll, *Documents on American Foreign Relations*, Boston 1945, Vol. VI (July 1943-June 1944), S. 32.

<sup>20</sup>So zu Recht Moltmann, *Deutschlandpolitik*, S. 28-30.

<sup>21</sup>Kissinger, *Vernunft*, S. 415.

<sup>22</sup>"Fireside Chat on Progress of the War", 23. 2. 1942, Roosevelt, PP, 1942, S. 115; Pressekonferenz 27. 10. 1942, ebda., S. 437.

<sup>23</sup>Atlantik-Charta, 14. 8. 1941, DDP I/1, S. 539-440, Woodward, BFP II, S. 202 und DDP I/2, S. 11-12.

<sup>24</sup>Vgl. Teil 2, Kap. 1. 1.

Dies wird man nicht annehmen können. Im Unterschied zu Wilson hat sich Roosevelt bald nach dem amerikanischen Kriegseintritt im Dezember 1941 von dem Grundsatz einer gleichen Friedensregelung für Sieger und Besiegte distanziert. So erläuterte der Präsident dem sowjetischen Außenminister Molotow im Juni 1942, "that there would be two kinds of post-war settlements: first, those among the United Nations and, second, arrangements for the reconstruction of the other nations with a view to ensuring a more stable form of peace".<sup>25</sup> Die Vereinten Nationen waren wenige Monate zuvor, im Januar 1942, gegründet worden und hatten die Prinzipien der Atlantik-Charta gebilligt.<sup>26</sup> Diese Keimzelle der neuen Weltsicherheitsorganisation war aus einer Allianz gegen die Achsenmächte hervorgegangen. Im Unterschied zum Völkerbund wurden die Vereinten Nationen nicht erst auf einer Friedenskonferenz gegründet, sondern vorläufig, auf dem Wege einer gemeinsamen Erklärung. Auf diese Weise wurde das Band der Kriegsgegner Deutschlands enger geknüpft, eine politisch-moralische Meinungsführerschaft aufgebaut, die ein attraktives Friedensmodell abgeben konnte.

Mit Roosevelts Bemerkung von den "anderen Nationen" im Gespräch mit Molotow 1942 waren unter anderem auch die Achsenmächte gemeint; dabei läßt sich allerdings kaum entschlüsseln, was "gewisse Abkommen" bedeuten würden. Dachte Roosevelt an einen Frieden der Bestrafung, oder schwebte ihm bereits die Formel der bedingungslosen Kapitulation vor? Jedenfalls schien das oberste Ziel einer stabilen Friedensordnung eine unterschiedliche Behandlung der Vereinten Nationen und ihrer Feinde unabdingbar zu machen, abgesehen von den neutralen Staaten. Es zeichnete sich ab, daß die Konzeption eines globalen Friedens, der die Besiegten einschloß, dem Plan eines Friedens unter den Alliierten weichen mußte. Nur für die Alliierten konnten die Prinzipien der Atlantik-Charta - Gleichheit, Recht und Selbstbestimmung - eine uneingeschränkte Gültigkeit haben.

Was jedoch in der politischen Praxis unter Selbstbestimmung zu verstehen war, ob Roosevelt ihr den gleichen Stellenwert zumaß wie einst Wilson, mußte vom weiteren Gang der Ereignisse abhängen.<sup>27</sup> Denn die Formulierung in der Atlantik-Charta war vage und die Forderung nach dem nationalen Selbstbestimmungsrecht bezog sich, anders als zum Beispiel in den Vierzehn Punkten, nicht konkret auf einzelne Länder. Im Gegensatz zur britischen Regierung unter Churchill und Eden, die im Jahre 1942 keine andere Möglichkeit sah, als dem sowjetischen Verlangen nach Einverleibung der baltischen Staaten nachzugeben, bestand Präsident Roosevelt immerhin darauf, der Sowjetunion in Osteuropa keine Zugeständnisse zu machen. Ob in dieser Frage das Prinzip der Selbstbestimmung oder Roosevelts prinzipielle Scheu vor Abmachungen ausschlaggebend war, ist nicht eindeutig zu entscheiden. Klar ist aber, daß die politische Ordnung Osteuropas, das bereits im Hitler-Stalin-Pakt aufgeteilt worden war, einen Testfall abgeben würde für die Tragfähigkeit der internationalen Ordnung und des Selbstbestimmungsrechts bzw. des Nationalitätenprinzips.

---

<sup>25</sup>Unterredung Roosevelt-Molotow, 1. 6. 1942, FRUS, 1942, III, S. 580, Sherwood, S. 465.

<sup>26</sup>FRUS, 1942, I, S. 1-38; vgl. Hull, II, S. 1114 ff.

<sup>27</sup>Moltmann, Deutschlandpolitik, S. 33, meint, die Atlantik-Charta habe das "Selbstbestimmungsrecht nicht schlechthin zum Prinzip einer späteren Ordnung" erhoben. "Es diene eher dazu, vorzeitige Regelungen zu umgehen." Auf Roosevelt mag dies zutreffen, der Text allein ermöglicht diese Auslegung nicht.

## 24. 2. Sicherheit durch Hegemonie der Großmächte. Amerika, die neue Weltordnung und das Konzept der Vier Polizisten

Präsident Roosevelt hatte nicht die Absicht, nach einem Sieg über Deutschland lediglich die alte politische Vorkriegsordnung wiederherzustellen, der die Vereinigten Staaten nach dem Scheitern des Versailler Vertrages im US-Senat ferngeblieben waren. Der Regierungschef erstrebte eine grundlegend neue Friedens- und Sicherheitsordnung unter aktiver Beteiligung Amerikas. Franklin D. Roosevelt war unter Woodrow Wilson Unterstaatssekretär im Marineministerium gewesen und zu einem Anhänger des Prinzips der kollektiven Sicherheit in Gestalt des Völkerbundes geworden. Das Scheitern des Völkerbundes in den 30er Jahren ließ Roosevelt, seit 1933 US-Präsident, nach neuen Formen der Friedenssicherung suchen. Roosevelt wandelte in seiner politischen Planung entscheidende Elemente des Systems der kollektiven Sicherheit ab. Insbesondere war er geneigt, noch deutlicher zwischen den Großmächten und den kleineren Nationen der Erde zu unterscheiden, als dies in Wilsons Konzept der Fall gewesen war.

Die Notwendigkeit zu erkennen, daß Washington die Nachkriegsordnung garantieren mußte, war eine Sache; etwas anderes war es, das amerikanische Volk von dieser Notwendigkeit zu überzeugen. Roosevelt näherte sich dieser Führungsaufgabe vorsichtig und mit Geschick. Er erklärte in seiner Neujahrsansprache an den Kongreß im Januar 1943, der Sieg im Krieg sei das erste und größte Ziel, das Amerika sich habe. Das nächste Ziel sei der Sieg im Frieden, die Anstrengung für die Sicherheit aller Menschen in Amerika und in der Welt.<sup>28</sup> Beide Ziele waren miteinander verklammert. Aus Jalta zurückgekehrt, bekräftigte der Präsident diese Einstellung im März 1945 mit den Worten: "Our objective in handling Germany is simple - it is to secure the peace of the rest of the world now and in the future."<sup>29</sup> Der militärische Sieg über den Friedensstörer durfte kein regional isoliertes Ereignis bleiben; er sollte gleichzeitig den Frieden auf der ganzen Welt sicherstellen. Mit anderen Worten: der Präsident rechtfertigte - zumindest rhetorisch - die Kriegführung und die spätere Politik gegenüber Deutschland nur mit dem Ziel einer umfassenden weltweiten Sicherheit und nicht allein, um eine Bedrohung der nationalen Sicherheit Amerikas abzuwenden.

Dabei stand für den Präsidenten außer Frage, daß Amerika durch Hitlers Griff nach der Weltherrschaft bedroht war; auch sein Nachfolger Truman sah das ähnlich. Truman drückte im Gespräch mit Premierminister Churchill in Potsdam 1945 seine tiefe Dankbarkeit darüber aus, daß Großbritannien Hitler standgehalten hatte: "If you had gone down like France, we might well be fighting the Germans on the American coast at the present time".<sup>30</sup> Präsident Roosevelt glaubte nicht, daß Kriege in der modernen Welt so zu begrenzen waren, daß die Sicherheit der Vereinigten Staaten unberührt bliebe. 1943 sagte er dem Kongreß: "We cannot make America an island in either a military or an economic sense".<sup>31</sup> Aber der Präsident trat, darin Wilson ähnlich, nicht nur als Sprecher in eigener Sache auf, sondern als Anwalt der Menschheit: "I shudder to think of what will happen to humanity, including ourselves, if this war ends in an inconclusive pea-

<sup>28</sup>Bericht zur Lage der Nation, 7. 1. 1943, Roosevelt, PP, 1943, S. 21-34, hier S. 32.

<sup>29</sup>"Address to Congress Reporting on the Yalta Conference", 1. 3. 1945, Roosevelt, PP, 1944-45, S. 576.

<sup>30</sup>Unterredung Churchill-Truman, 18. 7. 1945, DBPO I/1, Doc. 181, S. 368.

<sup>31</sup>"State of Union Address", 7. 1. 1943, Roosevelt, PP, 1943, S. 32.

ce".<sup>32</sup> Deswegen betonte der Präsident in einer Botschaft an die Foreign Policy Association in New York: "I believe.. that enduring peace in the world has not a chance unless this nation - our America - is willing to cooperate in winning it and maintaining it".<sup>33</sup> Einen Tag vor seinem Tod am 12. April 1945 diktierte Roosevelt in einem Redewurf zum Jefferson Day: "The work, my friends, is peace."<sup>34</sup>

Es gehört zu Roosevelts großen Leistungen als Regierungschef, sein Land schrittweise aus dem politischen Isolationismus der Zwischenkriegszeit hin zu globalem Engagement geführt, die Allianz mit Großbritannien geschlossen und auf diese Weise den Sieg über Hitlers Deutschland ermöglicht zu haben.<sup>35</sup> Zum Fernbleiben der USA vom Völkerbund sagte Roosevelt rückblickend: "In our disillusionment after the last war we preferred international anarchy to international cooperation with Nations which did not see and think exactly as we did. We gave up the hope of gradually achieving a better peace because we had not the courage to fulfill our responsibilities in an admittedly imperfect world. We must not let that happen again, or we shall follow the same tragic road again - the road to a third world war."<sup>36</sup>

Wichtig an dieser Rede war, daß Roosevelt aus dem amerikanischen Rückzug von der Aufgabe, den Frieden zu garantieren, klare Folgerungen ableitete. Er bot eine Interpretation für Amerikas enttäuschte Abkehr von der politischen Bühne: weil die internationale Politik und die Welt nicht so funktionierten wie Washington es sich gewünscht hatte, weil bei einem weltpolitischen Engagement letztlich Kompromisse gemacht werden mußten. Roosevelt bemühte sich, sein Land darauf vorzubereiten, daß es ein zweites Mal nicht abseits stehen konnte. Die Aufrechterhaltung des Friedens hing in seinen Augen von Amerika ab. Der zukünftige Frieden sollte allumfassend sein.

Roosevelt trug einerseits einen größeren Realismus in die außenpolitische Debatte hinein als Wilson es vermocht hatte. Auf der anderen Seite stellte sich die Frage, an welcher Stelle die USA nunmehr Kompromisse zu schließen bereit waren, welcher Preis für eine Zusammenarbeit zur Sicherung des Friedens entrichtet werden mußte - wenn man es mit Mächten wie der Sowjetunion zu tun hatte.

Präsident Wilson hatte im Interesse einer liberalen, demokratischen Weltordnung den Bolschewismus mit dessen Anspruch der Weltrevolution bekämpft; die Pariser Friedenskonferenz hatte nicht zuletzt im Zeichen der Eindämmung des Kommunismus gestanden.<sup>37</sup> Andererseits hatte sich die damals neue Sowjetunion noch im Bürgerkrieg befunden, war machtpolitisch kaum existent gewesen. Das war 1945 völlig anders: die von Stalin geführte Sowjetunion rückte nach Mitteleuropa vor und es war klar, daß man bei der Errichtung des Friedens nicht an Moskau vorbei kam.

---

<sup>32</sup>"State of Union Address", 7. 1. 1943, Roosevelt, PP, 1943, S. 32.

<sup>33</sup>"Radio Address at Dinner of Foreign Policy Association", 21. 10. 1944, Roosevelt, PP, 1944-45, S. 342-343.

<sup>34</sup>"Undelivered Jefferson Day Speech", Roosevelt, PP, 1944-1945, S. 615.

<sup>35</sup>Kissinger, Vernunft, S. 398-417, Reynolds, The Creation of the Anglo-American Alliance, passim. Graml, Die Alliierten, S. 21 ff., spricht von einem progressiven Internationalismus.

<sup>36</sup>"Annual Message to the Congress on the State of Union", 6. 1. 1945, Roosevelt, PP, 1944-45, S. 498. Vgl. auch die Einschätzung bei C. Bohlen, Witness to History, 1929-1969, New York 1973, S. 177, und MacGregor Burns, Roosevelt, S. 567.

<sup>37</sup>Mayer, Politics, passim.



Präsident Roosevelt sah nur einen Weg, um die dauerhafte Kriegsvermeidung, das Axiom seiner Außenpolitik, sicherzustellen: eine langfristige Kooperation mit der Sowjetunion mußte eingeleitet werden. Es ging dem Präsidenten offenkundig weniger darum, einseitig amerikanische Ziele durchzusetzen, sondern er war an einer Friedenssicherung im Konsens interessiert, zumindest im Konsens der Großmächte. Als Großmächte verstand Roosevelt zunächst Großbritannien und die USA. Während seines Treffens mit Churchill im August 1941 meinte der Regierungschef, London und Washington sollten die Welt für eine Übergangsperiode kontrollieren.<sup>38</sup> So wandte Roosevelt sich in einer Unterredung mit Churchill gegen "the creation of a new Assembly of the League of Nations", zumindest bis "an international police force composed of the United States and Great Britain" eine Gelegenheit erhalten habe, zu funktionieren.<sup>39</sup> Noch vor dem amerikanischen Kriegseintritt war deutlich geworden, daß Präsident Roosevelt der Verantwortung ebenso wie der Machtpolitik der Großmächte die schlechthin entscheidende Rolle einräumte, daß demgegenüber etwa die Ideale des Völkerbundes zurücktreten mußten. Bereits ein Jahr später bezog Roosevelt dann die Sowjetunion, die Hitler standgehalten hatte, und - zum Erstaunen Churchills und Stalins - auch China in das System der Großmächte ein.<sup>40</sup>

Damit war das Konzept der Vier Polizisten geboren. Roosevelt nutzte die Gelegenheit, die sowjetische Führung mit seinen Plänen bekannt zu machen, als Außenminister Molotow sich im Mai 1942 zu Gesprächen in Washington aufhielt. Wie der Präsident Molotow sagte, habe der Premierminister bei der Begegnung in Neufundland 1941 vorgeschlagen, nach dem Krieg eine internationale Organisation aufzubauen, die im Endeffekt eine Neuauflage des Völkerbundes sei. Er, fuhr Roosevelt fort, habe dies für unpraktisch gehalten, man müsse dabei zuviele Länder zufriedenstellen, und ein solcher Plan würde scheitern.<sup>41</sup>

Roosevelt erklärte demgegenüber, er halte es für die Aufgabe der vier größten der Vereinten Nationen - Großbritannien, USA, UdSSR und möglicherweise China -, als Weltpolizisten den Frieden der Welt zu sichern. Der erste Schritt auf diesem Weg sei eine allgemeine Abrüstung. Nur die Vier Polizisten würden über genügend Streitkräfte verfügen und Inspektionsrechte besitzen, um eine geheime Aufrüstung, wie Deutschland sie vor dem Krieg betrieben habe, zu unterbinden. Bedrohe ein Land den Frieden, könne man ein Embargo verhängen und, falls dies erfolglos bleibe, zu Bombardierungen greifen.<sup>42</sup> Der Präsident signalisierte Molotow, daß Großbritannien mit dem allgemeinen Zwang zur Abrüstung gar nicht einverstanden sein könnte, und meinte, wenn Washington und Moskau darauf bestünden, würde London zustimmen. Auch habe er mit der chinesischen Führung noch gar nicht gesprochen. Roosevelt gab der sowjetischen Führung früh zu verstehen, daß er im Zweifelsfall eine Einigung mit Moskau suchen

---

<sup>38</sup>Der englische Terminus ist "to police the world". Siehe Wilson, Summit, S. 198 ff. Vgl. W. Range, Franklin D. Roosevelt's World Order, Athens 1959, S. 172 ff.; S. Welles, Seven Decisions that Shaped History, New York 1950, S. 178.

<sup>39</sup>Unterredung Roosevelt-Churchill, 11. 8. 1941, Protokoll Welles, DDP I/2, S. 7.

<sup>40</sup>Gietz, S. 127.

<sup>41</sup>Unterredung Roosevelt-Molotow, 29. 5. 1942, Cross-Protokoll, FRUS, 1942, III, S. 568-569, und Hopkins-Memorandum, ebda., S. 573.

<sup>42</sup>Unterredung Roosevelt-Molotov, 29. 5. 1942, Cross-Protokoll, FRUS, 1942, III, 569, und Hopkins-Memorandum, ebda., S. 573. Vgl. auch Sherwood, S. 456, und die Rede von Sumner Welles in New York, 17. 11. 1942, Goodrich/Carroll (Eds.), Documents, S. 32.

und sich darauf verlassen werde. Konnten Molotow und Stalin dies gar als Angebot einer amerikanisch-sowjetischen Hegemonie über die Welt verstehen?

Molotow gab sich zunächst wenig überzeugt und wies auf die Rolle anderer großer Länder hin wie Frankreich und Polen, die Roosevelts Pläne als einen Schlag ins Gesicht empfinden würden - ein interessanter Hinweis auf die Lücken in der amerikanischen Europakonzeption. Molotow erwähnte auch den Nationalstolz der Türkei. Daraufhin entgegnete Roosevelt ausweichend, zuviele Polizisten würden bald gegeneinander kämpfen. Er räumte ein, sein Konzept "might be peace by dictation", doch hoffe er auf die Erkenntnis der Völker in den ehemaligen Aggressorstaaten, daß Frieden sich unendlich mehr lohnen würde als periodisch wiederkehrende Kriege.<sup>43</sup>

Die Abrüstung fast aller Länder sollte in Roosevelts Vorstellung von einer kooperativen Großmächtehegemonie auf radikale Weise den Weg zum Frieden ebnen. Die Auflösung der Kolonialreiche und die Übernahme der Gebiete durch Treuhänder, worüber er mit Molotow auch sprach, ergänzten diese Weltsicherheitskonzeption. Dieser Plan der Entwicklung kolonisierter Weltregionen hin zum "self-government" stand unverkennbar in der Tradition Wilsons, wobei die Auswirkungen auf das britische Empire prekär sein konnten.<sup>44</sup> Der Präsident drängte Molotow, "that we must have a brand new approach to world peace; that the old balance of power did not work. That certain nations must be compelled to disarm".<sup>45</sup>

Roosevelt nahm dabei keine Stellung zu dem Problem, daß es in der Pariser Friedensordnung nach 1920 und in der Zwischenkriegszeit ein wirkliches Kräftegleichgewicht im Grunde genommen gar nicht gegeben hatte. In Anlehnung an Wilson lehnte der US-Regierungschef das Gleichgewicht der Kräfte als Methode der Friedenssicherung ab. Dabei schien es ihm vor allem um den Rüstungswettlauf zu gehen, nachdem die Abrüstungsbemühungen im Rahmen des Völkerbundes gescheitert waren. Eine Neuigkeit gegenüber dem, was Roosevelt als das alte Gleichgewicht der Kräfte verstand, bestand auch darin, daß nunmehr Eingriffe in die Souveränität auch größerer Staaten - zum Beispiel Frankreichs - als unverzichtbar erschienen, wenn eine Aussicht auf Frieden bestehen sollte. Frankreich sollte, wenn es nach Roosevelt ging, im System der Großmächte auf absehbare Zeit - etwa 20 Jahre lang - keine Rolle spielen.

Für den Präsidenten mußte es aus diesen Gründen entscheidend sein, wie sich Stalin zum Herzstück seines Sicherheitskonzeptes stellte. Roosevelt dürfte Molotows Nachricht positiv aufgenommen haben, Stalin befände sich "in full accord with the President's ideas on disarmament, inspection, and policing, with the participation of at least Great Britain, The United States, the Soviet Union, and possibly China". Auch die Erklärung des sowjetischen Botschafters Litwinow, "for the common cause" sei Moskau bereit, den Völkerbund aufzugeben, hat Roosevelt wohl als einen Meilenstein auf dem Weg zur Verwirklichung seines Sicherheitsprojektes angesehen.<sup>46</sup>

---

<sup>43</sup>Unterredung Roosevelt-Molotov, 29. 5. 1942, Cross-Protokoll, FRUS, 1942, III, 569 (Zit. ebda), und Hopkins-Memorandum, ebda., S. 573-574.

<sup>44</sup>Unterredung Roosevelt-Molotov, 1. 6. 1942, Cross-Protokoll, FRUS, 1942, III, S. 580 f. Der Gedanke der Entkolonisierung, der hier nicht ausgeführt werden kann, spielte in Roosevelts Konzeption einer neuen Weltordnung eine große Rolle und führte insbesondere zu chronischem Streit mit Churchill, der äußerst allergisch auf Roosevelts Bestrebungen reagierte. Dazu W. R. Louis, *Imperialism at Bay, 1941-1945. The United States and the Decolonization of the British Empire*, Oxford 1977; Gietz, S. 91-110.

<sup>45</sup>Unterredung Roosevelt-Molotov, 29. 5. 1942, Hopkins-Memorandum, FRUS, 1942, III, S. 574.

<sup>46</sup>Unterredung Roosevelt-Molotov, 1. 6. 1942, Cross-Protokoll, FRUS, 1942, III, S. 580-581; vgl. Sherwood, S. 466.

Durch die entscheidende Rolle der vier Großmächte unterschied sich Roosevelts Konzept der internationalen Friedensordnung, in Gestalt der Vier Polizisten und der Vereinten Nationen, eindeutig von der Funktionsweise des Völkerbundes, der ein so großes Machtgefälle nicht vorgesehen hatte. Es hatte sich in den 30er Jahren in der Tat als die entscheidende Schwäche des von Wilson ersonnenen Systems kollektiver Sicherheit erwiesen, daß es im Ernstfall einer Friedensgefährdung keine Verfahrensweisen gab, um Aggressoren wirkungsvoll gegenüberzutreten: 1931 dem japanischen Überfall auf die Mandschurei, 1936 dem italienischen Einfall in Abessinien und 1938 Hitlers Aggression gegen die Tschechoslowakei und Polen.<sup>47</sup> Der Völkerbund hatte seine wichtigste Aufgabe, den Weltfrieden zu sichern, nicht erfüllt, und Roosevelt zog daraus seine Schlußfolgerungen.

Trotz der dominanten Rolle der Vier Polizisten sollte es auch weiterhin ein internationales Forum geben, in dem alle Staaten zusammentreffen und beraten konnten. Unter Mitarbeit der Expertenstäbe des State Department und Außenminister Hulls wurde 1943 ein amerikanisches Konzept für eine reformierte internationale Organisation erarbeitet. Der britische Außenminister Eden lieferte Churchill im März 1943 eine prägnante Zusammenfassung dieses Planes weltweiter Friedenssicherung. Die Struktur der Vereinten Nationen sehe drei Organisationen vor; die erste sei eine Generalversammlung, die sich einmal im Jahr zum "Dampfablassen" treffe. Am anderen Ende der Skala gäbe es ein "executive committee composed of representatives of the Four Powers". Dieser Ausschuß treffe alle wichtigen Entscheidungen und stelle die Polizeikräfte der UN bereit. De facto war dies die Internationalisierung der Vier Polizisten. Wie Eden schloß, gebe es in der Mitte zwischen Generalversammlung und Lenkungsausschuß einen "advisory council composed of representatives of the Four Powers and of, say, six or eight other representatives elected on a regional basis".<sup>48</sup>

Die Moskauer Außenministerkonferenz im Oktober 1943 verabschiedete dann auf amerikanisches Betreiben die sogenannte Vier-Mächte-Deklaration, in der die zukünftig führende Rolle der vier Großmächte herausgehoben wurde. Die Four Policemen waren als ein permanenter Bestandteil der Vereinten Nationen konzipiert, so wie Roosevelt es Eden auseinandergesetzt hatte. Ihre Hauptaufgabe würde darin bestehen, darüber zu wachen, daß keine Macht heimlich aufrüstete.<sup>49</sup> Wie Henry Kissinger urteilt, hätten in der Nachkriegsordnung, die Roosevelt vorschwebte, die drei Siegermächte und China "als eine Art geschäftsführender Ausschuß des Weltverwaltungsrats" fungiert. Roosevelts Konzept habe einen "Kompromiß zwischen Churchills traditionellen Gleichgewichtsvorstellungen und der grenzenlosen Wilson-Verehrung seiner Berater" dargestellt.<sup>50</sup> Die Frage, inwieweit in dieses Konzept wirklich Vorstellungen von einem Kräftegleichgewicht eingegangen waren, mag dahingestellt bleiben. Bemerkenswert an dem Plan ist jedenfalls, wie klar er Roosevelt als einen Großmachtpolitiker ausweist. So

---

<sup>47</sup>Kissinger, *Vernunft*, S. 50. Vgl. zur Vorkriegszeit Hildebrandt, *Krieg im Frieden*, S. 1-28; ders., *Reich*, S. 563-704. D. C. Watt, U. S. Globalism. The End of the Concert of Europe, in: W. F. Kimball, *America unbound. World War II and the Making of a Superpower*, New York 1992, S. 45, bezeichnet das Konzept der Vier Polizisten zu Recht als "entirely un-Wilsonian".

<sup>48</sup>Unterredung Roosevelt-Eden, 27. 3. 1943, Eden, *Reckoning*, S. 377. Vgl. die amerikanischen Aufzeichnungen in FRUS, 1943, III, S. 39, und Sherwood, S. 589.

<sup>49</sup>Vgl. die Four-Power-Declaration, FRUS, 1943, I, S. 602-603, vgl. Hull, II, S. 1280-1283, Woodward, *BFP V*, S. 70-75.

<sup>50</sup>Kissinger, *Vernunft*, S. 420-421 und 423.

eröffnete der Präsident Außenminister Eden am Beispiel der polnischen Frage, daß die Großmächte die Friedensverträge schreiben würden. Die kleinen Staaten hätten zuviele Interessenkonflikte untereinander, auf die einzugehen sinnlos sei: die Großmächte hätten zu entscheiden, was Polen bekomme, und er, Roosevelt, werde nicht zur Friedenskonferenz fahren und mit Polen oder anderen kleinen Nationen verhandeln.<sup>51</sup> Mit anderen Worten: nur ein Friedensdiktat der Großmächte konnte in Roosevelts Sicht den Frieden langfristig sichern.

Auf der Konferenz von Teheran hatte Roosevelt erstmals Gelegenheit, dem Kremelchef seine Sicherheitskonzeption persönlich zu erläutern. Stalins Reaktion fiel allerdings keineswegs so positiv aus, wie Molotow es 1942 in Aussicht gestellt hatte. Der Marschall wollte wissen, ob die Organisation eine europäische oder eine weltweite sei, worauf Roosevelt antwortete, letzteres sei der Fall.<sup>52</sup> Stalin erklärte prompt, er glaube nicht, daß den kleineren Ländern Europas eine Organisation wie die Vier Polizisten gefiele.<sup>53</sup> Ein europäisches Land würde vermutlich Einwände gegen die Rechte Chinas vorbringen. Der Marschall schlug mögliche Alternativen vor: ein europäisches oder ein fernöstliches Komitee oder aber die Schaffung einer europäischen oder einer weltweiten Organisation. Den Unterschied zwischen Komitee und Organisation führte Stalin nicht aus, meinte aber, in der europäischen Kommission könnten die USA, Großbritannien, die Sowjetunion und möglicherweise ein anderer europäischer Staat vertreten sein. In jedem Fall wurde deutlich, daß die Gründung einer europäischen Teilorganisation die Konstante in Stalins Vorschlägen war; um diesen Kern könnten sich weitere Organisationen gruppieren.<sup>54</sup>

Roosevelt erwiderte daraufhin, Stalins Vorschlag habe eine gewisse Ähnlichkeit mit Churchills Idee einer Regionalkommission für Europa, für den Fernen Osten und für den amerikanischen Kontinent. Diese Einschätzung traf zu.<sup>55</sup> Roosevelt äußerte seine Skepsis, ob der US-Kongreß an einem rein europäischen Ausschuß teilnehme, der die Entsendung amerikanischer Truppen nach Europa verlangen könne. Dies kam einem Eingeständnis beschränkter internationaler Handlungsfähigkeit der USA gleich, und es stand in auffälligem Gegensatz zu Roosevelts weltweiten Plänen, in denen militärisches Eingreifen ja vorgesehen war. Stalin stieß auch sofort in diese Kerbe: auch eine Organisation wie die Vier Polizisten könne die Entsendung amerikanischer Truppen nach Europa erfordern. Das war eine realistische Bemerkung, die das Kernproblem der militärischen Effizienz einer Weltsicherheitsorganisation ansprach.

Als Roosevelt fortfuhr, daß Amerika im Konfliktfalle lediglich die Entsendung von Schiffen und Flugzeuge nach Europa anbieten könne, "and that England and the Soviet Union would have to handle the land armies in the event of any future threat to peace",

---

<sup>51</sup>Protokoll Hopkins über eine Unterredung Roosevelt-Eden, 15. 3. 1943, FRUS, 1943, III, S. 13-18, Zit. S. 15.

<sup>52</sup>Roosevelt-Stalin Meeting, 29. 11. 1943, US-Notizen, FRUS, TD, S. 530; sowjetische Notizen, KSU, TD, S. 95. Vgl. E. Roosevelt (Ed.), F. D. R.: His Personal Letters 1928-1945, New York 1950, II, S. 1366 f..

<sup>53</sup> Im sowjetischen Protokoll wird dieses Gremium als "Polizeikomitee" bezeichnet: KSU, TD, S. 95.

<sup>54</sup>Roosevelt-Stalin Meeting, 29. 11. 1943, US-Notizen, FRUS, TD, S. 531; sowjetische Notizen, KSU, TD, S. 95-96.

<sup>55</sup>Vgl. Teil 3, Kap. 2. 3.

mußte Stalin hellhörig werden.<sup>56</sup> Roosevelt hatte auch gesagt, er glaube nicht, daß der US-Kongreß Empfehlungen des UN-Lenkungsausschusses zur Konfliktbeilegung als bindend akzeptieren werde. Die Sowjetunion und Großbritannien sollten bei zukünftigen Konflikten mit ihren Soldaten herhalten, während Amerika einige Bomber schicken würde. Roosevelt entwickelte dabei zwei Szenarios einer Friedensbedrohung: einerseits eine Revolution oder einen Bürgerkrieg, andererseits eine ernstere Bedrohung, die mit Bombardierungen und eventuell einer Invasion seitens der Vier Polizisten beantwortet werden müsse.

Unbeeindruckt von Roosevelts globalem Ansatz erläuterte Stalin dann seine eigene Vorstellung von einer Weltsicherheitsorganisation, die eng an der Eindämmung und Kontrolle Deutschlands ausgerichtet war. Er habe, sagte Stalin, bereits Churchill darauf hingewiesen, Deutschland werde sich innerhalb von 15 bis 20 Jahren wieder vollständig erholen, wenn man es nicht wirksam niederhalte: "Churchill nähme diese Sache sehr leicht."<sup>57</sup> Wegen der Gefährdung, die von Deutschland ausgehe, beharrte Stalin gegenüber Roosevelt darauf, man müsse über eine wirksamere Organisation verfügen als die von Roosevelt vorgeschlagene.<sup>58</sup> Zwischen dem deutsch-französischen Krieg von 1870/71 und dem Ersten Weltkrieg hätten 42 Jahre, zwischen 1918 und 1939 aber nur 21 Jahre gelegen. Die "für die Wiederherstellung Deutschlands notwendige Frist" habe sich demzufolge verkürzt und werde sich "offenbar auch weiterhin verkürzen".<sup>59</sup> Stalin sprach von Uhren- und Möbelfabriken, die rasch auf eine Rüstungsproduktion umgestellt werden könnten.

Mit seinen Beispielen lenkte Stalin die von Roosevelt begonnene Diskussion über globale Sicherheit auf das Thema, des ihm in erster Linie wichtig erschien: die Sicherheit vor Deutschland. Was man wirklich benötige, sei die Kontrolle bestimmter Stützpunkte entweder in Deutschland oder entlang der deutschen Grenzen, damit Deutschland nie wieder eine neue Aggression begehen könne. Dieses Verfahren müsse man auch hinsichtlich Japans anwenden.<sup>60</sup>

Mit seinen knappen Ausführungen, die von seinem territorialen Denken zeugten, nahm Stalin dem Präsidenten den Wind aus den Segeln. Roosevelts vage Ansätze einer weltweiten Friedenssicherung verwies der Marschall, dessen Armee einen zähen Zermürbungskrieg zu Lande führte, harsch in das Reich des Unpraktikablen. Stalins selbst war an einem System globaler, "kollektiver" Sicherheit allenfalls insoweit interessiert, als es für die Sowjetunion vorteilhafte Handhaben mit sich bringen würde: Maßnahmen, um die besiegten Feinde in Schach zu halten. Taktisch routiniert, ließ er keine Möglichkeit aus, sich seine Zustimmung zu Roosevelts Plänen abkaufen zu lassen, beispielsweise durch amerikanische Konzessionen in der polnischen Frage.<sup>61</sup>

---

<sup>56</sup>Roosevelt-Stalin Meeting, 29. 11. 1943, US-Notizen, FRUS, TD, S. 531; sowjetische Notizen, KSU, TD, S. 96.

<sup>57</sup>Unterredung Stalin-Roosevelt, 29. 11. 1943, KSU, TD, S. 97.

<sup>58</sup>Roosevelt-Stalin Meeting, 29. 11. 1943, FRUS, TD, S. 532, auch in DDP I/4, S. 662-663.

<sup>59</sup>Unterredung Stalin-Roosevelt, 29. 11. 1943, KSU, TD, S. 97.

<sup>60</sup>Ebda.; FRUS, TD, S. 532-533. Vgl. das Memorandum Bohlens "Attitude of Soviet Government on European Questions as expressed by Marshal Stalin during the Teheran Conference", 15. 12. 1945, FRUS, TD, S. 846.

<sup>61</sup>G. Lundestad, *The American Non-Policy towards Eastern Europe 1943-1947. Universalism in an Area not of Essential Interest to the United States*, Tromsø 1978, S. 194.

Stalins Ausführungen zeugten durchaus von Realismus; mit Blick auf die Eigenheiten Europas stand er Churchill sehr viel näher als Roosevelt. Es war symptomatisch für Stalins Argwohn gegenüber einem weltweit angelegten Sicherheitssystem, daß er 1945 in Potsdam fragte, weswegen die Teilnahme eines chinesischen Vertreters bei der Erörterung europäischer Probleme im zukünftigen Rat der Außenminister "angebracht" sei.<sup>62</sup> Stalin war nicht daran interessiert, bei der Schaffung von Sicherheit den Focus zu verschieben: fort von der Kontrolle der besiegten Mächte hin zu einer Einmischung der Vier Polizisten in Streitfälle, die nach seinen Plänen weitgehend unilateral geregelt werden sollten.

Stalin wird aufmerksam registriert haben, daß der Völkerbund, dem Moskau 1933 beigetreten war, Deutschland nicht von einem Einmarsch in die Sowjetunion abgehalten hatte. Der Kremlchef verließ sich lieber auf das, was er selbst überblicken konnte. Der jugoslawische Politiker Milovan Djilas, der Stalin aus nächster Nähe erlebte, schrieb über diesen Charakterzug: "Ideologie, Methodik, persönliche Erfahrung und historischer Instinkt ließen ihn nur das als gesichert ansehen, was er in der Faust hielt".<sup>63</sup> Der amerikanische Sowjetexperte Kennan gelangte zu einer ähnlichen Einschätzung: Stalin habe "auf eine friedliche Welt um ihrer selbst willen keinen Wert" gelegt, sondern ihm habe an einer Welt gelegen, "in der seine eigenen, persönlichen Machtbestrebungen gedeihen könnten".<sup>64</sup>

Andererseits war Stalin nicht abgeneigt, die möglichen Vorteile eines Beitritts zu Roosevelts Sicherheitskonzeption einzustreichen. So ließ der Marschall sich in seiner Rede zum 27. Jahrestag der Oktoberrevolution im November 1944, im Unterschied zu seinen kritischen Bemerkungen in Teheran, positiv zu dem Plan aus, zur Garantie von Frieden und Sicherheit "eine besondere Organisation aus Vertretern der friedliebenden Nationen zu schaffen".<sup>65</sup> Die Voraussetzung für das Funktionieren einer solchen Organisation, fuhr Stalin fort, sei die einvernehmliche Zusammenarbeit der Großmächte. In Jalta sprach Stalin dann mit Roosevelts Worten und betonte, "daß die drei Großmächte, die die Last des Krieges getragen und die kleinen Mächte von der Herrschaft der Deutschen befreit hätten, das einmütige Recht haben sollten, den Frieden der Welt zu bewahren", um hinzuzufügen, "[e]s sei lächerlich zu glauben, daß etwa Albanien die gleiche Stimme haben sollte wie die drei Großmächte". Der sowjetische Herrscher setzte hinzu, "er sei im Einvernehmen mit den Vereinigten Staaten und Großbritannien gewillt, die Rechte der kleinen Mächte zu schützen, aber er würde sich niemals damit einverstanden erklären, daß irgendeine Aktion der Großmächte dem Urteil der kleinen Mächte unterworfen sein sollte". Dies war ein glasklares Bekenntnis zur Dominanz der Großmächte in der internationalen Arena bzw., wie Stalin es sah, in ihrem jeweiligen Machtbereich. Roosevelts Plan war auf einen fruchtbaren Boden gefallen. Der Präsident sekundierte Stalin, anders als Churchill, mit den Worten, "die Großmächte trügen die größere Verantwortung"; und der Frieden solle "von den drei an dieser Tafel vertretenen Großmächten diktiert werden".<sup>66</sup>

---

<sup>62</sup>1. Plenarsitzung, 17. 7. 1945, Fischer, PP, S. 200, FRUS, PD II, S. 56.

<sup>63</sup>Djilas, Gespräche, S. 108.

<sup>64</sup>Kennan, Memoiren, S. 224.

<sup>65</sup>Rede Stalins zum 27. Jahrestag der Oktoberrevolution in der Festsitzung des Moskauer Sowjets der Deputierten der Werktätigen, 6. 11. 1944, Stalin, Krieg, S. 192-193.

<sup>66</sup>Diner am 4. 2. 1945, FRUS, JD, S. 553. Vgl. auch Roosevelts Pressekonferenz, 23. 2. 1945, Range, World Order, S. 176.

### 24. 3. Zusammenarbeit mit Moskau? Roosevelt, das Gleichgewichtsproblem und die Frage einer Pax Americana

Präsident Roosevelts Plan, jede der vier Großmächte solle in einer Weltregion für Ordnung sorgen, warf die Frage nach Einflusssphären und geschlossenen Machtbereichen auf. Die Formel von den "spheres of influence" war seit den Zeiten Wilsons ein Reizwort in der inneramerikanischen politischen Debatte. Völlig ungeklärt blieb die Frage, was geschehen sollte, falls einer der Vier Polizisten selbst zum Aggressor würde. Wie Kissinger meint, habe Roosevelt einen solchen Fall ignoriert. Der Präsident hätte dann "doch auf die verschmähte Gleichgewichtsidee zurückgreifen müssen", womit ein Grundproblem der Rooseveltschen Sicherheitsplanung offenbar geworden wäre: "Je gründlicher man die Bestandteile des traditionellen Gleichgewichts über Bord warf", so der frühere amerikanische Sicherheitsberater und Außenminister treffend, "desto nachhaltiger entwickelte sich die Aufgabe, ein neues aufzubauen, zum Kraftakt."<sup>67</sup>

Wie der britische Außenminister Eden schrieb, bestand die wahrscheinlich entscheidende Frage, die Bewährungsprobe der Konzeption Roosevelts darin, ob man mit der Sowjetunion reibungslos zusammenarbeiten könne.<sup>68</sup> Auf dieser Zusammenarbeit beruhte Roosevelts Konzept der weltweiten Friedenssicherung. Vor dem Hintergrund von Stalins territorialer Sicherheitskonzeption mußte die Kooperation mit ihm in dem Ausmaß stehen und fallen, in dem Roosevelt Stalin entgegenzukommen bereit war. Hier mußte Roosevelt sich in das Minenfeld begeben, welches durch die Wechselwirkung von Sicherheit und Hegemonie markiert wurde.

Was die Grundlagen der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion anbelangte, das Ausmaß von Zugeständnissen ihr gegenüber, legte Roosevelt zwischen 1943 und 1945 eine charakteristische Ambivalenz an den Tag. Er schwankte zwischen dem Wunsch, Moskau für Friedensziele wie das Selbstbestimmungsrecht zu gewinnen und der Bereitschaft, der Sowjetunion Handlungsfreiheit in ihrem beanspruchten sicherheitspolitischen Vorfeld Osteuropa zu überlassen. Hatte Churchill schon 1941 und 1942 vor der Frage gestanden, welche der territorialen Forderungen Stalins er anerkennen sollte, mußte Roosevelt, der diesbezüglich erst zurückhaltend geblieben war, sich mit diesem Problem seit 1943 beschäftigen. Denn 1943 leitete die Rote Armee mit den Siegen bei Stalingrad und in der Schlacht bei Kursk eine Wende im Ostkrieg ein<sup>69</sup>, und der sowjetische Vormarsch nach Osteuropa und auf Deutschland schien sicher zu sein. Die bezeichnende Mischung aus Naivität und Realismus, mit dem Roosevelt den immer offensichtlicher werdenden Ambitionen des Kreml begegnete, mußte erhebliche Auswirkungen auf den europäischen Anteil der Neuordnung haben. Denn es war eindeutig, daß in Europa der Schwerpunkt von Stalins Sicherheits- und Neuordnungsplänen lag. Im folgenden werden die Eckpunkte der Rooseveltschen Sicht gegenüber der Sowjetunion - Hoffnung auf Zusammenarbeit, Naivität und Realismus - nacheinander beleuchtet.

Daß Präsident Roosevelt die Kooperation mit dem Kreml bei der Errichtung der Friedensordnung - in ihrem globalen und ihrem europäischen Anteil - für ganz vordringlich hielt, ist unbestreitbar. Andeutungen in diese Richtung machte der Präsident schon 1939 im Gespräch mit dem tschechoslowakischen Präsidenten Benes; Welles und Churchill

<sup>67</sup>Kissinger, *Vernunft*, S. 423.

<sup>68</sup>Unterredung Roosevelt-Eden, 15. 3. 1943, Eden, *Reckoning*, S. 373.

<sup>69</sup>Hillgruber, *Weltkrieg*, S. 127.

gewannen einen ähnlichen Eindruck.<sup>70</sup> Der politische Berater General Eisenhowers, Murphy, überlieferte dazu: "Roosevelt urged me to bear in mind that our primary post-war objective was Soviet-American cooperation - without which world peace would be impossible". Deutschland, so habe Roosevelt hinzugesetzt, würde den Prüfstein einer solchen Zusammenarbeit abgeben.<sup>71</sup>

William Bullitt, der erste US-Botschafter in Moskau, hielt eine solche Zusammenarbeit für unmöglich. Wie Bullitt berichtet, habe Roosevelt ihm unter Verweis auf seinen persönlichen Berater Harry Hopkins gesagt, Stalin verlange nichts als Sicherheit für sein Land. Die Folgerung, die Roosevelt glaubte, aus dieser Einschätzung ziehen zu müssen, umschrieb er mit den Worten: "I think if I give him [Stalin] everything I possibly can and ask nothing from him in return, *noblesse oblige*, he won't try to annex anything and will work with me for a world of democracy and peace."<sup>72</sup>

Der Präsident hielt Stalins Politik territorialer Sicherungen für eine Ausgeburt von Mißtrauen; und er glaubte, dieses Mißtrauen durch eigene Vorleistungen, durch die Bekundung guten Willens zerstreuen zu können. Seiner Neigung zu persönlicher Diplomatie entsprechend, suchte der Präsident das Vertrauen Stalins, den Churchill und er "Uncle Joe" nannten, im persönlichen Kontakt gewinnen, ohne Gegenleistungen zu fordern.<sup>73</sup> Dies wird in Roosevelts drastischem Hinweis an den Premierminister deutlich: "I know you will not mind my being brutally frank when I tell you that I think I can personally handle Stalin better than either your Foreign Office or my State Department. Stalin hates the guts of all your top people. *He thinks he likes me better*, and I think he will continue to do so."<sup>74</sup> Erstaunlich an dieser Selbstüberschätzung war, daß der Kriegseintritt der USA zu diesem Zeitpunkt, im März 1942, erst wenige Monate zurücklag und Roosevelt nicht einmal persönlich mit Stalin zusammengetroffen war. Liest man Roosevelts Brief an Churchill, drängt sich Kissingers bündige Einschätzung auf, der Präsident habe in Churchill "einen Waffenbruder für den Krieg" gefunden, die Nachkriegsordnung hingegen mit Stalin errichten wollen.<sup>75</sup>

Was die Öffentlichkeit anbelangte, so glaubte Roosevelt entweder, sie über die sowjetischen Ziele beschwichtigen zu müssen, oder er glaubte selbst an das, was er sagte. Zum Beispiel meinte der Präsident im Frühjahr 1944 über seine erste Begegnung mit Stalin in Teheran, er glaube, die Russen seien "perfectly friendly" und würden nicht versuchen, den Rest Europas oder die Welt zu erobern. Er halte die Befürchtungen, "that the Russians are going to try to dominate Europe", nicht für berechtigt.<sup>76</sup> Während Churchill im Oktober 1944 mit Stalin um den Einfluß beider Länder in Südosteuropa rang, erklärte Roosevelt in seiner Botschaft an die Foreign Policy Association, die Weltordnung, die die friedensliebenden Nationen anstrebten, müsse auf freundschaftlichen, menschlichen Beziehungen ruhen, auf Toleranz, Aufrichtigkeit, gutem Willen und Ver-

---

<sup>70</sup>Vgl. Memoirs of Dr. Eduard Benes. From Munich to New War and New Victory; London 1954, S. 76; Welles, Heading, S. 29 u. 36, Churchill, Triumph and Tragedy, S. 215-16.

<sup>71</sup>R. Murphy, Diplomat among Warriors, Garden City 1964, S. 227. Ähnlich Bohlen, S. 177.

<sup>72</sup>W. Bullitt, How we won the War and lost the Peace, in: Life, 25 (6. 9. 1948), S. 83-97.

<sup>73</sup>Roosevelt, Personal Letters, II, S. 1387-88.

<sup>74</sup>Roosevelt an Churchill, 18. 3. 1942, Correspondence, I, S. 421, Hervorh. von mir. Vgl. Maiski, S. 739.

<sup>75</sup>Kissinger, Vernunft, S. 426.

<sup>76</sup>"Informal, extemporaneous remarks to Advertising War Council Conference", 8. 3. 1944, Roosevelt, PP, 1944-45, S. 99.



trauen.<sup>77</sup> Nach der Konferenz von Jalta meinte Roosevelt, die beste Garantie dafür, Freunde zu haben, sei, selbst einer zu sein.

Außenpolitik wurde hier zu einer Kategorie moralischen Verhaltens.<sup>78</sup> Die Aufgabe, die geopolitischen Beziehungen zwischen zwei Großmächten auszutarieren, was für die Behandlung Deutschlands weitreichende Folgen haben mußte, erschien als eine Frage der Psychologie. Auch wenn Roosevelt zu dieser Zeit Besorgnisse über die sowjetische Politik hegte - zum Beispiel in Polen -, unternahm er jedenfalls nichts, um die amerikanische Öffentlichkeit auf eine kritischere Haltung vorzubereiten. Demgegenüber hatte Roosevelt größtes politisches Geschick bei der Aufgabe erwiesen, Amerika auch psychologisch auf die Bedrohung durch Deutschland und auf den Kriegseintritt der USA vorzubereiten.

Wie Roosevelts Berater Hopkins berichtete, sei der Präsident überzeugt gewesen, "that even if he cannot convert Stalin into a good democrat, he will be able to come to a working agreement with him". Letztlich habe er, Roosevelt, sein Leben damit verbracht, mit Menschen umzugehen ("managing men"), und Stalin könne so verschieden von anderen Menschen im Grunde nicht sein.<sup>79</sup> In einer eigentümlich verengten Sichtweise schien Roosevelt zu glauben, er könne mit Stalin verhandeln, als wäre dieser ein amerikanischer Politiker und nicht der diktatorische Herrscher einer Großmacht. Der US-Diplomat Bohlen, Roosevelts Dolmetscher in Teheran und Jalta, kritisierte diese Naivität. Er hielt es für einen grundlegenden Fehler des Präsidenten, seine politischen Methoden von der Innenpolitik auf die Außenpolitik zu übertragen.<sup>80</sup> Der Ministerpräsident der polnischen Exilregierung, Mikołajczyk, hielt Roosevelt für einen "perfect idealist" und gewann aus einem Gespräch beider im Juni 1944 den Eindruck, "his faith in Stalin is tragically misplaced".<sup>81</sup> George F. Kennan, nach dem Krieg ein einflußreicher Vertreter der realpolitischen Schule der amerikanischen Außenpolitik, gelangte zu einem ähnlichen Urteil.<sup>82</sup>

Der amerikanische Historiker Range meint hingegen, Roosevelts Optimismus bezüglich einer Zusammenarbeit mit der Sowjetunion habe nicht zuletzt auf seiner progressiven Sichtweise der Geschichte beruht. Der Präsident habe angenommen, die gesellschaftliche Entwicklung in der Welt verlaufe unaufhaltsam auf die liberale Demokratie zu, und die Sowjetunion werde sich von einer Diktatur hin zu einem System mit größerer Freiheit und Toleranz entwickeln.<sup>83</sup> Mit diesem Gedanken sei die Theorie einer Angleichung der Systeme verbunden gewesen, worauf schon Roosevelts Berater Welles hingewiesen hat: die Sowjetunion bewege sich in Richtung eines modifizierten Staatssozialismus, Amerika schreite auf dem Weg zu größerer politischer und sozialer Gerechtigkeit fort.<sup>84</sup> Obwohl Roosevelt damit rechnete, daß diese Entwicklungen eine lange

<sup>77</sup>"Radio Address at Dinner of Foreign Policy Association", 21. 10. 1944, Roosevelt, PP, 1944-45, S. 352.

<sup>78</sup>Vgl. die harte Kritik in einer neueren - allerdings oft oberflächlich bleibenden - Untersuchung des Historikers Amos Perlmutter; *FDR and Stalin - a not so grand Alliance, 1943-1945*; Columbia 1993, bes. das Kapitel: *President Roosevelt as a diplomatic failure*, S. 211-217.

<sup>79</sup>Zitat bei W. F. Kimball, *The Juggler. Franklin Roosevelt as Wartime Statesman*, Princeton 1991, S. 100.

<sup>80</sup>Bohlen, S. 210.

<sup>81</sup>Mikołajczyk, *Rape of Poland*, S. 59.

<sup>82</sup>G. F. Kennan, *Amerikas Außenpolitik 1900-1950 und ihre Stellung zur Sowjet-Macht*, S. 475.

<sup>83</sup>Range, *World Order*, S. 183.

<sup>84</sup>Das berichtet Welles, *Heading*, S. 37-38.

Zeit in Anspruch nehmen würden, hielt er Konflikte und einen Zusammenstoß mit der Sowjetunion offensichtlich nicht für unvermeidlich. Die Frage aber war, welche Länder und welche Werte dieser Strategie der Kooperation zum Opfer fallen würden.

Mit Blick auf die territorialen Ansprüche Stalins sagte Roosevelt dem britischen Außenminister Eden noch im Frühjahr 1943, "he did not like the idea of turning the Baltic States over to Russia and that she would loose great deal of public opinion in this country [USA] if she insisted on this action".<sup>85</sup> Die sowjetischen Territorialforderungen schienen Roosevelt zumindest eine gewisse Sorge zu bereiten, wobei er offenbar in erster Linie auf die amerikanische Öffentlichkeit blickte. Der Präsident erwog sogar eine Diplomatie des quid pro quo, als er zu Eden meinte, möglicherweise müßten die Westmächte sich mit der Einverleibung der baltischen Staaten in die Sowjetunion einverstanden erklären, aber nur auf dem Wege einer Volksabstimmung und gegen sowjetische Zugeständnisse.<sup>86</sup> Jedoch bestand Roosevelt nie auf einem solchen quid pro quo gegenüber Stalin; er vertraute weiterhin auf seine Form der Diplomatie.

Bei all dem ist nicht zu leugnen, daß es die britische Regierung gewesen war, die zuerst auf eine Anerkennung der sowjetischen Territorialforderungen in Osteuropa gedrängt hatte. Freilich entsprach diese Appeasementpolitik zu einem großen Teil der Tatsache, daß London zwischen zwei Übeln wählen mußte. Eden und Churchill verhandelten in den Jahren 1941 und 1942 sehr weitgehend in einer Notlage, aus einer Position machtpolitischer Schwäche heraus.<sup>87</sup> Die Vereinigten Staaten hingegen, die London und Moskau mit Leih- und Pacht-Lieferungen beistanden, waren, machtpolitisch gesehen, in einer weitaus komfortableren Lage. Roosevelt schlug aus dieser Position kein politisches Kapital, entgegen dem Rat William Bullitts, der ihm 1943 zu einer Gleichgewichtspolitik riet.<sup>88</sup> Der Präsident schien sich, je näher das Ende des Krieges kam, sogar mit der Lage abzufinden, welche die Rote Armee in Osteuropa schuf.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang eine Analyse des US-Generalstabs für Präsident Roosevelt aus dem August 1943. Das Dokument ging von der Annahme aus, die Sowjetunion werde nach dem Krieg "eine beherrschende Stellung einnehmen". Nach der Niederlage Deutschland gebe es "in Europa keine Macht, die sich Rußlands gewaltiger militärischer Macht entgegenstellen könnte". Die Folgerung fiel denkbar einfach aus: deshalb sei "die Entwicklung und Aufrechterhaltung der freundschaftlichsten Beziehungen zu Rußland nur um so wichtiger".<sup>89</sup>

Möglicherweise hat diese Denkschrift den Präsidenten beeinflusst, als er Anfang September 1943 ein Gespräch mit dem befreundeten New Yorker Kardinal Spellman führte. Roosevelts "Realismus" bezüglich der sowjetischen Ziele nahm hier außerordentliche Ausmaße an; der Präsident sah zu diesem Zeitpunkt Osteuropa und sogar Mitteleu-

<sup>85</sup>Unterredung Roosevelt-Eden, 22. 3. 1943, FRUS, 1943, III, S. 35.

<sup>86</sup>Protokoll Hopkins (15. 3. 1943) über eine Unterredung Roosevelt-Eden, FRUS, 1943, III, S. 14.

<sup>87</sup>Vgl. die Unterredungen Edens mit Stalin im Dezember 1941 in Moskau und die Verhandlungen um das britisch-sowjetische Bündnis, Woodward, BFP II, S. 220-254.

<sup>88</sup>Die prophetische realpolitische Analyse Bullitts verdient es, zitiert zu werden: "The balance of power which it is in the interest of Great Britain and ourselves to seek is the balance of power between an integrated Europe... and the Soviet Union. We shall never again have as much influence on Great Britain and the Soviet Union as we have today. ... Our bargaining position will be hopeless after the defeat of Germany. ... To win the peace at the close of this war will be at least as difficult as to win the war." Bullitt an Roosevelt, 29. 1. 1943, zit. bei Kimball, Juggler, S. 83.

<sup>89</sup>"Rußlands Lage", Memorandum der Joint Chiefs of Staff, 10. 8. 1943, Auszüge bei Sherwood, S. 612.

ropa in sowjetischen Händen. Unverblümt äußerte Roosevelt seine Ansicht, aufgrund der Aufteilung der Welt in vier "Einflußshären" werde die Sowjetunion, da "Großbritannien vorwiegend koloniale Interessen" habe, "Europa beherrschen". Der Kardinal notierte: "Roosevelt hofft - obwohl es Wunschdenken sein mag -, daß Rußland in Europa nicht gar zu gewaltsam eingreifen wird". Auch in dieser Bemerkung fand sich wieder die Ambivalenz Roosevelts – das Schwanken zwischen einer Anerkennung der Realität und der Hoffnung, daß es anders komme, ohne dabei selbst politisch zu handeln.

Von einem baldigen Treffen mit dem sowjetischen Diktator - die Teheran-Konferenz stand noch bevor - wünsche sich der Präsident, "so unwahrscheinlich es auch sein mag, von Stalin das Versprechen, die russischen Grenzen "nicht über eine gewisse Linie" hinauszuschieben. "Mit Sicherheit", so habe der Präsident hinzugesetzt, "bekommt Stalin Finnland, die baltischen Staaten, die östliche Hälfte Polens, Bessarabien. Es besteht kein Anlaß, sich diesen Wünschen Stalins zu widersetzen, weil er die Macht hat, sich diese ohne weiteres selbst zu erfüllen. Deshalb ist es besser, ihm alles freiwillig zu geben." Während diese Haltung, so bedauerlich sie sein mochte, nicht über das hinausging, was die britische Regierung dem sowjetischen Diktator bereits um die Jahreswende 1941/42 in Aussicht gestellt hatte<sup>90</sup>, blieb der Präsident nicht an diesem Punkt stehen.

Roosevelt räumte gegenüber dem besorgten Kardinal ausdrücklich ein, es sei zu erwarten, daß die Sowjetunion in Deutschland und Österreich kommunistische Regimes errichten werde, ja daß diese Gebiete "ein russisches Protektorat irgendwelcher Art" werden würden. Roosevelt fuhr fort, die "europäischen Völker werden diese russische Herrschaft einfach *ertragen müssen*, in der Hoffnung, daß sie nach zehn oder zwanzig Jahren in der Lage sein würden, mit den Russen gut zusammenzuleben". Der europäische Einfluß werde die Russen hoffentlich "weniger barbarisch" machen.<sup>91</sup> Wenn Roosevelt damit rechnete, daß sich der sowjetische Einfluß bis auf die Innenpolitik Deutschlands und Österreichs erstrecken werde, dürfte er ebenfalls ganz Polen in sowjetischen Händen gesehen haben.

Auch der US-Botschafter in Moskau, Harriman, stellte vor der Teheraner Konferenz mit Blick auf die Länder Osteuropas fest, Moskau "would take unilateral action in respect to these countries in the establishment of relations satisfactory to themselves". Außenminister Molotow habe zwar gesagt, die erwarteten sowjetischen Beziehungen zu den Nachbarstaaten würden freundliche Beziehungen der Westmächte zu diesen nicht ausschließen. Doch Harriman ahnte, daß der Kreml die Funktion des ihm verhaßten alten "Cordon sanitaire" umkehren wollte: als eine doppelte Sicherung vor dem Westen - vor Deutschland und vor den kapitalistischen Westmächten. Wie der Diplomat meinte, könne diese "rigid attitude" der Sowjetunion gemildert werden, wenn diese hinsichtlich eines "establishment of overall world security" Vertrauen zu den Westalliierten fasse.<sup>92</sup>

---

<sup>90</sup>Vgl. Teil 3, Kap. 2. 1.

<sup>91</sup>Aufzeichnung Spellmans über eine Unterredung mit Roosevelt, 3. 9. 1943, R. I. Gannon, Kardinal Spellman, Neuenbürg 1963, S. 190-191. Hervorh. im Orig..

<sup>92</sup>Harriman an Roosevelt, 4. 11. 1943, FRUS, TD, S. 154-155. Vgl. auch A. Hillgruber, Der "Cordon Sanitaire" im Zweiten Weltkrieg, in: W. Pöls (Hg.), Staat und Gesellschaft im politischen Wandel; Stuttgart 1979, S. 539-554.

Dies war eine bemerkenswerte, letztlich in die Irre führende Einschätzung, die auch Roosevelt zu teilen schien: daß die Sowjetunion ihre Sicherheitskonzeption in Zusammenarbeit mit Washington und London so umfassend erweitern würde, daß sich ihr rigides Sicherheitsinteresse in Osteuropa verringern würde. Doch unterschätzte der Botschafter dabei die unterschiedlichen Schwerpunkte der Sicherheitspolitik: Washington plante global, Moskau hingegen regional.

Wie in der Unterredung mit Kardinal Spellman stellte Roosevelt über ein Jahr später im Gespräch mit amerikanischen Senatoren fest, die Sowjetunion besitze die Macht in Osteuropa. Es sei offensichtlich unmöglich, mit Moskau zu brechen und daher könne das einzig denkbare Vorgehen darin bestehen, den eigenen Einfluß einzusetzen, um die Lage in Osteuropa zu verbessern.<sup>93</sup> In der Entschlossenheit, mit der Sowjetunion zusammenzuarbeiten, bestätigt sich einmal mehr Roosevelts Grundannahme einer weltweiten Sicherheitspolitik. Roosevelts Konzept der Nachkriegsordnung beruhte einfach auf einer Zusammenarbeit zwischen Washington und Moskau, und aus diesem Grund hätte viel geschehen müssen, bevor der Präsident seine Pläne umgestoßen hätte.

Erst gegen Ende seines Lebens gibt es Hinweise, daß Roosevelt seine Konsensdiplomatie für ineffektiv, wenn nicht gescheitert hielt. So wollte er vor und in Jalta einen von der Sowjetunion gewünschten Milliardenkredit zunächst zurückhalten, um die weitere Entwicklung der polnischen Frage abzuwarten.<sup>94</sup> In Jalta reagierte der Präsident auf die Kritik seines Stabschefs Admiral Leahy an der Übereinkunft über Polen: "I know, Bill - I know it. But it's the best I can do for Poland at this time."<sup>95</sup> Nach der Krimkonferenz sagte er einem Mitarbeiter des State Department: "I didn't say the result was good. I said it was the best I could do. ... We must rely on the Russian word."<sup>96</sup> Wie Richter Rosenman überliefert, ärgerte Roosevelt sich im März 1945 über ein Telegramm des US-Botschafters in Moskau, Harriman: "We can't do business with Stalin. He has broken every one of the promises he made at Yalta."<sup>97</sup>

Wie Sumner Welles berichtet, habe Roosevelt zunehmend erkannt, daß sein System der Vier Polizisten nicht so funktionieren werde wie entworfen: Großbritannien würde zu schwach sein, revolutionäre Kräfte seien weltweit am Werk und auch die USA würden

---

<sup>93</sup>Unterredung Roosevelts mit sieben Senatoren beider Parteien - Demokraten und Republikaner -, undat., Stettinius, Diaries, S. 213-215.

<sup>94</sup>Roosevelt sagte im Gespräch mit Morgenthau und Stettinius am 10. 1. 1945 über den Kreditwunsch der Sowjets: "I think it's very important that we hold this back and don't give them any promises of finance until we get what we want." J. M. Blum, *From the Morgenthau-Diaries. Years of War 1941-1945*, Boston 1967, S. 305 (nicht in der deutschen Übersetzung). Am 25. 1. beschied das State Department die sowjetische Anfrage abschlägig.

<sup>95</sup>Roosevelt zu Leahy, 10. 2. 1945, Leahy, S. 316.

<sup>96</sup>Berle, Papers, zit. nach Gietz, S. 357.

<sup>97</sup>24. 3. 1945, S. Rosenman, *Working with Roosevelt*, New York 1952, S. 526. Eine frühe Gegenposition zu Roosevelts Denken vertrat George F. Kennan, der mehrfach an der US-Botschaft in Moskau tätig war. Er beobachtete die sowjetische Expansion in Osteuropa mit wachsender Unruhe. Erst in den Jahren 1946/47 jedoch wurden seine Denkschriften in Washington zur Kenntnis genommen. Vgl. Kennan, *Memoiren*, S. 193-256 und die Memoranden im Anhang "Rußland nach sieben Jahren" (Sept. 1944), "Rußlands internationale Stellung am Ende des Krieges gegen Deutschland" (Mai 1945), S. 501-552. Ferner G. F. Kennan (Pseud. "X"), *The Sources of Soviet Conduct*, in: *Foreign Affairs* 25 (Juli 1947), S. 566-582. Vgl. auch das private Memorandum des stellvertretenden Außenministers Grew, 19. 5. 1945, Grew, II, S. 1445-1446, der die Sowjetunion als "certain future enemy" ansah.

Schwierigkeiten mit der ihnen zugedachten Aufgabe bekommen.<sup>98</sup> Da weitere Quellenbelege, die Welles' Beobachtung stützen würden, nicht ersichtlich sind, bleibt es doch wahrscheinlich, daß Roosevelt bis zu seinem Tod an dem Plan der Großmächtekooperation festhielt, ein Plan, der manche Ähnlichkeit hatte mit der Heiligen Allianz nach dem Wiener Kongreß.<sup>99</sup>

Zwar instruierte Roosevelt den US-Botschafter in Moskau, Harriman, im Oktober 1944, Stalin folgende Botschaft zu überbringen: "Sie werden natürlich verstehen, daß es in diesem Weltkrieg buchstäblich kein Problem politischer oder militärischer Natur gibt, an dem die Vereinigten Staaten nicht interessiert sind."<sup>100</sup> In dieser Quelle ist die Frage einer amerikanischen Führungsrolle in der Welt, einer Pax Americana, angesprochen.<sup>101</sup> Wollte Roosevelt also bei Kriegsende ein möglichst großes politisches Gewicht der USA zum Tragen bringen? Vor dem amerikanischen Kongreß versuchte Roosevelt vor Kriegsende, die scheinbare Alternative - Machtpolitik oder Prinzipienpolitik - elegant miteinander in Einklang zu bringen: "We cannot deny that power is a factor in world politics. ... We can fulfill our responsibilities for maintaining the security of our own country only by exercising our power and our influence to achieve the principles in which we believe and for which we have fought."<sup>102</sup>

Die Frage, ob Roosevelt eigene Friedensvorstellungen notfalls auch einseitig durchsetzen wollte, muß allerdings wohl eher verneint werden. Es spricht vieles dafür, daß Roosevelt trotz des gewaltigen amerikanischen Machtpotentials anders als Churchill und Stalin den Krieg weitgehend ohne Rücksicht auf die eigene Machtposition bei Kriegsende führte.<sup>103</sup> Roosevelt spitzte die sich immer drängender stellende Machtfrage nicht zu, sondern verwässerte sie in idealistischem Wunschdenken: "In the future world the misuse of power, as implied in the term "power politics", must not be a controlling factor in international relations. That is the heart of the principles to which we have subscribed."<sup>104</sup>

Offenbar gelang es dem Präsidenten nicht, seinen Glauben daran, daß mit politischer Vernunft tragfähige Regelungen zu entwerfen seien, in Einklang zu bringen mit seinem zweifelsohne deutlichen Gespür für Machtverhältnisse, die folglich auch eine eigene Machtpolitik erforderten. Nimmt man die beiden Formeln von den Vier Freiheiten und den Vier Polizisten, so standen in Franklin D. Roosevelt der idealistische Reformier und

---

<sup>98</sup>Welles, Decisions, S. 175.

<sup>99</sup>Runge, World Order, S. 174, Kissinger, Vernunft, S. 423.

<sup>100</sup>Roosevelt an Harriman, 4. 10. 1944, FRUS, JD, S. 6.

<sup>101</sup>Kimball, Juggler, S. 84, meint, daß Roosevelt zu Hause weniger gegen Isolationismus gekämpft habe als vielmehr gegen Unilateralismus. Andere Autoren wie Gietz, S. 139, sprechen hingegen eher von dem "ehrgeizige[n] Programm zur Errichtung einer Pax Americana": Die USA "sollten als einzige Großmacht befähigt sein, neben ihren traditionellen Einflußsphären... überall in der Welt ihre eigenen Interessen angemessen wahrzunehmen - auch in den Einflußsphären der anderen Großmächte, wenn auch dort in abgeschwächter Form". Dies scheint allerdings sehr viel mehr für die wirtschaftliche Sphäre gegolten zu haben als für den politischen Bereich. Was diesen anbelangt, nahm Roosevelt offensichtlich viel größere Rücksicht auf die Großmachtinteressen der Sowjetunion als auf die Großbritanniens. Kissinger, Vernunft, S. 422, hält Roosevelts Politik für "eine ausgeklügelte Mischung aus traditionellem amerikanischen Exzeptionalismus, Wilsonschem Idealismus und seiner eigenen gewieften Kenntnis der amerikanischen Mentalität".

<sup>102</sup>"Annual Message to the Congress on the State of Union", 6. 1. 1945, Roosevelt, PP, 1944-45, S. 498.

<sup>103</sup>Hingegen meint Hillgruber, Weltkrieg, S. 107, Roosevelt habe "absolute Handlungsfreiheit für den Aufbau einer Welt nach amerikanischen Leitvorstellungen (so weit wie möglich)" angestrebt.

<sup>104</sup>"Annual Message to the Congress on the State of Union", 6. 1. 1945, Roosevelt, PP, 1944-45, S. 498.

der realistische Pragmatiker zu unverbunden nebeneinander, ja gegeneinander.<sup>105</sup> Mit Blick auf die Sowjetunion nahm der Präsident eine sichtlich ambivalente Haltung ein; sie wies sowohl eine realistische Komponente als auch eine idealistische Seite auf: Roosevelt erkannte das machtpolitische Gewicht Moskaus, bagatellierte aber Stalins Herrschaft und rückte den Glauben an die Reformierbarkeit des sowjetischen Systems in den Vordergrund. Das Spannungsverhältnis, ja der Dualismus zwischen den konkurrierenden Regulationsprinzipien der neuen Friedens- und Sicherheitsordnung à la Roosevelt ließ sich nicht auflösen. Es war die Spannung zwischen dem idealistischen Ansatz und dem machtpolitischen Vorgehen: Selbstbestimmungsrecht und globaler New Deal versus globales Großmächte-Kondominium mit Rudimenten einer Politik des Kräftegleichgewichtes.

#### **24. 4. Einflußsphären und Finis Europae? Europa unter der Herrschaft der Großmächte**

Im Jahre 1938 hatte Präsident Roosevelt angesichts der sich anbahnenden Katastrophe in Europa noch geschrieben, es werde Amerikas Aufgabe sein, "to pick up the pieces of European civilization and help them to save what remains of the wreck". Ein Jahr später erklärte der Präsident die USA zum Erbe der europäischen Kultur.<sup>106</sup> Im Verlauf des Krieges blieb von dieser Ankündigung allerdings nicht mehr viel übrig. Es fällt auf, daß Europa, einmal von Hitlers Herrschaft befreit, in Roosevelts Plänen zur globalen Friedenssicherung kaum einen selbständigen Platz fand.

Eine Politik des Fallenlassens von Osteuropa und Mitteleuropa, wie der Präsident sie in mehreren Gesprächen der Jahre 1943 und 1944 skizzierte, hatte in der Tat wenig gemein mit der Rettung der europäischen Kultur. Präsident Roosevelt führte den Kampf gegen die deutsche Hegemonie nicht, um ein europäisches Gleichgewicht neu auszubalancieren; in dieser Politik versuchte sich vielmehr Churchill. Im Interesse einer Friedenssicherung sollte Europa als eigenständiger Faktor in der Weltpolitik ausgeschaltet werden, und relativ gleichgültig billigte Roosevelt das sicherheitspolitische Vorfeld, das der Kreml beanspruchte. Auch Deutschland schied als eigenständige Macht in Europa aus. Im Lichte der von Roosevelt für vordringlich gehaltenen globalen Stabilität erschien ihm die Bedeutung Europas als zu gering. Der Präsident teilte die Welt mathematisch in

---

<sup>105</sup>Kimball, Juggler, der sonst Roosevelts Schwächen weniger scharf herausarbeitet, meint zu diesem Problem: "Roosevelt's dilemma was to reconcile his vision with the need for practical solutions that faced up to political realities. His manner of dealing with this quandary was *to postpone, avoid, evade, and dodge*." (S. 105, Hervorh. von mir). Diese wichtige Einschätzung legt nahe, daß Roosevelts Politik der Vertagung sehr viel weniger taktische als strukturelle Gründe hatte. Kimball spricht auch von Roosevelts "failure, or inability, to explain to Stalin and Churchill, as well as most of his associates, how the Roosevelt system would work" (S. 104). MacGregor Burns, Roosevelt. Soldier, S. VII, 549 f., 608 f., sieht Roosevelt als einen zwischen Prinzipienfestigkeit und Realpolitik tief gespaltenen Mann, der geglaubt habe, beides gleichzeitig verfolgen zu können. Sicher ist Burns' Hinweis berechtigt, daß beide dieser Tendenzen - vielleicht sollte man den Idealismus betonen - tief in der amerikanischen Tradition und Gesellschaft wurzelten. Zu den amerikanischen "two diplomacies" (ein Begriff von Russell Bastert) ebda., S. 551. Siehe auch die Einschätzung in MacGregor Burns, Roosevelt. The Lion and the Fox, S. 475 ff. – Roosevelt habe zwischen diesen beiden Welten geschwankt, ohne sich für eine entscheiden zu können, wobei er grundsätzlich als ein "moral man" anzusehen sei. Junker, Roosevelt, S. 141, spricht von dem Versuch des Präsidenten, einen "Mittelweg zwischen illusionsloser Anpassung an machtpolitische Realitäten und Grundsatztreue" zu verfolgen.

<sup>106</sup>Roosevelt, Personal Letters, 1928-1945, II, S. 810, PP, 1939, 521-22.

Regionen auf, und er bevorzugte, je länger der Krieg dauerte, als politischen Partner nicht Großbritannien, ehemals die Hüterin des europäischen Gleichgewichts, sondern die kommende Supermacht Sowjetunion. Dabei läßt sich fragen, welche Vorstellung der Präsident eigentlich mit der Besetzung Deutschlands verband, wenn er das Land dem Kommunismus anheimfallen sah.

Roosevelt begegnete den komplizierten historischen und politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnissen in Europa mit einer erstaunlichen Nonchalance, ja Unwilligkeit. Doch waren es die Verhältnisse in Europa gewesen, von denen der Krieg seinen Ausgang genommen hatte, Europa war der Schauplatz der sich abzeichnenden neuen Machtverteilung in der Welt, und die Vereinigten Staaten würden darauf darauf eine Antwort finden müssen. Auch die gemeinsame Besetzung Deutschlands mußte früher oder später zu einer Klärung der Frage führen, wie die zukünftigen Mächtebeziehungen in Europa aussehen sollten.

Die Vorstellung des Präsidenten, die Vier Polizisten könnten sämtliche Konflikte dekkeln, alle Staaten entwaffnen und im Zweifelsfall Bomben werfen, schien zunächst den Vorzug der Einfachheit zu haben. In Wirklichkeit wäre ein solches Vorgehen eine ebenso rabiante wie naive Form der Friedenssicherung gewesen. Es war eine Sicherheitsplanung, die wenig mit einem fein abgestimmten Interessenausgleich zu tun hatte. Auch das Selbstbestimmungsrecht, in der Atlantik-Charta noch hochgehalten, mußte bei einer solchen Sicherheitspolitik geopfert werden.

Bei aller Widersprüchlichkeit, die das politische Denken Roosevelts bietet, so daß es bis heute keinen Konsens unter Historikern gibt, ob er nun mehr Realpolitiker oder mehr Idealist war<sup>107</sup>: das nationale Selbstbestimmungsrecht scheint für Franklin D. Roosevelt - anders als für Wilson - kaum ein tragfähiges Regulationsprinzip der internationalen Ordnung abgegeben zu haben. Eher scheint seine Betonung ein Zugeständnis an die amerikanische Öffentlichkeit gewesen zu sein, wie die Ablehnung des Kräftegleichgewichts auch.

Zweifellos setzte Präsident Roosevelt sich für den Fortschritt der Menschheit ein, wollte mit dem Niederreißen von Handelsbarrieren den materiellen Wohlstand mehren. In diesem Zusammenhang ist der Begriff des globalen New Deal gefallen, in Anlehnung an die innenpolitische Antwort Roosevelts auf die Wirtschaftskrise in den Vereinigten Staaten der 1930er Jahre.<sup>108</sup> Auch der Begriff "Americanism" ist geprägt worden, verstanden als die von Roosevelt beabsichtigte Ausdehnung des amerikanischen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Liberalismus.<sup>109</sup> Doch auch wenn dem so gewesen ist: der Präsident lief zweifellos Gefahr, bei der Durchsetzung des liberalen Fortschrittsgedankens mit den Mitteln den Inhalt zu desavouieren. Eine Friedensregelung per Dekret der Großmächte, eine karthagische Behandlung der besiegten Mächte, eine UN-Generalversammlung lediglich zum Dampfablassen: es war doch sehr fraglich, ob diese Politik im Ernst Grundlage und Garant einer weltweiten, liberalen Friedensordnung sein konnte. Was geschehen würde, wenn die Länder der Erde, zumal Europas, sich weigerten, ihre Waffen abzugeben, blieb offen. Würde das stolze Frankreich sich im Ernst

---

<sup>107</sup>Siehe z. B. D. C. Watt, Britain and the Historiography of the Yalta Conference and the Cold War, in: Diplomatic History 13 (Winter 1989), S. 74 f.

<sup>108</sup>Siehe Range, World Order, S. 137-161.

<sup>109</sup>Kimball, Juggler, S. 187, 189.

entwaffnen lassen? Der britische Außenminister Eden nahm Roosevelts Vorschlag zur allgemeinen Entwaffnung erst gar nicht ernst.<sup>110</sup>

Eden verhehlt in seinen Erinnerungen nicht sein Erstaunen darüber, wie unbekümmert der Präsident über die Zukunft Europas räsionierte: Roosevelts Urteile hätten sich in ihrer heiteren Unfähigkeit alarmierend ausgenommen. Roosevelt, so Eden in seiner sensiblen Beobachtung, "seemed to see himself disposing of the fate of many lands, allied no less than enemy. He did all this with so much grace that it was difficult to dissent. Yet it was too like a conjurer, skilfully juggling with balls of dynamite, whose nature he failed to understand."<sup>111</sup> Auch der US-Diplomat Charles Bohlen urteilte später, ein tieferes Verständnis der Geschichte hätte Franklin D. Roosevelt dienlich sein können.<sup>112</sup>

Ähnlich wie auch Woodrow Wilson blickte Roosevelt aus einer großen Distanz auf Europa.<sup>113</sup> Wilson war mit dem Versuch gescheitert, eine Friedensregelung in einem großen Wurf errichten zu wollen. Roosevelt sah das Scheitern der kollektiven Sicherheit und die Distanzierung Amerikas von der Pariser Friedensordnung - die deswegen ein politischer Torso geblieben war<sup>114</sup> -, sehr deutlich, doch zog er aus diesen Unzulänglichkeiten die fragwürdige Folgerung, eine globale Ordnung per Dekret durchzusetzen, nicht aber die Konsequenz, ein neues Gleichgewicht der Mächte zu errichten.

Die Errichtung eines Kräftegleichgewichts nach dem Zweiten Weltkrieg hätte es erfordert, die Machtverhältnisse in Europa neu auszutarieren. Die Vereinigten Staaten hätten zu diesem Zweck ein Teil des europäischen Staatensystems werden müssen, einerseits, um - als Lehre aus beiden Weltkriegen - das Gewicht Deutschlands zu neutralisieren, andererseits, um - als Erkenntnis aus dem Zweiten Weltkrieg - das Gewicht Rußlands auszugleichen. Machtpolitisch wäre das im Kern eine Stärkung der Funktion gewesen, die früher Großbritannien ausübte: Amerika als Hüterin des europäischen Gleichgewichts, selbst vergleichsweise desinteressiert, aber in der Erkenntnis, daß eine Destabilisierung Europas eine Gefährdung der nationalen Sicherheit der USA bedeutete. Der alles entscheidende Punkt, auf den etwa Henry Kissinger nicht müde wird, hinzuweisen, ist dabei, daß die Ursache beider Weltkriege kaum die in den Vereinigten Staaten so heftig kritisierte "balance of power" in Europa gewesen ist, sondern daß gerade das Fehlen eines Kräftegleichgewichtes sich fatal ausgewirkt hatte.<sup>115</sup> Hätte es nach dem ersten Weltkrieg ein wirkliches Gleichgewicht gegeben - auch ohne Völkerbund -, hätte Amerika beispielsweise fest in einem Bündnis an der Seite Großbritanniens und Frankreichs gestanden, hätten der Wiederaufstieg Deutschlands und der Zweite Weltkrieg möglicherweise verhindert werden können.

Wie Woodrow Wilson auch lehnte Präsident Roosevelt öffentlich eine Politik des Kräftegleichgewichts und der Einflußsphären ab. So ließ der Präsident sich im März

---

<sup>110</sup>Unterredung Roosevelt-Eden, Protokoll Hopkins, 15. 3. 1943, Eden, Reckoning, S. 372, Zit. S. 377.

<sup>111</sup>Unterredung Roosevelt-Eden, 15. 3. 1943, Eden, Reckoning, S. 374.

<sup>112</sup>Bohlen, S. 210.

<sup>113</sup>Als in Jalta über die polnische Frage beraten wurde, signalisierte der Präsident indirekt ein geringes Interesse: "*I come from a great distance and therefore have the advantage of a more distant point of view of the problem.*" 3. Plenarsitzung, 6. 2. 1945, FRUS, JD (engl.), S. 677 (Matthews-Notizen), Hervorh. von mir. In Bohlens Protokoll, FRUS, JD (deutsch), S. 624, heißt es: die Vereinigten Staaten [lägen] weiter entfernt von Polen ... als irgend jemand hier".

<sup>114</sup>Schieder, Friedensschlüsse, S. 51.

<sup>115</sup>Kissinger, Vernunft, S. 177-214, v. a. 191-192, 205.



1945 vor dem Kongreß vernehmen: "The Crimea Conference ... ought to spell the end of the system of unilateral action, the exclusive alliances, the spheres of influence, the balances of power, and all the other expedients that have been tried for centuries - and have always failed."<sup>116</sup> De facto vertrat Roosevelt aber eine Politik der Einflußsphären im Weltmaßstab, die, unter dem Dach der Vereinten Nationen, einer kollektiven Hegemonie der Großmächte Tür und Tor öffnete.<sup>117</sup> Roosevelt unternahm wenig Anstrengungen, sein System weltweiter Friedenssicherung mit den europäischen wie den globalen Realitäten abzugleichen. Er überschätzte nicht nur die Rolle Chinas, sondern unterschätzte vor allem die Rolle Europas, das im Laufe seiner wechselvollen Geschichte im Zeichen von Gleichgewicht und Hegemonie nie für längere Zeit unter einer kollektiven Mächtedominanz gestanden hatte. Nicht ein lebendiges, wenngleich politisch gezähmtes oder in größere Strukturen eingebundenes Europa hatte Roosevelt im Sinn, sondern einen unter dem Diktat der Großmächte zusammengezwungenen Halbkontinent. Hatte sich Wilsons Sicherheitskonzeption für die widerstrebenden politischen Kräfte in Europa als zu schwach erwiesen, brachte Roosevelts globale Konzeption eine Überforderung Europas mit sich, eine Zerstörung des europäischen Pluralismus.

Die Machtbalance, auf die es letztlich jedoch angekommen wäre - was Churchill am deutlichsten gesehen hat - war jene, in der die Weltmacht Amerika die schief gewordene und daher nicht mehr funktionierende europäische Machtbalance ergänzt hätte. Eine solche Politik erforderte Engagement, das Roosevelt, der kein Isolationist war, auch zeigte, sie erforderte aber auch Umsicht. Und wie die Dinge nun einmal lagen, hätte diese Mischung aus festem Engagement und historischem Gespür für Europa auch Rußland einbeziehen müssen, nicht nur unter dem Aspekt der Zusammenarbeit, sondern auch unter dem Gesichtspunkt des Kräftegleichgewichts.

#### **24. 5. Präsident Roosevelt, Amerika und der Pluralismus Europas**

In seinem Unilateralismus der Großmächte hatte Franklin D. Roosevelt nicht nur die Rechnung ohne den europäischen Pluralismus gemacht. Es zeichnete sich auch ab, daß die einzige - von Roosevelt in seinem System auch berücksichtigte - europäische Großmacht Großbritannien sich zwar zu einer Kooperation der Großmächte bereitfand, aber Europa dabei nicht einfach opfern wollte. Vor allem Premierminister Churchill entwickelte eine bemerkenswerte Energie, gleichgewichtspolitische Elemente in seine Europapolitik einfließen zu lassen.<sup>118</sup> Das bedeutete, die Sowjetunion nicht als die einzige Macht in Europa zu akzeptieren, sondern es erschien dem Premier unabdingbar, die Rolle Frankreichs und Polens - auch unter gleichgewichtspolitischen Gesichtspunkten - angemessen zu würdigen, auch wenn in beiden Ländern die Regierungsstrukturen erst wieder aufgebaut werden mußten.

Roosevelt hatte daher nicht nur mit einer amerikanischen Öffentlichkeit zu rechnen, der eine Preisgabe Polens an die Sowjetunion nur schwer zu erklären gewesen wäre. Der Präsident mußte sich auch mit Churchill auseinandersetzen, der sich sehr dafür verwandte, Frankreich als eine europäische Macht wiederherzustellen. In der Politik gegenüber der französischen Befreiungsbewegung unter General de Gaulle kam es des-

<sup>116</sup>"Address to Congress Reporting on the Yalta Conference", 1. 3. 1945, Roosevelt, PP, 1944-45, S. 586.

<sup>117</sup>Schieder, Europa, S. 275, hat den Begriff einer "Kollektivhegemonie" der Großmächte geprägt.

<sup>118</sup>Vgl. Teil 3, Kap. 2. 6.

wegen zu Konflikten zwischen Washington und London.<sup>119</sup> Churchill konnte sich zwar nicht damit durchsetzen, Frankreich nach der Befreiung von Paris im Herbst 1944 in die Entscheidungsstrukturen auf den Konferenzen der Großen Drei einzubeziehen. Doch in Jalta kämpfte Churchill unverdrossen darum, Frankreich auf allen Ebenen in die Kontrolle Deutschlands einzubinden.

Präsident Roosevelt erschien die Vorstellung zunächst unbequem zu sein, daß Frankreich eine machtpolitische Bedeutung zukam, auch wenn die Pariser Regierung Hitlers Armeen im Jahre 1940 keinen nennenswerten Widerstand hatte leisten können. Obgleich Roosevelt 1942 im Gespräch mit Molotow erwog, Frankreich zu einem späteren Zeitpunkt in das System der Weltpolizisten aufzunehmen<sup>120</sup>: er brachte wenig Verständnis dafür auf, daß Frankreich in ein europäisches Staatensystem als einem Teilsystem der Weltpolitik einbezogen werden mußte, so wie das besiegte Deutschland im Grunde genommen auch.

Roosevelt vertrat die entwaffnende Vorstellung, wenn Deutschland einmal entmilitarisiert sei, gäbe es für Frankreich auch keine Notwendigkeit, bewaffnet zu sein.<sup>121</sup> Der Präsident schien Frankreich "nur Verachtung" entgegenzubringen.<sup>122</sup> Erst am Ende der Konferenz von Jalta, nachdem Churchill mehrere Plenarsitzungen lang allein dafür gekämpft hatte, Frankreich an der Besetzung Deutschlands und am Alliierten Kontrollrat zu beteiligen, zeigte sich Roosevelt mit einer solchen Regelung einverstanden.<sup>123</sup> Sumner Welles glaubte, es sei auf Churchills Überzeugungsarbeit zurückzuführen gewesen, daß Roosevelt in den letzten Wochen des Krieges Frankreich doch wieder unter die Großmächte habe aufnehmen wollen.<sup>124</sup>

Weitgehend verständnislos blieb der US-Präsident auch gegenüber der Notwendigkeit, für eine alte europäische Nation wie Polen einen angemessenen Platz in der europäischen Staatenwelt zu finden. Roosevelt sah Polen zunächst kaum unter einem anderen Gesichtspunkt als unter dem der amerikanischen Innenpolitik. Anders als Churchill, in dessen Land die polnische Exilregierung ihren Sitz hatte, rang der Präsident nicht darum, die Freiheit Polens im Angesicht der Sowjetunion in einem Balanceakt zu sichern. Im Gespräch mit Eden hielt der Präsident Erwägungen über die Stärke Polens und dessen Innenpolitik nicht für ausschlaggebend, um sie als Grundlage für eine Zustimmung zur Curzon-Linie zu nehmen.<sup>125</sup>

In Teheran und Jalta überließ Roosevelt es Churchill, mit dem Kremlchef um Polen zu ringen.<sup>126</sup> So erklärte Roosevelt Stalin in Teheran, er könne sich deshalb nicht öffentlich

---

<sup>119</sup>Siehe dazu Gietz, Welt, S. 141-178.

<sup>120</sup>Unterredung Roosevelt-Molotow, 29. 5. 1942, Cross-Protokoll, FRUS, 1942, III, S. 569; und Memorandum Hopkins, ebda., S. 574. Möglicherweise war Roosevelts Bemerkung aber auch nur eine taktische Reaktion auf Molotows skeptische Fragen, ob nicht andere große Mächte in die weltweite Friedenssicherung einzubeziehen seien.

<sup>121</sup>Unterredung Roosevelt-Eden, 15. 3. 1945, Memorandum Hopkins, FRUS, 1943, III, S. 17; ähnlich auch Welles, Decisions, S. 186. Diese Vorstellung hatte wiederum eine gewisse Ähnlichkeit mit der Position Wilsons, der nach dem Ersten Weltkrieg meinte, wenn Deutschland abgerüstet hätte, könne auch Frankreich seine Truppen verringern (vgl. Teil 2, Kap. 3. 4.).

<sup>122</sup>Kissinger, Vernunft, S. 422.

<sup>123</sup>7. Plenarsitzung, 10. 2. 1945, FRUS, JD, S. 832, vgl. Teil 3, Kap. 2. 5.

<sup>124</sup>Welles, Decisions, S. 187.

<sup>125</sup>Protokoll Hopkins über eine Unterredung Roosevelt-Eden, 15. 3. 1943, FRUS, 1943, III, S. 14.

<sup>126</sup>Vgl. Teil 3, Kap. 2. 6.

zur polnischen Frage äußern, weil er an den Stimmen der polnischstämmigen Wähler im Präsidentschaftswahlkampf 1944 interessiert sei.<sup>127</sup> In Jalta eröffnete Roosevelt die Diskussion über Polen mit den Worten: "Es gibt sechs oder sieben Millionen Polen in den Vereinigten Staaten", und fuhr, auf Lemberg anspielend, fort: "Es würde meine Aufgabe zu Hause erleichtern, falls die Sowjetregierung den Polen etwas geben würde."<sup>128</sup> Indem Roosevelt seine diplomatischen Karten schon so früh aus der Hand gab, mußte es auf Moskau wenig glaubwürdig wirken, als er dann auf die Bedeutung der Regierungsbildung und der freien Wahlen in Polen hinwies.<sup>129</sup> Den Initiativen des Präsidenten, das innenpolitische Selbstbestimmungsrecht Polens zu sichern, war schließlich nicht viel mehr als ein Erfolg auf dem Papier beschieden.

Gemeint ist mit der hier geäußerten Kritik an Roosevelts Außenpolitik nicht, daß es bei der Verfolgung idealistischer politischer Ziele nicht etwa politische Kompromisse und taktische Umwege geben dürfte; worum es hier geht, ist die Struktur seines politischen Denkens und Wirkens zur Friedenssicherung. Insgesamt verriet Roosevelts global gefaßte Sicherheitsvorstellung eine unhistorische Konzeption von Europa, dessen Staatensystem noch bis zum Ersten Weltkrieg der Regulator der Weltpolitik gewesen war.<sup>130</sup> Roosevelt wollte die politischen Strukturen zerschlagen, die über Jahrhunderte gewachsen waren und fraglos auch Entgleisungen mit sich gebracht hatten. Abstrakt, mathematisch gesehen, mochte sein Konzept funktionieren; aber der Präsident hatte seine Rechnung ohne die verwickelte europäische Geschichte gemacht. Roosevelt gab sich, darin Wilson strukturell ähnlich, nicht die Mühe, in die Einzelheiten zu gehen, aus denen das europäische Ganze nun einmal bestand.

Nicht nur das besiegte Deutschland, auch Europa wurde dem amerikanischen Regierungschef zur Konkursmasse für ein auf den Trümmern des Zweiten Weltkriegs reißbrettartig konzipiertes System der Großmächte, von denen zwei - Amerika und China - überhaupt nicht und von denen eine weitere - Sowjetrußland - mindestens zur Hälfte nicht zu Europa gehörten. In den Konsens einer Friedensregelung, zu der die Pariser Friedenskonferenz 1919 immerhin Ansätze gezeigt hatte, sollten die mittleren und kleineren Mächte Europas nicht einbezogen werden. Nicht ein austariertes Sicherheitssystem mit mehreren Teilsystemen - wie etwa Churchills Regionalräte - wollte der amerikanische Präsident ins Leben rufen; ihm schwebte ein grobes Gebilde vor, das man am ehesten mit dem Begriff Kondominium der Großmächte umschreiben könnte.

Der Begriff Gleichgewicht der Großmächte erscheint hingegen unangebracht, denn er setzt voraus, die Beziehungen unter den Großmächten selbst als ein Machtproblem zu berücksichtigen und die Frage nach den moralischen Grundlagen einer Staatenordnung zu beantworten. Eben hier lag ein zentrales Problem. Wollte Roosevelt seine Methode

---

<sup>127</sup>Unterredung Roosevelt-Stalin, 1. 12. 1945, FRUS, TD, S. 594.

<sup>128</sup>3. Plenarsitzung, 6. 2. 1945, FRUS, JD, S. 633.

<sup>129</sup>3. Plenarsitzung, 6. 2. 1945, FRUS, JD, S. 624; Roosevelt an Stalin, 6. 2. 1945, ebda., S. 679-680.

<sup>130</sup>Vgl. T. Schieder, Europa im Zeitalter der Nationalstaaten und europäische Weltpolitik bis zum I. Weltkrieg, in: Ders. (Hg.), Handbuch der europäischen Geschichte Bd. 6, S. 1-196, Kap.: Das europäische Staatensystem als Regulator der Weltpolitik, S. 53-78. Die Frage ist auch, ob es nicht unhistorisch war, das Problem der Transformierung der internationalen Beziehungen im Sinne einer guten Nachbarschaft als ein gleichsam psychiatrisches Problem anzusehen, wie Range, World Order, S. 193, meint.

der Friedenssicherung zum Erfolg führen, durfte es keinen grundsätzlichen Konflikt unter den Großmächten geben. Dies war jedoch unrealistisch.<sup>131</sup>

Ein Scheitern der Großmächtekooperation aber mußte Roosevelts Sicherheitskonzeption als Ganzes scheitern lassen, mit der Folge, daß jede Großmacht in ihrer Sicherheitszone eigenmächtig verfuhr. Ein solche Entwicklung mußte sich folgerichtig in der Behandlung Deutschlands widerspiegeln. Eine derartige, klassische Einflußsphärenpolitik wollte Roosevelt nach eigenem Bekunden verhindern; er gebrauchte stattdessen die gewundene Formulierung "offene Einflußsphäre" oder "Verantwortungssphäre". Doch selbst wenn die Großmächte-Kooperation funktionierte: wer garantierte, daß die betreffende Großmacht - zum Beispiel die Sowjetunion - in dem ihr überantworteten Gebiet nicht einseitig vorging und auf diese Weise die "offene" in eine geschlossene Einflußsphäre verwandelte? Wer die Überwacher kontrollierte, darauf gab es angesichts der divergierenden Sicherheits- und Europakonzeptionen der führenden Mächte keine Antwort.

Nicht zuletzt blieb dabei auch die ideologische Komponente der sowjetischen Außenpolitik unterbelichtet - bei aller Realpolitik Stalins.<sup>132</sup> Vermutlich wäre Roosevelt nachdenklich geworden, hätte er von Stalins Ausruf am Vorabend der Landung der Westmächte in der Normandie erfahren. Auf eine Weltkarte zeigend, in der die Sowjetunion rot eingezeichnet war, sagte der Diktator im Kreml zu seinem Gesprächspartner Djilas, die Westmächte würden "nie den Gedanken akzeptieren, daß eine so große Fläche rot ist, niemals, niemals!"<sup>133</sup> Im April 1945 wurde Stalin Djilas gegenüber noch deutlicher: "Der Krieg wird bald vorbei sein. In fünfzehn oder zwanzig Jahren werden wir uns erholt haben, und dann werden wir es noch einmal versuchen."<sup>134</sup>

Die "Erklärung über das befreite Europa", von einer Arbeitsgruppe im State Department entworfen und auf der Konferenz von Jalta verabschiedet, räumte die grundlegenden Interessenunterschiede, den Widerspruch zwischen den Sicherheits- und Europaplänen Washingtons und Moskaus nicht aus. Anspruchsvoll hieß es in der Einleitung, die Erklärung sehe "eine aufeinander abgestimmte Politik der drei Mächte und ihre gemeinsamen Aktionen zur Lösung der politischen und wirtschaftlichen Probleme des befreiten Europas in Übereinstimmung mit demokratischen Grundsätzen vor". Mit dem "Recht aller Völker, diejenige Regierungsform zu wählen, unter der sie leben möchten", wurde sogar ein Grundsatz der Atlantik-Charta beschworen. Das Dokument sprach von einer "Weltordnung des Rechts..., die dem Frieden, der Sicherheit, der Freiheit und dem allgemeinen Wohlergehen der ganzen Menschheit gewidmet ist".<sup>135</sup> Diese Erklärung, ein Dokument des Wilsonianismus, versuchte, dem politischen Pluralismus Europas ein angemessenes Gehör zu verschaffen. Selbstbestimmung, Sicherheit und Recht, keines-

---

<sup>131</sup>Die Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg hat dies übrigens gezeigt: solange die Interessen der USA und der Sowjetunion entgegengesetzt waren - bis gegen Ende der Ära Gorbatschow - war der UN-Sicherheitsrat de facto handlungsunfähig. Erst im Golfkrieg 1991 kam es zu jener Form gemeinsamen Handelns, die Roosevelt im Auge gehabt haben mag.

<sup>132</sup>Vgl. Junker, Roosevelt, S. 139-144.

<sup>133</sup>Unterredung Stalin-Djilas, 1944, Djilas, Gespräche, S. 99. Djilas schreibt weiter: "Aber seine Armeen und Marschälle... hatten bereits halb Europa zu Boden getrampelt, und er war überzeugt, daß sie in der nächsten Runde auch noch die andere Hälfte unter den Stiefelabsatz bekommen würden." (S. 136).

<sup>134</sup>Djilas, Gespräche, S. 147.

<sup>135</sup>"Erklärung über das befreite Europa", Teil V des Kommuniqués der Konferenz von Jalta, FRUS, JD, S. 898-899. Im Protokoll der Konferenz bildet die Erklärung den Teil II (ebda., S. 903).

wegs in einem spannungsfreien Verhältnis zueinander, wurden in idealistischer Weise miteinander verschmolzen. Roosevelt mag gehofft haben, hier sein Konstrukt von einer offenen Einflußsphäre ins Spiel zu bringen.

Doch waren die entscheidenden Ausführungsbestimmungen hinsichtlich des Selbstbestimmungsrechts für eine verbindliche Interpretation viel zu vage. So hieß es, die drei Siegermächte würden zur Umsetzung des Selbstbestimmungsrechts in den befreiten Ländern Europas und den ehemaligen Satellitenstaaten des Deutschen Reiches "einstweilige Regierungsbehörden.. bilden, in denen alle demokratischen Elemente der Bevölkerung weitgehend vertreten sind und die zur baldmöglichsten Einsetzung von frei gewählten und dem Willen des Volkes entsprechenden Regierungen verpflichtet sind".<sup>136</sup> Da die Formeln "Willen des Volkes" und "demokratische[...] Elemente", die übrigens nur "weitgehend" vertreten sein sollten, sowie freie Wahlen nicht weiter definiert wurden, konnte dieser Teil der gemeinsamen Erklärung ebenso im westlich-demokratischen wie im sowjetisch-volksdemokratischen Sinne ausgelegt werden. Die resignierte Kritik des Stabschefs im Weißen Haus, Admiral Leahy, an der Erklärung der Jalta-Konferenz bezüglich Polens läßt sich ebenso auf die "Erklärung über das befreite Europa" übertragen: "Mr. President, this is so elastic that the Russians can stretch it all the way from Yalta to Washington without ever technically breaking it."<sup>137</sup>

War dies unbestreitbar, so ist doch auch Henry Kissingers Einschätzung zu bedenken, die Erklärung über das befreite Europa sei auf längere Sicht nicht ganz ohne Bedeutung geblieben. Stalin habe unterschätzt, "wie ernst Amerikaner traditionellerweise rechtverbindliche Dokumente nehmen." Der Übergang der amerikanischen Politik zu einer Eindämmung der Sowjetunion sei dadurch erleichtert worden, daß Stalin "sein in Jalta gegebenes Wort - so wie die amerikanische Regierung und die Öffentlichkeit es verstanden hatten - nicht gehalten habe".<sup>138</sup> Folgt man Andreas Hillgruber, gewann die amerikanische Regierung in Jalta mit der Erklärung über das befreite Europa "ein politisch-propagandistisches Instrument, mit dem sie effektiv in den >Cordon<-Bereich [d. h. Osteuropa] hineinwirken konnte[...]"<sup>139</sup>

Eine eindrucksvolle Gegenposition zu der unhistorischen Europakonzeption Roosevelts vertrat US-Kriegsminister Henry Stimson aus New York, mit weit über 70 Jahren der wohl erfahrenste Regierungspolitiker. Zwischen 1911 und 1913 bereits einmal Kriegsminister, von 1929 bis 1933 Außenminister, war Stimson seit 1940 erneut Chef des War Department. Stimson schenkte in seinem Blick auf Europa den wirtschaftlichen Aspekten eine besondere Aufmerksamkeit. Bereits in seiner Amtszeit als Außenminister hatte Stimson Erfahrungen mit den wirtschaftlichen Folgen des Versailler Vertrages gesammelt. Besorgt um die politische und wirtschaftliche Stabilität Mitteleuropas nach dem Krieg, hielt der Kriegsminister im Herbst 1943 fest: "Central Europe after the War has got to eat. She has got to be free from tariffs in order to eat."<sup>140</sup> Ein Jahr später wies er Präsident Roosevelt auf die seiner Meinung nach verheerenden Folgen einer Ver-

---

<sup>136</sup>"Erklärung über das befreite Europa", Teil V des Communiqués der Konferenz von Jalta, FRUS, JD, S. 899.

<sup>137</sup>Leahy, S. 315-316.

<sup>138</sup>Kissinger, Vernunft, S. 442.

<sup>139</sup>Hillgruber, Weltkrieg, S. 149.

<sup>140</sup>Stimson Diary, 28. 10. 1943, H. Stimson/McGeorge Bundy, On Active Service in Peace and War, New York 1948, S. 567.

nichtung der deutschen Industrie hin, die untrennbar mit der europäischen Wirtschaft verflochten sei. Stimson warnte, "speed of reconstruction is of great importance, if we hope to avoid dangerous convulsions in Europe".<sup>141</sup> Eine Deindustrialisierung Deutschlands, warnte der Kriegsminister im Juli 1945 Präsident Truman, "würde zwangsläufig einen wirtschaftlichen und politischen Krankheitsherd hinterlassen, der durchaus all unsere Hoffnung auf die Förderung einer demokratischen Denk- und Verhaltensweise in Europa zunichte machen könnte".<sup>142</sup> Das Wohlergehen Deutschlands und Europas, so Stimson, hingen wechselseitig voneinander ab. Hellsichtig erblickte Stimson die kardinale politische Aufgabe der USA darin, der drohenden wirtschaftlichen Verelendung Europas nach dem Ende des Krieges zu begegnen.

Stimson wiederholte seine Warnungen in einer während der Potsdamer Konferenz verfaßten Vorlage für Truman, die übrigens eine erstaunliche Ähnlichkeit mit dem Fontainebleau-Memorandum des britischen Premierministers Lloyd George von 1919 aufwies (vgl. Teil 1, Kap. 4. 4.). Beschwörend schrieb Stimson: "Wenn Hunger, Krankheit und Not herrschen, wird sich kein Gebiet oder Volk um die Idee der Redefreiheit, der persönlichen Freiheit und der politischen Handlungsfreiheit kümmern. In einer solchen Atmosphäre gedeihen gerade die entgegengesetzten Ideen. Wenn den Belangen der Demokratie keine Gelegenheit gegeben wird, sich in West- und Mitteleuropa zu entwickeln, dann besteht wenig Möglichkeit, daß sie jemals in russische Vorstellungen Eingang finden wird."<sup>143</sup>

Stimson betrachtete die Sowjetunion mit großer Skepsis. Wenn sie sich überhaupt für demokratische Grundsätze erwärmen würde, so legte die Magnettheorie des Kriegsministers nahe, dann nur über das Vorbild West- und Mitteleuropas. In einer solchen Perspektive, die auch dem Standpunkt Churchill ähnelte, gewann das Kernland Mitteleuropas, Deutschland, eine außerordentliche Bedeutung, sollte das Projekt liberaler, wirtschaftlich prosperierender Demokratien in Europa gelingen. Stimson ging über seine bisherigen Empfehlungen noch hinaus und schlug vor, "einen voll koordinierten Plan für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas als Ganzes anzunehmen". Alle amerikanischen Anstrengungen müßten in einem "Wirtschaftsrat für Europa" gebündelt werden, der sich des "einzig wirksamen und politisch tragbaren Programms, nämlich, Europa dabei zu helfen, sich selbst zu helfen", annehmen müsse.<sup>144</sup>

Hier sprach ein humanistisch eingestellter, besorgter Mann, frei von Rachegefühlen gegenüber dem besiegten Deutschland, ein Politiker, der beim Wiederaufbau des zerstörten Kontinents keine Zeit verlieren wollte, der in wirtschaftlicher Prosperität die einzige Garantie für demokratische Stabilität erblickte. Henry Stimson vertrat leidenschaftlich und mit dem Blick für das Wesentliche die Konzeption eines ungeteilten, freien Europa unter zeitweiliger amerikanischer Führung. Er bemühte sich, der politischen Vielfalt Europas auf angemessene Weise Rechnung zu tragen. Dabei verfolgte er durchaus das Ziel, ein Gegengewicht gegen die sowjetische Europapolitik zu bilden. Stimsons Plan für einen europäischen Wiederaufbau einschließlich Deutschlands nimmt sich wie ein verblüffender Vorläufer des späteren Marshall-Plans aus dem Jahre 1947 aus.

---

<sup>141</sup>Stimson an Roosevelt, 5. 9. 1944, FRUS, Quebec, 1944, S. 100. Vgl. Kap. 4.

<sup>142</sup>Stimson an Truman, 16. 7. 1945, DDP II/I, S. 406.

<sup>143</sup>Stimson an Truman, 22. 7. 1945, DDP II/I, S. 455-457, Zit. S. 456. Auszüge auch in Stimson/Bundy, S. 593-595.

<sup>144</sup>Stimson an Truman, 22. 7. 1945, DDP II/I, S. 456.

Präsident Truman, neu im Amt, teilte die Einschätzungen des erfahrenen Kriegsministers im wesentlichen. Wie er gegen Ende der Potsdamer Konferenz notierte, sei man in den Beratungen an einem toten Punkt angelangt. Die Lage sei "bestenfalls trübe". Mit Blick auf Europa hielt der US-Präsident fest: "Unsere einzige Hoffnung, daß etwas Gutes bei dem europäischen Krieg herauskommt, liegt in der Wiederherstellung des Wohlstands in Europa und im künftigen Handel mit Europa."<sup>145</sup> Es war Harry S. Truman, unter dessen entschlossener Führung die Vereinigten Staaten zwei Jahre später den Marshall-Plan für Europa umsetzten.

## **25. Amerika und die Sicherheit vor Deutschland**

### **25. 1. Präsident Roosevelt und die bedingungslose Kapitulation des Deutschen Reiches**

Für die Vereinigten Staaten war nicht nur die globale Sicherheit, sondern vor allem die zukünftige Sicherheit vor Deutschland ein entscheidendes Anliegen. Indem Hitlers Deutschland über den Weg der Beherrschung Eurasiens und des Nahen Ostens nach der Weltherrschaft griff, war die Sicherheit vor Deutschland ohnehin fast mit weltweiter Sicherheit gleichzusetzen. Zum zweiten Mal innerhalb von 24 Jahren waren die Vereinigten Staaten in einen von Deutschland entfachten europäischen Krieg hineingezogen worden. Da Deutschlands Griff nach der Weltmacht auch die nationale Sicherheit Amerikas bedrohte, mußten Bestimmungen formuliert werden, die eine deutsche Angriffsfähigkeit zukünftig nicht mehr zuließen: zuallererst die vollständige Entmilitarisierung, darüber hinaus die Ausmerzungen der geistigen Grundlagen des deutschen Weltherrschaftsanspruches - des Nationalsozialismus. Die wichtigste Bedingung, um dies zu erreichen, war nach dem Verständnis Präsident Roosevelts eine bedingungslose Kapitulation des Deutschen Reiches. Diese würde den Weg frei machen für die Besetzung Deutschlands während einer Übergangszeit, mit dem Ziel, die Sicherheitsbestimmungen umzusetzen und sie nicht von der Annahme einer deutschen Regierung abhängig zu machen. Nur auf diesem Wege war die zukünftige Sicherheit vor Deutschland überhaupt zu gewährleisten.

Roosevelt billigte trotz seiner Politik der Handlungsfreiheit bereits im Januar 1942, wenige Wochen nach dem amerikanischen Kriegseintritt, auf Vorschlag von Außenminister Hull die Einsetzung eines Stabes für die Nachkriegsplanung. Das "Advisory Committee on Post-War Foreign Policy" versammelte, wie der beteiligte Diplomat Philip Mosely berichtet, eine Reihe von "Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens" mit wissenschaftlicher oder politischer Erfahrung, sowie Beamte des State Department.<sup>146</sup> Den Vorsitz übernahm Roosevelts Mann im Außenministerium, Staatssekretär Welles.

Ein Unterausschuß des Advisory Committee, das Subcommittee on Security Problems, erörterte seit April 1942 die Frage, ob der Krieg gegen Deutschland in Form eines Waffenstillstandes oder auf dem Wege einer Kapitulation beendet werden sollte. Den Vorsitz dieses Gremiums übernahm Norman H. Davis, der auf der Pariser Friedenskonferenz 1919 das US-Finanzministerium vertreten hatte (vgl. Teil 2, Kap. 6) und nunmehr

<sup>145</sup>Vernunft, Truman, 30. 7. 1945, DDP II/1, S. 1915.

<sup>146</sup>Mosely, Friedenspläne, S. 3034.

die außenpolitische Denkfabrik der USA, den Council on Foreign Relations, leitete. Eine große Rolle spielten in den Ausschußberatungen die Erfahrungen des Ersten Weltkrieges (vgl. Teil 2, Kap. 2), der mit einem Waffenstillstand auf der Grundlage der Vierzehn Punkte Präsident Wilsons zu Ende gegangen war.

Wie Norman Davis klarstellte, sei unter einem "armistice" eine "negotiated cessation of hostilities" zu verstehen, unter "unconditional surrender" hingegen eine "imposed cessation of hostilities".<sup>147</sup> Davis und die übrigen Ausschußmitglieder sprachen sich eindeutig für eine bedingungslose Kapitulation aus, in der Vorstellung, der gegenwärtige Krieg gegen Deutschland müsse deswegen geführt werden, weil es 1918 keine Kapitulation Berlins gegeben habe.

So arbeitete der stellvertretende US-Stabschef, General Strong, detaillierte Bestimmungen aus, die Deutschland bei einer Kapitulation auferlegt werden sollten, die aber auch im Falle eines Waffenstillstands mit Deutschland verwendet werden konnten.<sup>148</sup> General Strong stellte auch einen genauen Vergleich zwischen seinem Entwurf und den Waffenstillstandsbedingungen von 1918 an.<sup>149</sup> Strong legte seinen überarbeiteten Entwurf im Oktober 1942 unter dem Titel "Conditions for German Surrender to the United Nations" vor. In einem Zwischenbericht des Security Subcommittee Ende Oktober hieß es im Hinblick auf das Kriegsende schließlich, "unconditional surrender, rather than an armistice, should be sought from Germany".<sup>150</sup>

Präsident Roosevelt stimmte mit der Empfehlung überein, auf eine bedingungslose Kapitulation Deutschlands hinzuwirken. Auch wenn der Informationsfluß vom State Department zum Weißen Haus, was die Ausarbeitungen des Advisory Committee angeht, in den Quellen nicht zweifelsfrei nachzuvollziehen ist<sup>151</sup>, sticht der zeitliche Zusammenhang zwischen den Empfehlungen des Security Subcommittee und der Proklamation der "Unconditional Surrender"-Formel ins Auge, mit der Präsident Roosevelt nach der Konferenz von Casablanca im Januar 1943 an die Öffentlichkeit trat. Bereits im Dezember 1942 erklärte Roosevelt dem Ministerpräsidenten der polnischen Exilregierung, General Sikorski: "We do not intend to finish this war by an armistice or treaty. Germany must surrender unconditionally."<sup>152</sup>

Interessant an dieser Einlassung ist, daß Roosevelt nicht nur einen Waffenstillstand ("armistice"), sondern auch einen Friedensvertrag ("treaty") ausschloß, zumindest für eine längere Zeit. Er sagte zu Sikorski, Deutschland werde vielleicht für 30 Jahre unter Quarantäne stehen. Roosevelts Vorstellung deckte sich hier mit Empfehlungen des Political Subcommittee im Advisory Committee. Dessen Vorlage vom Oktober 1942 glied-

---

<sup>147</sup>Sitzung des Subcommittee on Security Problems, 6. 5. 1942, Dokumente zur Deutschlandpolitik, I. Reihe/Band 2 (11. August 1941 bis 31. Dezember 1942). Amerikanische Deutschlandpolitik (Hg. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen), bearb. von Marie-Luise Goldbach; Frankfurt/Main 1986 (im folg. abgekürzt als DDP I/2), S. 252. Zur Arbeit des Gremiums vgl. die ältere Quellensammlung H. A. Notter, *Postwar Foreign Policy Preparation*, Washington 1949 (im folg. abgekürzt als Notter, PFPP), S. 69 ff, S. 124 ff., und G. Moltmann, *Die Genesis der Unconditional-Surrender-Forderung*, in: A. Hillgruber (Hg.): *Probleme des Zweiten Weltkrieges*, Köln 1967, S. 190 f..

<sup>148</sup>"Conditions for German Surrender to the United States or for an Armistice with the United States", DDP I/2, S. 265-269.

<sup>149</sup>"Comparison of Terms of Surrender Suggested (May 8, 1942) by General George V. Strong and Terms of Armistice Convention with Germany (November 11, 1918)", DDP I/2, S. 262-264.

<sup>150</sup>"Tentative Views of the Security Subcommittee", 22. 10. 1942, DDP I/2, S. 570, bestätigt im "Preliminary Report of the Security Subcommittee", 6. 11. 1942, ebda., S. 647.

<sup>151</sup>DDP I/2, Einleitung, S. XXV-XXVI.

<sup>152</sup>Notiz Sikorskis über eine Unterredung mit Roosevelt, 2. 12. 1942, DDP I/2, S. 714.



derte die Nachkriegsphase in drei Zeitabschnitte: zuerst die "Armistice Period" - die Beendigung der Feindseligkeiten, als deren Form sich die Kapitulation abzeichnete, zweitens eine "Transition Period" und drittens der "Permanent Peace", charakterisiert durch die Entstehung einer internationalen Organisation und den endgültigen Friedensvertrag.<sup>153</sup>

Staatssekretär Welles, der Vorsitzende des Political Subcommittee, vertrat die Ansicht, die "Armistice Period" werde knapp ausfallen, die "Transition Period" hingegen bis zu mehreren Jahren dauern können. Das Political Subcommittee empfahl, in diese entscheidende Phase solle die Herausbildung der europäischen Staaten und ihrer Regierungen fallen, die Festlegung der Grenzen samt der - bereits in diesem Stadium für sicher gehaltenen - Bevölkerungstransfers, schließlich auch die Regelung von Reparationen und Wiedergutmachung. Erst danach, so Welles, solle eine Friedenskonferenz abgehalten werden.<sup>154</sup> Welles gebrauchte später den Begriff einer "Cooling-off-Period", der offenbar gleichbedeutend war mit der "Transition Period".<sup>155</sup> In einer Unterlage des Security Subcommittee tauchte sogar der Gedanke auf, Preußen anders als das übrige Deutschland zu behandeln und für 25 Jahre zu besetzen.<sup>156</sup> Im November 1942 erklärte Welles öffentlich, das 1919 gewählte Verfahren "for the settlement of the future in the world" stehe nicht mehr zur Debatte. Solch gravierende Fragen für das Schicksal der Menschheit, so kritisierte Welles das Vorgehen auf der Pariser Friedenskonferenz, könnten nicht beigelegt werden "without prior agreement, in hurried confusion, by a group of harassed statesmen, working against time, pressed from one side by the popular demand for immediate demobilization and crowded on the other by exigencies of domestic politics".<sup>157</sup> Es war eine bemerkenswerte Folgerung, die die amerikanische Führung aus der Fülle von Verfahrensproblemen und Konflikten zog, die die Pariser Friedenskonferenz vor allem in den ersten beiden Monaten beschäftigt hatten. Präsident Roosevelt, das belegt seine Bemerkung im Gespräch mit General Sikorski, vertrat diese in den Planungsstäben erarbeitete Politik vorbehaltlos.

Im Anschluß an die Casablanca-Konferenz mit Premierminister Churchill verpflichtete Roosevelt die Vereinigten Staaten und die westlichen Alliierten öffentlich auf dieses Verfahren der Kriegsbeendigung. Roosevelt erklärte am 24. Januar 1943 auf einer Pressekonzferenz, "that peace can come to the world only by the total elimination of German and Japanese war power. ... [That] means the unconditional surrender by Germany, Italy, and Japan. That means a reasonable assurance of future world peace. It does not mean the destruction of the population of Germany, Italy, or Japan, but it does mean the destruction of the philosophies in those countries which are based on conquest and the subjugation of other people."<sup>158</sup>

---

<sup>153</sup>"Tentative Views of the Subcommittee on Political Problems (March 7-October 10, 1942). The Post-Hostilities-Years: Schedule of Action", 22. 10. 1942, DDP I/2, S. 565-566. Vgl. den Zwischenbericht des Security Subcommittee, 6. 11. 1942, ebda., S. 647.

<sup>154</sup>Sitzung des Political Subcommittee, 7. 3. 1942, DDP I/2, S. 152 ff.; Sitzung des Advisory Committee on Post-War Foreign Policy, 21. 3. 1942, ebda., S. 174 ff.

<sup>155</sup>Welles, Time, S. 284.

<sup>156</sup>DDP I/2, S. 647.

<sup>157</sup>Rede von Welles in New York, 17. 11. 1942, Goodrich/Carroll, Documents, V, S. 32.

<sup>158</sup>"Joint Conference by the President and Prime Minister Churchill at Casablanca", 24. 1. 1943, Roosevelt, PP, 1943, S. 39. Vgl. FRUS, The Conferences at Washington, 1941-1942, and Casablanca, 1943; Washington 1968, S. 727. Roosevelt wiederholte die Forderung nach bedingungsloser Kapitulation noch

Der Präsident traf hier eine Unterscheidung zwischen der deutschen Bevölkerung als solcher einerseits sowie ihrer Kriegsmacht und Weltanschauung andererseits. Eine ausschließlich materielle Entwaffnung und Entmilitarisierung konnte kein zufriedenstellendes Ergebnis bringen; hinzukommen mußte das, was man eine geistig-moralische Entmilitarisierung nennen könnte. Sie ließe sich natürlich nicht im Handumdrehen umsetzen, da sie einer Umerziehung der Deutschen gleichkäme. Insofern würde, logisch betrachtet, die Garantie des Weltfriedens auch erst in der Verknüpfung beider Maßnahmen auf der Basis der Kapitulation zu erreichen sein. "Unconditional surrender" bedeutete daher eine Politik der Tabula rasa. Der deutschen Regierung und dem deutschen Volk sollte bei Kriegsende unmißverständlich klar werden, daß sie im Felde geschlagen worden seien. Roosevelt wollte mit diesem Vorgehen auch eine neue Dolchstoßlegende verhindern. Im Juli 1944 erklärte er auf einer Pressekonferenz: "Practically all Germans deny the fact they surrendered in the last war, but this time they are going to know it."<sup>159</sup>

Im Gespräch mit dem britischen Außenminister Eden im März 1943 griff Roosevelt das Thema der bedingungslosen Kapitulation auf. Der Präsident betonte, "that he wanted no negotiated armistice after the collapse; that we should insist on total surrender with no commitments to the enemy as to what we would or would not do after this action". Darüber hinaus bekundete Roosevelt Zweifel daran, "if a peace treaty should be signed for some time after the collapse of Germany and Japan".<sup>160</sup> Auch diese Haltung entsprach den internen Planungen im State Department. Gründe für seine Ansicht nannte Roosevelt dem britischen Außenminister zwar nicht, aber es wurde deutlich, daß der Präsident eine längere Besatzungszeit ins Auge faßte, nicht einen baldigen Friedensvertrag. Diese Vorstellung bekräftigte der amerikanische Regierungschef auch in einer privaten Unterredung im Spätsommer 1943. Einen Friedensvertrag, erklärte Roosevelt, werde es nicht geben, "sondern einen Erlaß der Großen Vier."<sup>161</sup> Es ist sehr wahrscheinlich, daß Wilson hier als die vierte Siegermacht nicht - wie es später kam - Frankreich, sondern China verstand, das eine mit Amerika, England und der Sowjetunion gleichberechtigte Rolle als Weltpolizist spielen sollte.

Die politisch-militärische Lage am Ende des Ersten Weltkrieges im Blick, war Roosevelt der festen Überzeugung, daß ein besiegtes Deutschland sich nicht erneut auf ein Programm berufen dürfe, das eine moderate Behandlung in Aussicht stellte. Roosevelt hatte zwar mit den Vier Freiheiten und der Atlantik-Charta ein idealistisches Friedensprogramm formuliert, das Ähnlichkeiten mit den Vierzehn Punkten aufwies. Aber er verknüpfte die Behandlung Deutschland nicht einmal indirekt mit diesen Grundsätzen. Roosevelt schaltete seine Forderung nach bedingungsloser Kapitulation, obwohl

---

häufig bei Pressekonferenzen und "Kamingesprächen" im gleichen Jahr, gelegentlich verbunden mit der Beteuerung, der Bevölkerung keinen Schaden zufügen zu wollen: Pressekonferenz 2. 2. 1943 (PP, S. 59-60), Pressekonferenz 12. 2. (S. 80), Fireside Chat 28. 7. (S. 327), Fireside Chat 24. 12. (S. 558) sowie 1944: Public Papers 1944/45, Pressekonferenz, 29. 7. (S. 209), Radiobotschaft an die Foreign Policy Association, 20. 10. (S. 352 f.) und zuletzt in der Botschaft an den Kongreß über die Jalta-Konferenz, 1. 3. 1945 (S. 575). Zur Entstehung der Unconditional Surrender-Forderung vgl. auch Moltmann, Genesis. Zu Roosevelts Abstimmung mit Churchill vor der Pressekonferenz vgl. Gietz, S. 70-71.

<sup>159</sup>Pressekonferenz, 29. 7. 1944, Roosevelt, PP 1944-45, S. 210. Vgl. auch H. S. Truman, Das Jahr der Entscheidungen (1945). Memoiren Bd. 1, Stuttgart 1955, S. 166.

<sup>160</sup>Unterredung Roosevelt-Eden, 22. 3. 1943, FRUS, 1943, III, S. 38; vgl. Sherwood, S. 587-588.

<sup>161</sup>Aufzeichnung Spellmans über eine Unterredung mit Roosevelt, 3. 9. 1943, Gannon, S. 192.

späteren Datums als die Vier Freiheiten und die Atlantik-Charta, seinen liberalen Friedenszielen vor. In Berlin durfte kein falscher Eindruck entstehen, diesmal würde es keine Schlupflöcher, Hintertüren oder Zugeständnisse geben, auch keine zeitraubenden Verhandlungen mit anderen Verbündeten.

Diese Entscheidung des Präsidenten bedeutete auch, daß keine deutsche Opposition darauf bauen konnte, daß die in der Atlantik-Charta festgehaltenen Grundlagen einer Nachkriegsordnung - Selbstbestimmung, Freihandel und Gleichberechtigung - Deutschland absehbar zugute kommen würden. Deutschland hatte sich den Siegern auf Gnade oder Ungnade auszuliefern. Erst nachdem die besiegte Macht zum Objekt der Sieger degradiert wäre, ohne jeden Rechtsanspruch, würden die Sieger ihre Politik bekannt machen.

Hiermit ist eine zweite Zielsetzung Roosevelts angesprochen: der Wunsch nach Handlungsfreiheit bei der Kriegführung und der Regelung der Nachkriegsfragen. Roosevelts Abneigung, Absprachen über die Nachkriegszeit zu treffen, zieht sich wie ein roter Faden durch die Jahre 1941-1945. So sagte er im Sommer 1943, es sei nicht an der Zeit, eine internationale Diskussion über alle Friedensbedingungen zu führen; die Vereinten Nationen hätten sich bereits auf die allgemeinen Ziele für die Nachkriegswelt geeinigt: "We must not relax our pressure on the enemy by taking time out to define every boundary and settle every political controversy in every part of the world. The all-important thing now is to get on with the war - and to win it."<sup>162</sup>

Diese Haltung Roosevelts ist treffend "Policy of Postponement" genannt worden.<sup>163</sup> Sie war von großer Bedeutung für die Fragen der Nachkriegsordnung. Wie Roosevelts Sohn berichtet, habe der Präsident auf einen schnellen Krieg gedrängt, ohne Rücksicht auf Machtpositionen bei Kriegsende, und nach einer Zeit der Abkühlung der Gemüter die Nachkriegsregelung vornehmen wollen.<sup>164</sup> Roosevelt betrachtete, anders als Churchill und Stalin, die militärische Strategie offensichtlich nicht im Clausewitzschen Sinne unter politischen Gesichtspunkten. Auf diese Weise mußte die Regelung der Nachkriegsfragen in einem nicht unbeträchtlichen Maße vom guten Willen aller Beteiligten abhängen. Es sollte sich herausstellen, das dies ein zu optimistischer Glaube war.

Durch das Vorschaltprogramm der bedingungslosen Kapitulation wollte Roosevelt Amerika zu nichts verpflichten - weder gegenüber dem Kriegsgegner noch gegenüber den anderen kriegführenden Mächten. So telegraphierte Roosevelt vor Beginn der Moskauer Gespräche zwischen Churchill und Stalin über Südosteuropa im Oktober 1944 dem US-Botschafter in Moskau, Averell Harriman, es sei "von Bedeutung", daß Außenminister Hull und er auch nach dem Moskauer Treffen "volle Handlungsfreiheit" hätten.<sup>165</sup> Roosevelt ließ Churchill, der ihn um Zustimmung zu Absprachen über Südosteuropa ersucht hatte, wissen, "ich könnte es niemandem gestatten, mich im voraus zu etwas zu verpflichten".<sup>166</sup> Mit Blick auf die Behandlung Deutschlands instruierte Roosevelt im gleichen Monat seinen Außenminister, er mache ungern detaillierte Pläne für

<sup>162</sup>"Fireside Chat" vom 28. 7. 1943, in: Roosevelt, PP, 1943, S. 333, ähnlich seine Äußerung auf der Pressekonferenz am 29. 10. 1943, ebda., S. 459.

<sup>163</sup>Siehe J. L. Snell, *Wartime Origins of the East-West Dilemma over Germany*; New Orleans 1959, S. 14-39.

<sup>164</sup>E. Roosevelt, *As he saw it*, New York 1946, S. 129.

<sup>165</sup>Roosevelt an Harriman, 4. 10. 1944, FRUS, JD, S. 7.

<sup>166</sup>Roosevelt an Churchill, 4. 10. 1944, FRUS, JD, S. 7.

ein Land, das noch nicht besetzt sei.<sup>167</sup> Nicht nur im State Department stieß diese Haltung auf Unverständnis. Auch der amerikanische Kriegsminister Stimson sorgte sich darum, "that we were running into a lack of preparedness": er sah die Gefahr, daß die USA zum Zeitpunkt des Einmarsches in Deutschland ungenügend vorbereitet sein könnten.<sup>168</sup>

Zum Primat der Kriegführung gehörte für Präsident Roosevelt auch, der Sowjetunion zu signalisieren, daß die beiden westlichen Alliierten in ihren Kampfanstrengungen bis zum Ende fortfahren würden, auch wenn sich die Errichtung der von Stalin vehement geforderten Zweiten Front in Frankreich verzögerte. Mit der Zusicherung, allein eine Kapitulation und nicht etwa einen, womöglich separaten, Verhandlungsfrieden anzustreben, sollte Stalin kein Anreiz geboten werden, seinerseits einen Separatfrieden mit Hitler auszuhandeln. So sagte Roosevelt auch in Casablanca zu Churchill über die Formel der bedingungslosen Kapitulation, sie sei "just the thing for the Russians. They couldn't want anything better".<sup>169</sup>

Diese Einschätzung entsprach sicher nur zum Teil den Tatsachen. Präsident Roosevelt dürfte überrascht gewesen sein, als er am Vorabend der Konferenz von Teheran von Stalin erfuhr, daß der Kreml von einer bedingungslosen Kapitulation wenig hielt. Stalin, der zu diesem Zeitpunkt immerhin schon auf eine stärkere Kooperation mit den westlichen Alliierten eingeschwenkt war, meinte zu Roosevelt, wenn man das Prinzip der Kapitulation nicht erläutere, indem man sage, welche Bedingungen die Deutschen zu erwarten hätten, trage man nur dazu bei, die Deutschen zu einigen. Entwerfe man hingegen spezifische Bedingungen, wie drakonisch auch immer, und teile sie den Deutschen mit, beschleunige man seiner Meinung nach den Tag der Kapitulation.<sup>170</sup>

Stalin empfahl sogar, festzulegen, welche "Mengen an Waffen, Transportmitteln usw. der Gegner abgeben muß, um daraufhin diese Bedingungen bekanntzugeben, ohne sie als bedingungslose Kapitulation zu bezeichnen". Der Marschall setzte hinzu, die bedingungslose Kapitulation erscheine den "feindlichen Armeen" als eine "Beleidigung", weswegen sie "noch erbitterter" kämpfen würden.<sup>171</sup> Stalin schien hier ein Verfahren zu bevorzugen, das zwar nicht dem britischen Vorschlag eines Waffenstillstands entsprach, aber doch den Briten insofern entgegenkam, als einige konkrete Bestimmungen festgelegt und bekanntgemacht werden sollten. Roosevelt allerdings wich aus; er wollte die Grundlage seiner Deutschlandpolitik nicht mehr ändern.

Nach der Konferenz von Jalta füllte Präsident Roosevelt allerdings die Kapitulationsformel erstmals mit Inhalten, so daß die Kapitulation nicht allein als formelles Verfahren erschien. Er erklärte vor dem US-Kongreß, die Deutschen müßten begreifen, "that only with complete surrender can they begin to reestablish themselves as people whom the world might accept as decent neighbors."<sup>172</sup> Das Prinzip der guten Nachbarschaft ebenso wie die Herrschaft des Rechts war der Maßstab, an dem Roosevelt eine eventu-

<sup>167</sup>Roosevelt an Hull, 20. 10. 1944, Hull, II, S. 1621, Abdruck des Dokuments in FRUS, JD, S. 148-149.

<sup>168</sup>Stimson Diary, 25. 8. 1944, Stimson/Bundy, S. 569, ferner Diary 11. 9. 1944, ebda., S. 575.

<sup>169</sup>E. Roosevelt, As he Saw it, S. S. 117. Zu der Problematik eines Separatfriedens ausführlich Mastny, Stalin and the Prospects of a Separate Peace in World War II, S. 1365-1388.

<sup>170</sup>"Memorandum of Marshal Stalin's Views as expressed during the Evening of November 28, 1943", Bohlen-Protokoll, FRUS, TD, S. 513, Vgl. Woodward, BFP V, S. 78-79.

<sup>171</sup>Unterredung Stalin-Roosevelt, 28. 11. 1943, sowjetisches Protokoll, KSU, TD, S. 86.

<sup>172</sup>"Address to Congress Reporting on the Yalta Conference", 1. 3. 1945, Roosevelt, PP, 1944-45, S. 575.

elle Reintegration der Deutschen in die Völkergemeinschaft ausrichtete. Der Präsident nutzte auch die Gelegenheit, um der deutschen Propaganda vom totalen Krieg seine Interpretation entgegenzuhalten, indem er präzisierte: "We made it clear at Yalta, and I now repeat that unconditional surrender does not mean the destruction or enslavement of the German people. The Nazi leaders have deliberately withheld that part of the Yalta declaration from the German press and radio." Nachfolgend deutete der Präsident einige Punkte der alliierten Deutschlandpolitik nach der Kapitulation an, die sich in den Zielen der Entmilitarisierung, Entnazifizierung und der wirtschaftlichen Wiedergutmachung zusammenfassen lassen.<sup>173</sup>

"Unconditional Surrender" bedeute für Deutschland erstens die zeitweise Kontrolle durch Großbritannien, Rußland, Frankreich und die USA, zweitens das Ende des Nationalsozialismus, drittens die Tilgung des militaristischen Einflusses in der Öffentlichkeit und im privaten wie kulturellen Leben Deutschlands. Viertens verband der Präsident mit der bedingungslosen Kapitulation die harte und gerechte Bestrafung der nationalsozialistischen Kriegsverbrechen, fünftens die vollständige Abrüstung Deutschlands, die Zerstörung des Militarismus und der militärischen Ausrüstung, das Ende der Rüstungsproduktion und die dauerhafte Zerschlagung des deutschen Generalstabes, der so oft den Frieden der Welt erschüttert habe. Schließlich erklärte der Präsident sechstens, "that Germany will have to make reparations in kind for the damage which has been done to the innocent victims of its aggressions."<sup>174</sup> Hier fügte Roosevelt allerdings hinzu, daß man die Fehler in der Reparationspolitik nach dem Ersten Weltkrieg vermeiden wolle. Die bedingungslose Kapitulation wurde zur Kurzformel für das Programm des Umgangs mit Deutschlands, so wie es Roosevelt im März 1945 vorschwebte und in die Erklärung von Jalta eingeflossen war. "Unconditional Surrender" stellte schließlich sowohl ein Kriegsziel dar wie auch die Verfahrensweise der Wahl bei der Organisation des Friedens und des Wiederaufbaus in Deutschland.<sup>175</sup>

## **25. 2. Militärische oder politische Bedingungen? Das Kapitulationsverfahren in amerikanischer Sicht**

Das Verfahren der militärischen bzw. politischen Kapitulation Deutschlands wurde im einzelnen in der Europäischen Beratenden Kommission (EAC) besprochen. Präsident Roosevelt hatte der Einsetzung dieses Ausschusses, in dem die britische Regierung sämtliche Probleme im Zusammenhang mit der Kapitulation erörtern wollte, allerdings nur widerwillig zugestimmt. Nach der Erfahrung George F. Kennans, im Jahre 1944 amerikanischer Botschaftsrat in London und Mitarbeiter des US-Vertreters in der EAC, sei der von Großbritannien gewünschte Rahmen eines mit Kompetenzen ausgestatteten Beratungsgremiums "für den amerikanischen Geschmack viel zu weit gespannt" gewe-

<sup>173</sup>Diese Gesichtspunkte werden vertieft in den Kap. 2. 5.-2. 6., 4..

<sup>174</sup>"Address to Congress Reporting on the Yalta Conference", 1. 3. 1945, Roosevelt, PP, 1944-45, S. 576.

<sup>175</sup>Insofern kann man die Einschätzung Moltmanns, Deutschlandpolitik, S. 65, "Unconditional Surrender" habe die zukünftige Politik nach dem Siege nicht betroffen, sondern nur das formelle Verfahren bei der Liquidation des Krieges", korrigieren. Zutreffend hingegen ist die Einschätzung des Autors, daß die Kapitulation nur die "Voraussetzung für eine spätere Friedensordnung" bilden konnte und daß die Wirkung auf den Gegner "diskriminierend und zugleich bedrohlich" war, da ihm nur noch die Hoffnung auf Gnade blieb. Moltmann, Genesis, bemerkt, die Anwendung des Prinzips der totalen Kapitulation auf ganze Staaten habe in der Geschichte nur ein Vorbild: die Forderung Roms an Karthago zu Beginn des Dritten Punischen Krieges (149-146 v. Chr.).

sen. Eine solche Planung habe kollidiert mit Roosevelts "Abneigung gegen alles, was ihn im voraus hätte festlegen oder seine Handlungsfreiheit bei der Neuordnung Nachkriegseuropas hätte beschneiden können". Das State Department habe jedoch dazu beitragen wollen, eine gemeinsame Politik im Hinblick auf die Kapitulation und die nachfolgende Behandlung Deutschlands zu vereinbaren. Das Außenministerium, so Kennans Erfahrungsbericht, habe Präsident Roosevelt schließlich eine Einwilligung abgerungen, die EAC einzurichten.<sup>176</sup>

Außenminister Hull habe allerdings mit Rücksicht auf den Präsidenten die Befugnisse des Gremiums im Gegensatz zu den britischen Wünschen eingegrenzt: behandelt werden sollten lediglich die "Frage der Kapitulationsbedingungen, der Besatzungszonen und der Durchführung der Kapitulationsbedingungen". Mit dieser Vorgabe war die Arbeit der EAC, in der eine gemeinsame Deutschlandpolitik hätte geplant und koordiniert werden können, von vornherein beschnitten. Roosevelts Politik der Vertagung wirkte sich nicht nur auf die Befugnisse der Kommission aus; sie schlug sich auch darin nieder, daß der US-Vertreter in der EAC, Winant, häufig nur unzureichende Weisungen aus Washington erhielt. Wie Kennan folgert, konnte von "beratender Tätigkeit des Gremiums.. demnach kaum die Rede sein".<sup>177</sup>

Aus diesem Grund sind die Dokumente in den amerikanischen Quellenbänden zu den Jahren 1944 und 1945 gefüllt mit Ersuchen Winants um Richtlinien. Um die amerikanische Politik in dem neugeschaffenen Gremium zu koordinieren, wurde in Washington eigens ein Ausschuß geschaffen, das Working Security Committee. In ihm waren das State Department, das Kriegsministerium und das Marineministerium vertreten; auch die amerikanischen Stabschefs besaßen ein Mitspracherecht.<sup>178</sup> Auf diese Weise waren Interessenvielfalt, aber auch Meinungsverschiedenheiten vorprogrammiert. Anders als die britischen Planungsstäbe mit ihrem System der Kabinettsausschüsse (vgl. Teil 3) arbeitete die amerikanische Planungsbürokratie nicht nach einem erprobten Verfahren, das die Interessen einzelner Ministerien bündelte.

Die amerikanische Regierung unterbreitete auch der EAC ihren Vorschlag zur bedingungslosen Kapitulation Deutschlands. Winant legte der EAC im Januar 1944 ein Memorandum mit 27 politischen und militärischen Bedingungen vor, die dem besiegten Deutschland nach der Kapitulation auferlegt werden sollten.<sup>179</sup> Winant reagierte mit dieser Vorlage auf den ausgeklügelten britischen Entwurf einer Kapitulationsurkunde.<sup>180</sup> Präsident Roosevelt scheint über dieses britische Dokument alles andere als glücklich gewesen zu sein und schrieb Churchill: "I have been worrying a good deal of late on account of the tendency of all of us<sup>181</sup> to prepare for future events in such detail that we may be letting ourselves in for trouble when the time arrives." Wie der Präsident hinzufügte, denke man in Washington an ein sehr viel kürzeres Kapitulationsdo-

---

<sup>176</sup>Kennan, Memoiren, S. 169. Vgl. B. Kuklick, Genesis; H.-G. Kowalski, Die "European Advisory Commission" als Instrument alliierter Deutschlandplanung; in: VfZ 19 (1971), S. 261 ff..

<sup>177</sup>Kennan, Memoiren, S. 170.

<sup>178</sup>Zur Rolle des im Dezember 1943 eingesetzten Working Security Committee: Hull an Winant, 15. 1. 1944, FRUS, 1944, I, S. 111-112.

<sup>179</sup>Memorandum des Working Security Committee: "Provisions for Imposition on Germany at Time of Surrender (revised)", 6. 1. 1944, FRUS, 1944, I, S. 104-109, der EAC am 24. 1. vorlegt.

<sup>180</sup>Vgl. Teil 3, Kap. 1. 3.

<sup>181</sup>Dies dürfte vor allem auf die Briten gemünzt sein, aber auch auf das State Department.

kument; einen von den US-Stabschefs empfohlenen Entwurf legte er seinem Schreiben bei.<sup>182</sup>

Der amtierende Außenminister Stettinius stützte diesen Standpunkt und schrieb an Winant, "our principal objective is to impose surrender terms broad enough to give us complete and unlimited authority, leaving to agreement among the three governments [in der EAC], without German participation, questions as to how that authority will be exercised".<sup>183</sup> Im Unterschied zu dem vertragsähnlichen britischen Entwurf sollte der Entwurf der US-Stabschefs den Siegern vollständige Handlungsfreiheit sichern. Winant legte diesen Entwurf eines Kapitulationsdokuments, das nur 13 Artikel umfaßte, auch der EAC vor.<sup>184</sup> Der Umfang der Kapitulationsurkunde, auf die sich die EAC im Juli 1944 schließlich einigte, entsprach mit 14 Artikeln dann weitgehend dem amerikanischen - und dem sowjetischen - Entwurf, nicht aber der 70 Artikel langen britischen Vorlage.<sup>185</sup>

Trotz der Differenzen bezüglich der Kapitulationsurkunde mit der britischen Regierung stimmten die US-Delegation in der EAC und das State Department grundsätzlich darin überein, politische und wirtschaftliche Bestimmungen, die Deutschland aufzuerlegen waren, in Form von "proclamations, orders, and ordinances" zu formulieren, auf der Basis einer mit Moskau abgestimmten Politik. So war Winant der Ansicht, eine erste Proklamation solle das deutsche Volk über die Umsetzung der Kapitulationsbestimmungen informieren. Drei sogenannte "General Orders" sollten die militärischen, politischen und wirtschaftlichen Bestimmungen enthalten und den Deutschen vor Unterzeichnung der Kapitulationsurkunde vorgelegt werden.<sup>186</sup> Der EAC-Bericht vom 25. Juli über die Vereinbarung bezüglich der Kapitulationsurkunde kündigte dann auch an, die EAC werde den drei Regierungen im weiteren Verlauf "drafts of basic Proclamations, Orders, Ordinances or Instructions laying down additional requirements" zur Beratung vorlegen.<sup>187</sup>

Im Spätsommer und Herbst 1944 entwarf die US-Delegation in der EAC insgesamt 35 Direktiven, von denen in Washington 15 gebilligt wurden und daher in der EAC beraten werden konnten. Diese Weisungsentwürfe behandelten allerdings nur zweitrangige Probleme wie die Kontrolle der deutschen Handelsschifffahrt oder den Umgang mit der deutschen Flotte. Offenbar neigte man in Washington zu der Ansicht, eine revidierte Direktive JCS 1067 (dazu unten) könne als Basis oder als Ersatz für die Fülle von Einzeldirektiven der EAC dienen.<sup>188</sup> Mit Blick auf die Proklamationen und Anweisungen,

---

<sup>182</sup>Roosevelt an Churchill, 29. 2. 1944, Correspondence, II, S. 766, siehe den Entwurf im Anhang, S. 767-773: "Instrument and Acknowledgement of Unconditional Surrender of Germany"; das Schreiben auch in FRUS, 1944, I, S. 188-189, der Anhang ebda. auf S. 168-172.

<sup>183</sup>Stettinius an Winant, 6. 3. 1944, FRUS, 1944, I, S. 195.

<sup>184</sup>"Instrument and Acknowledgement of Unconditional Surrender of Germany", 5. 2. 1944, der EAC am 15. 2. vorgelegt, FRUS, 1944, I, S. 168-170.

<sup>185</sup>"Unconditional Surrender of Germany", 25. 7. 1944, Anhang 2 zur Aufzeichnung der 7. Sitzung der EAC, FRUS, 1944 I, S. 256-261.

<sup>186</sup>Memorandum Winant, 3. 3. 1944, FRUS, 1944, I, S. 193-194; Hull an Winant, 16. 3. 1944, ebda., S. 199-201.

<sup>187</sup>Report by the EAC, 25. 7. 1945, FRUS, 1944, I, S. 255. Vgl. auch das Memorandum des Sekretärs der US-Delegation der EAC, Lightner, 9. 2. 1945, FRUS, 1945, III, S. 447-450.

<sup>188</sup>Vgl. die Aufzeichnung einer Konferenz im State Department über die Arbeit der EAC, 14. 3. 1945, FRUS, 1945, III, S. 450-452.

für die Winant und seine Mitarbeiter Entwürfe vorbereitet hatten und die bei der britischen und sowjetischen Delegation zustimmungsfähig erschienen, ließ sich in Washington allerdings kein Konsens herstellen. Zu unterschiedlich waren die Interessen im Außen-, Kriegs- und Finanzministerium sowie die Position der Stabschefs. So wehrten sich die Militärs dagegen, angesichts einer vollständigen Kapitulation Deutschlands die alliierte Machtübernahme noch eigens feststellen oder gar begründen zu müssen.<sup>189</sup>

Finanzminister Morgenthau reagierte auf die britische Vorlage mit der harschen Kritik, sie beschäftige sich weitgehend mit Einzelheiten der Administration und ordne diese den Grundsätzen der Politik unter. Das britische Dokument sei zur Erörterung auf hoher politischer Ebene ungeeignet. Morgenthau war andererseits dem Entwurf einer langfristigen Politik keineswegs abgeneigt; die Hauptkritik des Treasury-Chefs, der eine drakonische Deutschlandpolitik vertrat<sup>190</sup>, bestand darin, daß der britische Entwurf einen für seinen Geschmack zu gemäßigten Umgang mit den Deutschen vorsah. Der stellvertretende Kriegsminister McCloy kritisierte die britischen Entwürfe als zu ausführlich und sprach sich dagegen aus, eine langfristige Politik zu entwerfen, ohne die Lage vor Ort in Deutschland zu kennen. Für die Zeit unmittelbar nach der Kapitulation hielt McCloy, ebenso wie Morgenthau, die Direktive JCS 1067 für eine ausreichende Richtlinie.<sup>191</sup> Kaum verwunderlich, vertrat das State Department, ebenso wie die US-Delegation in der EAC an Kooperation mit Briten und Sowjets interessiert, eine andere Position.<sup>192</sup>

Der weitere Verlauf komplizierte die Probleme: Zunächst zeigte sich Präsident Roosevelt in Jalta mit Stalins Wunsch einverstanden, in Artikel 12 der Kapitulationsurkunde einen Passus über die Zerstückelung Deutschlands einzufügen.<sup>193</sup> In Teil 3, Kap. 1. 3. ist bereits dargestellt worden, daß gegen Kriegsende zwei Entwürfe der Kapitulationsurkunde vorlagen, die der amerikanische politische Berater bei der EAC, Mosely, abrufbereit hielt. Da General Eisenhower von den Vereinigten Stabschefs keine Weisung erhalten hatte, welchen Entwurf er verwenden sollte, nahm man, wie Mosely vermutet - im Hauptquartier SHAEF<sup>194</sup> an, am einfachsten sei es, den Deutschen eine ganz neue, rein militärische Kapitulationsurkunde vorzulegen. Winant und Mosely drangen bei den Militärs mit ihrem an britische Bedenken erinnernden Argument nicht durch, es sei völkerrechtlich problematisch, nur "eine rein militärische Übergabeurkunde" unterzeichnen zu lassen und sich nicht auch - wie in EAC-Urkunde der Fall - auch "die deutsche Anerkennung der bedingungslosen politischen Übergabe zu sichern".<sup>195</sup>

Die einzige Abänderung, die Winant bei dem Stabschef von SHAEF, dem US-General Walter Bedell Smith, erreichen konnte, war die Einfügung eines Zusatzartikels, der als eine "allgemeine Ermächtigungsklausel abgefaßt" war: "Die Urkunde militärischer Übergabe präjudiziert nicht ihre Ersetzung durch ein allgemeines Kapitulationsinstru-

---

<sup>189</sup>Siehe dazu Joint Chiefs of Staff an Außenminister, 20. 10. 1944, FRUS, 1944, I, S. 366 ff.; Memorandum Lightners, 9. 2. 1945, FRUS, 1945, III, S. 449.

<sup>190</sup>Vgl. Kap. 4. 2.

<sup>191</sup>McCloy, "Memorandum Regarding British Draft Policy Directives for Germany", 1. 11. 1944, Anlage zu McCloy an Stettinius, 4. 11. 1944, FRUS, 1944, I, S. 380-381.

<sup>192</sup>Siehe dazu das Memorandum (ohne Angabe des Autors, undat.) in Matthews (stellvertretender Leiter der Europaabteilung) an Stettinius, 4. 11. 1944, FRUS, 1944, I, S. 381-383.

<sup>193</sup>Vgl. Kap. 3. 3.

<sup>194</sup>SHAEF: Supreme Headquarter, Allied and Expeditionary Forces.

<sup>195</sup>Vgl. Mosely, Friedenspläne, S. 3040 f., Zit. S. 3041. Siehe auch Kettenacker, Krieg, S. 503 ff.



ment, das von und im Namen der Vereinigten Nationen Deutschland und den deutschen Streitkräften in ihrer Gesamtheit auferlegt wird."<sup>196</sup> Wie Winant im Juli 1945 an Außenminister Byrnes schrieb, habe dieser Artikel den Weg geebnet "für die Herausgabe der Deklaration betreffend die Niederlage Deutschlands und die Übernahme der obersten Gewalt in Deutschland", die von den Siegermächten am 5. Juni 1945 verkündet wurde.<sup>197</sup>

Der Versuch einer Einigung über die Frage zusätzlicher Bestimmungen - nunmehr entsprechend dem Artikel 13 der Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands - führte schließlich noch während der Potsdamer Konferenz zum Erfolg. Die drei Delegationen der EAC kamen am 25. Juli 1945 überein, die sogenannten "additional requirements to be imposed on Germany" als eine rein interalliierte Vereinbarung festzuhalten. Welchen praktischen Wert dies noch haben konnte, mußte die weitere Deutschlandpolitik erweisen, bei der es nach Potsdam sehr die Frage war, inwieweit sie noch eine gemeinsame sein konnte.

### **25. 3. Der amerikanische Standpunkt zur Einteilung Deutschlands in Besatzungszonen**

Mit Blick auf die Planung einer Besetzung Deutschlands nach der Kapitulation wiederholte sich zunächst das Muster der Beratungen in der EAC. Es war die britische Regierung, die schon zu einem frühen Zeitpunkt einen Plan zur Einteilung Deutschlands in drei Besatzungszonen ausgearbeitet hatte. Die amerikanische Regierung, in Zugzwang versetzt, vermochte den britischen Plänen wenig entgegenzusetzen.

Präsident Roosevelt hatte von einem Vorläufer des britischen Attlee-Plans zur Zoneneinteilung Deutschlands<sup>198</sup> schon erfahren, bevor die EAC mit ihrer Arbeit begonnen hatte. Die US-Stabschefs hatten den Plan von ihren britischen Kollegen erhalten und erbaten eine Stellungnahme des Präsidenten. Als dieser im November 1943 mit den Stabschefs beriet, zeigte er sich mit der vorgesehenen Zoneneinteilung nicht einverstanden. Er beanspruchte die Zone im Nordwesten Deutschlands, die Großbritannien für sich reklamierte, für Amerika. Zur Begründung nannte Roosevelt ein politisches Argument: "We do not want to be concerned with restituting France." Der Regierungschef wollte die Versorgungsstrecke für die US-Truppen nicht über französischen Boden laufen lassen, was im Fall einer Besetzung Süddeutschlands aus logistischen Gründen naheliegend war. Roosevelt erklärte kategorisch: "France is a British baby", eine Äußerung, die einen interessanten Einblick in seine Europakonzeption verriet. Roosevelt wollte Großbritannien Frankreich, Luxemburg und Belgien überlassen. Ein weiteres logistisches Argument betraf den Zugang zur See: Roosevelt wollte die US-Truppen über

<sup>196</sup>Urkunde über die militärische Kapitulation, 7. 5. 1945, DDP II/1 (Anhang), S. 2310-2311.

<sup>197</sup>Winant an Byrnes, 12. 7. 1945, DDP II/1, S. 283-289, Zit. S. 286. Im Originaltext (FRUS, PD I, S. 605) ist dieser Teil des Schreibens ausgelassen. Vgl. den Wortlaut der "Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands und der Übernahme der obersten Regierungsgewalt hinsichtlich Deutschlands", von Oppen (Hg.), Documents, S. 29-35. Deutsch bei Deurlein, Einheit, Dok. 19, S. 338. Vgl. Teil 3, Kap. 1. 3.

<sup>198</sup>Vgl. Teil 3, Kap. 1. 4.

Hamburg und Bremerhaven versorgen und sie nach Beendigung des europäischen Krieges rasch in den Fernen Osten verlegen können.<sup>199</sup>

Roosevelt, der damit rechnete, es werde nach dem deutschen Zusammenbruch mit Sicherheit ein "race for Berlin" geben, erklärte: "The United States should have Berlin."<sup>200</sup> Die Sowjetunion könne das Gebiet östlich der Hauptstadt besetzen. Roosevelt zeichnete einen Entwurf der amerikanischen Zone auf ein Blatt Papier: Diese im Nordwesten und Norden liegende Zone war größer als die britische Zone im Südwesten, die Baden, Bayern und Württemberg umfassen sollte. Die sowjetische Zone war deutlich kleiner als in dem britischen Plan. Die Trennlinie zwischen der amerikanischen und der sowjetischen Zone zeichnete Roosevelt durch Berlin hindurch.<sup>201</sup>

Diese grobe Einteilung berücksichtigte keine bestehenden Verwaltungsgrenzen. Roosevelt ließ sich in diesem Zusammenhang auch über eine Aufteilung Deutschlands in drei oder fünf Staaten aus (vgl. Kap. 3. 2.). Nach dem Treffen scheint der Präsident Anweisung gegeben zu haben, seinen Plan noch einmal zu verändern: die neue Fassung verkleinerte die britische und die sowjetische Zone noch weiter zugunsten der USA. Für Großbritannien waren nunmehr das Rheinland ohne Köln, das Saarland, die Pfalz, Baden, Württemberg und Bayern vorgesehen. Als Roosevelt im Anschluß an den Dreiergipfel in Teheran mit Churchill über die Zoneneinteilung sprach, stieß er mit seinem Vorschlag allerdings auf entschiedenen britischen Widerstand.<sup>202</sup>

Nachdem die EAC ihre Arbeit aufgenommen hatte, konnte Winant dem britischen Vorschlag vom 15. Januar 1944 zur militärischen Besetzung Deutschlands<sup>203</sup> nichts wesentliches entgegensetzen. Weisungen aus Washington blieben aus, selbst nachdem am 18. Februar der sowjetische Vertreter Gusew einen Vorschlag vorgelegt hatte, in dem er die britische Zoneneinteilung weitgehend akzeptierte. Die Verzögerung in der amerikanischen Planung war hauptsächlich auf das Kriegsministerium zurückzuführen. Es zeigte wenig Interesse, im Working Security Committee mitzuarbeiten, das dem US-Vertreter in der EAC Instruktionen erteilen sollte - ein Beispiel für die schwierige Abstimmung zwischen den Regierungsstellen in Washington.<sup>204</sup>

Als Winant um Instruktionen bat, schrieb der Direktor der Abteilung für europäische Angelegenheiten im State Department, James Dunn, dem Botschafter im Februar 1944: "As you may recall, the question of our attitude with respect to the partition of Germany is still open".<sup>205</sup> War diese Bemerkung nicht nur eine Ausrede, schien sie zu unterstellen, daß das State Department die Frage der Besatzungszonen mit der Frage einer Aufteilung verknüpfte. Roosevelt hatte zwar im November beide Fragen in einem Atemzug behandelt, doch hatte dies wohl praktische Gründe gehabt. Tatsächlich hingen beide Themen in keiner Weise zusammen. Das betonte Roosevelt später auch in Jalta, als er

<sup>199</sup>Besprechung Roosevelts mit den US-Stabschefs, 19. 11. 1943, FRUS, TD, S. 253 ff., Zit. S. 254. Vgl. Matloff, Planning, S. 341 ff. Sharp, Alliance, S. 42 ff. Roosevelt kannte nicht, wie Meissner, Vereinbarungen, S. 35, meint, den Attlee-Plan - dieser wurde erst im Januar 1944 so genannt (vgl. Teil 3, Kap. 1. 4.).

<sup>200</sup>Besprechung Roosevelts mit den US-Stabschefs, 19. 11. 1943, FRUS, TD, S. 255.

<sup>201</sup>Ebda.. Die Zeichnung ist abgedruckt in der offiziellen amerikanischen Militärgeschichte des Zweiten Weltkrieges, Matloff, Planning, S. 341.

<sup>202</sup>Siehe die Aufzeichnungen von Roosevelts Stabschef Admiral Leahy: I was there, S. 252.

<sup>203</sup>Vgl. Teil 3, Kap. 1. 4.

<sup>204</sup>Dazu Kennan, Memoiren, S. 176; Mosely, Occupation, S. 580 ff.; Sharp, Alliance, S. 50 ff.

<sup>205</sup>Dunn an Winant, 2. 2. 1944, FRUS, 1944, I, S. 165.

sagte, "die Frage der Zonen" beziehe sich nicht auf "die endgültige Behandlung Deutschlands".<sup>206</sup>

Statt ausführlicher Weisungen erhielt Winant am 8. März 1944 lediglich eine Direktive der US-Stabschefs. Diese war bereits im Dezember 1943 verfaßt worden und ging, ohne daß Winant und sein Mitarbeiter Kennan davon wußten, auf Roosevelts Entwurf der Besetzungszonen aus dem November 1943 zurück. Darin war die amerikanische Zone im Nordwesten Deutschlands eingezeichnet.<sup>207</sup> Als Kennan die Unklarheiten in Washington zu beseitigen suchte, sagte ihm Präsident Roosevelt zu der Direktive der Stabschefs: "Ach, das ist bloß etwas, was ich einmal auf die Rückseite eines Briefumschlages gemalt habe."<sup>208</sup> Dies ist ein gutes Beispiel für Roosevelts Zurückhaltung bezüglich bindender Absprachen und Planungen, eine Eigenschaft, die mit Blick auf Handlungsfreiheit zwar einiges für sich hatte, die sich aber nicht immer zum Vorteil der amerikanischen Position auswirkte.

Am 1. Mai 1944 wies Außenminister Hull Winant allerdings an, dem Umfang der sowjetischen Zone laut dem sowjetischem Vorschlag - der auf dem britischen Vorlage beruhte - und der Demarkation zwischen den westlichen Zonen zuzustimmen.<sup>209</sup> Dies beinhaltete noch keine Entscheidung über die Verteilung der westlichen Besetzungszonen, doch bestand Roosevelt nicht auf seinem Plan vom November 1943, der die westlichen Zonen weiter nach Osten vorschob, unter Einschluß der Westhälfte Berlins. Bei einer besseren Abstimmung hätten die Amerikaner möglicherweise den Roosevelt-Plan in der EAC verhandeln oder einen modifizierten Zoneneinteilungsplan durchsetzen können, in dem die westlichen Zonen größer ausgefallen wären. Natürlich hätte dies weitreichende Auswirkungen auf die Behandlung Deutschlands in der Nachkriegszeit gehabt.<sup>210</sup>

Allerdings bestand der Präsident hartnäckig, ja "hell-bent", wie Kriegsminister Stimson notierte, auf der Besetzung Nordwestdeutschlands durch die USA. Stimson, dem an einer reibungslosen Abstimmung mit den Briten gelegen war, hielt Roosevelts Beharren für einen Fehler.<sup>211</sup> Auch als die EAC das Protokoll über die Besetzungszonen in Deutschland am 12. September verabschiedete, war der Streit zwischen Washington und London noch nicht geklärt. Erst auf der Konferenz von Quebec im September 1944 gelang eine Einigung; der Präsident gab dabei nach: die USA würden Südwestdeutschland besetzen, wenn sie dafür das Gebiet um Bremen und Bremerhaven als Enklave in der britischen Zone erhielten.<sup>212</sup> Diese Einigung zeigte, daß die früheren logistischen Argumente Roosevelts nicht taktisch gemeint waren. Roosevelt hat möglicherweise an-

---

<sup>206</sup>2. Plenarsitzung, 6. 2. 1945, FRUS, JD, S. 573.

<sup>207</sup>"Memorandum by the United States Chiefs of Staff to the Combined Chiefs of Staff", 4. 12. 1943, FRUS, 1944, I, S. 196, mit Kartenanhang.

<sup>208</sup>Kennan, Memoiren, S. 175; Mosely, Occupation, S. 592.

<sup>209</sup>Hull an Winant, 1. 5. 1944, FRUS, 1944, I, S. 211.

<sup>210</sup>Deuerlein, Deklamation, S. 68, urteilt sehr scharf: die USA hätten "vor den von ihnen militärisch und wirtschaftlich abhängigen Verbündeten" kapituliert.

<sup>211</sup>Stimson Diary, 31. 7. 1944, Stimson/Bundy, S. 568; vgl. Stettinius an Hull, 4. 8. 1944, FRUS, 1944, I, S. 264.

<sup>212</sup>Siehe dazu das von den Vereinigten Stabschefs gebilligte Memorandum über die Zonenverteilung, 16. 9. 1944, FRUS, Quebec, 1944, S. 391-392; das Meeting der Vereinigten Stabschefs mit Roosevelt und Churchill, 16. 9. ebda., S. 381; "Military Conclusions of the Conference. Allocation of Zones of Occupation", 16. 9. 1944, ebda., S. 476. Zum Hergang auch das undat. Memorandum des Flottenberaters Elsey, ebda., S. 145-158. Ferner Hull an Winant, 20. 9. 1944, FRUS, 1944, I, S. 340-341.

gesichts der britischen Zustimmung zum Morgenthau-Plan<sup>213</sup> eingelenkt. Da er wollte, daß die Briten dessen Bestimmungen im Ruhrgebiet ausführten,<sup>214</sup> lag es nahe, daß sie das Ruhrgebiet auch besetzten. Die Einigung über die westlichen Besatzungszonen wurde im Abkommen vom 14. November festgeschrieben, welches das Zonenprotokoll vom 12. September ergänzte.<sup>215</sup>

Wie Roosevelt in Jalta Stalin im Vertrauen mitteilte, habe er "mit den Briten allerhand Schwierigkeiten gehabt in bezug auf die Festlegung der Besatzungszonen". Er habe die nordwestliche Zone vorgezogen, "die unabhängig sei von den durch Frankreich führenden Verbindungswegen". Dies war sein Argument vom November 1943. Roosevelt bemerkte dem Diktator gegenüber ironisch, die Briten meinten offenbar, "daß die Amerikaner die Ordnung in Frankreich wiederherstellen und dann die politische Kontrolle an die Briten zurückgeben sollten".<sup>216</sup> Wiederholt vermittelte Roosevelt Stalin den Eindruck, daß die Briten unzuverlässige Zeitgenossen seien, die andere für sich arbeiten ließen. Zu einer Zeit, als es auch der US-Regierung darum ging, eine Einigung über die polnische Regierung zu finden und Großbritannien eine wertvolle Unterstützung bieten konnte, zeugten Roosevelts Bemerkungen nicht von kluger Diplomatie.

Was den sowjetischen Vorschlag einer getrennten Besetzung einzelner Zonen anbelangte, so stand er im Widerspruch zu dem Memorandum, das Hull auf der Moskauer Außenministerkonferenz vorgelegt hatte, und das nur von einer Besetzung Deutschlands durch Kontingente der drei Mächte gesprochen hatte.<sup>217</sup> Doch die USA lehnten den sowjetischen Plan trotz einiger Bedenken nicht ab, und Hull hielt auch die Aufteilung Berlins in Besatzungszonen für annehmbar, vorausgesetzt, die Stadt würde gemeinsam verwaltet.<sup>218</sup>

#### **25. 4. Militärregierung und Wiederaufbau von unten. Die amerikanischen Planungen zur Besetzung und Kontrolle Deutschlands**

In dem Hull-Plan, dem ersten offiziellen US-Vorschlag über die Besetzung und Kontrolle Deutschlands durch die späteren drei Siegermächte, plädierte das State Department 1943 für eine "strict international control - military, political, and economic" durch eine "inter-Allied Control Commission", welche die Kapitulationsbedingungen und die vereinbarte dreiseitige Politik auszuführen habe. Über eine deutsche Zentralregierung fand sich in dem Entwurf nichts.<sup>219</sup> Diesbezüglich hatte auch Präsident Roosevelt betont, Deutschland werde "keine Zentralregierung mehr haben, sondern unter der Oberherrschaft der Großen Vier, vor allem Rußlands, stehen".<sup>220</sup> Der 1943 in Moskau vorgelegte US-Plan wurde zur weiteren Beratung an die EAC verwiesen.

<sup>213</sup>Vgl. Kap. 4. 2. und Teil 3, Kap. 3. 4.

<sup>214</sup>Äußerung Morgenthau auf einem Treffen mit Hull und Stimson, 20. 9. 1944, FRUS, JD, S. 127; Tagebuch Morgenthau, 15. 9. 1944, FRUS, Quebec, 1944, S. 369-370. Vgl. Sharp, Alliance, S. 90 ff.

<sup>215</sup>Vgl. das Protokoll zwischen Großbritannien, der UdSSR und den Vereinigten Staaten über die Besatzungszonen in Deutschland und die Verwaltung von Groß-Berlin, 12. 9. 1944, DDP II/I (Anhang), S. 2289-2291, sowie das Ergänzungsabkommen vom 14. 11. 1945, ebda., S. 2292-2293.

<sup>216</sup>Besprechung Roosevelt-Stalin, 4. 2. 1945, FRUS, JD, S. 537.

<sup>217</sup>"U.S. Proposal with Regard to the Treatment of Germany", 25. 10. 1943, FRUS, 1943, I, S. 721.

<sup>218</sup>Hull an Winant, 6. 7. 1944, FRUS, 1944, I, S. 240.

<sup>219</sup>"U.S. Proposal with Regard to the Treatment of Germany", 25. 10. 1943, FRUS, 1943, I, S. 721-722. Deutscher Text: DDP I/4, S. 600-603, vgl. Hull, II, S. 1284-1288.

<sup>220</sup>Aufzeichnung Spellmans über eine Unterredung mit Roosevelt, 3. 9. 1943, Gannon, S. 192.

Es zeigte sich bald, daß die amerikanischen Vorstellungen hinsichtlich der Kontrolle Deutschlands beträchtlich von den britischen abwichen. Dem Prinzip der Kapitulation entsprechend, legte Washington das Schwergewicht auf die militärische Phase der Besetzung.<sup>221</sup> Mit dem Selbstbewußtsein einer aufstrebenden Weltmacht schien Amerika sich die Verwaltung Deutschlands problemlos zuzutrauen; Bedenken mit Blick auf eine vertragliche Einbindung der Deutschen, die die britische Seite für notwendig hielt, spielten keine Rolle. Dem zunehmenden Gewicht des US-Oberkommandierenden Eisenhower in der westlichen Allianz Rechnung tragend, empfahl der amerikanische Entwurf sogar, das integrierte Oberkommando unter amerikanischer Führung auch nach Kriegsende beizubehalten, was in London begrifflicherweise auf wenig Gegenliebe stieß.

Nach Vorarbeiten des Working Security Committee konkretisierte Winant die amerikanischen Vorstellungen für die Besatzungszeit. Der Entwurf eines alliierten Kontrollapparates, am 25. März 1944 der EAC vorgelegt, empfahl ein "zonal system of administration" als "the most practical solution". Der Zonenbefehlshaber war als die dominierende Gestalt der Militärverwaltung vorgesehen. Die Koordinierung und Erstellung von Richtlinien oblag einer "combined administrative authority or Control Council", zusammengesetzt aus den drei Oberbefehlshabern.<sup>222</sup> Außerhalb Berlins sollte der Kontrollrat über keine Befehlsgewalt verfügen; die Stabschefs der drei alliierten Regierungen hätten die entsprechenden Instruktionen auszugeben.

Entsprechend dieser zonal ausgerichteten Kontrolle Deutschlands würde der politische Wiederaufbau in Deutschland an der Basis vonstatten gehen, in den Kommunen, in der lokalen Selbstverwaltung. Auf diese Weise mußte man sich nicht mit einer womöglich nationalsozialistisch durchgesetzten oder einer anderen, nicht demokratisch legitimierten, deutschen Regierung auseinandersetzen. Es war eine Konzeption, die mit Blick auf die notwendige Demokratisierung in Deutschland viel für sich hatte, die - bis zum Auftreten Morgenthau - neben harschen auch viele konstruktive Elemente enthielt. Die mit dem Aufbau von unten einhergehende Schwächung der Zentrale bot Ansätze zu einem föderal ausgerichteten Wiederaufbau Deutschlands.

Erst nachdem auch die Moskauer Führung über ihren EAC-Vertreter Gusew einen eigenen Vorschlag über die Kontrolle Deutschlands vorgelegt hatte, der die uneingeschränkte Souveränität des Zonenbefehlshabers postulierte, und nachdem auch die Pläne des Finanzministers Morgenthau zur Behandlung Deutschlands bekannt geworden waren, wandelte sich die amerikanische Position in der EAC. Nunmehr billigte Washington, offenbar aus Sorge um ein mögliches Auseinanderdriften der Zonen, im September 1944 erstmals die Einsetzung eines "German central Government".<sup>223</sup> Der in Aussicht genommene alliierte Kontrollapparat (ein von der "Supreme Allied Authority"

---

<sup>221</sup>"Provisions for Imposition on Germany at Time of Surrender (revised)", Memorandum des Working Security Committee, 6. 1. 1944, FRUS, 1944, I, S. 104-109. Vgl. Teil 3, Kap. 1. 4.

<sup>222</sup>"Germany: Occupation Period: Proposed Control Machinery for the Administration of Military Government in Germany" (WSC 15-c), 27. 1. 1944, Anlage zum Schreiben von Hull an Winant vom 26. 2. 1944, FRUS, 1944, I, S. 185-188, Zit. S. 186 u. 187. Vgl. Kettenacker, Krieg, S. 316-320.

<sup>223</sup>Vorschlag vom 19. 9. 1944, Kettenacker, Krieg, S. 326 f. In der Stoßrichtung vergleichbar dürfte das Memorandum "Allied Control Machinery in Germany" sein, das ursprünglich am 12. 7. 1944 von Beratern Winants in London entworfen, vom Working Security Committee in Washington überarbeitet und von den US-Stabschefs gebilligt wurde - in ihm war die Rede von einer "central German administrative machinery" (Anhang zum Schreiben von Hull an den Chargé in London, Gallman, 2. 11. 1944, FRUS, 1944, I, S. 376-378, der erste Entwurf Winants ebda., S. 247-248).

eingesetzter "Control Council"<sup>224</sup>) sollte aus neun von jeweils drei Direktoren geleiteten Abteilungen bestehen. Dabei sollte sichergestellt sein, daß auch die unteren Ebenen der deutschen Verwaltung von der Militärregierung kontrolliert werden konnten. Dieser Vorschlag ging in das EAC-Abkommen über die Kontrolle Deutschlands ein, nur daß dort von zwölf Abteilungen die Rede war. Die Passagen des Abkommens über die Rolle der Zonenbefehlshaber und des Kontrollrats spiegelten die amerikanische Position weitgehend wider. Der Text sprach nicht von einer deutschen Regierung, sondern nur von einer "Zentralverwaltung".<sup>225</sup> Das Wort Regierung hätte zu sehr nach politischen Befugnissen deutscher Stellen geklungen.

Auch nach dieser Einigung in der EAC klang die inneramerikanische Diskussion nicht ab. In einem Memorandum des State Department vom 10. März 1945 hieß es, das "inter-allied military government ... shall take the place, and assume the functions, of a central government of Germany", doch sollten die Besatzungszonen eher der Politik des Kontrollrates als der des Zonenbefehlshabers unterliegen.<sup>226</sup> Möglicherweise war diese, einen zentralistischen Ansatz bevorzugende, Position einer Abstimmung zwischen State Department, US-Delegation bei der EAC und dem britischen Foreign Office zu verdanken. Sie hatte jedoch nicht lange Bestand, da aus dem Kriegsministerium und der Treasury in Washington Kritik laut wurde.<sup>227</sup> John J. Mc Cloy, der stellvertretende Kriegsminister und spätere Hochkommissar in der US-Zone, legte Wert auf den Handlungsspielraum des Zonenbefehlshabers und wandte sich gegen allzu detaillierte Planungen und Vorgaben in der Endphase des Krieges, wie er sie in den Londoner Plänen erblickte.<sup>228</sup>

Schließlich bot ein Grundsatzmemorandum, das die Vorstellungen des Kriegs- und Finanzministeriums und die Präsident Roosevelts aufnahm, einen Kompromiß. Das Papier vom 23. März 1945 sprach von einer wünschbaren Dezentralisierung der politischen Struktur in Deutschland und von der Akzentuierung der Position des Zonenbefehlshabers.<sup>229</sup> Diese Bestimmung wurde dann weitgehend unverändert in den letztgültigen Entwurf der Direktive JCS 1067 übernommen, die am 10. Mai gebilligt wurde.<sup>230</sup> Für den Fall, daß der Kontrollrat sich nicht auf eine gemeinsame Politik einigen konnte, war der Zonenbefehlshaber ermächtigt, gemäß Weisung seiner Regierung vorzugehen.<sup>231</sup> Die März-Direktive sprach sich auch für eine Dezentralisierung der deutschen Wirtschaft aus, räumte allerdings dem Kontrollrat die Option ein, eine zentrale Kon-

---

<sup>224</sup>FRUS, 1944, I, S. 377.

<sup>225</sup>Siehe das Abkommen über die Kontrolleinrichtungen in Deutschland, 14. 11. 1944, FRUS, JD, S. 116-119.

<sup>226</sup>"Draft Directive for the Treatment of Germany", 10. 3. 1945, FRUS, 1945, III, S. 434. Gramls Interpretation, Die Alliierten, S. 56, und Zwischen Jalta und Potsdam, S. 312, das State Department habe hier eine "Zentralisierungskonzeption" verfolgt, um noch im Raum stehende Teilungsabsichten zu "untergraben", erscheint jedoch wenig zutreffend: man wollte das Auseinanderleben der Zonen verhindern, eine einheitliche Deutschlandpolitik der Alliierten ermöglichen. Eine Teilung war davon zunächst unabhängig zu sehen, auch war eine spätere Föderalisierung Deutschlands nicht notwendigerweise ausgeschlossen.

<sup>227</sup>Siehe die Kritik McCloy's (War Department), 14. 3. 1945, FRUS, 1945, III, S. 451.

<sup>228</sup>Siehe McCloy an Stettinius, mit Anlage, 4. 11. 1944, FRUS, 1944, I, S. 380-381.

<sup>229</sup>"Memorandum Regarding American Policy for the Treatment of Germany", 23. 3. 1945, FRUS, 1945, III, S. 471.

<sup>230</sup>Vgl. Kap. 2. 6.

<sup>231</sup>"Directive to Commander in Chief of United States Forces of Occupation", Punkt 3, 26. 4. 1945, FRUS, 1945, III, S. 485.

trolle bestimmter wirtschaftlicher Bereiche zu veranlassen wie a) Eisenbahn, Kommunikation und Elektrizität, b) Finanzen und Außenbeziehungen und c) Produktion und Verteilung lebensnotwendiger Waren.<sup>232</sup> Sowohl die März-Direktive als auch JCS 1067 wurden im April und Mai 1945 der EAC zur gemeinsamen Beratung vorgelegt<sup>233</sup>; zu einer Einigung kam es vor Potsdam jedoch nicht mehr.

Allerdings kam es auf einem anderen Wege zu einer Abstimmung zumindest zwischen London und Washington: die britischen Planungsstäbe, die vergeblich auf eine Behandlung ihres Besatzungsplanes durch die EAC gewartet hatten, begrüßten die Vorlage der amerikanischen Märzdirektive. Von dieser ausgehend, erarbeitete London eine Zusammenfassung einschließlich einer Ergänzung, die zwar in der EAC nicht mehr diskutiert wurde, aber bei den weiteren Planungen im Washingtoner State Department berücksichtigt wurde. Auf dieser britischen Fassung beruhte dann die amerikanische Konferenzvorlage vom 17. Juli 1945 in Potsdam, die als Grundlage der Beratungen in Schloß Cecilienhof diente.

Dieser Vorschlag des State Department über politische und wirtschaftliche Grundsätze der Behandlung Deutschlands bezeichnete in der Passage über den Kontrollrat dessen Autorität als "paramount in Germany", während der Zonenbefehlshaber - wohl auch aufgrund britischen Einflusses - wieder stärker als in den früheren Vorschlägen in einer untergeordneten Funktion erschien.<sup>234</sup> Die sowjetische Delegation, die dem amerikanischen Vorschlag über die politischen Grundlagen der Behandlung Deutschlands zwar weitgehend zustimmte, wurde an dieser Stelle hellhörig. Molotow nahm in der ersten Außenministersitzung in Potsdam Anstoß an der Formulierung im US-Entwurf, die von der EAC-Vereinbarung über die Kontrolle Deutschlands abwich. Trotz der Versicherung von Byrnes, er strebe kein verändertes Verhältnis von Kontrollrat und Zonen an, bestand Molotow auf einer Abänderung der Formulierung.<sup>235</sup> Es dürfte unschwer zu erraten sein, daß Moskau sein beabsichtigtes unilaterales Vorgehen in der eigenen Zone von dem dreiseitig vereinbarten Text gedeckt sehen wollte. Da spielte es keine Rolle, wenn man unstrittigen Punkten wie der Entnazifizierung und Entmilitarisierung Deutschlands und interpretationsfähigen Grundsätzen wie der Demokratisierung zustimmte. Mit anderen Worten, die führende Rolle des Zonenbefehlshabers wurde auf sowjetischen Wunsch noch einmal ausdrücklich bestätigt, was weitreichende Konsequenzen für die spätere Entwicklung in Deutschland mit sich bringen konnte.

Da sich der Oberkommandierende der Alliierten, General Eisenhower, seit Mitte 1944 mit der praktischen Frage konfrontiert sah, wie er in den deutschen Gebieten vorzugehen hatte, die seine Armeen bereits vor einer deutschen Kapitulation besetzen würden, erteilten ihm die Vereinigten Stabschefs Amerikas und Großbritanniens bereits Ende April 1944 einige politische Weisungen. Von der Voraussetzung ausgehend, Deutschland breche nicht im Chaos zusammen, bezogen diese sich auf die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung, auf die Zerschlagung des Nationalsozialismus und seiner hier-

<sup>232</sup>Memorandum 23. 3. 1945, FRUS, 1945, III, S. 471.

<sup>233</sup>Siehe Memorandum Winants, 6. 4. 1945, FRUS, 1945, III, S. 480.

<sup>234</sup>"Proposed Agreement on the Political and Economic Principles to Govern the Treatment of Germany in the Initial Control Period", 17. 7. 1945, FRUS, PD II, S. 775.

<sup>235</sup>1. Sitzung der Außenminister, 18. 7. 1945, FRUS, PD II, S. 72. Vgl. den Text des Communiqués, ebda., S. 1502. Vgl. auch Buttlar, S. 65 f..

archischen Institutionen sowie auf die baldige Wiederherstellung normalen Lebens in den besetzten Gebieten.<sup>236</sup> Auch in diesen - von Amerikanern und Briten gemeinsam erarbeiteten - Richtlinien schlug sich Washingtons Verständnis von einer Militärregierung nieder: dem gemeinsamen Oberkommandierenden wurde auf amerikanisches Betreiben die vollständige legislative, exekutive und judikative Macht in den besetzten Gebieten übertragen, so daß er einen breiten Ermessensspielraum besaß und nicht an eine Fülle von Einzeldirektiven gebunden war.

Die in dieser Aprildirektive skizzierten Aufgaben sollten zu einem großen Teil von Verwaltungsfachleuten in Eisenhowers Civil Affairs-Abteilung (ein seit Sommer 1944 SHAEF/G 5 genannter Stab) übernommen werden. Noch bevor die Direktive bei SHAEF eingetroffen war, hatten die in der sog. German Country Unit organisierten Deutschlandplaner der Civil Affairs-Abteilung ein Handbuch erarbeitet, gedacht zur Instruktion derjenigen Offiziere, die als Mitglieder der Militärregierung vorgesehen waren. Das Handbuch, welches nach dem Eintreffen der CCS-Weisungen im April 1944 nur geringfügig überarbeitet wurde - nannte als den "first concern of military government ... to see that the machine works and works", mit anderen Worten, einen "technisch möglichst reibungslosen Ablauf der Besatzungstätigkeit".<sup>237</sup> Zu diesem Zweck räumte das Handbuch der bestehenden deutschen Verwaltung und der wirtschaftlichen Normalisierung eine wichtige Rolle ein, woraus eine sehr gemäßigte Deutschlandkonzeption sprach.

Es zeichnete sich allerdings eine härtere amerikanische Gangart ab, vor allem mit Blick auf die Entnazifizierung und die wirtschaftlichen Gesichtspunkte. Im August 1944 wurden in Washington auf Anweisung des Weißen Hauses Elemente des Morgenthau-Plans in die Richtlinien für die amerikanische Besatzungspolitik eingearbeitet.<sup>238</sup> Das Ergebnis der interministeriellen Beratungen in Washington war die Direktive JCS 1067 (Joint Chiefs of Staff = US-Stabschefs). Auch London sollte möglichst für ein solches Vorgehen gewonnen werden. Auf Initiative Morgenthau und auf Anweisung Präsident Roosevelts wurde das oben erwähnte Handbuch über die amerikanische Militärregierung von SHAEF zurückgezogen.<sup>239</sup> Die Direktive JCS 1067 stieß im Hauptquartier General Eisenhowers, dem auch britische Militärs angehörten, sowie in den Londoner Planungsstäben auf deutliche Kritik.<sup>240</sup>

<sup>236</sup>"Directive for Military Government in Germany Prior to Defeat or Surrender", 28. 4. 1944, FRUS, 1944, I, S. 218-222. Diese Direktive (Combined Chiefs of Staff 551) wurde am 12. 5. 1944 auf britischen Wunsch hin in der EAC vorgelegt; im Juni folgten der ökonomische und finanzielle Teil (ebda., S. 217, Anm. 57 und S. 219, Anm. 59). Vgl. Kettenacker, Krieg, S. 336; Tyrell, Großbritannien, S. 263 ff., und E. F. Ziemke, The U. S. Army in the Occupation of Germany 1944-1946, Washington 1975; C. F. Latour/T. Vogelsang, Okkupation und Wiederaufbau. Die Tätigkeit der Militärregierung in der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands 1944-1947, Stuttgart 1973.

<sup>237</sup>"Handbook of Military Government in Germany", Auszüge in Roosevelt an Stimson, 26. 8. 1944, FRUS, 1944, I, S. 544-546, engl. Zit. S. 544. Das deutsche Zit. von Tyrell, Großbritannien, S. 267 und ff.

<sup>238</sup>Zum Hergang (Kritik Roosevelts an SHAEFs Civil Affairs Handbook): Hull an Winant, 10. 10. 1944, FRUS, 1944, I, S. 353. Vgl. Kap. 2. 6., 4. 2.

<sup>239</sup>Roosevelt an Stimson, 26. 8. 1944, FRUS, 1944, I, S. 544-546; zum Hergang siehe FRUS, Quebec, 1944, S. 110, Anm. 6.

<sup>240</sup>Siehe die "Directive to SCAEF [Supreme Commander, Allied and Expeditionary Forces] Regarding the Military Government of Germany in the Period Immediately Following the Cessation of Organized Resistance (Post-Defeat)", 22. 9. 1944, FRUS, JD (engl.), S. 142 ff., deutsch: FRUS, JD, S. 133-144. Diese von Kriegsministerium und State Department vorbereitete und von der Treasury gebilligte Direktive wurde als Anhang Nr. 3 in die Direktive JCS 1067 der US-Stabschefs einbezogen, welche auf den 24.



## 25. 5. Zwischen Bestrafung, Heilung und Integration Deutschlands in die Weltordnung. Roosevelts Gedanken zur militärischen und mentalen Abrüstung

Die Entmilitarisierung Deutschlands war der wichtigste und am wenigsten umstrittene Aspekt der amerikanischen Deutschlandplanung während des Krieges. Noch vor dem amerikanischen Kriegseintritt legte sich Präsident Roosevelt darauf fest. So hieß es auch in der Atlantik-Charta, "Frieden kann nicht bewahrt werden, wenn angriffslustige Nationen weiterhin über eine Land-, See- oder Luftstreitmacht verfügen". Diese Länder seien bis zur "Schaffung eines umfassenderen und festen Systems, das den Frieden der Völker sichert", zu entwaffnen.<sup>241</sup> Hier wurde die Entmilitarisierung der besiegten Mächte als ein Übergangsstadium bis zur Einrichtung eines kooperativen, kollektiven Sicherheitssystems verstanden.

Als Präsident Roosevelt wenige Wochen nach dem Kriegseintritt Amerikas vor dem Kongreß sprach, bekannte er sich zur Zerschmetterung des deutschen Militarismus.<sup>242</sup> In diesem Sinne bedeutete er, ohne in Details zu gehen, einige Monate später dem sowjetischen Außenminister Molotow, er habe seine Gedanken über die Abrüstung Deutschlands - und Japans - bereits entwickelt, auch über die Kontrolle und Inspektion ihrer Rüstungsindustrien, um eine Wiederaufrüstung zu verhindern.<sup>243</sup> Der Präsident ließ im Kriegsverlauf nie einen Zweifel an seiner Entschlossenheit zur Entmilitarisierung Deutschlands. Wie er im September 1943 in einem Privatgespräch betonte, solle Deutschland, abgesehen von der staatlichen Aufteilung, "für vierzig Jahre entwaffnet" werden und dürfe weder eine Luftwaffe noch eine zivile Luftfahrt besitzen. Kurz und bündig verfügte Roosevelt: "Kein Deutscher darf fliegen lernen."<sup>244</sup>

Der Präsident dürfte auf der Konferenz von Teheran mit Befriedigung zur Kenntnis genommen haben, daß Stalin mit seiner Politik übereinstimmte. Beide Regierungschefs hielten es für notwendig, daß die Siegermächte nach dem Krieg strategische Positionen besetzten, um Deutschland und Japan an einem Wiederaufleben ihrer Aggression zu hindern.<sup>245</sup> Wieder in Washington, betonte Roosevelt in einem seiner "Kamingespräche" die Übereinstimmung der Alliierten, Deutschlands militärische Macht für die absehbare Zukunft zu brechen. Mit seiner Versicherung, die Vereinten Nationen wollten das deutsche Volk nicht versklaven, gab der Präsident zugleich einen Hinweis auf die mögliche Integration der Deutschen in eine friedliche Weltordnung: "We wish them to have a normal chance to develop, in peace, as useful and respectable members of the European family." Doch betonte Roosevelt das Wort "respectable", denn die Vorausset-

---

9. 1944 datiert war. Die "Directive to SCAEF" wurde am 27. 9. als Instruktion an Botschafter Winant in London übermittelt (zur Erklärung siehe FRUS, 1944, I, S. 341). Vgl. neuerdings zu den organisatorischen Vorläufern der US-Militärregierung in Deutschland (ab August 1944 zunächst US Group, Control Council, später OMGUS genannt) das OMGUS-Handbuch. Die amerikanische Militärregierung in Deutschland 1945-1949 (Hg. C. Weisz), München 1994, S. 5 ff., sowie zur Phase der Besetzung seit September 1944 K. D. Henke, Die amerikanische Besetzung Deutschlands, 2. Aufl. München 1996.

<sup>241</sup>Atlantik-Charta, 14. 8. 1941, deutscher Text in DDP I/2, S. 11-12.

<sup>242</sup>"Annual Message to the Congress", 6. 1. 1942, Roosevelt, PP, 1942, S. 35. Vgl. Henke, S. 70, der neben der bedingungslosen Kapitulation die Ausschaltung des (preußischen) Militarismus als "Schlüssel-elemente" von Roosevelts Deutschlandpolitik ansieht.

<sup>243</sup>Aufzeichnung von Cross über eine Unterredung Roosevelt-Molotow, 1. 6. 1942, FRUS, 1942, III, S. 580.

<sup>244</sup>Aufzeichnung Spellmans über eine Unterredung mit Roosevelt, 3. 9. 1943, Gannon, S. 192.

<sup>245</sup>"Tripartite Diner Meeting", 28. 11. 1943, FRUS, TD, S. 510.

zung für eine erneute Einbeziehung Deutschlands in die Völkerfamilie sei das Ende des Nationalsozialismus, des preußischen Militarismus und vor allem der deutschen Vorstellung, eine "master race" zu sein.<sup>246</sup>

Während diese Worte nicht unbedingt auf einen karthagischen Frieden hindeuteten, sogar Ermutigendes enthielten, wurde im Kriegsverlauf deutlich, daß Roosevelt eine immer härtere Haltung gegenüber Deutschland und den Deutschen einnahm. Das galt gleichermaßen für seine privaten und öffentlichen Einlassungen. Charakteristisch dafür war im August 1944 ein Schreiben Roosevelts an Kriegsminister Stimson, der sich gegen eine drakonische Behandlung Deutschlands ausgesprochen hatte. Der Präsident wies Stimsons Pläne, die immerhin die Entmilitarisierung Deutschlands, eine Umerziehung der deutschen Jugend und einen Prozeß gegen die führenden Nationalsozialisten vorsahen, mit den scharfen Worten zurück:

"Jeder einzelne Deutsche soll merken, daß Deutschland diesmal ein besiegtes Volk ist. Ich will nicht, daß die Deutschen verhungern. Haben sie selbst nicht genug zu essen, dann sollen sie dreimal täglich aus den amerikanischen Feldküchen Suppe bekommen. So bleiben sie gesund und werden ihr Leben lang an diese Erfahrung denken. Die Tatsache, daß sie ein besiegtes Volk sind - und zwar alle zusammen und jeder einzelne - muß ihnen so eingebleut werden, daß sie vor jedem neuen Krieg zurückschrecken. ... Zu viele Menschen hier und in England glauben, nur ein paar Naziführer und nicht das ganze deutsche Volk seien für das, was geschehen ist, verantwortlich. Das stimmt leider nicht mit den Tatsachen überein. Allen Deutschen muß beigebracht werden, daß sie an einer gesetzlosen Verschwörung gegen Recht und Sitten der modernen Zivilisation beteiligt waren."<sup>247</sup>

Es waren Worte, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließen. Präsident Roosevelt setzte Volk und Regierung in Deutschland gleich, traf keine Unterscheidung zwischen den führenden Nationalsozialisten und ihren Anhängern oder Mitläufern. Für deutsche Oppositionelle, die in Konzentrationslagern gefangengehalten wurden, fand Roosevelt keine Worte. Der Präsident postulierte eine Sippenhaft des deutschen Volkes für die Katastrophe und die Verbrechen, die Deutschland über die Welt gebracht hatte. Es galt, einem Volk, das sich mit einem Anschlag auf den Frieden und das Völkerrecht außerhalb der Zivilisation gestellt hatte, einem Volk, das von Roosevelt als "outlaw" angesehen wurde, eine nachhaltige, psychisch wie physisch erfahrbare moralische Lektion zu erteilen.

Aus diesem Grund kritisierte Präsident Roosevelt auch das bereits erwähnte Handbuch der American Group Control Council, die Keimzelle einer US-Zonenregierung, das für die amerikanischen Besatzungsoffiziere angefertigt worden war (vgl. Kap. 2. 4.). In dem Handbuch waren in Anlehnung an Richtlinien aus der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg ausdrücklich freundliche Beziehungen zwischen amerikanischen Militärs und der deutschen Bevölkerung vorgesehen. Wie Roosevelt kritisierte, erweckten diese Richtli-

---

<sup>246</sup>"Christmas Eve Fireside Chat on Teheran and Cairo Conferences", 24. 12. 1943; Roosevelt, PP, 1943, S. 558.

<sup>247</sup>Roosevelt an Stimson, 26. 8. 1944, FRUS, 1944, I, S. 544, 546, deutsch zit. bei Blum, Deutschland, S. 221. Andere Autoren sehen eher ein Schwanken Roosevelts zwischen den Vertretern einer harten und denen einer gemäßigten Linie der (wirtschaftlichen) Deutschlandpolitik; Nachweise bei O. Nübel, Die amerikanische Reparationspolitik gegenüber Deutschland 1941-1945, Frankfurt 1980, S. 23.

nien den Eindruck, als solle Deutschland so schnell wie möglich auf das Vorkriegsniveau gehoben werden. Dies sei jedoch entschieden nicht die amerikanische Politik.<sup>248</sup>

In einer Unterredung mit dem US-Finanzminister im August 1944 hatte sich Roosevelt, laut Morgenthau Bericht, sogar noch drastischer geäußert, so als schienen ihm die Kriegs- und Zerstörungslust der Deutschen genetisch verankert zu sein: "Wir müssen mit den Deutschen hart sein. Das heißt mit dem deutschen Volk, nicht nur mit den Nazis. Wir müssen sie entweder kastrieren oder so mit ihnen verfahren, daß sie nicht länger Menschen zeugen, die so wie bisher weitermachen."<sup>249</sup>

In Abgrenzung zu dem rauhen Tenor der Sicherheitskonzeption Morgenthau und den scharfen Worten des Präsidenten bewegte sich eine Denkschrift mit dem Titel "The Treatment of Germany". Das Papier, im State Department erarbeitet und im interministeriellen Executive Committee on Economic Foreign Policy gebilligt, stellte das langfristige Interesse der USA an einer friedlichen Welt in den Vordergrund. Es diene dem Frieden nicht, wenn man in der Behandlung Deutschlands über die unstrittigen Schritte hinausgehe: die Zerstörung der deutschen Militärmaschinerie und der Nazi-Organisationen sowie ein Reparationsprogramm. In Anspielung auf Morgenthau Programm hieß es, eine "indefinitely continued coercion of more than sixty million technically advanced people" sei nicht geeignet, "real security" zu schaffen. Dies sei auf lange Sicht nur durch die Einbeziehung des deutschen Volkes in eine "cooperative world society" zu leisten.<sup>250</sup>

Abgesehen davon, daß in diesem Spätsommer 1944 in Washington hart um den künftigen Kurs der Deutschlandpolitik gerungen wurde, warf das Memorandum des State Department ein für Friedensordnungen entscheidendes Problem auf: sollte man eine Politik verfolgen, die sich die Schaffung absoluter Sicherheit zum Ziel setzte, und deswegen dauerhafte Kontrollen verhängen, oder stand im Vordergrund, die moralischen Grundlagen einer Sicherheitsordnung zu betonen und mit Blick auf die besiegte Macht einen integrativen Ansatz zu verfolgen? Von dem Verhältnis beider Elemente in einer bestimmten Politik mußte die Dauerhaftigkeit einer Friedensordnung entscheidend mit abhängen.

Präsident Roosevelt schien im weiteren einen Mittelweg zwischen den Konzeptionen Morgenthau und Hulls anzustreben, bei allerdings größerer Sympathie für die Position des Finanzministers. Im Oktober 1944 äußerte Roosevelt sich öffentlich zur Behandlung Deutschlands nach dem Krieg und bezeichnete Deutschland als eine "tragic nation". Jegliche Verhandlungen mit den "Nazi Conspirators" seien ausgeschlossen. Den Deutschen dürfe kein "single element of military power - or of potential military power" mehr belassen werden. Das bedeute jedoch kein "charge against the German race,

---

<sup>248</sup>Roosevelt an Stimson, 26. 8. 1944, FRUS, 1944, I, S. 544 f.; vgl. Murphy, *Diplomat among Warriors*, S. 250.

<sup>249</sup>Tagebuch Morgenthau über eine Unterredung mit Roosevelt, 19. 8. 1944, Blum, *Deutschland*, S. 215.

<sup>250</sup>"Germany: General Objectives of United States Economic Policy with Respect to Germany"; Memorandum by the Executive Committee on Economic Foreign Policy, 14. 8. 1944, Anhang 1 eines Schreibens von Hull an Kriegsminister Stimson, FRUS, 1944, I, S. 278-287, Zit. S. 279. Die folg. Zit. ebda. Ähnlich die Einleitung zu der vom Committee on Post-War Programs gebilligten Denkschrift "The Treatment of Germany" vom 5. 8. 1944, FRUS, Quebec, 1944, S. 43-72.

as such". Auch bestehe keine Absicht, das deutsche Volk zu versklaven, denn so etwas sei mit den Prinzipien der Vereinten Nationen unvereinbar.

Nach wie vor legte der Präsident Wert darauf, alle direkt Verantwortlichen "for this agony of mankind" streng zu bestrafen. Alle Deutschen müßten sich ihren "way back into the fellowship of peace-loving and law-abiding Nations" verdienen.<sup>251</sup> Auf diesem steilen Weg dürften die Deutschen allerdings keine Waffen tragen. Die Integration des besiegten Volkes - nicht etwa die einer gewandelten Regierung - in die neu zu errichtende friedliche Weltordnung war eindeutig von deutschen Vorleistungen abhängig. Worin diese genau bestehen sollten, sagte der Präsident nicht. Das Bild des steilen Weges legte aber nahe, daß Roosevelt die Rückkehr Deutschlands in die Völkergemeinschaft für eine beschwerliche Aufgabe hielt. Wie Roosevelt in diesen Wochen dem deutschlandpolitischen Berater General Eisenhowers, Murphy, erklärte, könne eine erfolgreiche demilitarisierte Erziehung bis zu 40 Jahren dauern.<sup>252</sup>

Der Präsident hielt einen tiefgreifenden Mentalitätswandel für erforderlich, bis die notwendigen Veränderungen in Deutschland zum Frieden auf einer festen Grundlage stünden. Es genüge nicht, Deutschland nur abzurüsten, Veränderungen nur von außen vorzunehmen. Notwendig war eine Entmilitarisierung der Köpfe, des Denkens. Diese Vorstellung wies manche Ähnlichkeit mit Aussagen Woodrow Wilsons auf, etwa der, daß Deutschland seinen Charakter "läutern" müsse (vgl. Teil 2). Der Unterschied zu Wilson lag nur darin, daß Roosevelt sein Vokabular nicht aus einer religiösen Sphäre entnahm. Der Präsident interpretierte den Krieg nicht in erster Linie als eine machtpolitische Auseinandersetzung, in der nationale Interessen eine dominierende Rolle spielten. Hitlers Angriffskrieg war für den Regierungschef auch nicht das Produkt eines brutal kalkulierenden oder wahnsinnigen Herrschers, sondern er schien ihm ein Auswuchs des deutschen Volkscharakters zu sein. Inwieweit Informationen über den Völkermord an den europäischen Juden Roosevelt beeinflussten, ist dabei schwer zu sagen.<sup>253</sup> Jedenfalls ist die Verhärtung seiner Haltung gegenüber Deutschland im Laufe des Jahres 1944 auffallend - nach Beginn der alliierten Landung in der Normandie im Juni.

In der Öffentlichkeit suchte Präsident Roosevelt allerdings im Frühjahr 1945 den Eindruck zu vermeiden, Amerika plane einen karthagischen Frieden oder gar die Zerstörung Deutschlands. Er stellte sein Programm eher als eine Art Hilfe zur Selbsthilfe dar, als Befreiung für die Deutschen: Diese würden geschützt vor einer Wiederholung ihres Schicksals unter Generalstab, Kaisertum und Hitlerismus. Am Ende bemühte Roosevelt das Bild einer medizinisch notwendigen Therapie: Die alliierte Politik werde eine Krebsgeschwulst aus dem deutschen politischen Körper entfernen, "which for generations has produced only misery and only pain to the whole world".<sup>254</sup> Möglicherweise ging dieses Bild sogar auf ein Gespräch mit Kriegsminister Stimson im Oktober 1944 zurück. Stimson, Sohn eines Chirurgen, hatte den Präsidenten darauf hingewiesen, das Problem bei der Behandlung Deutschlands gleiche einer Krebsoperation, in der gesun-

---

<sup>251</sup>"Radio Address at Dinner of Foreign Policy Association", 21. 10. 1944, Roosevelt, PP, 1944-45, S. 352.

<sup>252</sup>Memorandum Murphys über eine Unterredung mit Roosevelt, 9. 9. 1944, FRUS, Quebec, 1944, S. 144.

<sup>253</sup>Vgl. zum Thema der deutschen Greuelthaten und Massenmorde ein Schreiben des Leitenden Direktors des Kriegsvertriebenen-Ausschusses, J. W. Pehle, 22. 1. 1945, FRUS, JD, S. 384-385.

<sup>254</sup>"Address to Congress Reporting on the Yalta Conference", 1. 3. 1945, Roosevelt, PP, 1944-45, S. 575 f.

des Gewebe zu entfernen sei, bei der aber die lebenswichtigen Organe erhalten bleiben müßten.<sup>255</sup>

In dem von Roosevelt verwendeten Bild war, im Falle eines Gelingens der Operation, die Aussicht auf eine Gesundung des deutschen Volkes eingeschlossen. Der charakteristischen moralischen Sichtweise des Präsidenten entsprechend, ließ sich allerdings auch hier der Eindruck gewinnen, die Deutschlandpolitik müsse der Therapie eines kranken Denkens dienen, aus dem alle Verfehlungen und Verbrechen in Deutschland abzuleiten seien. Es war ein politischer Ansatz, der sich mit vielen anderen Äußerungen Roosevelts deckte, so als hätte sich der Präsident - beispielsweise auch im Verhältnis zu Rußland - als einen Chefarzt gesehen mit der Aufgabe, eine kranke Welt zu kurieren. Weniger ärztlich klangen dann Roosevelts Bemerkungen im Gespräch mit Stalin in Jalta: er sei gegenüber den Deutschen noch "blutdürstiger.. als noch vor einem Jahr".<sup>256</sup> Es blieb sein tiefer Abscheu über eine verbrecherische, fanatische Kriegführung, die jegliche zivilisatorischen Standards untergraben hatte.

## **25. 6. Entmilitarisierung, Entnazifizierung und Demokratisierung. Die Abstimmung zur Deutschlandplanung innerhalb der US-Regierung**

Bereits im Spätsommer 1944 waren in State Department, Finanzministerium und Kriegsministerium in Washington die allgemeinen deutschlandpolitischen Ziele konsensfähig: die Entmilitarisierung, die Auflösung der NSDAP und aller NS-Organisationen, ausgedehnte Kontrollen des deutschen Erziehungs- und Bildungssystems, der Presse und der Nachrichtenwege. Ein Papier aus dem State Department faßte diese Politik im September 1944 für das neu eingerichtete Cabinet Committee on Germany knapp zusammen.<sup>257</sup> Nicht konsensfähig hingegen waren die Frage der Teilung Deutschlands sowie die wirtschaftliche und finanzielle Behandlung Deutschlands, die in Kap. 3 und 4 behandelt werden. Auch das Deutschlandprogramm des Finanzministers Morgenthau, dem Vertreter eines Straffriedens mit Deutschland, wird in Kap. 4 behandelt.

Mit Blick auf die Entmilitarisierung verlangte Morgenthau Vorlage eine "complete demilitarization of Germany in the shortest possible period after surrender".<sup>258</sup> Dies erfordere die Abrüstung der deutschen Armee, die Zerstörung des Kriegsmaterials, die völlige Zerstörung der gesamten deutschen Rüstungsindustrie und - das war für Morgenthau besonders wichtig - die Beseitigung oder Zerstörung anderer Schlüsselindustrien, die für die militärische Stärke bedeutsam waren. Morgenthau hielt es für entscheidend, sich nicht mit einer militärischen Entmilitarisierung zu begnügen; an erster Stelle stand für ihn die Beseitigung des industriellen Kriegspotentials in Deutschland.

---

<sup>255</sup>Stimson Diary über eine Unterredung mit Roosevelt, 3. 10. 1944, Stimson/Bundy, S. 581.

<sup>256</sup>Roosevelt-Stalin-Sitzung, 4. 2. 1945, FRUS, JD, S. 535. Roosevelt spielte an auf Stalins Trinkspruch in Teheran, FRUS, TD, S. 554.

<sup>257</sup>"Suggested Recommendations on Treatment of Germany from the Cabinet Committee on Germany", Memorandum des Leiters der Mitteleuropa-Abteilung, Riddleberger, 4. 9. 1944, FRUS, Quebec, 1944, S. 95-97.

<sup>258</sup>"Suggested Post-Surrender Program for Germany", 5. 9. 1944, Memorandum Morgenthau, FRUS, Quebec, 1944, S. 101.

Abgesehen von dieser Politik, die weitreichendste Folgen für die Lebensgrundlagen in Deutschland haben mußte, sprach sich Morgenthau entschieden für die Kontrolle von Erziehung und Propaganda in Deutschland aus: bis eine "Allied Commission of Education" ein wirksames Reorganisationsprogramm ausgearbeitet habe, müßten alle Schulen und Universitäten in Deutschland geschlossen werden. Ebenso sei die Herstellung von Medien bis auf weiteres zu unterbinden.<sup>259</sup> Die rasche und harte Bestrafung von Kriegsverbrechern verstand sich für Morgenthau von selbst.<sup>260</sup>

Eine "Draft Directive for the Treatment of Germany", nach Jalta im State Department erstellt und von Roosevelt zunächst gebilligt, konzentrierte sich auf unmittelbare Maßnahmen wie die Auflösung nationalsozialistischer Strukturen und Organisationen, die Säuberung der deutschen Verwaltung, die Demobilisierung deutscher Truppen sowie eine Reihe wirtschaftlicher Kontrollmaßnahmen.<sup>261</sup> Da sich an dieser Direktive allerdings erneut Kompetenzstreitigkeiten in Washington entzündeten, entstand am 23. März 1945 eine neue Vorlage, die die politischen Richtlinien für die ersten Monate der Besatzungszeit festschrieb.

Zum Punkt Entmilitarisierung hieß es in dem Papier: "Die deutschen Streitkräfte, einschließlich des Generalstabs und aller militärischen Organisationen, werden unverzüglich demobilisiert und in einer Weise aufgelöst, die ihr Wiederaufleben oder ihre Neubildung für immer verhindert. Das deutsche Kriegspotential wird vernichtet. Im Rahmen des Programms zur Erreichung dieses Ziels werden jegliches Kriegsgerät sowie alle Spezialeinrichtungen zur Herstellung von Waffen beschlagnahmt oder vernichtet."<sup>262</sup> Diese Politik entsprach den bisherigen Zielen des Präsidenten ebenso wie die Anweisungen zur Entnazifizierung und Demokratisierung, die in bündiger Form verlangten: "Es wird ein koordiniertes Überwachungssystem für das deutsche Erziehungswesen errichtet zu dem Zweck, nazistische und militaristische Lehren völlig auszumerzen und die Entwicklung demokratischer Ideen zu ermöglichen. ... Alle Mitglieder der Nazi-Partei, die an der Planung oder Ausführung von Nazi-Unternehmungen beteiligt waren, welche Grausamkeiten oder Kriegsverbrechen mit sich brachten oder zur Folge hatten, werden aus öffentlichen Ämtern und aus verantwortungsvollen Stellungen in Privatunternehmen entfernt. ... Nazi-Führer und einflußreiche Nazi-Anhänger sowie alle anderen für die Besatzung oder ihre Ziele gefährlichen Personen werden festgenommen und interniert."<sup>263</sup>

Auf der Basis dieses von Roosevelt gebilligten Grundsatzmemorandums wurden die Ziele der amerikanischen Besatzungspolitik, für die auch die Verbündeten gewonnen werden sollten, in weiteren Denkschriften niedergelegt. Gemeint sind zum einen die Direktive JCS 1067 der Vereinigten US-Stabschefs (**J**oint **C**hiefs of **S**taff) an den künftigen US-Oberbefehlshaber in Deutschland, General Eisenhower, zum anderen die Ent-

---

<sup>259</sup>Ebda., S. 103; die Passagen zur Erziehung gleichlautend im Folgepapier "Program to Prevent Germany from Starting a World War III", 9. 9. 1944, ebda., S. 129.

<sup>260</sup>Vgl. Kap. 2. 7.

<sup>261</sup>"Draft Directive for the Treatment of Germany", 10. 3. 1945, Anhang eines Schreibens von Stettinius an Roosevelt, FRUS, 1945, III, S. 434-438. Für das Folg. auch Tyrell, Großbritannien, S. 320 ff.

<sup>262</sup>"Memorandum regarding American Policy for the Treatment of Germany", 23. 3. 1945, FRUS, 1945, III, S. 471-473; deutsche Übersetzung in DDP II/1, Anm. 9, Zit. S. 335.

<sup>263</sup>Ebda..

würfe des State Department für eine Vereinbarung der Siegermächte über eine gemeinsame Deutschlandpolitik.

Die Vorgeschichte der Direktive JCS 1067, zunächst im Kriegsministerium entworfen, reicht bis in den Sommer 1944 zurück. Weitere Entwürfe, die einen zunehmenden Einfluß Morgenthau erkennen lassen, wurden im Meinungsbildungsprozeß der Regierungsbürokratie unter Beteiligung anderer Ministerien, der Stabschefs sowie der US-Delegation in der EAC und dem alliierten Hauptquartier SHAEF mehrfach überarbeitet.<sup>264</sup> Das Gremium, welches schließlich für die Direktiven zur Behandlung Nachkriegsdeutschlands zuständig war, nannte sich Informal Policy Committee on Germany; in ihm waren unter anderem vertreten der amtierende Außenminister Grew (Vorsitzender), Finanzminister Morgenthau, aus dem War Department der stellvertretende Kriegsminister und Leiter des Combined Civil Affairs Committee der Vereinigten Stabschefs, McCloy, sowie der Abteilungsleiter im State Department, Clayton.<sup>265</sup> Am 26. April 1945 wurde die Direktive JCS 1067 dem neuen Präsidenten Truman zugeleitet<sup>266</sup>, von ihm am 10. Mai 1945 gebilligt<sup>267</sup> und am 17. Oktober 1945 veröffentlicht.

In Abschnitt 4 der Direktive, überschrieben mit "Basic Objectives of Military Government in Germany", heißt es: "It should be brought home to the Germans that Germany's ruthless warfare and the fanatical Nazi resistance have destroyed the German economy and made chaos and suffering inevitable and that the Germans cannot escape responsibility for what they have brought upon themselves."<sup>268</sup> Mit dieser Politik sollte von vornherein die Entstehung einer neuen Dolchstoßlegende verhindert werden. Klarer konnte die Trennung zwischen Siegern und Besiegten nicht ausfallen. Den Deutschen wurde die Verantwortung für alle Maßnahmen zugewiesen, die man ihnen auferlegen würde.

Im nächsten Absatz hieß es noch deutlicher: "Germany will not be occupied for the purpose of liberation but as a defeated enemy nation", wenn auch einschränkend hinzugefügt wurde, eine Unterdrückung sei kein Besatzungsziel. Entsprechend sollten die Besatzungstruppen "just but firm and aloof" auftreten. Der folgende Absatz definierte als das "principal Allied objective" der Besatzung, "to prevent Germany from ever again becoming a threat to the peace of the world". "Essential steps in the accomplishment of this objective", so die Anweisung weiter, "are the elimination of Nazism and

<sup>264</sup>Zu den ersten Fassung dieser Direktive, die vom Kriegs-, Außen- und Finanzministerium als Entwurf einer *alliierten* Direktive zur Behandlung Deutschlands vorgesehen wurde, vgl. FRUS, Quebec, 1944, S. 110-120 (6. 9. 1944); FRUS, JD, S. 133-144 (22. 9.); diese Fassung ging als JCS 1067 an die Stabschefs); FRUS, 1945, III, S. 378-388 (6. 1. 1945). Die endgültige Fassung wurde am 29. 5. 1945 in der EAC in Umlauf gebracht (ebda., S. 379, Anm. 47; S. 511, Anm. 39).

<sup>265</sup>Der Vorschlag zur Einsetzung des Gremiums geht auf Stettinius zurück (an Roosevelt, 8. 3. 1945, FRUS, 1945, III, S. 433), vgl. die Gesprächsaufzeichnung Grews, 27. 4. 1945, ebda., S. 503.

<sup>266</sup>"Directive to Commander in Chief of U. S. Forces of Occupation Regarding the Military Government of Germany", Anhang eines Memorandums des amtierenden Außenministers Grew an Truman, 26. 4. 1945, FRUS, 1945, III, S. 483-503.

<sup>267</sup>"Memorandum of Conversation, by the Acting Secretary of State (Grew)", 10. 5. 1945, FRUS, 1945, III, S. 510-511.

<sup>268</sup>In Band 3 der Documentary History of the Truman Presidency, S. 3 ff., ist die gültige Direktive JCS 1067 vom 10. 5. 1945 als Faksimile abgedruckt, über die Version in FRUS, 1945, III, hinausgehend lautet der Titel "Directive to Commander in Chief of U. S. Forces of Occupation Regarding the Military Government of Germany in the Period Immediately Following the Cessation of Organized Resistance (Post Defeat)". Die folg. Zitate auf S. 5. Die drei Abschnitte des Dokumentes sind mit "General and Political", "Economic" und "Financial" überschrieben. Deutsche Fassung bei Deuerlein, Dok. 17, S. 336, Jacobsen, Dok. 228, S. 409.

militarism in all their forms, the immediate apprehension of war criminals for punishment, the industrial disarmament and demilitarization of Germany, with continuing control over Germany's capacity to make war".<sup>269</sup> Diese Passagen belegen die Einschätzung des deutschlandpolitischen Beraters von General Eisenhower, Murphy, daß mehrere Bestimmungen der Direktive JCS 1067 noch die Politik Morgenthau - und, so könnte man hinzufügen, Roosevelts - widerspiegelten, obwohl Präsident Truman vor der Potsdamer Konferenz klargestellt habe: "Treasury proposals for the treatment of Germany are out".<sup>270</sup>

Umrissen die bisher angeführten Passagen der Direktive JCS 1067 mit unmißverständlicher Klarheit Negativziele, fand sich auch eine aufbauende Perspektive: die "preparation for an eventual reconstruction of German political life on a democratic basis". Unter amerikanischer bzw. alliierter Überwachung sollte als politische Ordnung die Demokratie eingeführt werden. Bereits im Jahre 1943 hatte es Außenminister Hull als "the most desirable form of government for Germany" bezeichnet, eine "broadly based democracy" aufzubauen, "operating under a bill of rights to safeguard the civil and political liberties of the individual".<sup>271</sup>

Der amerikanische Kriegsminister Stimson, ein Kontrahent Morgenthau, hielt die Direktive JCS 1067 im März 1945 zunächst für ein "fairly good paper".<sup>272</sup> Einmal mehr nahm Stimson allerdings eine langfristige Perspektive ein und faßte kurz nach der deutschen Kapitulation für Präsident Truman die Gesichtspunkte zusammen, die aus seiner Sicht in der Behandlung Deutschlands ausschlaggebend sein mußten. Frühere Vorschläge, die Deutschen zum Zwecke der Bestrafung an der Grenze zum Hungers zu halten, habe er, so Stimson, für einen schwerwiegenden Fehler gehalten. Man solle die Verbrecher bestrafen, den Deutschen alle Waffen, den Generalstab und möglicherweise die gesamte Armee wegnehmen. Man solle das Regierungshandeln in Deutschland überwachen, bis die unter den Nazis erzogene Generation von der Bühne abtrete - das sei "admittedly a long job". Aber man dürfe Deutschland nicht die Mittel nehmen, letztlich ein Land aufzubauen, das willig sei, sich an "nonmilitaristic methods of civilization" zu halten. Es müsse eine Lösung gefunden werden, um die 80 Millionen Deutschen und Österreicher in Mitteleuropa zu einem künftig friedlichen Leben zu führen, und es liege im Interesse der Welt, sie nicht durch größte Entbehrungen in undemokratische, notwendigerweise räuberische Lebensgewohnheiten zu treiben.<sup>273</sup> Es war dies ein ausgemacht konstruktiver Friedensplan.

Passagen aus der Direktive JCS 1067 finden sich zum Teil wörtlich in dem Vereinbarungsentwurf über die Behandlung Deutschlands während der ersten Kontrollperiode. Das Papier wurde in Washington mehrfach überarbeitet und diente in der Fassung vom

---

<sup>269</sup>"Directive to Commander in Chief", Teil I, Abs. 4 b und 4 c, Documentary History of the Truman Presidency, III, S. 3 ff.

<sup>270</sup>Bemerkung Trumans gegenüber Mitarbeitern, wiedergegeben von seinem Stabschef Admiral Leahy, Juli 1945, Murphy, *Diplomat among Warriors*, S. 270. Wie besorgt die US-Militärregierung, an ihrer Spitze General Lucius Clay, über die Treasury-Politik war, ist auf S. 250-251 beschrieben.

<sup>271</sup>Hull, II, S. 1286.

<sup>272</sup>Stimson Diary, 29. 3. 1945, Stimson/Bundy, S. 582. Wie es in dieser Biographie heißt, habe Stimson die Direktive zwei Jahre später als ein "painfully negative document" empfunden.

<sup>273</sup>Stimson an Truman, 16. 5. 1945, Stimson/Bundy, S. 582-583.



17. Juli 1945 als Vorlage für die Potsdamer Konferenz.<sup>274</sup> Über die Direktive der US-Stabschefs hinausgehend und im Sinne der integrativen Konzeption Stimsons, benannten die Autoren als Fernziel der Behandlung Deutschlands dessen Wiedereingliederung in die Staatenwelt, eine, wie es wörtlich hieß, "spätere friedliche Mitarbeit Deutschlands im Leben der Völker".<sup>275</sup> Dieser Entwurf wurde von der US-Delegation auf der Potsdamer Konferenz vorgelegt und mit geringfügigen Änderungen sogar von der Sowjetunion gebilligt.<sup>276</sup>

An die konstruktiven Gedanken dieses letzten Memorandums anknüpfend, erarbeitete das State Department auch eine Vorlage für den neuen Außenminister Byrnes, der sich bereits in Potsdam befand. Wie es in dem Papier hieß, solle zur Erreichung des Ziels, Deutschland als Bedrohung des Weltfriedens auszuschalten, das deutsche Volk nicht vernichtet werden. Als Hauptproblem sei nicht das deutsche Kriegspotential, sondern die Haltung der Deutschen zu Krieg und Frieden anzusehen. Auch im State Department war man also der Meinung, die Voraussetzungen für einen friedliches Deutschland lägen weniger in der Behebung materieller als vielmehr mentaler Probleme und Defizite begründet.

Folgerichtig hielt das Dokument fest, "wir besetzen Deutschland mit dem Ziel, den sozialen und politischen Charakter der Nation in einem solchen Maße zu ändern, daß man Deutschland irgendwann in der Zukunft vertrauensvoll eine unabhängige Existenz als Nation gewähren kann". Die Vorlage nannte die Werte, zu denen die Deutschen sich bekennen mußten: "ein Deutschland, das zur Achtung vor dem Wert und der Würde des Menschen und zum Glauben an die Grundprinzipien der Gerechtigkeit sowie an das Recht des Menschen, sich selbst zu regieren, bekehrt worden ist", würde vermutlich "ein Deutschland sein..., dem wir vertrauen könnten".<sup>277</sup>

Diese Perspektive der Integration eines gewandelten Deutschland in eine neue Friedensordnung schloß sogar die mögliche Aufnahme Deutschlands in die Vereinten Nationen ein. Es war der Vorzug des Memorandums, klar zu benennen, daß man die Friedensfähigkeit der Deutschen für das entscheidende Problem hielt. Die Gefahr bestand allerdings darin, Außen- und Sicherheitspolitik vorwiegend unter moralischen Gesichtspunkten zu verstehen, indem man die Umerziehung und Bekehrung eines Volkes als die wichtigste Sicherheitsgarantie verstand. Dies war für das amerikanische politische Denken andererseits kein ganz neuer Gesichtspunkt, und so endete die Denkschrift auch mit

---

<sup>274</sup>Vorschlag der US-Delegation: "Vorgeschlagene Vereinbarung über die politischen und wirtschaftlichen Grundsätze zur Behandlung Deutschlands während der ersten Kontrollperiode", 17. 7. 1945, DDP II/1, S. 417 (Orig.: FRUS, PD II, S. 775 ff.). Vgl. die beiden Vorläufer des Memorandums, DDP II/1, S. 340-343 (undat.) und S. 399-402 (16. 7.).

<sup>275</sup>Entwurf einer Vereinbarung über die Behandlung Deutschlands während der ersten Kontrollperiode, DDP II/1, S. 340-341. Die Planer im State Department machten sich offenbar stärker als die Vereinigten Stabschefs Gedanken über die zukünftige Rolle Deutschlands in der angestrebten neuen Weltordnung.

<sup>276</sup>Vgl. den Bericht des Unterausschusses für deutsche politische Fragen, 19. 7. 1945, DDP II/1, S. 431-433, die sich über die nächsten Tage erstreckenden Erörterungen auf der Konferenz, DDP II/1, S. 433-475, und das Kommuniké über die Konferenz von Potsdam, "Die politischen und wirtschaftlichen Grundsätze zur Behandlung Deutschlands während der ersten Kontrollperiode", 2. 8. 1945, DDP II/1, S. 2106-2107. Hacker, Entmilitarisierungs-Bestimmungen, S. 81, ist darin zuzustimmen, daß die Potsdamer Beschlüsse in diesem Punkt weitgehend den amerikanischen Vorschlägen folgten. Vgl. E. Deuerlein, Die amerikanischen Vorformulierungen und Vorentscheidungen für die Konferenz von Potsdam, in: Deutschland-Archiv 3 (1970), S. 337-356.

<sup>277</sup>Vorlage des Zentralsekretariats des amerikanischen Außenministeriums, 18. 7. 1945, DDP II/1, S. 425.

den pathetischen Worten: "Wir müssen wieder die Rolle spielen, die wir zu Beginn unserer Geschichte gespielt haben. Wir müssen bereit und willens sein, die Idee der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Würde des Menschen zu verbreiten."<sup>278</sup> Auffallend an dieser missionarischen Grundhaltung war nicht nur die Parallele zu den oben zitierten öffentlichen Äußerungen Franklin D. Roosevelts aus dem März 1945, sondern vor allem auch zu Woodrow Wilsons außenpolitischem Credo. Überzeugt von der Gültigkeit und dem historischen Erfolg des amerikanischen Modells, glaubten die Verfasser der Vorlage, die Übertragung der amerikanischen Werte auf das besiegte Land, ja auf die Verhältnisse in Europa und der Welt könne für Frieden, Recht und Sicherheit sorgen. Die Vorlage des State Department setzte sich auch mit den politischen Zielen der Sowjetunion auseinander. Moskau wolle "vermutlich an die Stelle von Nazi-Deutschland ein Deutschland setzen, das dem Kommunismus zumindest wohlwollend gegenübersteht".<sup>279</sup> Amerika hingegen wolle die Deutschen für eine liberale Demokratie im westlichen Sinne zu gewinnen. Mit dem Unterschied beider Systeme - hier die rechtsstaatliche Demokratie, dort der Kommunismus -, aber auch mit dem Sendungsbewußtsein beider Seiten wurde bereits der Grundton angestimmt, der die Auseinandersetzung nicht nur um und in Deutschland in den folgenden Jahren beherrschen sollte.

Nach dem Ende des Krieges wurde in Washington auch die Frage erörtert, inwieweit es sinnvoll sei, zwischen den Siegermächten einen Vertrag über die Entmilitarisierung Deutschlands für eine Dauer von 25 Jahren abzuschließen. US-Senator Vandenberg hatte diesen Plan am 10. Januar 1945 vorgetragen, und Präsident Truman griff die Überlegung im Juni 1945 auf.<sup>280</sup> Um Entwürfe gebeten, entwickelte das State Department zwei Denkschriften, die der amtierende Außenminister Grew zu einer Vorlage verschmolz und in die Gesprächsmappe für die Vorbereitung des Präsidenten auf die Potsdamer Konferenz aufnahm.

Die Denkschrift nannte einige Vorteile eines Vertrages über die Entmilitarisierung Deutschlands: Die Beziehungen zwischen den Alliierten würden gefestigt werden, vor allem aber würden die "sowjetischen Befürchtungen, daß man Deutschland eines Tages seine Stärke zurückgewinnen läßt und die Westmächte sich seiner als Partner in einem antisowjetischen Zusammenschluß bedienen", "erheblich" verringert werden. Aus diesem Grunde könne es sich die Sowjetunion "leisten, insbesondere in Osteuropa eine liberalere Politik zu betreiben". Die Denkschrift folgerte, "auf diese Art könnte der *Circulus vitiosus* durchbrochen werden, in dem sich die Sowjetunion bewegt, um ihre eigene Sicherheit zu gewährleisten, und der dazu geeignet ist, eben den Zusammenschluß von Mächten gegen die Sowjetunion herbeizuführen, den sie zu vermeiden trachtet". Schließlich, so die Denkschrift, würde man der Gefahr, daß in Europa britische und sowjetische Einflusssphären entstünden, "dadurch entgegenwirken, daß die Rechtfertigung für die Aufrechterhaltung derartiger Einflusssphären wegfielen".<sup>281</sup>

---

<sup>278</sup>Ebda., S. 426.

<sup>279</sup>Ebda., S. 425.

<sup>280</sup>Vermerk Trumans für den amtierenden Außenminister Grew, 9. 6. 1945, DDP II/1, S. 147 (Orig. FRUS, PD I, S. 163).

<sup>281</sup>Gesprächsunterlage für die amerikanische Delegation, 27. 6. 1945, DDP II/1, S. 326 (Orig.: FRUS, PD I, S. 450). Vgl. die Memoranden von Thompson und Hickers, von Stettinius an Grew übersandt, 22. 6. 1945, DDP II/1, S. 315-319 (Orig.: FRUS, 1945, III, S. 527 ff.).

Interessant an diesen Gedankengängen ist, wie das State Department mit einem Vertrag über die Entmilitarisierung Deutschlands mehrere politische Ziele zugleich erreichen zu können glaubte. Die Ausschaltung Deutschlands als Machtfaktor, die Basis amerikanischer Sicherheitspolitik, würde effektiv gewährleistet, die Zusammenarbeit der Großmächte gesichert und ein Anreiz für die Sowjetunion geschaffen, ihre Zügel in Osteuropa zu lockern. Als Motiv der sowjetischen Expansion nahm man allein das Sicherheitsbedürfnis an; eine Eroberung um einer Hegemonie willen wurde nicht für das Movers sowjetischer Politik gehalten. Schließlich setzte die Denkschrift sogar die britische mit der sowjetischen Politik gleich! An dieser Konstruktion sticht ein Denkmuster wilsonianischer Tradition sehr ins Auge, das gegen Einflußsphären und Machtbalance gerichtet war. Die Politik des Kräftegleichgewichts, die Großbritannien unter Churchill wieder verstärkt betrieb, wurde als eine Politik der Einflußsphären abgelehnt, doch diese Deutung führte dazu, daß der Unterschied zwischen einem freiheitlichen und einem totalitären System verwässerte.<sup>282</sup>

Ein entschiedener, harter Umgang mit der besiegten Hegemonialmacht Deutschland und die künftige Zusammenarbeit der Sieger wurden in der Vorlage des State Department als Dreh- und Angelpunkt für die Errichtung einer neuen Weltordnung verstanden, einer Ordnung, in der es keine Machtpolitik und keine Einflußsphären mehr zu geben schien. Dieses politische Denken ging im Gegensatz zu den Annahmen in Großbritannien von dem grundsätzlich guten Willen aller beteiligten Großmächte aus, auch dem der Sowjetunion. Tendenzen in der Außenpolitik Moskaus, die auf regionale Vorherrschaft bedacht waren, mußten dazu ebenso ausgeblendet werden wie das prekäre, dialektische Verhältnis von Sicherheit und Hegemonie überhaupt.

Allerdings nannte Grew in seiner Denkschrift auch Nachteile, in Kürze einen Vertrag über die Entmilitarisierung Deutschlands abzuschließen. Zum Beispiel könne man darin "den Beweis für mangelndes Vertrauen in die Wirksamkeit der Organisation der Vereinten Nationen sehen".<sup>283</sup> Damit war vermutlich gemeint, daß der neugegründete UN-Sicherheitsrat eine Art Gewaltmonopol zur Sicherung des Friedens innehaben sollte. Welche Rolle konnte unter dieser Voraussetzung ein Bündnis zur Sicherung gegen die besiegte Macht spielen, ein Bündnis, das ein wenig an die gegen Frankreich gerichtete Quadrupelallianz nach dem Wiener Kongreß 1815 erinnerte?

Diese Erwägungen werfen Licht auf Grundfragen der amerikanischen Sicherheitskonzeption nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges: konnte die Gewährleistung von Sicherheit einem reformierten Völkerbund übertragen werden, der global agieren sollte, im Ernstfall vielleicht aber handlungsunfähig war, oder sollte man in sehr viel traditionellerer Weise ein regional begrenztes Bündnis gegen den besiegten Feind schließen, das den Vorzug der Eindeutigkeit und der weitgehenden Interessenidentität hatte? Abstrakter gefaßt, ging es in dem Memorandum um die Frage, ob der Frieden durch ein neues Gleichgewicht der Kräfte oder durch eine Art kollektives Sicherheitssystem gesichert werden sollte, das in Gestalt des UN-Sicherheitsrates Elemente einer Hegemonie der Großmächte aufwies.

---

<sup>282</sup>Dies änderte sich explizit erst im März 1947, als Präsident Truman die nach ihm benannte Doktrin verkündete, welche den Kampf der freien Welt gegen die totalitäre Welt ankündigte, de facto jedoch eine Gleichgewichtspolitik in globalem Maßstab bedeutete. Siehe den Text der Botschaft Trumans an den Kongreß, 12. 3. 1947, Keesing's Archiv der Gegenwart, S. 1039 f.

<sup>283</sup>Gesprächsunterlage für die US-Delegation, 27. 6. 1945, DDP II/1, S. 327.

Im Zusammenhang mit diesen Erwägungen hielt es die Denkschrift auch für problematisch, dem US-Senat die Charta der Vereinten Nationen und einen Vertrag zur Entmilitarisierung Deutschlands gleichzeitig vorzulegen. Auch den Zeitpunkt stellte die Vorlage infrage: angesichts der de facto umgesetzten Entmilitarisierung Deutschlands und der Besetzung des Landes bestehe kein dringender Handlungsbedarf; dieser würde sich möglicherweise eher nach Beendigung der Besatzungszeit ergeben.

Letztlich empfahl die Denkschrift, Präsident Truman möge sich gegenwärtig darauf beschränken, die Frage einer vertraglich abgesicherten Entmilitarisierung bei seinen Verbündeten vertraulich zu sondieren. Auch wenn ein derartiger Vertrag bei den Beratungen in Potsdamer keine Rolle spielte: die inneramerikanischen Diskussionen hatten ein bezeichnendes Licht auf die amerikanische Sicherheitskonzeption zwischen Krieg und Frieden geworfen.

### **25. 7. Präzedenzfälle für das Völkerrecht? Die amerikanische Position zur Aburteilung deutscher Kriegsverbrecher**

Wie in Teil 3, Kap. 6, dargestellt, hatte der erste Schritt der Verbündeten, sich mit dem Thema deutscher Kriegsverbrechen und -verbrecher zu beschäftigen, darin bestanden, auf der Moskauer Außenministerkonferenz eine Erklärung über deutsche Greueltaten zu verabschieden.<sup>284</sup> Außenminister Hull, sonst ein Befürworter liberaler Friedensgrundsätze, hatte - sicher aus einer tiefen sittlichen Empörung heraus - in Moskau angeregt, Hitler und seine Komplizen sofort vor ein Standgericht zu stellen. Der sowjetische Außenminister Molotow war, wie Hull berichtet, an dieser Stelle in laute Ausrufe der Zustimmung ausgebrochen.<sup>285</sup>

Als Marschall Stalin zwei Monate später in Teheran forderte, mehrere Zehntausend deutsche Militärs nach dem Krieg hinzurichten, versuchte Präsident Roosevelt die Spannungen zwischen Churchill und Stalin mit der ironischen Bemerkung zu mildern, es sollten lediglich 49. 000 Militärs erschossen werden.<sup>286</sup> Als Roosevelt und Churchill im September 1944 erneut zusammentrafen, billigte der Präsident den Vorschlag des britischen Lordkanzlers Simon über den Umgang mit den Hauptkriegsverbrechern, den Churchill Stalin zukommen lassen wollte.<sup>287</sup> Roosevelt war damit einverstanden, ein politisches Verfahren zu wählen und die größten Verbrecher ohne Prozeß hinrichten zu lassen. Der Präsident blieb auch in Jalta bei dieser Ansicht, obwohl Stalin nun wiederholt erkennen ließ, daß ihm an einem juristischen Prozeß gelegen war. Wie Roosevelt meinte, solle das Verfahren nicht "too judicial" ausfallen. "He wanted to keep out newspapers and Photographers until the criminals were dead."<sup>288</sup> Roosevelt wollte die Frage allerdings auf der Konferenz nicht weiterbesprechen.<sup>289</sup>

---

<sup>284</sup>Declaration on German Atrocities, 30. 10. 1943, Anhang 10 zum Konferenzprotokoll von Moskau, DDP I/4, S. 621-622; Aufzeichnung der Vorschläge Richter Rosenmans, 3. 5. 1945, DDP II/1, S. 1020-1021.

<sup>285</sup>Hull, Memoirs, II, S. 1289.

<sup>286</sup>Tripartite Dinner Meeting, 29. 11. 1943, Protokoll Bohlen, FRUS, TD, S. 554; Churchill, Closing, S. 330.

<sup>287</sup>Vermerk Roosevelts und Churchills, 15. 9. 1944, FRUS, Quebec, 1944, S. 467. Vgl. Teil 3, Kap. 2. 6.

<sup>288</sup>6. Plenarsitzung, 9. 2. 1945,ritisches Protokoll, Gilbert, VII, S. 1202; nicht in den US-Notizen, FRUS, JD, S. 788, 792.

<sup>289</sup>6. Plenarsitzung, 9. 2. 1945, US-Notizen (Matthews), FRUS, JD, S. 792.

Freilich hatte sich Roosevelt im Gespräch mit Stalin "über das Ausmaß der von den Deutschen auf der Krim angerichteten Zerstörung sehr beeindruckt" gegeben; er sei "aus diesem Grunde jetzt den Deutschen gegenüber viel blutdürstiger ... als noch vor einem Jahr". Der Präsident gab daraufhin "seiner Hoffnung Ausdruck, daß Marschall Stalin nochmals einen Trinkspruch ausbringen würde auf die spätere Hinrichtung von 50.000 Offizieren der deutschen Armee".<sup>290</sup> Es ist eher unwahrscheinlich, daß dies nur ein plumper Versuch der Anbiederung an den sowjetischen Diktator war; Roosevelts Äußerungen waren mit seinem negativen Deutschlandbild unschwer vereinbar. Stalin erwiderte, "daß gerade wegen des vielen ehrlichen Blutvergießens in der Bekämpfung der Deutschen nunmehr jedermann noch blutdürstiger sei, als dies vor einem Jahr der Fall war". Roosevelt erfuhr von Stalin, die Zerstörungen auf der Krim seien gering im Vergleich zu den planmäßigen Verwüstungen in der Ukraine. Der Marschall folgerte, die Deutschen "seien eben Wilde und verfolgten anscheinend die schöpferische Arbeit der Menschen mit einem sadistischen Haß".<sup>291</sup> Mit diesem Gespräch zwischen den beiden Regierungschefs schien die Bühne für eine harte Behandlung mindestens der deutschen Kriegsverbrecher als den Hauptverantwortlichen in Politik und Wehrmacht bereitet zu sein.

In der US-Regierung waren bereits seit dem Spätsommer 1944 Überlegungen angestellt worden, wie die deutschen Kriegsverbrecher dingfest zu machen wären. Finanzminister Morgenthau ergriff auch in diesem Punkt die Initiative und schlug in seinem Deutschlandprogramm vom 5. September 1944 vor, die Hauptkriegsverbrecher ("Arch-Criminals") nach der Identifizierung ohne Prozeß erschießen zu lassen. Menschen, die Verbrechen gegen die Zivilisation begangen hätten, sollten von Militärkommissionen im allgemeinen zum Tode verurteilt werden.<sup>292</sup>

Gegen dieses rein politische Vorgehen regte sich in Washington Kritik, die Kriegsminister Stimson anführte. Stimson, selbst Jurist, wünschte bei der Aburteilung der mutmaßlichen Verbrecher wenigstens "rudimentary aspects of the Bill of Rights" einzubeziehen: das Recht, gehört zu werden und unter Umständen Zeugen zu berufen. Stimson befürwortete, zumindest was die wichtigsten Nazi-Verbrecher anbelangte, die Beteiligung Amerikas an einem Internationalen Gerichtshof; als Grundlage für die Verhandlungen würde das Gesetz über die Regeln des Krieges dienen. Der Kriegsminister versprach sich von diesem Vorgehen auch eine Aufdeckung des nationalsozialistischen Terrorsystems. Die Aburteilung übriger Verbrecher wollte Stimson im Einklang mit der Moskauer Erklärung abhalten lassen.<sup>293</sup> Eine von Stimson berufene Arbeitsgruppe von Militärjuristen empfahl ebenfalls die Einsetzung lokaler Gerichte und eines internationalen Gerichtshofes. Eine geeignete Leitlinie der Aburteilung der Nazi-Führer erblickten die Juristen und Stimson in dem Konzept der Verschwörung ("conspiracy").<sup>294</sup>

---

<sup>290</sup>Roosevelt-Stalin-Sitzung, 4. 2. 1945, FRUS, JD, S. 535. Roosevelt spielte an auf Stalins Trinkspruch in Teheran, FRUS, TD, S. 554.

<sup>291</sup>Unterredung Roosevelt-Stalin, 4. 2. 1945, FRUS, JD, S. 535. In den sowjetischen Notizen, KSU, JD, S. 43, heißt es statt "blutdürstig" "erbarmungslos".

<sup>292</sup>"Punishment of Certain War Crimes and Treatment of Special Groups", Anhang B zum "Suggested Post-Surrender Program for Germany", 5. 9. 1944, FRUS, Quebec, 1944, S. 105-106.

<sup>293</sup>Memorandum Stimsons, 9. 9. 1944, FRUS, Quebec, 1944, S. 124-125; die Passagen auch in Stimson/Bundy, S. 584-585.

<sup>294</sup>Stimson Diary, 24. 10. und 21. 11. 1944, Stimson/Bundy, S. 585-586.

Als zu Beginn des Jahres 1945 auf Anregung Roosevelts interministerielle Beratungen über die Frage der Kriegsverbrechen aufgenommen wurden, kristallisierte sich ein juristisches Vorgehen heraus. Wie Roosevelt an Außenminister Stettinius schrieb, sollten die Anklagepunkte auch die "Führung eines unprovokierten Angriffskrieges in Verletzung des Kellog-Paktes" umfassen. Stettinius berichtete dem Präsidenten, die Arbeit der UN-Kommission für Kriegsverbrechen habe bereits Listen von Verbrechern zusammengestellt. Der US-Vertreter stimme mit dem Vorschlag der Kommission überein, einen Gerichtshof der Vereinten Nationen für die Fälle einzurichten, die die Regierungen ihm zuwiesen, und auch damit, übergangsweise "gemischte Militärtribunale" zu schaffen.<sup>295</sup>

Auch der von Präsident Roosevelt berufene Sonderberater Richter Rosenman und Generalstaatsanwalt Biddle befürworteten, wie zuvor schon die Arbeitsgruppe des Kriegsministeriums, ein juristisches Vorgehen und die Einsetzung eines internationalen Tribunals.<sup>296</sup> Der Rechtsberater des State Department, Hackworth, unterbreitete dann zusammenfassende Vorschläge, die von Stettinius, Stimson und dem Generalstaatsanwalt gebilligt wurden. Hackworth legte Wert darauf, die Kriegsverbrechen als Auswüchse des NS-Terrorregimes darzustellen. Es gebe zwar juristische Schwierigkeiten, eine Anklage zu führen, zumal viele der Nazi-Verbrechen nicht allein als Kriegsverbrechen gelten könnten. Doch empfahl der Rechtsexperte, auf eine standgerichtliche Aburteilung der Verbrechen im Anschluß an die deutsche Kapitulation zu verzichten. Ein solches Verfahren würde trotz des Vorzugs der Schnelligkeit "die fundamentalen Rechtsgrundsätze verletzen, die den.. Vereinten Nationen gemeinsam sind". Der Rechtsberater sprach sich statt dessen für eine internationale Militärkommission oder ein Militärgericht aus, das auf dem Wege eines Exekutiv-Abkommen eingesetzt werden könne.

Hackworth glaubte, abgesehen von Kriegsverbrechen im engeren Sinne biete der Anklagepunkt "Beteiligung an einem weitverzweigten verbrecherischen Unternehmen" eine sichere Handhabe, um die Personen, die in entsprechenden Gruppen und Organisationen mitgewirkt hatten, belangen zu können. Die Grundlage für eine Anklage liege in den "Normen der Mitverantwortlichkeit".<sup>297</sup> Der von Hackworth empfohlene juristische Zugang sollte es ermöglichen, auf dem Wege der Offenlegung des nationalsozialistischen Herrschafts- und Eroberungssystems Verantwortlichkeiten zu benennen und Personen dingfest zu machen, auch wenn sie nur an einer bestimmten Stelle des im ganzen verbrecherischen Machtapparates mitgewirkt hätten. Hackworth übermittelte dem Sonderberater Richter Rosenman die Grundsätze seiner Denkschrift in Form einer Ausführungsbestimmung.<sup>298</sup>

Auf dieser Grundlage ergriff die US-Regierung dann wenige Tage vor der deutschen Kapitulation die Initiative zur Einsetzung alliierter Militärgerichtshöfe, vor denen die deutschen Hauptkriegsverbrecher angeklagt werden sollten. Richter Rosenman unterbreitete einen diesbezüglichen Vorschlag auf einem Treffen der Außenminister der

<sup>295</sup>Roosevelt an Stettinius, 3. 1. 1945; Stettinius an Roosevelt, 6. 1. 1945, FRUS, JD, S. 373-374.

<sup>296</sup>Stimson Diary, 18. und 19. 1. 1945, Stimson/Bundy, S. 586-587.

<sup>297</sup>Memorandum für den Präsidenten, 22. 1. 1945, Anlage 1 in Hackworth an Stettinius, 22. 1. 1945, FRUS, JD, S. 374-380, Zit. S. 377, 378.

<sup>298</sup>Hackworth an Rosenman, 20. 1. 1945, Anlage 2 und 3 in Hackworth an Stettinius, 22. 1. 1945, FRUS, JD, S. 380-383.

Großen Drei am Rande der UN-Konferenz in San Francisco.<sup>299</sup> Den Amerikanern lag daran, daß die "wichtigsten Helfer und Helfershelfer" der Hauptkriegsverbrecher vor Gericht gestellt wurden sowie all jene, die nicht zur Aburteilung in die Länder, in denen sie ihre Verbrechen begangen hatten, zurückgeschickt würden. Wichtig war auch die Möglichkeit, Organisationen anzuklagen, amtliche oder nichtamtliche, "indem diejenigen ihrer Mitglieder, die der Gerichtshof als hinlänglich repräsentativ für die betreffende Gruppe oder Organisation erkennt, vor Gericht gestellt und abgeurteilt werden".<sup>300</sup> Auf diese Weise konnte sichergestellt werden, daß Mitglieder von Organisationen wie SA, SS und Gestapo ihrer Strafe nicht entgingen. Wie es in Rosenman Vorlage hieß, sollte jeder der internationalen Militärgerichtshöfe aus einem Vertreter der vier Kontrollmächte in Deutschland bestehen.

Aus amerikanischer Sicht wie auch mit Blick auf die Entwicklung des Völkerrechts wichtig waren die Kategorien von Straftaten, die Richter Rosenman in seiner Vorlage aufführte. Danach war zunächst vorgesehen, Personen wegen "a) Verletzung der Regeln und Gebräuche des Krieges" vor Gericht zu bringen. Dies war ein Anklagepunkt, der sich nach überliefertem Völkerrecht richtete. Dieser Tatbestand hatte in gleicher Formulierung ("violations of the laws and customs of war") eine große Rolle auf der Pariser Friedenskonferenz gespielt. Gleichzeitig war es einer der wenigen Tatbestände gewesen, den die damalige US-Delegation als zulässig akzeptiert hatte.<sup>301</sup>

Dies hatte auch noch für die nächsten beiden Tatbestände gegolten, die Rosenman anführte: "b) Invasion anderer Länder mit Gewalt oder unter Androhung von Gewalt unter Verletzung des Völkerrechts oder internationaler Verträge. c) Einleitung von Krieg unter Verletzung des Völkerrechts oder internationaler Verträge." Hierunter konnte zum Beispiel die Invasion Belgiens abgehandelt werden. Die nächsten Anklagepunkte stellten hingegen vom Völkerrecht bislang nicht verbindlich gedeckte Tatbestände dar: "d) Führen eines Angriffskrieges. e) Führen eines Krieges als Mittel nationaler Politik oder zur Lösung internationaler Streitigkeiten."<sup>302</sup>

Sehr aufschlußreich waren die Begründung und die Motive für diesen amerikanischen Schritt, die der Richter des Supreme Court, Robert H. Jackson, in einem Schreiben an Präsident Truman nannte. Truman hatte Jackson am 2. Mai 1945 als ersten amerikanischen Anklagevertreter ernannt, um die Prozesse gegen die Hauptkriegsverbrecher der Achsenmächte vor einem internationalen Gerichtshof vorzubereiten.<sup>303</sup> Mit bemerkenswerter Energie, Gründlichkeit und Schnelligkeit machte sich Jackson an die Arbeit, führte Gespräche im US-Hauptquartier in Wiesbaden und Frankfurt, beriet in London mit den britischen Kronjuristen. Anfang Juni lieferte er Truman bereits seinen ersten Zwischenbericht ab.

Jackson legte in seinem Schreiben Wert auf die Feststellung, das amerikanische Volk warte auf die Strafprozesse "im Geiste Woodrow Wilsons, der von der Hoffnung getragen war, >dem Völkerrecht jene lebendige Kraft zu verleihen, die es nur dann besitzen kann, wenn es der wahrhafte Ausdruck unseres sittlichen Urteils ist<".<sup>304</sup> Dieses Be-

<sup>299</sup>Aufzeichnung der Vorschläge, die Richter Rosenman am 3. Mai 1945 auf einer Zusammenkunft in San Francisco vorlegte, an der Eden, Stettinius und Molotow teilnahmen, DDP II/1, S. 1020-1024.

<sup>300</sup>Aufzeichnung der Vorschläge Richter Rosenmans, 3. 5. 1945, Absätze 4, 8 und 12, DDP II/1, S. 1021.

<sup>301</sup>Vgl. Teil 2, Kap. 5.

<sup>302</sup>Aufzeichnung der Vorschläge Richter Rosenmans, 3. 5. 1945, Absatz 6, DDP II/1, S. 1021.

<sup>303</sup>Gesprächsunterlage für die US-Delegation, 29. 6. 1945, DDP II/1, S. 1040.

<sup>304</sup>Bericht des Richters Jackson an Präsident Truman, 6. 6. 1945, DDP II/1, S. 1026-1036, Zit. S. 1033.

kenntnis zum Wilsonianismus mit seinem charakteristischen Moralismus und Messianismus war der Schlüssel zur Argumentation Jacksons. Mehrfach betonte der Richter das "Gewissen Amerikas" und führte, bevor er juristisch argumentierte, all das auf, "was den "Gerechtigkeitssinn des amerikanischen Volkes beleidigt" habe. Im einzelnen nannte Jackson "die Unterdrückungen, die grausamen Foltern, die Massenmorde und die umfangreichen Enteignungen, mit denen sich das Nazi-Regime in Deutschland einführte". Der Oberste Richter deutete die Verfolgungen aus Gründen der Religion, Politik und der Rasse, die Zerschlagung von Gewerkschaften und die "Beseitigung jedes sittlichen und religiösen Einflusses in Deutschland" als "Vorbereitung von Angriffen auf andere Staaten".

Im Anschluß an diese Verknüpfung zwischen dem innenpolitischen Ausbau der Diktatur in Deutschland und ihren außenpolitischen Auswirkungen wandte sich Jackson den "Raubzüge[n]" der Nationalsozialisten in andere Länder zu, die mit einer "planmäßigen Politik des Betruges, der Bestechung und der Gewalt" wiederholt Abkommen gebrochen hätten: "über die entmilitarisierte Zone im Rheinland, über die territoriale Unverletzlichkeit der Tschechoslowakei, Polens und Rußlands". Skrupellos seien Land- und Seekriegsrecht verletzt, jedwede Regeln menschlichen Zusammenlebens mit Füßen getreten worden. Jacksons leidenschaftlich vorgetragene Aufzählung gipfelte in in der Feststellung, immer weitere Kreise in Amerika seien empört zu der Überzeugung gelangt, "daß diese Verbrechen auch gegen uns und gegen alle zivilisierten Länder verübt wurden, von einer Verbrecherbande, die die Machtmittel des Staates an sich gerissen hatte".<sup>305</sup>

Indem Jackson diese behauptete Aufwallung amerikanischen Rechts- und Gerechtigkeitsgefühls aufnahm, schuf er eine moralische Grundlage für die Begründung, warum er für eine Ausweitung der Normen des Völkerrechts eintrat. Er betonte, "die rechtliche Einstellung der Vereinigten Staaten" gründe sich "auf das allgemeine Rechtsgefühl, weshalb sie verhältnismäßig einfach und nicht formaljuristisch" sei. Jackson räumte ein, das Völkerrecht des 19. und 20. Jahrhunderts habe festgelegt, "daß die Führung eines Krieges an sich keine rechtwidrige Handlung darstelle und daher auch nicht als Verbrechen im Sinne des Gesetzes aufzufassen sei".

Dagegen setzte Jackson jedoch ausdrücklich Hugo Grotius' Lehre von der Unterscheidung zwischen einem gerechten und einem ungerechten Krieg. Er betonte: "Wenn wir nicht grundsätzlich eine Fortbildung des Völkerrechts ablehnen, dann müssen wir einräumen, daß unsere Zeit das Recht hat, Rechtsbräuche zu entwickeln und Verträge einzugehen, die zu einem neuen und verstärkten Völkerrecht führen." Daher beunruhige es ihn, so Jackson in Anspielung auf einen interalliierten Militärgerichtshof, "keineswegs, daß für die von uns geplante Untersuchung keine Präzedenzfälle vorliegen". Der Richter bezog sich allerdings auf den Briand-Kellog Pakt aus dem Jahre 1928, der den Grundatz von der "Verwerflichkeit des Krieges" wiederhergestellt habe. Deutschland sei dem Pakt ebenso beigetreten wie Italien, Japan und die Vereinigten Staaten; der "Krieg als Mittel nationaler Politik" sei in dem Abkommen verworfen worden.

Interessant an diesem Plädoyer war, daß Richter Jackson einen strengen Rechtspositivismus ablehnte, der beispielsweise noch die US-Delegation auf der Pariser Friedenskonferenz geleitet hatte.<sup>306</sup> Seine Ausführungen hoben sich auch merklich ab von der

<sup>305</sup>Bericht des Richters Jackson an Präsident Truman, 6. 6. 1945, DDP II/1, S. 1032.

<sup>306</sup>Vgl. Teil 2, Kap. 5. 1..



nüchternen Betrachtungsweise der britischen Kronjuristen<sup>307</sup>, auch wenn Jackson feststellte, er habe bei seinen Gesprächen in London weitgehende Übereinstimmung erzielt. Es war Jacksons feste Überzeugung, daß der Angriffskrieg Hitlerdeutschlands nicht allein ein Anschlag auf die internationale Moral war, sondern daß er nach Grundsätzen eines in Weiterentwicklung befindlichen Völkerrechts auch juristisch verfolgt werden mußte.

Dabei machte Jackson deutlich, daß eine beherzte Fortschreibung des Völkerrechtes - welches sich auf gleiche Weise entwickle wie das gemeine Recht (common law) - auch amerikanischen Interessen diene. Die Vereinigten Staaten hätten den Briand-Kellogg-Pakt zur Grundlage ihrer Politik gemacht, hätten daher "nicht aufgerüstet und keine Kriegsvorbereitungen getroffen". Nach der Erfahrung, daß ein Bruch dieses Paktes die "Rechtsgrundlagen internationaler Beziehungen" angegriffen habe, müsse klargemacht werden, daß ein Angriffskrieg als Verbrechen zu bestrafen sei. Nur auf diese Weise, so Jackson bündig, "können wir die Macht des Rechtes in den Dienst des Friedens stellen". Die "Rechtsauffassung der Vereinigten Staaten", so Jackson im Wissen um die gegenwärtige Stärke der USA, werde "für die künftige Entwicklung des Völkerrechts überaus bedeutsam sein".<sup>308</sup>

Abschließend hielt Jackson folgende Straftatbestände fest: Roheitsakte und strafbare Handlungen, die sich erstens gegen Bestimmungen des Völkerrechts und gegen die Regeln des Land- und Seekrieges richteten, zweitens solche aus Motiven der Rasse oder der Religion, schließlich den "Überfall auf andere Länder sowie Entfesselung von Angriffskriegen in Verletzung des Völkerrechts oder in Verletzung von Verträgen". Ausdrücklich betonte Jackson auch, daß ein Staatsoberhaupt nicht der Verantwortung vor dem Gesetz enthoben sein könne.<sup>309</sup> Auch diese Haltung war eine Wandlung gegenüber der rechtpositivistischen Argumentation der US-Delegation 1919 in Paris.

Ein im Ton wesentlich nüchterner und kürzer gehaltenes Memorandum des Joint Strategic Survey Committee der US-Stabschefs unterstützte die Forderung nach einem internationalen Militärgerichtshof. Alle Personen, die Verbrechen gegen amerikanische Militärpersonen oder Staatsangehörige begangen hätten, sollten ausgeliefert werden. "Die zugemessene Strafe sollte hart sein, unverzüglich vollzogen und öffentlich bekanntgemacht werden." Ebenso sollten die USA mutmaßliche Verbrecher an andere Verbündete überstellen. Das Papier empfahl auch, diese Kategorie von Verbrechen vorwiegend vor amerikanischen Militärgerichten abzuurteilen.<sup>310</sup> Zur Vorbereitung auf die Potsdamer Konferenz sprach sich in diesen Tagen auch eine amerikanische Vorlage dafür aus, die UN-Kommission, welche Listen mutmaßlicher Kriegsverbrecher erstellte, bis auf weiteres bestehen zu lassen, auch um kleinere Nationen mit einzubeziehen.<sup>311</sup>

Gut eine Woche nach Beginn der Vier-Mächte-Konferenz in London zur Vorbereitung eines alliierten Tribunals und zwei Wochen vor der Potsdamer Konferenz zeichnete sich ab, daß Ankläger Jackson eine Zusammenarbeit mit der Sowjetunion bei den Prozessen für schwierig hielt. In einem Telegramm an Außenminister Byrnes sprach Jack-

<sup>307</sup>Vgl. Teil 3, Kap. 1. 6.

<sup>308</sup>Ebda., S. 1034-1035.

<sup>309</sup>Ebda., S. 1033, 1030.

<sup>310</sup>Memorandum des Joint Strategic Survey Committee der Vereinigten US-Stabschefs, undat., DDP II/1, S. 1039. Das Papier wurde Trumans Stabschef Admiral Leahy am 26. Juni 1945 übermittelt.

<sup>311</sup>Gesprächsunterlage für die US-Delegation, 29. 6. 1945, DDP II/1, S. 1041-1042.

son von "geringe[n] Fortschritte[n] wegen Schwierigkeiten der Russen, unser Rechtssystem zu verstehen, und unserer Schwierigkeit, ihres zu verstehen".<sup>312</sup> Wie es in einer Gesprächsunterlage für die US-Delegation in Potsdam hieß, hätten die sowjetischen Vertreter in London nach Angaben Jacksons Gegenvorschläge unterbreitet, in denen "der Kern seiner Vorschläge abgelehnt werde und an die Stelle eines Hauptprozesses in Nürnberg viele Prozesse nach sowjetischen Verfahrensregeln träten", welche auf sowjetisch kontrolliertem Gebiet stattfinden sollten. Notfalls halte Jackson den Rückgriff auf von den einzelnen Verbündeten eingesetzte Gerichtshöfe für erforderlich.

Der amerikanische Chefankläger riet auch davon ab, daß der Potsdamer Gipfel sich mit dem verwickelten Problem beschäftige.<sup>313</sup> Es war offensichtlich, daß der energische Jackson die Verbündeten so weit wie möglich auf die amerikanischen Vorstellungen verpflichten wollte und notfalls alleine zu handeln bereit war. Dies rief im Foreign Office gehörigen Ärger hervor, zumal die Amerikaner laut britischen Unterlagen den Großteil mutmaßlicher Kriegsverbrecher in eigenem Gewahrsam hielten.<sup>314</sup>

In Potsdam richtete sich Byrnes weitgehend nach den Empfehlungen Jacksons und hielt sich mit eigenen Vorschlägen zurück. Allerdings unterstützte die US-Delegation die britische Vorlage zu einem Passus im Konferenzprotokoll über Kriegsverbrecher. Byrnes wandte sich ebenso wie sein britischer Amtskollege Bevin dagegen, im Konferenzprotokoll Namen von Kriegsverbrechern zu nennen, worauf die sowjetische Delegation beharrte. Byrnes wollte Richter Jackson und den Beschlüssen der Londoner Konferenz nicht vorgreifen.<sup>315</sup> Der Außenminister drängte Stalin, den sowjetischen Vertreter in London zu einer Einigung anzuhalten.<sup>316</sup> In der 12. Plenarsitzung am 1. August erreichte Präsident Truman schließlich, daß Stalin seinen Einspruch zurückzog. Der Marschall begnügte sich mit einer Erklärung, daß, wie von Richter Jackson erwartet, die ersten Prozesse innerhalb von 30 Tagen beginnen würden.<sup>317</sup> Auch hinsichtlich des Prozeßortes konnten sich die Amerikaner durchsetzen: Molotow akzeptierte in der Sitzung der Außenminister am 30. Juli die Stadt Nürnberg.<sup>318</sup>

Die US-Regierung hatte innerhalb von drei Monaten, seit der Ernennung Jacksons, einen bemerkenswerten politischen Erfolg in der Frage der Behandlung der Kriegsverbrecher erzielt. Washington hatte auf diese Weise seinen moralischen Führungsanspruch bei der Gestaltung einer wichtigen Grundlage der Nachkriegsordnung unmißverständlich deutlich gemacht und auch weitgehend durchgesetzt.

---

<sup>312</sup>Jackson an Truman, 4. 7. 1945, DDP II/1, S. 194.

<sup>313</sup>Gesprächsunterlage für die US-Delegation, 7. 7. 1945, DDP II/1, S. 1044.

<sup>314</sup>Siehe dazu die Vorlage Cadogans für Attlee, 1. 8. 1945, in der er Jackson Rücksichtslosigkeit vorwarf, DDP II/1, S. 1060 f.; vgl. auch Teil 3, Kap. 1. 6.

<sup>315</sup>10. Sitzung der Außenminister, 30. 7. 1945, DBPO I/1, Doc. 469, S. 1029-1030; 11. Sitzung der Außenminister, 31. 7., ebda., Doc. 509, S. 1107.

<sup>316</sup>11. Plenarsitzung, 31. 7. 1945, DBPO I/1, Doc. 495, S. 1088-1089.

<sup>317</sup>12. Plenarsitzung, 1. 8. 1945, DBPO I/1, Doc. 518, S. 1131.

<sup>318</sup>10. Sitzung der Außenminister, 30. 7. 1945, DBPO I/1, Doc. 469, S. 1030.

## 26. Die Vereinigten Staaten und die Aufteilung Deutschlands

### 26. 1. Die amerikanische Regierung und die ersten Pläne zur Aufteilung Deutschlands

Die mißlungene Befriedung Deutschlands nach dem Ersten Weltkrieg, die gescheiterte Einbindung und Selbsteinbindung Deutschlands in die europäische Staatenwelt und den Völkerbund, schließlich der zweite Anlauf Deutschlands zu einer Vorherrschaft in Europa schien die Frage zu rechtfertigen, ob nicht das Grundproblem in der Staatlichkeit Deutschlands an sich lag, in der Zusammenballung politischer und wirtschaftlicher Macht in der Mitte des Kontinents. Auf der Pariser Friedenskonferenz 1919 hatten Washington und London sich dem widersetzt, was man eine kleine Teilung Deutschlands nennen könnte: einer Abtrennung der linksrheinischen Gebiete vom Reich im Interesse der Sicherheit Frankreichs. Präsident Roosevelt bezog sich auf diesen Hintergrund, als er 1943 im Gespräch mit dem britischen Außenminister Eden bemerkte, "er hoffe, wir würden nicht die in Versailles diskutierten und von Clemenceau vertretenen Methoden gebrauchen, Deutschland willkürlich zu teilen, aber er meinte, wir sollten die Differenzen und Eifersüchte, die innerhalb Deutschlands alsbald entstehen würden, als Bewegungen begünstigen und so in der Tat eine Teilung unterstützen, die der deutschen öffentlichen Meinung selbst entspräche".<sup>319</sup> Diese Überlegung konnte so verstanden werden, als sei Roosevelt gegen eine gewaltsame Teilung Deutschlands eingestellt, als befürworte er diese zwar prinzipiell, aber möglichst in Übereinstimmung mit dem Willen der Bevölkerung, unter Berücksichtigung des Selbstbestimmungsrechts. Wünschten die Deutschen eine Teilung, sollten die Alliierten sie mehr oder weniger sanft in diese Richtung drängen. Die Pariser Friedenskonferenz hatte Roosevelt dabei als ein abschreckendes Beispiel vor Augen.

Als Roosevelts Berater Harry Hopkins beide Gesprächspartner fragte, was sie tun würden, wenn ein spontaner Wille zur Separation fehle, notierte er allerdings folgende Antwort: "Sowohl der Präsident wie Eden meinten, Deutschland müsse auf jeden Fall in mehrere Staaten aufgeteilt werden, und einer davon müsse unter allen Umständen Preußen sein. Man dürfe es den Preußen nicht gestatten, ganz Deutschland zu beherrschen."<sup>320</sup> In einer weiteren Unterredung mit Eden bekräftigte der Präsident, er halte eine Aufteilung Deutschlands im Interesse der Sicherheit Europas für notwendig. Wohl um die Praktikabilität eines solchen Vorgehens zu rechtfertigen, fügte er hinzu, die deutsche Einheit sei historisch nicht so tief verwurzelt, daher gebe es möglicherweise eine Tendenz, daß das Land auseinanderfalle, eine Tendenz, die man ermutigen könne.<sup>321</sup> Wie Roosevelt sich das Verfahren dabei vorstellte, blieb nach den Beratungen mit Eden unklar: wollte er in dem Fall, daß die Deutschen sich gegen eine Teilung wandten, diese per Gewalt durchsetzen? Eine solche Politik war mit dem Selbstbestimmungsrecht, niedergelegt in der Atlantik-Charta, kaum in Einklang zu bringen. Auf der anderen Seite hatte Roosevelt mit seinem Kriegsziel der bedingungslosen Kapitulation hin-

<sup>319</sup>Memorandum Hopkins über eine Unterredung Roosevelt-Eden, 15. 3. 1943, FRUS, 1943, III, S. 16; dt. Zit. nach Sherwood, S. 583; vgl. Woodward, BFP V, S. 31-36; Eden, Reckoning, S. 373.

<sup>320</sup>Unterredung Roosevelt-Eden, Protokoll Hopkins 15. 3. 1943, FRUS, 1943, III, S. 16; dt. zit. in Sherwood, S. 583.

<sup>321</sup>Unterredung Roosevelt-Eden, 27. 3. 1943, Woodward, BFP V, S. 35; die Bemerkung Roosevelts nicht in FRUS, 1943, III, S. 36-39.

reichend deutlich gemacht, daß sich Deutschland diesmal keine Hoffnungen machen, geschweige denn einen Anspruch erheben konnte auf eine liberale Behandlung gemäß universaler Friedensgrundsätze.

Es fragt sich, was Roosevelt bewogen hat, eine Aufteilung Deutschlands zu diesem relativ frühen Zeitpunkt ins Auge zu fassen. Eine führende Rolle scheint dabei der Staatssekretär im State Department, Welles, gespielt zu haben. Ein Intimus des Präsidenten, war er bis zu seinem Ausscheiden aus dem State Department 1943 an führender Stelle mit der Deutschlandplanung befaßt. Er leitete seit dem Februar 1942 das Advisory Committee on Post-War Foreign Policy, das sich auf seine Initiative hin mit der Frage einer Aufteilung Deutschlands beschäftigte.<sup>322</sup>

Zur Vorgeschichte ist interessant, daß Welles im Rahmen einer Europareise, die ihn im Frühjahr 1940 auch nach Frankreich führte, mit einer Reihe französischer Spitzenpolitiker konferiert und mutmaßlich deren Pläne für eine harte Behandlung Deutschlands kennengelernt hatte.<sup>323</sup> In seinem noch während des Krieges (1944), aber bereits nach seinem Ausscheiden aus dem State Department (1943) erschienenen Buch "The Time for Decision", in dem er über seine Europareise berichtete, schrieb Welles, die deutsche Einheit bedrohe den Weltfrieden, und nur eine Teilung Deutschlands könne dieser Gefahr entgegenwirken.<sup>324</sup> In einem späteren Buch ging Welles auf die französischen Pläne zur Schwächung Deutschlands aus dem Jahre 1919 ein und urteilte, die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges durch Deutschland habe die Berechtigung der damaligen französischen Politik bewiesen.<sup>325</sup>

Unter Welles' Vorsitz beschäftigte sich das Political Subcommittee unter dem Dach des Advisory Committee seit dem April 1942 mit dem Für und Wider einer Aufgliederung Deutschlands in mehrere Staaten. Welles gab zu bedenken, der britische Premierminister Churchill befürworte eine "definite division of Germany with maintenance of international control over Northern Germany", womit vermutlich das Industriegebiet an Rhein und Ruhr gemeint war.<sup>326</sup> Der Staatssekretär wies auf die angebliche Sorge der britischen und sowjetischen Verbündeten hin, die Position der USA im Blick auf Deutschland könne zu moderat sein. Mit seinem - zu diesem Zeitpunkt sicher nicht richtigen - Hinweis, die britische Regierung würde niemals einer Beibehaltung der deutschen Einheit zustimmen, gab Welles die Richtung der Beratungen vor: entweder eine lose Föderation selbständiger deutscher Republiken auf der Basis einer Zollunion - dies hielt Welles selbst für die beste Lösung - oder eine Aufteilung Deutschlands in mehrere Staaten.<sup>327</sup>

In den Unterausschüssen wurden verschiedene Pläne erwogen, die von einer Sieben- bis zu einer Zweiteilung Deutschlands reichten.<sup>328</sup> Der Plan einer Siebenteilung konzipierte

---

<sup>322</sup>Vgl. zu Entstehung und Aufbau des Advisory Committee on Post-War Foreign Policy den Bericht des US-Beamten Harley Notter, PFPP, S. 69-159.

<sup>323</sup>Moltmann, Deutschlandpolitik, S. 92-100.

<sup>324</sup>Welles, Time for Decision, hier nach der dt. Ausgabe Jetzt oder Nie, S. 93-172, S. 325.

<sup>325</sup>Welles, Heading, S. 66, 68.

<sup>326</sup>Sitzung des Political Subcommittee, 4. 4. 1942, DDP I/2, S. 193.

<sup>327</sup>Sitzung des Political Subcommittee, 11. 4. 1942, DDP I/2, S. 206, 209, 211.

<sup>328</sup>Sitzung des Political Subcommittee, 18. 4. 1942, ebda., S. 208-220, 24. 4. 1942, S. 223-235.

ein verkleinertes Preußen, Hannover, einen Rheinland-Staat, Braunschweig, Sachsen, Bayern und Württemberg. Nicht berücksichtigt waren dabei die Provinzen Schlesien und Ostpreußen. Als das Hauptproblem benannte Norman Davis, der Vorsitzende des Territorial Subcommittee, die Einhegung Preußens durch Gebietsverkleinerung und militärische Kontrolle, während Welles eine Konzentration auf Preußen für falsch hielt.<sup>329</sup> So wurde im Political Subcommittee eine Fülle von Varianten gedanklich durchgespielt.<sup>330</sup>

Im Verlauf der Beratungen wurde bald deutlich, daß unter dem Gesichtspunkt der Lebensfähigkeit der einzelnen staatlichen Gebilde - der entsprechende Terminus lautete "self-sufficient" - eine Aufteilung nicht untersucht werden konnte, ohne die wirtschaftlichen Gegebenheiten auf dem Gebiet des Deutschen Reiches, aber auch in Europa zu berücksichtigen. Eine zeitlang wurde der noch am ehesten praktikabel erscheinende Plan einer Dreiteilung Deutschlands ausführlicher untersucht.<sup>331</sup> Als die Beratungsergebnisse der Unterausschüsse zu territorialen, wirtschaftlichen und Sicherheitsfragen sowie die Vorstellungen des Kriegsministeriums in die Arbeit des Political Subcommittee eingespeist wurden, zeichnete sich ab, daß eine Aufteilung Deutschlands unter dem letztlich entscheidenden Aspekt internationaler Sicherheit als doch ungünstig zu bewerten war.<sup>332</sup> So schrieb der militärische Berater des Security Subcommittee, General Strong, in einer bemerkenswerten Stellungnahme zu Friedensordnung von Paris: "The fallacy of creating artificial states which are economically and ethnologically unsound has been aptly demonstrated by the Treaty of Versailles."<sup>333</sup> Wahrscheinlich bezog sich dieses Urteil auf die neuen Staaten in der Mitte und im Südosten Europas.

In einer zusammenfassenden Wertung seiner Beratungen kam das Political Subcommittee im November 1942 daher zu dem Schluß: "Outright separation of German units is believed inadvisable." Hingegen sei eine "Federation of autonomous republics within a customs union" eine "more preferable method of fragmentation".<sup>334</sup> Diese - von Welles favorisierte - Lösung versprach eine ausreichende Dezentralisierung und vor allem eine Einhegung Preußens, andererseits die Aufrechterhaltung wirtschaftlicher Bindungen in Deutschland. Drei selbständige politische Einheiten wurden vorgeschlagen: Preußen und Ostdeutschland (ohne Ostpreußen), eine Nordwestrepublik mit Sachsen und einem Teil des Ruhrgebiets, sowie eine (katholische) südliche Einheit mit Bayern, dem Rheinland und dem größten Teil des Ruhrgebietes. Österreich sollte entweder mit einer osteuropäischen Union verbunden oder zu einem separaten Staat werden.

Es spricht viel dafür, daß Präsident Roosevelt für die im Advisory Committee diskutierten Teilungspläne eine große Sympathie entwickelte. Offensichtlich baute Roosevelt in seiner eingangs erwähnten Unterredung mit Eden am 15. März 1943 auf dem Plan

<sup>329</sup>Sitzung des Political Subcommittee, 25. 4. 1942, ebda., S. 227-228.

<sup>330</sup>Vgl. die im Anhang der Sitzung des Political Subcommittee vom 2. 5. 1942 abgedruckten Vorschläge der einzelnen Mitglieder des Gremiums, ebda., S. 242-251.

<sup>331</sup>Vgl. z. B. die Sitzung des Political Subcommittee, 20. 6. 1942, ebda., S. 311-323, und das Arbeitspapier des Security Subcommittee "Possible Revision of German Units", 10. 7. 1942, ebda., S. 371-372.

<sup>332</sup>Vgl. die Stellungnahme von Norman Davis in der Sitzung des Political Subcommittee vom 18. 7. 1942, ebda., S. 417: "...dismemberment would promote insecurity rather than security".

<sup>333</sup>"Comments on Division of Germany Proposed by Political Sub-Committee", 10. 7. 1942, ebda., S. 357-358, Zit. S. 357.

<sup>334</sup>"A Resumé of Previous Considerations of the Subcommittee on Political Problems with Respect to the Disposition on Germany", 6. 11. 1942, ebda., S. 646-647, Zit. S. 646.

des Advisory Committee auf. Auch der Einfluß von Staatssekretär Welles dürfte hier eine große Rolle gespielt haben. Welles vertrat die Konzeption einer Dreiteilung ausdrücklich in einem Gespräch mit Eden am 16. März.<sup>335</sup>

US-Außenminister Cordell Hull, der nicht zu Roosevelts Vertrauten gehörte, und Welles' Nachfolger als Staatssekretär, Edward Stettinius, lehnten die vom Advisory Committee empfohlene Politik ab. Hulls Position wurde in einem Bericht des neu eingerichteten Interdepartmental Country Committee on Germany deutlich. Zur Frage der politischen Reorganisation Deutschlands hieß es im 23. September 1943: "By the tests of effectiveness, enforceability and continued acceptability to both victors and vanquished, partition would make no contribution to security and would, on the contrary, create such bitterness and require such rigorous methods of enforcement that it would constitute a great danger to future world order."<sup>336</sup>

Diese im Tenor und in den Empfehlungen ausgesprochen gemäßigte, liberale Studie diente der Vorbereitung Hulls auf die Moskauer Außenministerkonferenz im Herbst 1943. Grundlage der Friedensregelung sollte es sein, die Haltung von Siegern und Besiegten gleichermaßen einzubeziehen. Eine Sicherheitskonzeption, die lediglich auf der Unterdrückung der besiegten Macht ruhte, mußte nach Ansicht der Autoren scheitern. Außenminister Hull selbst stimmte schon im August 1943 mit Eden in der Beurteilung überein, daß sich die Erzwingung oder die ständige Aufrechterhaltung einer deutschen Teilung als schwierig erweisen würde.<sup>337</sup>

Hull mußte allerdings vor seiner Reise nach Moskau zur Kenntnis nehmen, daß Präsident Roosevelt in der Aufteilungsfrage anderer Meinung war. Der Präsident habe ihm gesagt, er kenne Deutschland, habe dort studiert und spreche deutsch. Wie Hull berichtet, habe Roosevelt mit den entschiedenen Worten "partition was the solution" eine Aufteilung Deutschlands befürwortet, habe seine Argumente gleichwohl mit den Worten eingeschränkt: "the whole transitional period would have to be one of trial and error and... it might well happen that we would discover that partition, undertaken immediately after the war, would have to be abandoned".<sup>338</sup>

Diese Quelle scheint dafür zu sprechen, daß der Präsident in diesem Planungsstadium trotz der Tatsache, daß er eine Aufteilung Deutschlands weiterhin für wünschbar hielt, sich doch unter dem Gesichtspunkt der Praktikabilität eine Hintertür aufhalten wollte. Es dürfte allerdings eher zutreffen, daß Roosevelt seinen Außenminister im Gespräch nicht brüskieren wollte. Denn zwei Tage zuvor hatte der Präsident privat von einer

---

<sup>335</sup>Unterredung Welles-Eden, 16. 3. 1943, FRUS, 1943, III, S. 21.

<sup>336</sup>"The Political Reorganization of Germany", Empfehlungen des Departmental Committee on Germany, 22/23. 9. 1943, Notter, PFPP, Anhang 29, S. 558-560, Zit. S. 558; DDP I/4, S. 551-559, Zit. S. 556. Als Vorläufer dieser Denkschrift sind die beiden Studien zu betrachten, die der besondere Berater Hulls, Pasvolksy, dem Außenminister am 18. 8. 1943 übermittelte: die erste Studie vom 27. 7. 1943 ist eine von D. Harris, dem stellvertretenden Leiter der Division of Political Studies, angefertigte, voluminöse Übersicht über die bisherige Planungsarbeit zur Teilung Deutschlands - siehe FRUS, Quebec, 1943, S. 762 ff.; DDP I/4, S. 417-438. Das Papier beleuchtete die Konsequenzen einer Teilung Deutschlands in zwei, drei bzw. vier Staaten. Die zweite Studie, betitelt "Germany: Partition", ist eine Zusammenfassung der ersten, 17. 8. 1943, Notter, PFPP, Anhang 28, S. 554-557; DDP I/4, S. 467-471.

<sup>337</sup>Unterredung Hull-Eden, 21. 8. 1943, DDP, I/4, S. 495-496. Zu Edens schwieriger Positionsfindung mit Blick auf eine Aufteilung Deutschlands siehe Teil 3, Kap. 3. 1..

<sup>338</sup>Unterredung Roosevelt-Hull, 5. 10. 1943, Hull, II, S. 1265-66.

Sechsteilung Deutschlands gesprochen. Wie Kardinal Spellman notierte, stimme Präsident Roosevelt mit Premierminister Churchill überein, Deutschland "in verschiedene Staaten" aufzuteilen: "Bayern, Rheinland, Sachsen, Hessen, Preußen und Hannover".<sup>339</sup>

Als der sowjetische Außenminister Molotow seine Amtskollegen in Moskau nach ihrer Haltung zur Aufteilung Deutschlands fragte, sprach Hull von den "widely divergent views among the allied governments" und räumte ein, die US-Regierung habe noch keine endgültige Position formuliert. "In high quarters in the United States" - so gab Hull die Position des Präsidenten offenbar treffend wieder - gebe es eine "general disposition to favor the dismemberment of Germany", doch angesichts der zahlreichen Schwierigkeiten sei die Tendenz stärker geworden, "to keep an open mind on this point".<sup>340</sup> Auf diese Weise waren die Alliierten von den Unstimmigkeiten innerhalb der US-Regierung in Kenntnis gesetzt. Gleichwohl befürwortete der Plan einer Behandlung Deutschlands nach dem Krieg, den Hull in Moskau vorlegte und den die Sowjets begeistert unterstützten, keine gewaltsame Teilung, sondern nur eine politische Dezentralisierung.<sup>341</sup> Molotow selbst reagierte ausweichend, "the Soviet Government was somewhat behind in its study of the post-war treatment of Germany due to the greater preoccupation of its leaders with the military prosecution of the war". Er setzte aber hinzu, das amerikanische Programm sei als ein minimales zu betrachten. Molotow schloß, "the Soviet Government had come to the definite conclusion that the dismemberment of Germany was not excluded but that the question would require further study".<sup>342</sup>

## **26. 2. Wieviele deutsche Staaten? Roosevelt und die Meinungsbildung in Washington von Teheran bis Jalta**

Auf der Konferenz von Teheran trat Präsident Roosevelt dann als ein klarer Befürworter eines "dismemberment of Germany" auf. Während einer vorbereitenden Besprechung mit den US-Stabschefs erklärte er, die sowjetische Regierung werde keine Einwände dagegen vorbringen, "to breaking up Germany after the war, that practically speaking there should be three German States after the war, possibly five". Entscheidungen über eine territoriale Aufteilung Deutschlands sollten sich aber an gegebenen "geographic subdivisions of Germany" orientieren. Im einzelnen nannte Roosevelt einen vorwiegend römisch-katholischen Südstaat, der Bayern, Baden, Württemberg und alle Gebiete südlich des Mains umfassen sollte, zweitens einen protestantisch geprägten Nordweststaat einschließlich Hannover, Hamburg und Berlin, schließlich einen Nordoststaat mit Preußen, Pommern und der Gebiete südlich dieser Provinzen. Wie schon die Experten im Advisory Committee verknüpfte Roosevelt die drei Staaten mit den vorherrschenden Religionen; von ihm selbst stammte der Kommentar, "the religion of

<sup>339</sup>Aufzeichnung Spellmans über eine Unterredung mit Roosevelt, 3. 9. 1943, Gannon, S. 192.

<sup>340</sup>7. Sitzung der Außenminister, 25. 10. 1943, FRUS, 1943, I, S. 631-632; vgl. Hull, II, S. 1287, Woodward, BFP V, S. 76-78.

<sup>341</sup>"U. S. Proposal With Regard to the Treatment of Germany", 23. 10. 1943, FRUS, 1943, I, S. 720-723, hier S. 723; DDP, I/4, S. 600-603, hier S. 603. Vgl. Hull, II, S. 1284 ff..

<sup>342</sup>7. Sitzung der Außenminister, 25. 10. 1943, DDP, I/4, S. 608; Orig.: FRUS, 1943, I, S. 629 ff.; vgl. auch Hull, II, S. 1287.

the northeastern part is Prussianism". Roosevelt äußerte dann die Einschätzung, "that Marshal Stalin might "okay" such a division".<sup>343</sup>

Der Plan, den Roosevelt hier vortrug, ähnelte einmal mehr den Empfehlungen des Advisory Committee. Neu an Roosevelts Vorstellung war, daß die deutschen Teilstaaten offenbar aus den Besatzungszonen hervorgehen sollten. Seinen Wunsch, daß Amerika den Nordwesten besetze, begründete er allerdings mit logistischen Gründen.<sup>344</sup>

Am Vorabend der Teheraner Konferenz sagte Roosevelt zu Stalin und Churchill, es sei "very important not to leave in the German mind the concept of the Reich and that the word should be stricken from the language".<sup>345</sup> Daraufhin erwiderte Stalin, das sei nicht ausreichend, sondern "the very Reich itself must be rendered impotent ever again to plunge the world into war". Sprachlich gesehen, konnte diese Formulierung bedeuten, das Reich territorial "impotent" zu machen, es also auseinanderzureißen. Der Protokollant des State Department, Charles Bohlen, gewann in der folgenden Diskussion auch den Eindruck, Stalin "appeared to favor the dismemberment of Germany".<sup>346</sup>

Am letzten Konferenztag brachte Roosevelt die Frage der Teilung Deutschlands im Plenum zur Sprache, woraufhin Stalin Zustimmung signalisierte. Der Präsident wich von seinen Ausführungen im Gespräch mit den Stabschefs ab, als er sagte, "he had a plan that he had thought up some months ago for the division of Germany into five parts": erstens Preußen, so klein und geschwächt wie möglich; zweitens Hannover und der Nordwesten, drittens Sachsen und das Gebiet um Leipzig; viertens Hessen-Darmstadt, Hessen-Kassel und das Gebiet südlich des Mains; fünftens Bayern, Baden und Württemberg. Diese Gebiete sollten "self-governed" sein; zusätzlich sollten der Kieler Kanal und die Stadt Hamburg sowie das Ruhrgebiet und das Saargebiet international kontrolliert werden, letzteres "to be used for the benefit of all Europe".<sup>347</sup> Diese Erweiterung des Aufteilungsplanes bedeutete die Internationalisierung einer wichtigen Wasserstraße sowie die Kontrolle der für die Energieversorgung wichtigen Kohlereviere und Industriegebiete. De facto hätte daher eine Sechsteilung Deutschlands resultiert. Später fügte der Präsident an, Deutschland sei für die Zivilisation weniger gefährlich gewesen, als es noch aus 107 Provinzen bestanden habe. Je stärker die Zersplitterung Deutschlands, desto größer die Sicherheit vor Deutschland - auf diesen Begriff läßt sich Roosevelts Deutschlandkonzeption bringen.

Nachdem Roosevelt seinen Plan einer Fünfteilung Deutschlands dargelegt hatte und Churchill eine Dreiteilung zu befürworten schien (vgl. Teil 3, Kap. 3.1.), entgegnete Stalin, wenn man Deutschland aufteilen wolle, solle man es wirklich aufteilen. Ob es nun fünf oder sechs deutsche Staaten seien und zwei Gebiete - der Plan des Präsidenten

---

<sup>343</sup>Besprechung des Präsidenten mit den US-Stabschefs, 19. 11. 1943, FRUS, TD, S. 253. Der Präsident verwechselte hier den Main mit dem Rhein. Das gilt auch für die Unterredung in Teheran.

<sup>344</sup>Vgl. dazu Sharp, Division, S. 42 ff.

<sup>345</sup>"Tripartite Diner Meeting", 28. 11. 1943, FRUS, TD, S. 510. Nicht im sowjetischen Protokoll, Fischer, TP.

<sup>346</sup>"Tripartite Diner Meeting" (Bohlen-Protokoll), 28. 11. 1943, FRUS, TD, S. 510.

<sup>347</sup>"Tripartite Political Meeting", 1. 12. 1943, FRUS, TD, S. 601-602. Im sowjetischen Protokoll: "Um unsere Diskussion in dieser Frage anzuregen, möchte ich den von mir persönlich vor zwei Monaten aufgestellten Plan einer Aufgliederung Deutschlands in fünf Staaten darlegen." Und später: "Das wäre mein Vorschlag. Ich muß vorausschicken, daß er nur ein Versuch ist." (Fischer, TP, S. 84-85, siehe auch KSU, TD, S. 136-137).



könne geprüft werden.<sup>348</sup> Damit näherte sich Stalin Roosevelt an, hielt sich aber mit eigenen Vorschlägen sehr bedeckt. Auf die Gründung der internationalen Sicherheitsorganisation anspielend, für die Roosevelt Stalin zu gewinnen versuchte, meinte der Kremlchef, der ganze Sinn einer solchen Organisation wäre es, die Tendenz der Deutschen nach Kontrolle über andere Länder und nach einer Wiedervereinigung zu neutralisieren.<sup>349</sup> Zusammengefaßt, hatte Roosevelt in diesem vorläufigen Meinungsaustausch den Eindruck gewonnen, daß Stalin eine harte Haltung gegenüber Deutschland einnahm und seinem Aufteilungsplan wohlwollend gegenüberstand. Charles Bohlen äußerte später die Einschätzung, Stalin habe ein doppeltes Spiel betrieben: eine Aufteilung Deutschlands offenbar befürwortend, aber "deliberately overstating the case to see how far the Allies were prepared to go".<sup>350</sup>

Mit dieser "Taktik des Abwartens und Zuhörens"<sup>351</sup> war Stalin in der bequemen Position, Kritik äußern zu können, ohne sich zu verpflichten, und die Westmächte dahin zu bringen, noch drastischere Vorschläge vorzulegen. Alexander Fischer interpretiert Stalins Zurückhaltung als "sichere[s] Gefühl seiner immer besser werdenden Ausgangsposition"<sup>352</sup>, und auch Vojtech Mastny urteilt wohl zu Recht über Stalins diplomatische Taktik: "Indem er seine Partner zu einer festen Haltung anstachelte, testete er ihre Bereitschaft, seine Henkersknechte zu sein. Sich selbst sparte er die lohnendere Option der Nachgiebigkeit auf, obgleich er sich in keiner Weise festlegte." Stalin habe dem Grundsatz einer Aufteilung Deutschlands "nie zugestimmt", aber "in praxi an der Amputation der Randgebiete des Deutschen Reiches, insbesondere Österreichs und Ostdeutschlands", gearbeitet.<sup>353</sup> Stalin erklärte sich dann mit Roosevelts Anregung einverstanden, die Frage einer Aufteilung zur weiteren Beratung an die Europäische Beratende Kommission (EAC) zu überweisen, die auf der Moskauer Außenministerkonferenz eingesetzt worden war.<sup>354</sup> Allerdings gab das Verhalten des sowjetischen Delegierten in der EAC, Gusew, wenig Anlaß, anzunehmen, die Sowjetunion sei an einer Aufteilung Deutschlands interessiert.<sup>355</sup>

Roosevelts Vorstoß in Teheran zeigt, daß er die Pläne des State Department, die auf Hulls Initiative zustande gekommen waren, kaum beachtete.<sup>356</sup> Der Präsident hielt sich

---

<sup>348</sup>4. Plenarsitzung, 1. 12. 1943, sowjetisches Protokoll, Fischer, TP, S. 85, und KSU, TD, S. 137; US-Notizen, FRUS, TD, S. 602.

<sup>349</sup>4. Plenarsitzung, 1. 12. 1943, US-Notizen, FRUS, TD, S. 603; nicht im sowjetischen Protokoll. Vgl. Kap. 1. 2.

<sup>350</sup>Bohlen, S. 143.

<sup>351</sup>Buttler, S. 59.

<sup>352</sup>Fischer, Varianten, S. 395.

<sup>353</sup>Mastny, Moskaus Weg, S. 158. Die Interpretation kann allerdings nur auf die Teheraner Beratungen bezogen werden, nicht auf die Besprechungen mit Eden 1941.

<sup>354</sup>4. Plenarsitzung, 1. 12. 1943, FRUS, TD, S. 604. Vgl. dazu die Besprechungen zwischen Eden, Morgenthau und den Delegierten bei der EAC, Strang und Winant, am 15. 8. 1944, in FRUS, TD, S. 883, wo Eden seinen Kollegen Passagen aus den britischen Protokollen über die Diskussionen in Teheran vorlas.

<sup>355</sup>Woodward, BFP V, S. 201. Dazu meint Mastny, Moskaus Weg, S. 146, Stalin habe es vorgezogen, "jede substantielle Frage mit seinen beiden Kollegen hinter verschlossenen Türen zu diskutieren und zu entscheiden, anstatt eine kollektive Körperschaft untergeordneter Beamter damit zu betrauen".

<sup>356</sup>Siehe die bereits erwähnten Memoranden: "Germany: Partition", 17. 8. 1943, Notter, PFPP, Anhang 28, S. 554-557; DDP I/4, S. 467-471; und "The Political Reorganization of Germany", 23. 9. 1943 (ein Teil der Empfehlungen des "Departmental Committee on Germany" zur Vorbereitung auf die Moskauer Außenministerkonferenz), Notter, PFPP, Anhang 29, S. 558-560; und DDP I/4, S. 555-556. Siehe auch

vielmehr an die älteren, unter der Leitung von Sumner Welles entwickelten Pläne. Desensungeachtet führten die mit der Zukunft Deutschlands befaßten Gremien im State Department ihre Planungen im Jahre 1944 unbekümmert fort. Zum Beispiel sprach sich im Juli 1944 ein grundlegendes Memorandum des neuen, interministeriellen "Post-War Programs Committee" klar gegen eine Teilung aus und befürwortete stattdessen föderative, demokratische Strukturen in Deutschland.<sup>357</sup>

Doch die Konzeption eines Erhalts der deutschen Einheit wurde im Sommer 1944 noch von einer anderen Seite nachdrücklich in Frage gestellt: US-Finanzminister Morgenthau griff in die Deutschlandplanung ein. Als der Chef der Treasury dem Präsidenten im August 1944 seinen Plan einer Nachkriegsbehandlung Deutschlands vorlegte, dürfte Roosevelt sich in seinen bisherigen Plänen bestätigt gesehen haben. Denn der Morgenthau-Plan empfahl eine Zweiteilung Deutschlands, entsprach de facto aber einer Dreiteilung, da im Westen eine breite internationale Zone abgetrennt werden sollte, die von Schleswig-Holstein im Norden über Hannover nach Südwesten reichte, unter Einschluß des Ruhrgebietes und des Rheinlandes. Das Saargebiet, südlich dieser Zone gelegen, sollte an Frankreich fallen. Im Osten des Landes waren Oberschlesien und das südliche Ostpreußen für Polen vorgesehen. Wie es in dem Plan weiter hieß, sollte das verbleibende Deutschland "in zwei selbständige unabhängige Staaten aufgeteilt werden, (1) einen süddeutschen Staat, der Bayern, Württemberg und Baden... umfaßt, und (2) einen norddeutschen Staat, der einen großen Teil des alten Staates Preußen, Sachsen, Thüringen, sowie mehrere kleinere Staaten umfaßt".<sup>358</sup> Die internationale Zone dürfe keine Handelsbeziehungen mit dem Rest Deutschlands unterhalten.<sup>359</sup> Einen solchen abgetrennten Industriegürtel im Westen Deutschlands hatte im übrigen schon Roosevelt in Teheran zur Debatte gestellt.

In den Tagen, als Morgenthau in Quebec der britischen Regierung sein Konzept unterbreitete, entwarf der Präsident abermals eine "very rough suggestion ... for a subdivision of Germany after the peace".<sup>360</sup> Eigenhändig zog der Präsident mit Farbstiften Linien auf einer Deutschlandkarte ein, trennte im Westen Deutschlands ein als internationale Zone markiertes Territorium ab, das Nordwestdeutschland mit dem Kieler Kanal und den Gebieten an Ruhr, Rhein und Saar umfaßte. Diese Zone entsprach weitgehend Morgenthaus Vorlage. Im übrigen Deutschland grenzte der Präsident drei weitere Teile ab, die er mit "North", "Middle" und "Southern" beschriftete.<sup>361</sup> Österreich war als ein separates Land eingezeichnet.

---

Hull an Roosevelt, 6. 9. 1944, FRUS, Quebec, 1944, S. 120-121. Vgl. Moltmann, Deutschlandpolitik, S. 60 ff., S. 103; er meint, Roosevelt sei "den Einflüssen einer Minderheit seiner Berater" erlegen (S. 92). Zu den Ausschüssen auch Notter, PFPP, S. 221.

<sup>357</sup>"The Treatment of Germany", 5. 8. 1944, FRUS, 1944, I, S. 311-312; vgl. Mosely, Friedenspläne, S. 3035 ff.

<sup>358</sup>Das Zit. aus dem Morgenthau-Plan hier nach Doc. 8 bei Deuerlein, Einheit Deutschlands; siehe das Orig.: "Program to Prevent Germany from Starting a World War II", 9. 9. 1944, in FRUS, Quebec 1944, S. 131-140; vgl. Blum, Deutschland, S. 227.

<sup>359</sup>Memorandum des Leiters der Abteilung für Mitteleuropa, Riddleberger, über die erste Besprechung im Weißen Haus, an Stettinius, 28. 10. 1944, FRUS, Quebec, 1944, S. 90-91 (Editorial Note).

<sup>360</sup>Memorandum Roosevelts, mit Karte, 20. 9. 1944, FRUS, Quebec, 1944, S. 392.

<sup>361</sup>Die Szene wird von Morgenthau berichtet, Tagebuch 15. 9. 1944, FRUS, Quebec, 1944, S. 369-370. Die Karte ist gegenüber S. 392 abgedruckt.

Im Osten war Niederschlesien bei Deutschland belassen; Pommern war mit einigen Strichen abgetrennt, wenn auch der Osten der Karte - etwa Ostpreußen - unbeschriftet blieb. Die Skizze verrät, daß Roosevelt weiterhin eine Aufgliederung Deutschlands in mindestens drei Staaten im Sinn hatte. Darüber hatte er Morgenthau auch informiert, als er sich Anfang September mit dem Cabinet Committee on Germany besprach.<sup>362</sup> In Roosevelts Skizze fand sich keinerlei Bezug zu den gewachsenen Regionen in Deutschland, und die Abtrennung der internationalen Zone im Westen hätte de facto sogar eine Vierteilung bedeutet - im Gegensatz zu einer Dreiteilung bei Morgenthau. Roosevelt erwähnte im Zusammenhang mit der internationalen Zone auch eine Wiedergutmachung für Holland, dessen Territorium die Deutschen, wie der Präsident sagte, durch Überflutung in Teilen unbrauchbar gemacht hätten. Mit Blick auf das zu internationalisierende Gebiet faßte der Präsident sogar ins Auge, Frankreich als einen Treuhänder zu beteiligen.<sup>363</sup>

Da allerdings das State Department unter Außenminister Hull und dessen Nachfolger Stettinius den Teilungsplänen nach wie vor Widerstand entgegengesetzte, kam es bis Jalta nicht zu einer einheitlichen Formulierung der amerikanischen Politik in der Aufteilungsfrage. Auch Kriegsminister Stimson wandte sich gegen eine Teilung Deutschlands und befürwortete lediglich eine internationale Kontrolle von Ruhr- und Saargebiet.<sup>364</sup> Das State Department verlangte Ende September 1944 in einem Memorandum zur Behandlung Deutschlands, "keine Entscheidung über eine mögliche Teilung Deutschlands (territoriale Amputationen sind eine andere Sache) sollte getroffen werden, bevor wir die internationale Situation und die Haltung unserer wichtigsten Alliierten in dieser Frage übersehen können." Die Vorlage sprach sich lediglich dafür aus, spontan auftretende Dezentralisierungstendenzen in Deutschland zu ermutigen.<sup>365</sup>

Im Außenministerium, dem außer Roosevelts Aufteilungsplänen natürlich die ähnlich gerichteten Positionen Churchills und Stalins bekannt waren, wollte man, abgesehen von der grundsätzlichen Haltung, wohl auch Zeit gewinnen, um eine Einigung über die Aufteilung noch verhindern zu können. Das State Department schrieb seine Position für die Gesprächsmappe fort, die Roosevelts Vorbereitung auf die Jalta-Konferenz diente: "Das Außenministerium empfiehlt, daß sich unsere Regierung einer gewaltsamen Teilung widersetzt."<sup>366</sup> Die Argumente betrafen den hohen Grad an "politischer, wirtschaftlicher und kultureller Integration" in Deutschland, so daß man eine gewaltsame Teilung dauerhaft würde aufrechterhalten müssen. Außerdem brächte eine Zerreißung des Landes wirtschaftliche Probleme nicht nur für Deutschland, sondern auch für Europa mit sich. Im State Department wurde Deutschland, anders als in der Sichtweise Hen-

<sup>362</sup>Morgenthau Diary über eine Besprechung mit Präsident Roosevelt, 9. 9. 1944, Blum, S. 367-368; Morgenthau Diary (Germany), I, S. 608-611.

<sup>363</sup>Memorandum des Political Advisor on Germany, Murphy, über eine Unterredung mit Roosevelt, 9. 9. 1944, FRUS, Quebec, 1944, S. 144-145.

<sup>364</sup>Memorandum Stimsons für Roosevelt, 25. 8. 1944, Blum, Deutschland, S. 220-221; vgl. Stimsons Memorandum vom 9. 9. 1944, FRUS, Quebec, 1944, S. 123-126.

<sup>365</sup>Stettinius an Roosevelt, 29. 9. 1945, FRUS, JD, S. 147, Hervorh. im Original. Hull ergänzt in seinen Erinnerungen, Memoirs, II, S. 1606: "We were also agreed at the State Department to oppose Morgenthau's ideas of a partition of Germany". Vgl. dazu auch die Denkschrift des Abteilungsleiters Riddleberger vom 1. 9. 1944, gedacht zur Abstimmung im Kabinettsausschuß Deutschland, FRUS, Quebec, 1944, S. 82-83.

<sup>366</sup>"Aus den Richtlinien - Die Behandlung Deutschlands", 12. 1. 1945, FRUS, JD, S. 174.

ry Morgenthau, nicht losgelöst von Europa betrachtet, sondern als wirtschaftlich und politisch wichtiger Teil Europas angesehen.

### **26. 3. Dezentralisierung statt Aufteilung Deutschlands? Roosevelt und die amerikanischen Pläne zur Zeit der Konferenz von Jalta**

Es ist schwer zu sagen, ob die spätere Distanzierung Präsident Roosevelts vom Morgenthau-Plan bedeutete, daß er sich auch von dem Gedanken einer Teilung Deutschlands verabschiedete. Denn in einem Schreiben an den Außenminister im Oktober 1944 nahm Roosevelt die Empfehlung der Experten überraschenderweise auf: "Es sollte keine Entscheidung über die mögliche Teilung Deutschlands getroffen werden."<sup>367</sup> Möglicherweise war dies taktisch gemeint, um den Außenminister mitten in den regierungsinternen Auseinandersetzungen über Morgenthau Plan in dem Glauben zu wiegen, daß auch Hulls Empfehlungen berücksichtigt würden. Eine grundsätzliche Umorientierung Roosevelts in der Frage des "dismemberment" ist in seinem Schreiben nicht klar erkennbar. In einem Bericht des britischen Botschafters in Washington, Halifax, an das Foreign Office Ende Dezember 1944 heißt es unscharf, Präsident Roosevelt sei "in favor of decentralisation of authority in Germany but here again we could not possibly know how this was to be done until we had seen the situation on the spot".<sup>368</sup>

Als der US-Botschafter in Moskau, Harriman, im Januar 1945 eine Unterredung mit dem sowjetischen Vizeaußenminister Maiski suchte, um über Deutschland-Fragen zu beraten, erfuhr er, daß der Kreml offenkundig eine Aufteilung Deutschlands befürwortete. Wie Maiski sagte, sei es die gegenwärtige Einstellung in Moskau, Deutschland zu teilen, "obwohl noch keine Einigung über die genaue Methode erreicht worden sei." Das Rheinland einschließlich des Ruhrgebietes solle "ein unabhängiger Staat sein", und eine katholische Republik unter Einbeziehung Badens und Württembergs solle gebildet werden. Dieser Plan entsprach dem kleinsten gemeinsamen Nenner zwischen Roosevelts Vorschlägen in Teheran und Churchills Überlegungen aus dem Oktober 1944 in Moskau (vgl. Teil 3, Kap. 3. 2.). Es war aufschlußreich, daß Maiski im Gespräch mit Harriman vor allem über die Reparationen sprach. Das ließ den Schluß zu, daß es der sowjetischen Führung in erster Linie um eine Abtrennung des Schwerindustriegebietes an Rhein und Ruhr ging.<sup>369</sup>

Präsident Roosevelt sah sich dann in Jalta unvermittelt einer Initiative Stalins gegenüber, der eine Entscheidung über eine Aufteilung Deutschlands fällen wollte. Nachdem die Diskussion zunächst von Stalin und Churchill bestritten worden war, schaltete der Präsident sich ein und erklärte, er sei "persönlich, wie er schon in Teheran festgestellt habe, für eine Aufteilung Deutschlands". Als er vor vierzig Jahren in Deutschland gewesen sei, sei der Zentralismus längst nicht so stark gewesen wie gegenwärtig. Er glaube immer noch, "die Aufteilung Deutschlands in fünf oder sieben Staaten sei ein guter

<sup>367</sup>Roosevelt an Hull, 20. 10. 1944, FRUS, JD, S. 149.

<sup>368</sup>Halifax an Foreign Office, 24. 12. 1944, zit. n. Kettenacker, Krieg, S. 492.

<sup>369</sup>Memorandum Harrimans, 20. 1. 1945, FRUS, JD, S. 165.

Gedanke". Er stimmte aber dem Einwand Churchills zu, es könnten auch weniger sein.<sup>370</sup>

Der Präsident hielt sich im ganzen allerdings sehr zurück und übte sich eher als Moderator. Roosevelt, der in Teheran die Initiative in der Aufteilungsfrage übernommen hatte, hätte das Thema durchaus energisch angehen können, wenn er gewollt hätte. Doch die Stellungnahme des Präsidenten klang defensiv, ja beliebig, und der Protokollant Bohlen gewann den Eindruck: "Roosevelt had lost interest in dismemberment; he was just giving lip service to a dying idea".<sup>371</sup> Bohlen's Beobachtung dürfte einiges für sich haben, denn es ist auffällig, daß Roosevelt sich für den Plan einer Dreiteilung Deutschlands, den er seit dem Frühjahr 1943 bis in den Herbst 1944 vergleichsweise kontinuierlich verfolgt hatte, nicht mehr einsetzte. Offenkundig erschien dem Präsidenten die Beseitigung des Zentralismus in Deutschland als die Hauptaufgabe. Immerhin schlug er vor, die Außenminister sollten innerhalb von 24 Stunden eine Empfehlung zur Aufteilung Deutschlands erarbeiten. Auf eine Intervention des Premierministers hin schwächte Roosevelt diesen Vorschlag ab: die Außenminister sollten beraten "über die beste Methode der Prüfung der Pläne für die Aufteilung".<sup>372</sup>

Auch wenn Bohlen's Eindruck zutrifft, der Präsident habe in Jalta nicht viel mehr als ein Lippenbekenntnis zur Aufteilung abgegeben, bleibt es unklar, woran der Haltungswechsel des Präsidenten letztlich gelegen haben mag. Immerhin unterstützte Roosevelt in Jalta die Aufnahme des Wortes "dismemberment" in die Kapitulationsurkunde. Diesem von Außenminister Stettinius unterbreiteten Kompromißvorschlag zwischen der britischen und der sowjetischen Position schlossen die Regierungschefs sich an.<sup>373</sup> Darüberhinaus stimmte der Präsident der Einsetzung eines "Dismemberment Committee" zu, das in London seine Arbeit aufnehmen sollte. Freilich war die Entscheidung über eine Aufteilung Deutschlands mit diesem Beschluß vertagt worden; sie hing nun von der politischen Konstellation in der Zukunft ab. Möglicherweise rechnete Roosevelt insgeheim damit und billigte dieses Vorgehen auch, daß Churchills Vorschlag, einen Ausschuß einzusetzen, nichts anderes bedeutete, als das Problem "diplomatisch vornehm zu beerdigen".<sup>374</sup>

Auch wenn sich hier ein Urteil nicht mit letzter Sicherheit fällen läßt, scheint Präsident Roosevelt seit dem Herbst 1944 auch mit Blick auf eine staatliche Aufgliederung zu seiner Politik der Vertagung zurückgekehrt zu sein, ebenso wie in der Frage einer Deindustrialisierung Deutschlands. Hinzu kam, daß in Washington seit der Jahreswende 1944/45 die praktische Planung der Besetzung Deutschlands und der Aufgaben der Zonenverwaltung in den Vordergrund rückte. Eine Politik der Teilung Deutschlands in mehr als drei Teile - zum Beispiel die Errichtung einer internationalen Zone im Westen - hätte zu zu Beginn der alliierten Besetzung Deutschlands gar nicht verwirklicht wer-

<sup>370</sup>2. Plenarsitzung, 5. 2. 1945, FRUS, JD, S. 575.

<sup>371</sup>Bohlen, Witness, S. 183. Dem Autor zufolge zeigten nicht nur Churchill, sondern auch Stalin ein besonderes Interesse am Thema der Aufteilung Deutschlands.

<sup>372</sup>2. Plenarsitzung, 5. 2. 1945, US-Notizen (Bohlen), FRUS, JD, S. 575, Matthews-Protokoll, ebda., S. 586-57.

<sup>373</sup>Sitzung der Außenminister, 6. 2. 1945, KSU, JD, S. 71-73; FRUS, JD, S. 614; 3. Plenarsitzung, 7. 2. 1945, KSU, JD, S. 73; FRUS, JD, S. 617-618.

<sup>374</sup>So Görtemaker über Churchill: Zwischen Krieg und Frieden, S. 15, Anm. 8.

den können, denn sie hätte mit der in der EAC festgelegten Zoneneinteilung kollidiert. In diesem Zusammenhang hat Präsident Roosevelt wohl die Ansicht vertreten, erst einmal die Erfahrungen der Besetzung und der Zonenverwaltung abzuwarten, bevor über eine Aufteilung des Landes befunden werden konnte. Die Aufteilung entsprechend den drei Besetzungszonen, wofür alternativ auch Planungen hätten erstellt werden können, hatte Roosevelt zwar einmal vage angesprochen<sup>375</sup>, aber nicht definitiv vorgesehen bzw. weiterverfolgt.

Vor diesem Hintergrund ist eine Passage in der Fassung der Direktive JCS 1067 vom 6. Januar 1945 aufschlußreich. In Absatz 10 las man die Empfehlung: "Military administration shall be directed toward the promotion of decentralization of the political structure of Germany."<sup>376</sup> Interessant war auch, in welcher Weise die US Group, Control Council (USGCC), der Nucleus der amerikanischen Militärregierung, diese Bestimmung auslegte. Im Rahmen der politischen Abteilung von USGCC kam ein Beratungsausschuß zur Dezentralisierung am 23. März 1945 zu dem Ergebnis, daß ein "minimum central government" notwendig sei, daß aber "federalism and local self-government", letzteres vor allem auf Gemeindeebene, ermutigt werden sollten.<sup>377</sup>

Die Errichtung einer zonalen Regierungseinheit wurde nicht befürwortet; hingegen sollte die politische Struktur auf der Basis der Länder und, was Preußen betraf, der Provinzen, aufgebaut werden. Auf diese Weise gelange man nicht zu drei oder vier, sondern 15 oder mehr politischen Einheiten. Der Föderalismus als Konzept der Dezentralisierung bot sich dem Bericht zufolge als ein Mittelweg an zwischen einer Aufteilung Deutschlands einerseits und einer zentralisierten politischen Struktur, die eine Stütze des Militarismus gewesen war, andererseits. Die Föderalismus-Konzeption schien auch einen Ausweg zu bieten aus der festgefahrenen interalliierten Debatte über das "dismemberment of Germany".<sup>378</sup>

Innerhalb der amerikanischen Regierungsstellen, wo seit dem März 1945 verstärkt um eine Abstimmung zwischen dem State Department, dem Kriegsministerium und der Treasury gerungen wurde, kristallisierte sich in diesen Wochen ebenfalls eine gemeinsame Position heraus. Sie kam der Position des Kriegsministeriums am nächsten, das auch für die Planung der Besatzungszeit zuständig war. Die Haltung des Kriegsministeriums mit der Betonung auf einer Dezentralisierung Deutschlands lag in etwa zwischen denen des State Department und des Finanzministeriums.

---

<sup>375</sup>Im Rahmen seiner Besprechung mit den Stabschefs, 19. 11. 1943, FRUS, TD, S. 253 f.

<sup>376</sup>"Directive to Commander in Chief of U.S. (U.K.) (U.S.S.R) Forces in Occupation Regarding the Military Government of Germany in the Period Immediately Following the Cessation of Organized Resistance (Post-Defeat), 6. 1. 1945, FRUS, 1945, III, S. 381.

<sup>377</sup>"Decentralization of the political structure of Germany, Preliminary Report by the Special Advisory Committee for Decentralization, US Group CC.", 23. 3. 1945, dokumentiert in H. Graml, Zwischen Jalta und Potsdam. Zur amerikanischen Deutschlandplanung im Frühjahr 1945; in: VfZ 24 (1976), S. 317-320, Zit. 320. Als Basis der Untersuchung diente die Vorlage der politischen Abteilung von USGCC "Policy and Reasoning behind the Decentralization Directive of JCS 1067 (Revised)", ebda., S. 321-323.

<sup>378</sup>Vgl. auch G. Schulz, Dismemberment of Germany. Kriegsziele und Koalitionsstrategie 1939-1945; HZ 244 (1987), S. 29-92.

Zunächst verfaßte das State Department auf Anweisung Roosevelts eine Leitlinie für die Umsetzung der in Jalta vereinbarten Politik.<sup>379</sup> Dieses Papier vom 10. März sprach, wie in Kap. 2. 4. bereits erwähnt, nicht von einer Teilung Deutschlands, sondern befürwortete sogar eine relativ ausgeprägte Zentralisierung in Deutschland zum Zweck der gemeinsamen alliierten Kontrolle. Interessanterweise billigte Präsident Roosevelt dieses Dokument zunächst<sup>380</sup>, was sogleich Morgenthau auf den Plan rief, der sich mißtrauisch erkundigte, "whether it had been definitely settled at Jalta that Germany should be treated as one nation". Stettinius bejahte diese Frage mit Blick auf die unmittelbare Phase der militärischen Besetzung; danach könne das Problem der Dezentralisierung und der Teilung erörtert werden. Stettinius' Darlegung war nicht falsch, auch wenn er den in Jalta eingesetzten Aufteilungsausschuß nicht erwähnte. Kriegsminister Stimson hatte keine Einwände gegen die Behandlung Deutschlands als einer Nation, war aber an der wenig eingeschränkten Befehlsgewalt des Zonenbefehlshabers interessiert, de facto also an einer Dezentralisierung. Morgenthau hingegen äußerte seine Besorgnis, daß die Macht des Deutschen Reiches im Zuge einer Zentralisierung wiederhergestellt werde.<sup>381</sup> Eine Intervention des unermüdlichen Finanzministers bei Präsident Roosevelt und dem State Department führte schließlich zum Entwurf einer neuen Richtlinie, in welcher der ausdrückliche Hinweis aus der Direktive JCS 1067 enthalten war, daß die Verwaltung in Deutschland auf die "decentralization of the political structure and the development of local responsibility" ausgerichtet werden sollte.<sup>382</sup>

Die Bedeutung dieser Abstimmungen für die amerikanische Deutschlandplanung liegt darin, daß mit Zustimmung des Präsidenten schließlich die Dezentralisierung der politischen Strukturen zur Richtlinie für die Besatzungspolitik wurde. Diese Entscheidung kam sogar dem amerikanischen Vorschlag zur Behandlung Deutschlands nahe, den Hull der Moskauer Außenministerkonferenz vorgelegt hatte.<sup>383</sup> Der Aufteilung Deutschlands wurde in der Phase vor Kriegsende keine vorrangige Bedeutung mehr beigemessen.

Es war aufschlußreich, daß in diesen Tagen auch die sowjetische Politik hinsichtlich der Aufteilungsfrage offizielle Zurückhaltung zeigte. Ende März 1945 informierte Moskau die Verbündeten, man betrachte das "dismemberment of Germany not as an obligatory plan for dismemberment but as a possibility for exerting pressure on Germany".<sup>384</sup> Der US-Vertreter im Dismemberment Committee, Botschafter Winant, interpretierte dieses

<sup>379</sup>Roosevelt an Stettinius, 28. 2. 1945, FRUS, 1945, III, S. 433.

<sup>380</sup>"Draft Directive for the Treatment of Germany", 10. 3. 1945, in Stettinius an Roosevelt, undat., FRUS, 1945, III, S. 433-438. Zu Roosevelts Zustimmung ebda., Anm. 43.

<sup>381</sup>"Informal Record of a Meeting in the Office of the Secretary of State", 15. 3. 1945, FRUS, 1945, III, S. 452-457, hier S. 455.

<sup>382</sup>"Memorandum Regarding American Policy for the Treatment of Germany", 23. 3. 1945, in Grew an Roosevelt, 23. 3., FRUS, 1945, III, S. 471; vgl. dazu die Aufzeichnung über eine interministerielle Besprechung bei dem stellvertretenden Kriegsminister McCloy, 20. 3. 1945, FRUS, 1945, III, S. 466 f., und den "Report of the Subcommittee of the Informal Policy Committee on Germany", 22. 3. 1945, ebda., S. 468. Zu den Interventionen Morgenthaus siehe seine Schreiben vom 20. 3. 1945 an Stettinius und an Roosevelt, ebda., S. 460-465.

<sup>383</sup>"U. S. Proposal With Regard to the Treatment of Germany", 23. 10. 1943, FRUS, 1943, I, S. 720-723, hier S. 723; DDP, I/4, S. 600-603, hier S. 603. Vgl. Hull, II, S. 1284 ff.

<sup>384</sup>Gusew an Eden, 26. 3. 1945, Wortlaut der Passage in Winant an Stettinius, 29. 3. 1945, FRUS, 1945, III, S. 206; auch Woodward, BFP V, S. 335.

Vorgehen in einem Bericht nach Washington wie folgt: "Gousew's letter makes it plain that at this stage his Government is not committed in principle to a policy of dismemberment."<sup>385</sup> Wie Winant hinzusetzte, habe Gusew die privat gestellte Frage verneint, ob es in Deutschland nach der Niederlage separatistische Bewegungen geben werde und ob die Deutschen seiner Meinung nach eine Teilung ihres Landes wünschten.

Präsident Roosevelt dürfte daraus seine Rückschlüsse gezogen haben. Er bestätigte jedenfalls die zuletzt vereinbarte Richtlinie der amerikanischen Deutschlandpolitik mit Blick auf eine staatliche Aufgliederung. Wie Außenminister Stettinius Winant am 10. April informierte - zwei Tage vor Roosevelts Tod -, habe der Präsident auf Winants Schreiben vom 29. März mit den Worten reagiert, "our attitude should be one of study and postponement of final decisions".<sup>386</sup> Der Präsident erklärte Stettinius, sein ursprünglicher Gedanke, an dem er festhalte, sei "the purpose of elimination of the word >Reich<" gewesen. In der folgenden Passage heißt es ein wenig unklar: "This question goes beyond payments which deeply effect (sic) the problem of what Germany will be in ten or twenty years from now".<sup>387</sup> Die Idee der Tilgung des Wortes "Reich" aus dem Wortschatz und dem Bewußtsein der Deutschen stammte aus Teheran; insofern ist hier eine Kontinuität erkennbar. Während die Konsequenz dieser Vorstellung zumindest eine Dezentralisierung oder Föderalisierung Deutschlands war, wollte der Präsident eine darüber hinaus gehende Aufteilung des Landes offenbar dem weiteren Gang der Ereignisse überlassen. Das Geheimnis, ob er eine Aufteilung Deutschlands insgeheim bereits zu den Akten gelegt haben mag, nahm Franklin D. Roosevelt mit ins Grab.

Einen Monat schließlich nach der zweiten und letzten Sitzung des Dismemberment Committee und einen Tag nach der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht erklärte Stalin am 9. Mai 1945 in Moskau lapidar das Umschwenken der sowjetischen Deutschlandpolitik auf die "Einheitskonzeption"<sup>388</sup>: "Die Sowjetunion feiert den Sieg, wenn sie sich auch nicht anschickt, Deutschland zu zerstückeln oder zu vernichten."<sup>389</sup> Im Lichte des sowjetischen Taktierens der zurückliegenden Monate dürfte die Einschätzung nicht fehlgehen, daß Stalin seine bereits seit längerem verfestigte Absicht, Deutschland nicht weiter aufteilen zu wollen, nun auch öffentlichkeitswirksam verkünden wollte.

#### **26. 4. Rhein, Ruhr und Saar. Die amerikanische Regierung und die deutsche Einheit vor und in Potsdam**

Als Harry Hopkins, Roosevelt Berater, Ende Mai 1945 als Emissär des neuen Präsidenten Truman nach Moskau reiste, um die Irritationen der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen wegen der polnischen Frage zu klären, sprach er den Kremlchef auf des-

---

<sup>385</sup>Winant an Stettinius, FRUS, 1945, III, S. 206; vgl. Mosely, Friedenspläne, S. 3039.

<sup>386</sup>Stettinius an Winant, 10. 4. 1945, FRUS, 1945, III, S. 221; auch in Roosevelt an Stettinius, undat., Anfang April 1945, zit. bei Kettenacker, Krieg, S. 493, Anm. 46; vgl. Mosely, Friedenspläne, S. 3039.

<sup>387</sup>Roosevelt an Stettinius, undat. zit. bei Kettenacker, Krieg, S. 493, Anm. 46.

<sup>388</sup>Marienfeld, Deutschlandproblem, S. 13.

<sup>389</sup>"Ansprache des Genossen J. W. Stalin an das Volk", 9. 5. 1945, Stalin, Krieg, S. 223.



sen Rede vom 9. Mai an.<sup>390</sup> Wie Hopkins Truman über die Unterredung informierte, habe er Stalin bedeutet, dessen Rede scheine "im Widerspruch zu stehen zu der Position, die er in Teheran und Jalta eingenommen hatte". Stalin habe sein Verhalten damit begründet, "daß seine Vorschläge in Jalta abgelehnt worden seien". Die Briten hätten erklärt, "die Aufteilung solle nur als letzte und äußerste Maßnahme gelten", und der amerikanische Vertreter im Aufteilungsausschuß, Winant, habe "keinen Einspruch erhoben".<sup>391</sup> So habe er, Stalin, gefolgert, die Westmächte seien gegen eine Aufteilung Deutschlands. Hopkins telegraphierte nach Washington, er habe Stalin informiert, es sei noch kein definitiver Beschluß gefaßt und Washington betrachte die Frage als offen, woraufhin Stalin entgegnet habe, er werde sich "die Sache durch den Kopf gehen lassen".<sup>392</sup> Darf man den Erinnerungen des US-Diplomaten Murphy Glauben schenken, trafen Hopkins' Bemerkungen über die amerikanische Position zu.<sup>393</sup>

Während die sowjetische Haltung zur Aufteilung Deutschlands nach Hopkins' Reise wieder als offener erschien, nahm sich der amtierende US-Außenminister Grew erneut dieses Themas an. In einer Gesprächsunterlage für den Präsidenten empfahl Grew am 30. Juni, Washington möge sich, "von der Abtretung von Grenzgebieten ... abgesehen, der Teilung Deutschlands in zwei oder mehr Einzelstaaten widersetz[en]".<sup>394</sup> Grew führte, über die bereits bekannten Argumente des State Department hinausweisend, eine Reihe prinzipieller und pragmatischer Begründungen an. Die Aufteilung Deutschlands könne nicht als Sicherheitsmaßnahme betrachtet werden, da die Entmilitarisierung des Landes ohnehin jahrelang überwacht werden müsse. Eine erfolgversprechende Aufteilung führe ferner zu einer wirtschaftlichen Teilung Deutschlands, mit schädlichen Folgen für die Wirtschaft in Europa. Denn "Wirtschaftsgrenzen innerhalb Deutschlands würden die Deutschen daran hindern, einen möglichst wirkungsvollen Beitrag zu sofortigen Reparationen, zum sofortigen Wiederaufbau und letztlich auch zur Hebung des Lebensstandards in Europa zu leisten".<sup>395</sup>

Überdies sei das deutsche Nationalgefühl seit 1871 so stark, daß eine staatliche Zersplitterung nur mit Gewalt aufrechtzuerhalten wäre. Die Deutschen würden die Besatzungsmächte gegeneinander ausspielen. Als Beweis für die Homogenität Deutschlands wies Grews Vorlage auf die in allen Teilen Deutschland anzutreffende Entwicklung des Nationalsozialismus hin und sprach die von Roosevelt so hervorgehobene besondere Rolle Preußens nicht mehr eigens an. Weiterhin warnte Grew eindringlich vor der Gefahr, durch eine Politik der Aufteilung und deren Aufrechterhaltung die Einigkeit der Sieger zu gefährden.

Besonders aufschlußreich war Grews Hinweis auf die Behandlung Deutschlands nach dem Ersten Weltkrieg: Die Erfahrung des Versailler Vertrages habe gezeigt, "wie gefährlich es ist, wenn zwischen den Vereinten Nationen Meinungsverschiedenheiten darüber auftreten, ob die .. Vertragsbestimmungen mit den friedensmäßigen Vorstellungen

<sup>390</sup>Memorandum Bohlens über eine Unterredung Hopkins-Stalin, 28. 5. 1945, FRUS PD I, S. 41-42, besonders 50-51.

<sup>391</sup>Hopkins an Truman, 30. 5. 1945, FRUS, 1945, III, S. 317-318; dt. in Sherwood, S. 745.

<sup>392</sup>Hopkins an Truman, 30. 5. 1945, Sherwood, S. 746.

<sup>393</sup>Murphy, *Diplomat among Warriors*, S. 269-270.

<sup>394</sup>Gesprächsunterlage für die US-Delegation, 30. 6. 1945, DDP II/1, S. 329 (Orig.: FRUS, PD I, S. 456 ff.).

<sup>395</sup>Ebda., S. 331.

von Gerechtigkeit oder mit den wirtschaftlichen Erfordernissen des Lebens in Friedenszeiten vereinbar sind". In diesen Sätzen wurde erstmals seit langer Zeit wieder der Begriff der Gerechtigkeit gebraucht und für Mäßigung plädiert. Aber auch der Ausblick auf eine Normalisierung des Lebens in Friedenszeiten fehlte nicht. Mit der Lehre, die aus Versailles zu ziehen sei, waren die zahllosen Differenzen der Sieger gemeint. Grew empfahl in seiner Denkschrift grundsätzlich "eine Politik der Zurückhaltung".<sup>396</sup> In einem wenige Tage später verfaßten Kommentar des State Department zu der britischen Gesprächsunterlage "Deutschland - Politische Fragen" hieß es nur noch lapidar: "Die Vereinigten Staaten waren bis heute gegen die Teilung Deutschlands."<sup>397</sup> Was das State Department anbelangte, traf diese Behauptung sogar zu.

Im Zusammenhang mit der Teilung Deutschland gab es noch ein weiteres Thema, das die amerikanischen Planungsstäbe vor dem Potsdamer Gipfeltreffen beschäftigte: die Frage einer Abtrennung und eventuellen Internationalisierung der Industriegebiete an Rhein und Ruhr. Dies war eine Idee, die bekanntlich im Jahre 1944 bei Präsident Roosevelt und Finanzminister Morgenthau einen großen Anklang gefunden hatte. Hierbei galt es nicht nur, die britischen und sowjetischen Vorstellungen zu berücksichtigen, sondern vor allem auch die der Franzosen. Frankreich war zwar kein Teilnehmer der Potsdamer Konferenz, hatte aber als Besatzungsmacht ein Mitspracherecht an den Deutschland als Ganzes betreffenden Fragen. Wie eine Gesprächsunterlage für die US-Delegation in Potsdam zusammenfaßte, leugne Frankreich ein Interesse an der Annexion deutschen Gebietes, wolle aber das Rheinland und Westfalen vom Reich abtrennen. Dabei solle das Ruhrgebiet mit Westfalen "einem internationalen Regime unterstellt werden", während das Rheinland einschließlich des Saargebietes samt Brückenköpfen am rechten Rheinufer "der ständigen militärischen und wirtschaftlichen Kontrolle Frankreichs unterstellt werden [solle], möglicherweise unter Beteiligung Luxemburgs, Belgiens und der Niederlande".<sup>398</sup>

General de Gaulle, der Chef der Provisorischen Regierung Frankreichs, habe in einer Pressekonferenz im Januar 1945 und in einer Rundfunkansprache im Februar die Anwesenheit französischer Streitkräfte am Rhein und die Abtrennung der beiden Gebiete gefordert. So habe de Gaulle auch im April im Gespräch mit dem stellvertretenden Kriegsminister McCloy erklärt, "daß das Rheinland aus kleinen, nur zum Teil selbständigen Staaten zusammengesetzt werden solle, nicht als Rheinbund, sondern unter ständigem französischem Einfluß stehend". Zuletzt habe der französische Außenminister Bidault in einer Unterredung mit dem amtierenden Außenminister Grew am 19. Mai eine Internationalisierung des Ruhrgebietes mit Westfalen gefordert, der "Quelle von Deutschlands Macht und Reichtum", und ferner "die wirtschaftliche Kontrolle über das Saargebiet und die Sicherheitskontrolle über das ganze Rheinland". Diese beiden Gebiete sollten nicht internationalisiert werden.

Das Memorandum folgerte, Frankreich sei "von der Idee vollständiger und endgültiger Sicherheit vor Deutschland besessen und werde seine Vorstellungen "mit äußerster

---

<sup>396</sup>Ebda., S. 332.

<sup>397</sup>Stellungnahme des State Department zur britischen Gesprächsunterlage über deutsche politische Fragen, 9. 7. 1945, DDP II/1, S. 375. Vgl. Teil 3, Kap. 3. 4.

<sup>398</sup>"Frankreich", Gesprächsunterlage für die US-Delegation, 23. 6. 1945, DDP II/1, S. 845; Orig.: FRUS, PD I, S. 592-595.

Hartnäckigkeit verfolgen". "Die deutsche Regelung ist der Kernpunkt der französischen Außenpolitik". Der Autor empfahl, die französischen Wünsche sorgfältig abzuwägen und Frankreich nicht ungünstiger zu behandeln als die anderen Hauptalliierten.<sup>399</sup> Einmal mehr sah sich Amerika einer französischen Deutschlandpolitik gegenüber, die große Ähnlichkeiten aufwies mit derjenigen auf der Pariser Friedenskonferenz 1919 (vgl. Teil 2, Kap. 7.).

Während die genannte Denkschrift in ihren Empfehlungen noch offen blieb, kamen weitere Gesprächsunterlagen zu dem Schluß, die US-Regierung solle sich der Abtrennung des Ruhrgebietes, des linken Rheinufer und des Saargebietes von Deutschland widersetzen.<sup>400</sup> Wichtig war an diesen Überlegungen, daß man es nicht für schwierig hielt, wirksame Sicherungsmaßnahmen gegen Deutschland zu finden. "Ein Deutschland, dem seine ausgebildeten Soldaten und seine Waffenlager genommen sind, könnte keinen neuen Krieg entfesseln, und dies ist mit wenigen und verhältnismäßig einfachen Beschränkungen zu erreichen."<sup>401</sup> Man hielt also eine gründliche Entmilitarisierung für ausreichend, um das deutsche Angriffspotential zu brechen. Bemerkenswert war die Einschätzung, je komplizierter ein Kontrollsystem über Deutschland ausfalle, desto geringer sei die Bereitschaft der Siegermächte, diese aufrechtzuerhalten. Ausdrücklich verwies das Papier auf die Erfahrungen mit der Kontrolle Deutschlands nach 1918. Der Autor rückte auch das Ziel einer politischen Kontrolle Deutschlands in den Vordergrund: "Auf die Dauer wäre die wirksamste Form der Kontrolle über Deutschland die Selbstkontrolle einer Nation, die bereit ist, eine konstruktive Rolle in den friedlichen Geschäften der Welt zu spielen." Dies war eine integrative Konzeption, die den Willen der Deutschen zur Selbsteinbindung in ein internationales System voraussetzte, ohne zu verschweigen, daß dieses Ziel nur schwierig zu erreichen sein werde.<sup>402</sup>

Doch war es der Vorzug dieser und anderer Denkschriften zum Thema, lediglich ein Minimum an Kontrollmaßnahmen - zu denen die Aufteilung des Landes und die Internationalisierung der Industriegebiete ja gehörten - zu befürworten. Aus diesem Grund sah man in der französischen Sicherheitskonzeption den falschen Weg. Man befürchtete, de Gaulle, der bereits 1944 erklärt habe, die französische Flagge müsse über dem Rhein wehen, entwickle sich zu einem Annexionisten.<sup>403</sup> Die amerikanischen Planer brachten wiederholt zum Ausdruck, daß der Kern der Sicherungspolitik gegenüber Deutschland nicht in territorialen Lösungen liegen könne. Langfristige internationale Stabilität und die Einbindung Deutschlands in die Völkergemeinschaft sei auf diese Weise nicht zu erreichen. Auch sei die Abtrennung des Saargebietes "aus ethnischen

---

<sup>399</sup>"Frankreich", Gesprächsunterlage für die US-Delegation, 23. 6. 1945, DDP II/1, S. 846-847.

<sup>400</sup>Gesprächsunterlage, 29. 6. 1945, FRUS, PD I, S. 585.

<sup>401</sup>"Deutschland. Verfügung über das Ruhrgebiet." Gesprächsunterlage für die US-Delegation, 27. 6. 1945, DDP II/1, S. 849-852, Zit. S. 849. Ebenso die Gesprächsunterlage "Das linke Rheinufer", 30. 6. 1945, ebda., S. 853. Auch der Beratungsausschuß der US-Stabschefs kam zu dem Schluß, ein um die Industriegebiete in Schlesien und an der Saar verkleinertes Deutschland scheide, "solange es allein steht, praktisch als Bedrohung für den.. Frieden Europas" aus. Memorandum des Joint Strategic Survey Committee (Auszug), undat., DDP II/1, S. 848.

<sup>402</sup>"Deutschland. Verfügung über das Ruhrgebiet." Gesprächsunterlage für die US-Delegation, 27. 6. 1945, DDP II/1, S. 849-852, Zit. S. 850. Siehe ferner die Gesprächsunterlage "Das Ruhrgebiet", 30. 6. 1945, ebda., S. 852-853. Orig.: FRUS, PD I, S. 586-589, und 590-591.

<sup>403</sup>"Das linke Rheinufer." Gesprächsunterlage für die US-Delegation, 30. 6. 1945, DDP II/1, S. 853-855; FRUS, PD I, S. 591-592.

Gründen nicht zu rechtfertigen"; ein Hinweis darauf, daß man im State Department das Nationalitätenprinzip nicht aus den Augen verloren hatte. Wiederholt verwies man auf die Geschichte der französischen Abtrennungspläne in Versailles. 1935 habe die Saarbevölkerung sich in der Volksabstimmung mit über 90% für den Verbleib bei Deutschland ausgesprochen, und es gebe gegenwärtig trotz französischer Bemühungen wenig Hinweise auf eine "annexionsfreudige Haltung" vor Ort.<sup>404</sup>

Gegen diese gemäßigten Empfehlungen, die sich nahtlos einfügten in die liberale Konzeption des State Department auf allen Feldern der Deutschlandpolitik, stand ein Arbeitspapier der US-Delegation in Potsdam, das einen deutlich schärferen Ton anschlug und eher an Vorstellungen Morgenthau erinnerte. Der nicht genannte Autor hielt die laufenden und geplanten Maßnahmen zur militärischen und industriellen Abrüstung nicht für ausreichend, um Deutschlands Fähigkeit zum Angriffskrieg zu beschneiden. Verblieben die Gebiete an Rhein und Ruhr im deutschen Staatsverband, behalte auch "ein verstümmeltes Deutschland" sein Kriegspotential.<sup>405</sup> Deshalb müßten die strittigen Gebiete abgetrennt werden. Diese knappe Vorlage führte offenkundig zu einer erheblichen Kontroverse innerhalb der US-Delegation.

Der politische Berater des US-Vertreters in der EAC, Mosely, wies in einer Vorlage für Außenminister Byrnes auf die mannigfachen Schwierigkeiten einer solchen Politik hin: zu erwartende Vereinigungsbestrebungen zwischen einem Weststaat von 16 Millionen Menschen und einem weiteren Staat von 50 Millionen, ferner Probleme bei der Kontrolle des Ruhrgebietes. Mosely stellte die interessante, gleichgewichtspolitisch geprägte Überlegung an, daß Frankreich, Belgien und die Niederlande einen westeuropäischen Block bilden müßten, um einen Rhein-Ruhr-Staat überhaupt zu beherrschen.<sup>406</sup> Diese Entwicklung würde den Argwohn der Sowjetunion erregen, und für Großbritannien und die USA stelle sich die Frage, ob man einen solchen Block unterstützen wolle. Bisher habe sich die amerikanische Politik der Schaffung eigenständiger regionaler Machtblöcke in Europa widersetzt. Das Interesse an einer Einigkeit und Zusammenarbeit der Sieger war demnach ein wichtiges Motiv für Mosely, die Aufteilungspläne im Westen abzulehnen.<sup>407</sup> Aus einer eher gegensätzlichen Interessenlage heraus empfahl ein Beratungsstab der US-Stabschefs, die Internationalisierung der westdeutschen Industriegebiete abzulehnen: es ließe sich in diesem Fall "nicht vermeiden, daß Rußland in unerwünschtem Maße in die Angelegenheiten Westeuropas hineingezogen würde", was wiederum Verpflichtungen der USA mit sich bringen könnte.<sup>408</sup> Das Gremium hielt demnach einen zukünftigen Gegensatz zwischen den beiden Großmächten nicht für ausgeschlossen.

Es gelang dem Leiter des Referats für mitteleuropäische Angelegenheiten im State Department, Riddleberger, mit Unterstützung des Chefs der Abteilung für Wirtschaftsfr-

---

<sup>404</sup>"Das Saargebiet". Gesprächsunterlage für die US-Delegation, 30. 6. 1945, DDP II/1, S. 855-857.

<sup>405</sup>"Abtrennung des Ruhrgebiets und des Rheinlands von Deutschland." Arbeitspapier der US-Delegation, undat., ohne Verf., DDP II/1, S. 857-858; FRUS, PD II, S. 989.

<sup>406</sup>Pläne für einen westeuropäischen Block - unter Einbeziehung aller Westzonen Deutschlands - waren wiederholt in London erörtert worden (vgl. Teil 3, Kap. 2. 2., 3. 2.).

<sup>407</sup>Vorlage Moselys für Byrnes, 17. 7. 1945, DDP II/1, S. 858-860; Vorlage Moselys für Dunn und Clayton, ebda., S. 860-863.

<sup>408</sup>Memorandum des Joint Strategic Survey Committee (Auszug), undat., Trumans Stabschef Leahy am 26. 6. 1945 übergeben, DDP II/1, S. 848; FRUS, PD I, S. 595-596.

gen, Clayton, das Papier zurückzuhalten, das sich für eine Abtrennung von Ruhrgebiet und Rheinland aussprach. Auch Kriegsminister Stimson sprach sich kurz vor Konferenzbeginn einmal mehr gegen eine Aufteilung Deutschlands aus. Er verwies nicht nur auf den wirtschaftlichen Widersinn einer solchen Politik, sondern orientierte sich so ausdrücklich wie kaum ein anderer amerikanischer Politiker am Grundsatz der nationalen Selbstbestimmung. In wilsonianischer Tradition behauptete der Kriegsminister, die europäische Geschichte während der letzten 150 Jahre habe "die Richtigkeit der Theorie von der Selbstbestimmung der Völker bewiesen, die die alliierten Mächte zu Ende des letzten Weltkriegs aufgestellt" hätten. Stimson fällt das bemerkenswerte Urteil, der Fehler nach dem Ersten Weltkrieg habe nicht in der "Hervorhebung der Selbstbestimmung" gelegen, "sondern darin, daß es nicht gelang, mit den wirtschaftlichen Realitäten fertigzuwerden". Bei einer Abtrennung von Rheinland und Ruhrgebiet würden "auf einen Schlag viele Millionen Menschen rein deutscher Abstammung aus dem Herzen Deutschlands herausgenommen und von allen politischen Bindungen mit Deutschland abgeschnitten". Stimson hatte gegen militärische Befestigungen zugunsten Frankreichs am Rhein nichts einzuwenden, doch warnte er vor einer Aufteilungspolitik im Westen auch aus politischen und wirtschaftlichen Gründen, in der Sorge vor einem "schweren Schlag für jeglichen schnellen Wiederaufbau Europas".<sup>409</sup> Stimson, während der Potsdamer Konferenz kurzzeitig zugegen, bekräftigte seine Argumente in einem Gespräch mit Außenminister Byrnes und einer weiteren Vorlage für Präsident Truman vom 22. Juli 1945, unter dem bezeichnenden Titel "Der Wiederaufbau Europas als Ganzes".<sup>410</sup>

Über Präsident Trumans Haltung zur Aufteilungsfrage in Potsdam gibt es unterschiedliche Quellen. Wie sein Stabschef Leahy berichtet, sollten die Gebiete an Rhein, Ruhr und Saar nach der Vorstellung Trumans internationalisiert werden, aber nicht an Frankreich fallen. Auch habe der Präsident einen Zusammenschluß Süddeutschlands, Österreichs und Ungarns zu einem Donaubund erwogen.<sup>411</sup> Dies war ein Plan, den auch Churchill lange Zeit verfolgt hatte, während Trumans Vorgänger Roosevelts sich wenig begeistert gezeigt hatte.

Robert Murphy, der politische Berater der amerikanischen Militärregierung, bestätigt den Bericht des Admirals. Er erinnert sich an eine Darlegung Leahys kurz vor Konferenzbeginn, Truman wünsche die Politik Roosevelts fortzusetzen und sei "favorably disposed, on the basis of Roosevelt's ideas, toward any proposals which might be made at Potsdam for partitioning Germany". Murphy, der den Sinn und die Durchführbarkeit einer Aufteilung kritisch und besorgt beurteilte, kommentierte später trocken: "Apparently the idealistic pronouncements of the Atlantic Charter had not bothered either President."<sup>412</sup>

Truman selbst schreibt hingegen in seinen Erinnerungen, ihm habe bereits im Mai 1945, als er die Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands gebilligt habe, die Behandlung des Landes als Einheit und die schließliche Einsetzung einer gesamtdeutschen Regierung in Berlin vorgeschwebt. Der Alliierte Kontrollrat habe vor allem dazu dienen

<sup>409</sup>Vorlage Stimmons für Truman, 16. 7. 1945, in Stimson an Byrnes, 17. 7., DDP II/1, S. 408.

<sup>410</sup>Tagebuch Stimson, 16. 7. und 17. 7. 1945, DDP II/1, S. 404-405, Anm. 3. "Der Wiederaufbau Europas als Ganzes". Vorlage Stimmons für Truman, 22. 7. 1945, DDP II/1, S. 455-457. Vgl. dazu Kap. 1. 5..

<sup>411</sup>Leahy, S. 390.

<sup>412</sup>Murphy, *Diplomat among Warriors*, S. 269-270.

sollen, "ein Wiederaufleben des preußischen Militarismus und des Nazismus zu verhüten". "Keinesfalls", so Truman weiter, wollte er "Deutschland in mehrere alliierte Teilgebiete zerrissen wissen".<sup>413</sup> Letztlich entschied man sich in der US-Delegation gegen eine Aufteilung Deutschlands im Westen, für die vorherrschende Linie im State Department und die Pläne Stimsons. Wie Truman auf einer Kopie des umstrittenen Arbeitspapiers der US-Delegation notierte, das sich für eine Abtrennung der Gebiete an Rhein und Ruhr ausgesprochen hatte, sei es nicht vorgelegt, aber erörtert worden. Man habe beschlossen, "sie" - d. h. die Gebiete an Rhein und Ruhr, bei Deutschland zu belassen.

Während der zweiten Plenarsitzung der Konferenz entspann sich eine bemerkenswerte Debatte zwischen Stalin und Truman über die Frage, was eigentlich nach dem Krieg unter "Deutschland" zu verstehen sei. Stalin hatte auf eine dementsprechende Bemerkung Churchills erwidert: "Deutschland ist das, was es nach dem Krieg wurde. Ein anderes Deutschland gibt es jetzt nicht. So verstehe ich diese Frage."<sup>414</sup> In der Diskussion mit Truman vertrat der Diktator kaltschnäuzig die normative Kraft des Faktischen. Er ging von dem Deutschland von 1945 aus, und erklärte: "Deutschland ist, wie man bei uns sagt, ein geographischer Begriff. Wollen wir es vorläufig so auffassen! Man darf nicht von den Ergebnissen des Krieges abstrahieren."<sup>415</sup>

Ähnlich wie in der Frage der Besatzungszonen argumentierte Truman betont formal. Der Präsident akzeptierte Stalins Behauptung, Deutschland habe sich durch den Krieg verändert, drängte aber auf eine Definition des Begriffes "Deutschland" und schlug vor, von Deutschland in den Grenzen des Jahres 1937 auszugehen. Er verwahrte sich gegen eine voreilige Festlegung der Grenzen; diese müsse auf der Friedenskonferenz vorgenommen werden. Gegen Trumans Einwände beharrte Stalin darauf, Deutschland habe sich nach dem Kriege verändert. Wollte man im Sudetenland eine deutsche Verwaltung wiedereinsetzen? Formal könne man, gestand der Kremlherrscher zu, von Deutschland in den Grenzen von 1937 sprechen, doch die Wirklichkeit sei eine andere. Wenn in Königsberg eine deutsche Verwaltung auftauche, drohte der Diktator, werde er sie "fortjagen, gewiß fortjagen". Über Schlesien und Pommern, die er eigenmächtig den Polen übergeben hatte, schwieg Stalin zunächst, doch als Truman insistierte, entgegnete er hart: "Lassen Sie uns die Westgrenzen Polens festlegen, und dann wird die deutsche Frage klarer werden." Deutschland habe keine Regierung, keine "fixierten Grenzen", sei in Besatzungszonen aufgeteilt. Deutschland sei "ein zerschlagenes Land". Unwillig gestand er zu, daß man, weil man nun von "irgend etwas" ausgehen müsse, "als Ausgangspunkt" auch das Jahr 1937 nehmen könne. Aber er ließ klar durchblicken, daß dies für ihn "einfach eine Arbeitshypothese", eine reine Formalie war.<sup>416</sup> Der sowjetische Herrscher ging tatsächlich von einer Teilung Deutschlands aus, nur sollte diese gleichsam unsichtbar werden.<sup>417</sup>

<sup>413</sup>Truman, Memoiren, I, Zit. S. 283, 290.

<sup>414</sup>2. Plenarsitzung, 18. 7. 1945, sowjetische Notizen, Fischer, PP, S. 214; KSU, PD, S. 53.

<sup>415</sup>2. Plenarsitzung, 18. 7. 1945, sowjetische Notizen, Fischer, PP, S. 214-215; KSU, PD, S. 53.

<sup>416</sup>2. Plenarsitzung, 18. 7. 1945, sowjetische Notizen, Fischer, PP, S. 214-215; KSU, PD, S. 53-54. Vgl. die US-Notizen, DDP II/I, S. 1233, und die britischen Notizen, ebda., S. 1238.

<sup>417</sup>Somit muß die These von einer sowjetischen "Einheitskonzeption" bezüglich Deutschlands entsprechend modifiziert werden (Marienfeld, Deutschlandproblem, S. 13).

Trotz Trumans Erfolg auf dem Papier, das Deutschland nach dem Versailler Vertrag als "Ausgangspunkt" zu nehmen, war es deutlich geworden, daß sein formalrechtliches Vorgehen angesichts der Skrupellosigkeit des Kremlherrschers bereits im Ansatz zum Scheitern verurteilt war. Trumans Vorstoß war immerhin insoweit hilfreich, als er die Unvereinbarkeit der Positionen verdeutlicht hatte. Stalins einseitiger Definitionsanspruch erregte den Unwillen des neuen US-Präsidenten, der sich in die Deutschlandpolitik noch einarbeiten mußte und irgendeinen Ausgangspunkt für seine Entscheidungen benötigte. Truman machte mit seiner Initiative deutlich, daß er ein unilaterales Vorgehen grundsätzlich ablehnte. Das besiegte Deutschland, das Objekt der Debatte, sollte nach Trumans Vorstellung nicht von Osten her Scheibe für Scheibe amputiert, sondern zumindest für die Besatzungszeit als eine Einheit angesehen werden. Doch mußte der Präsident erkennen, daß die sowjetische Führung sich nur höchst widerwillig darauf einließ, überhaupt eine Grundlage für die Beratungen zu akzeptieren.

Die Unvereinbarkeit der politischen Positionen der Siegermächte wurde bereits in diesem frühen Stadium der Konferenz offenkundig. Wenn es schon kaum möglich war, sich über Grundvoraussetzungen zu einigen, nämlich mit welchem politischen und territorialen Gegenstand man es eigentlich zu tun hatte, dann mußte eine Vereinbarung über eine gemeinsame Besatzungspolitik noch schwieriger werden. Die Debatte warf den Schatten der späteren, der realen Teilung Deutschlands voraus.

Es war folgerichtig, daß die sowjetische Führung in Potsdam im Ringen mit den Amerikanern versuchte, nach dem Untergang des Deutschen Reiches ihren Einfluß auf die übrigen drei Viertel des deutschen Territoriums auszudehnen. Stalin und Molotow kämpften hart um die Verfügung über die wichtigsten Ressourcen aus den westlichen Zonen (vgl. Kap. 4. 5.-4. 7.). In einer Unterredung mit Außenminister Byrnes am 30. Juli sprach Molotow noch einmal die früheren Pläne einer Internationalisierung des Ruhrgebietes an. Byrnes erklärte, Präsident Roosevelt sei früher für die Aufteilung Deutschlands gewesen, habe später aber seine Ansicht geändert. Byrnes erinnerte daran, daß auch Stalin, "wie aus seinem Gespräch mit Hopkins ersichtlich sei, seine Ansicht über die Notwendigkeit einer Aufteilung Deutschlands geändert" habe, was Molotow knapp bejahte.<sup>418</sup> Der Volkskommissar übergab Byrnes dann ein Papier mit dem Vorschlag einer alliierten Sonderverwaltung des Ruhrgebietes, worauf Byrnes sehr zurückhaltend reagierte.<sup>419</sup>

In der elften Plenarsitzung am 31. Juli erinnerte Stalin an die Teheraner Pläne einer Abtrennung des Ruhrgebiets von Deutschland und dessen internationale Kontrolle, ferner an seine Moskauer Besprechungen mit Churchill im Herbst 1944, die eine ähnliche Regelung vorgesehen hatten. "In jüngerer Zeit hätten die drei Regierungen jedoch ihre Ansichten über die Zerstückelung Deutschlands geändert, und im Augenblick schein die allgemeine Tendenz dahin zu gehen, Deutschland für wirtschaftliche Zwecke als eine Einheit zu betrachten."<sup>420</sup> Stalin drängte nun darauf, das Ruhrgebiet in einer Erklä-

---

<sup>418</sup>Unterredung Byrnes-Molotow, 30. 7. 1945, sowjetische Notizen, DDP II/I, S. 1876-1877; US-Notizen, ebda., S. 1874.

<sup>419</sup>Vorschlag der sowjetischen Delegation über das Industriegebiet an der Ruhr, 30. 7. 1945, DDP II/1, S. 869-870.

<sup>420</sup>11. Plenarsitzung, 31. 7. 1945, britische Notizen, DDP II/1, S. 1974. In den sowjetischen Notizen, Fischer, PP, S. 353, heißt es: "Der Gedanke, das Ruhrgebiet von Deutschland abzutrennen, entsprang der

nung als einen Teil Deutschlands zu betrachten. Hier wird sehr deutlich, daß von Teheran über Jalta bis Potsdam der Zugriff auf die wirtschaftlichen Ressourcen Westdeutschlands ein Kontinuum sowjetischer Politik bildeten. Hintergründig wollte auch Molotow wissen, ob man sich einig sei, das Ruhrgebiet als einen Teil Deutschlands zu betrachten, und Stalin bestand darauf, dies auch im Abschlußdokument festzuhalten.<sup>421</sup> Angesichts der massiven Differenzen in der Reparationsfrage versprach nicht mehr eine Abtrennung des Ruhrgebietes den sowjetischen Interessen am besten zu dienen, sondern sein Verbleib bei Deutschland und eine gemeinsame Verwaltung außerhalb der Zuständigkeit des Alliierten Kontrollrates. Präsident Truman erklärte jedoch, das Ruhrgebiet sei ebenso ein Teil Deutschlands, wie es in die Zuständigkeit des Kontrollrates falle.<sup>422</sup> Während die britische Delegation die Frage noch genauer prüfen wollte, beschränkte sich Stalin auf den Wunsch, das Ruhrgebiet als einen Teil Deutschlands zu betrachten.

Wohl um das Erreichte sicherzustellen, brachte die sowjetische Delegation am 30. Juli auch einen Vorschlag ein, der die Errichtung einer deutschen Zentralverwaltung für die Bereiche Außenhandel, Industrie, Finanzen, Transport und Verkehr vorsah. Diese Verwaltung sollte unter Leitung des Alliierten Kontrollrates arbeiten.<sup>423</sup> Stalin griff den Gedanken im Plenum auf: Es sei "irgendein zentraler deutscher Verwaltungsapparat erforderlich". Andernfalls sei es "schwer, eine gemeinsame Deutschlandpolitik durchzuführen".<sup>424</sup> Auch diese Einlassung spricht dafür, daß die Sowjetunion - in erster Linie wohl unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten - Restdeutschland als eine Einheit behandeln wollte.<sup>425</sup> Bereits in Jalta hatte Stalin in Zusammenhang mit der Aufteilung das Thema einer deutschen Zentralregierung angesprochen, ohne es jedoch zu vertiefen.<sup>426</sup> Der sowjetische Vorschlag in Potsdam wurde von den Amerikanern - und Briten - auch akzeptiert: die Siegermächte beschlossen die Errichtung einiger zentraler deutscher Verwaltungsabteilungen in den genannten Bereichen unter der Leitung von Staatssekretären.<sup>427</sup>

---

These von der Aufgliederung Deutschlands. Danach kam es in dieser Frage zu einer Änderung der Ansichten. Deutschland bleibt ein einheitlicher Staat."

<sup>421</sup>11. Plenarsitzung, 31. 7. 1945, sowjetisches Protokoll, KSU, PD, S. 215-216; DDP II/1, S. 1990.

<sup>422</sup>11. Plenarsitzung, 31. 7. 1945, US-Notizen, DDP II/1, S. 1959-1960; britische Notizen, ebda., S. 1974; sowjetisches Protokoll, ebda., S. 1991.

<sup>423</sup>Zusatz der Delegation der UdSSR zum Entwurf über die politischen Grundsätze für Deutschland, 30. 7. 1945, KSU, PD, S. 354; auch in FRUS, PD II, S. 824.

<sup>424</sup>11. Plenarsitzung, 31. 7. 1945, sowjetische Notizen, Fischer, PP, S. 351; KSU, PD, S. 214.

<sup>425</sup>Auch Meissner, Rußland, S. 89, sieht die Zentralverwaltungen als ein Hindernis für Teilungsbestrebungen.

<sup>426</sup>Zweite Plenarsitzung, 5. 2. 1945, FRUS, JD, S. 573.

<sup>427</sup>Kommuniqué, Punkt 9 der politischen Grundsätze, 2. 8. 1945, FRUS, PD II, S. 1451.



## 27. Amerikanische Pläne für die wirtschaftliche und finanzielle Behandlung Deutschlands

### 27. 1. Die gemäßigte Reparationspolitik des State Department

Bis zum Sommer 1944 gingen die amerikanischen Planungen davon aus, das besiegte Deutschland würde nach einer Übergangszeit ein gleichberechtigter Teilnehmer an einer liberalen Wirtschaftsordnung werden.<sup>428</sup> Auch Präsident Roosevelt teilte zunächst diese Überzeugung. Während der Beratungen mit Churchill über die Atlantik-Charta meinte er, Deutschland dürfe nach dem Krieg wirtschaftlich nicht diskriminiert werden.<sup>429</sup> Im State Department beschäftigte sich in den folgenden Monaten eine Reihe von Experten mit den Fragen der Wirtschaftspolitik gegenüber Deutschland auf der Grundlage der Atlantik-Charta. Im Interesse der Sicherheit wünschte man die enge Verflechtung der deutschen Wirtschaft mit den globalen Märkten: "Prosperität, Welthandel und Weltfrieden bedingten sich aus amerikanischer Sicht gegenseitig."<sup>430</sup>

Aus diesen Gründen spielten Reparationen in den Planungen der amerikanischen Expertenkreise zunächst kaum eine Rolle. Die harschen Reparationsbestimmungen des Versailler Vertrages wurden als ein Hauptübel der politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Krise in Europa und auf der Welt dingfest gemacht, zumal die Amerikaner als der Welt größter Gläubiger seit dem Dawes-Plan tief in die europäische Finanz- und Schuldenkrise hineingezogen worden waren.<sup>431</sup> Sollte nun eine tragfähige Friedensordnung unter amerikanischer Beteiligung, wenn nicht Führung im Geist der Atlantik-Charta errichtet werden, durfte der Umgang mit der besiegten Macht nicht von erdrückenden Reparationsforderungen geprägt sein.

Diese Position, die in erster Linie das State Department vertrat, ließ sich allerdings so nicht durchhalten. Zu gewaltige Ausmaße nahmen die Zerstörungen durch Hitlers Krieg an, zu laut erhoben die amerikanischen Verbündeten, vor allem die Sowjetunion, ihre Forderungen nach Wiedergutmachung. So mehrten sich seit dem Jahre 1943 auch in den USA Stimmen, die mäßige Reparationsleistungen forderten. Der erste Reparationsplan entstand nicht im Außenministerium, sondern in Beratungen des renommierten Council on Foreign Relations.<sup>432</sup> Als eine Lehre aus dem Versailler Vertrag wurde, aufbauend auf der erwähnten integrativen Deutschlandkonzeption, allenfalls eine Wiedergutmachung in Form von Sachleistungen empfohlen. Dieser gemäßigte Plan vom 18. März 1943 kam zu ganz ähnlichen Ergebnissen wie der britische Malkin-Report zur

---

<sup>428</sup>Nübel, S. 44.

<sup>429</sup>L. C. Gardner, *Sterling-Dollar Diplomacy in Current Perspective. The Origins and the Perspectives of Our International Order*, 3. Aufl. New York 1980, S. 44.

<sup>430</sup>So treffend Kettenacker, *Krieg*, S. 406.

<sup>431</sup>Nübel, S. 46 f. Zum Dawes-Plan von 1924 und dem Young-Plan von 1929 vgl. u. a. W. Link, *Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland, 1921-1932*; Düsseldorf 1970; Graml, *Europa zwischen den Kriegen*, S. 187 ff., 211 ff.; Krüger, *Die Außenpolitik der Republik von Weimar*; Darmstadt 1993, S. 218 ff., 483 ff.; H. Möller, *Europa zwischen den Weltkriegen*; München 1998, S. 46 ff.

<sup>432</sup>Studie des Council on Foreign Relations: "Reparations Policy toward Germany", 18. 3. 1943, DDP, I/4, S. 233-259. Dazu auch Nübel, *Reparationspolitik*, S. 52-58. Der Präsident des Council on Foreign Relations war von 1936-1944 Norman Davis, US-Finanzexperte auf der Pariser Friedenskonferenz 1919.

Reparationsfrage vom August 1943, in dem Reparationen in Form von Sachleistungen und Arbeitsdiensten vorgesehen waren.<sup>433</sup>

Während das State Department die Reparationsfrage nach wie vor kritisch betrachtete, teilte Präsident Roosevelt Außenminister Hull Anfang Oktober 1943 mit, es sollten Reparationen "in man power and equipment" von Deutschland verlangt werden.<sup>434</sup> Roosevelt war nicht entgangen, daß sich die Außenminister der kleineren europäischen Länder, die sich im Krieg mit Deutschland befanden, im September 1943 auf Reparationsforderungen verständigt hatten.<sup>435</sup>

Auf der Moskauer Außenministerkonferenz im Oktober 1943 wurde bald deutlich, daß sich die sowjetische Delegation mit dem amerikanischen Reparationsvorschlag nicht zufriedenstellen ließ.<sup>436</sup> Der Kreml lancierte seine eigenen Reparationspläne allerdings nicht in den offiziellen Beratungen der Außenminister, sondern in den sowjetischen Tageszeitungen anlässlich der Eröffnung der Konferenz. So forderte der Ökonom Jewgenij Warga, Mitglied der sowjetischen Akademie der Wissenschaften, eine umfangreiche Wiedergutmachung des durch Deutschland verursachten Sachschadens. Die Verluste wurden bis zu 10.000 Milliarden Goldrubel beziffert. Die Reparationen, deren Großteil die UdSSR beanspruchte, sollten als Demontagen und als Lieferungen aus laufender Produktion erhoben werden. Die Warenlieferungen waren als Hauptanteil vorgesehen; als jährliche Zahlungsrate wurden 15 Millionen Reichsmark oder 7.5 Milliarden Goldrubel genannt. Hinsichtlich der Warenlieferungen und Demontagen zählte Warga konkret auf: Schiffe, Eisenbahnmaterial, Autos, Saatgut und Vieh, Rohstofflieferungen, Kohle, Metalle, Abtretung landwirtschaftlicher Produktionsgüter, die Beschlagnahme persönlichen Vermögens und die Zwangsarbeit von zehn Millionen Deutschen über einen Zeitraum von zehn Jahren.<sup>437</sup>

Völlig unvorbereitet erfuhren die Amerikaner über ihre Botschaft in Moskau von diesem Programm. Außenminister Hull legte der Konferenz die Vorschläge des State Department vor, die grundsätzlich Reparationen in Form einer materiellen Wiedergutmachung vorsahen. Der sowjetische Außenminister Molotow reagierte auf den Vorschlag reserviert und sagte nur sehr allgemein, "the Soviet Government regards his program as minimum and not a maximum one". Es sei ein weiteres Studium der Vorschläge notwendig.<sup>438</sup>

Da Hull sich in der Defensive sah, ließ er den Sowjetexperten Mosely in aller Eile ein neues Dokument verfassen. Dieses stützte sich auf die Ausarbeitungen des Council on Foreign Relations aus dem Frühjahr 1943 und verpflichtete die USA erstmals offiziell auf einen Reparationsplan. Er sah Reparationen in Form von Gütern und Dienstleistun-

---

<sup>433</sup>Vgl. die Zusammenfassung des Malkin Report durch den britischen Wirtschaftswissenschaftler Keynes: "Recommendations of the British Interdepartmental Committee on Reparation and Economic Security", 28. 9. 1943, DDP I/4, S. 567-580 und die Besprechung im State Department mit Prof. Keynes vom 28. 9. 1943, ebda., S. 564-567. Vgl. Teil 3, Kap. 4. 1.

<sup>434</sup>Unterredung Roosevelt-Hull, 5. 10. 1943, Hull, II, S. 1265-1266.

<sup>435</sup>Nübel, S. 63.

<sup>436</sup>11. Plenarsitzung, 29. 10. 1943, FRUS, 1943, I, S. 666.

<sup>437</sup>Eugen Warga, Reparationen für den von Hitler-Deutschland und seinen Komplizen angerichteten Schaden, 15. 10. 1943, nach Nübel, S. 64-65, auch für das Folg.; vgl. Maiski, S. 838 f., ferner Mastny, Moskaus Weg, S. 137 ff..

<sup>438</sup>"US-Proposal with Regard to the Treatment of Germany", 25. 10. 1943, FRUS, 1943, I, S. 720-723; DDP I/4, S. 600-603; 7. Sitzung der Außenminister, 25. 10. 1943, DDP I/4, S. 608.

gen vor, unter dem Gesichtspunkt, auf diese Weise die wirtschaftliche und politische Stabilität in der Nachkriegszeit zu erhöhen. Die Reparationsleistungen sollten zeitlich begrenzt werden und nicht das Hauptinstrument zur Kontrolle der deutschen Militärmacht bilden. Wie im Jahre 1919 sollte eine Reparationskommission eingesetzt werden. Hull selbst fügte hinzu, es könne diejenige Menge an Material und Ausrüstung bestimmt werden, die der Sowjetunion aufgrund der Verwüstungen ersetzt werden müsse.<sup>439</sup>

Vor der Außenministerkonferenz bemühte sich Hull am 29. Oktober, seine gewandelte Position zur Reparationsfrage in den Rahmen eines wirtschaftlichen Wiederaufbaus nach dem Krieg zu stellen. Zu diesem Zweck verwies er auf die "inadequate preparation on economic matters at the time of the Versailles Conference" sowie auf den "incalculable harm which the world suffered as a result of the inadequate treatment of economic problems after the last war".<sup>440</sup>

Molotow begrüßte die gewachsene amerikanische Bereitschaft, der Sowjetunion Reparationen zuzugestehen, ließ jedoch durchblicken, daß er mit den Zielen der amerikanischen Reparationspolitik noch nicht übereinstimmte. Das dürfte sich in erster Linie auf die Passage des amerikanischen Entwurfs bezogen haben, der davon sprach, "Germany's living standards and productive plant" nur soweit herabzusetzen, daß keine ernsthaften wirtschaftlichen und politischen Probleme entstünden.<sup>441</sup> Im Klartext hieß das, daß der Lebensstandard und die industrielle Kapazität in Deutschland nicht wesentlich beeinträchtigt werden sollten.

Im Ergebnis des ersten Außenministertreffens konnte die Sowjetunion einen diplomatischen Erfolg verbuchen. Die amerikanische Delegation war auf dem falschen Fuß erwischt worden, und Washington lief Gefahr, von Moskau als eine Macht hingestellt zu werden, die Deutschland schonen wolle. Vor diesem Hintergrund kann man durchaus von einer "reparationspolitische[n] Niederlage" der Amerikaner sprechen.<sup>442</sup> Überrascht berichtete der neue US-Botschafter in Moskau, Harriman, Präsident Roosevelt über die sowjetische Haltung. Vor allem im Blick auf den Umfang der Reparationen sei diese "tougher than we have in mind. Their measure of Germany's capacity to pay reparations in goods and services appears to be based on the concept that the Germans are not entitled to a postwar standard of living higher than the Russians."<sup>443</sup> Die Frage war, ob und wie diese unterschiedlichen deutschlandpolitischen Konzepte miteinander vereinbar waren. Die späteren Konflikte in Potsdam 1945 zeichneten sich bereits hier ab.

Zunächst zog man im State Department kaum Konsequenzen aus den Erfahrungen in Moskau. Ein neu geschaffener Reparationsausschuß orientierte sich in wilsonianischer Tradition nach wie vor an den Prinzipien der Atlantik-Charta, weswegen so gut wie kein Spielraum gegeben war, um den sowjetischen Forderungen entgegenzukommen. Mangels Alternativen orientierte sich der Ausschuß, als er im April 1944 seine Emp-

<sup>439</sup>US-Vorschlag zur Reparationsfrage, 25. 10. 1943, FRUS, 1943, I, S. 740-741; DDP I/4, S. 609-610. Vgl. Hull, II, S. 1286, 1304.

<sup>440</sup>11. Sitzung der Außenminister, 29. 10. 1943, DDP I/4, S. 611, Orig. FRUS, 1943, I, S. 666.

<sup>441</sup>US-Vorschlag zur Reparationsfrage, 25. 10. 1943, DDP I/4, S. 610.

<sup>442</sup>So Nübel, S. 67, für das Folgende ebda., S. 71-84.

<sup>443</sup>Harriman an Roosevelt, 4. 11. 1943, FRUS, TD, S. 154.

fehlungen vorlegte, schließlich weitgehend an dem britischen Malkin-Report, von dem man im August 1943 Kenntnis erlangt hatte.

Wollte das State Department in seinen Richtlinien zur Deutschlandpolitik das Reich auch in wirtschaftlicher Hinsicht weder dauerhaft schwächen noch verstümmeln, wurden im Laufe des Jahre 1944 kritische Stimmen laut. Sie stellten den Grundgedanken in Frage, daß nicht nur die europäischen Länder, sondern auch Deutschland selbst beim wirtschaftlichen Wiederaufbau unterstützt werden sollte. Zunehmend wurde industriellen Demontagen das Wort geredet.<sup>444</sup> Zunächst konnte das State Department mit seiner liberalen Konzeption im Executive Committee on Foreign Economic Policy - das in seinem interministeriellen Zuschnitt dem britischen APW-Ausschuß ähnlich war - noch die Oberhand behalten. Ein Memorandum dieses Ausschusses zur Außenwirtschaftspolitik befürwortete im August 1944 zwar kurzfristige Kontrollen über die deutsche Wirtschaft. Doch böten wirtschaftliche Maßnahmen gegen Deutschland keinen Ersatz für politische Sicherheitsvorkehrungen im Rahmen einer internationalen Organisation. Es sollten lediglich solche Wirtschaftskontrollen ergriffen werden, die Teil kollektiver Sicherheitsvereinbarungen sein könnten. Hier sieht man, wie die Planer des State Department auf der Grundlage eines wilsonianischen Idealismus weit in die Zukunft dachten, über die unmittelbare Beendigung des Krieges hinaus.

Wie es in dem Entwurf weiter hieß, sollte der Großteil der deutschen Produktionsanlagen erhalten bleiben und friedlichen Zwecken dienen. Reparationen sollten in Form von Güter- und Dienstleistungen und vorwiegend aus der laufenden deutschen Produktion erbracht werden. In dieser Passage fanden sich die Gedanken des Council on Foreign Relations und Moselys wieder; sie sollten eine Grundkonstante amerikanischer Reparationspolitik bis zum Ende des Krieges bilden. Deutschland, so der Bericht des Committee on Foreign Economic Policy gegen Ende, müsse die Möglichkeit gegeben werden, einen dauerhaften Platz in der Weltwirtschaft zu finden, "and of making a peaceful and constructive contribution to the development of the community of free nations envisaged by the Atlantic Charter".<sup>445</sup> Daß dieser Vorschlag nicht nur auf Menschenfreundlichkeit beruhte, sondern von Sicherheitsvorstellungen geleitet war, wurde in der folgenden Passage deutlich: um von Deutschland ausgehende restriktive wirtschaftliche und finanzielle Praktiken zuverlässig zu verhindern, müsse die bisherige, zu Kriegszwecken autarke deutsche Wirtschaft mit der Weltwirtschaft verflochten werden. Diesem Plan entsprechend sollte die Einbindung eines besiegten, reformierten Deutschland in eine multilaterale Weltwirtschaft die deutsche Wirtschaftskraft in sichere Bahnen lenken. Darüberhinaus war es eindeutig, daß das amerikanische Modell als maßgebend für die Weltwirtschaft angesehen wurde.

---

<sup>444</sup>Nübel, S. 78-84.

<sup>445</sup>"Germany: General Objectives of United States Economic Policy with Respect to Germany", 14. 8. 1944, FRUS, 1944, I, 278-287, Zit. S. 285. Blum, der die Morgenthau-Tagebücher in Auszügen veröffentlicht hat, meint dazu: "Die Denkschrift zeigte die politische Richtung des Außenministeriums, die einen 'harten Frieden, aber spätere Aussöhnung' wollte (Deutschland, S. 208).

## 27. 2. Die Ausschaltung Deutschlands als Wirtschaftsmacht. Der Morgenthau-Plan und seine Aufnahme in der US-Regierung

Eine Kehrtwendung in der wirtschaftlichen Deutschlandplanung der USA markierte im Spätsommer 1944 das Eingreifen des Finanzministeriums unter der Leitung Henry Morgenthaus. Während einer Reise in die befreiten Gebiete Frankreichs, die der Klärung finanzieller Probleme dienen sollte, entwickelte Morgenthau ein Interesse an der Behandlung Deutschlands in der Nachkriegszeit, die eigentlich nicht in den Zuständigkeitsbereich der Treasury gehörte. Morgenthau, Sohn eines jüdischen Emigranten aus Deutschland, war empört über die Greuelthaten der Nationalsozialisten und erschüttert über die Verluste alliierter Truppen in der Normandie. Auf seiner Reise erfuhr er von den Planungen der EAC, von dem beim alliierten Hauptquartier SHAEF ausgearbeiteten Handbuch für die alliierte Militärregierung in Deutschland<sup>446</sup>, und auch von den oben dargestellten Empfehlungen des Ausschusses zur Außenwirtschaftspolitik. Insbesondere die liberale Deutschlandkonzeption des letztgenannten Gremiums hielt Morgenthau für völlig unzureichend. Im August 1944 übermittelte er seine Einwände Präsident Roosevelt, der das SHAEF-Handbuch für "pretty bad" hielt und Kriegsminister Stimson anwies, es umgehend zurückzuziehen.<sup>447</sup>

Mit Hilfe seiner Mitarbeiter im Finanzministerium unter der Führung von Harry D. White arbeitete Morgenthau nun selbst einen Plan aus, der Deutschland jeglicher Möglichkeit berauben sollte, einen Krieg zu führen. Dazu reichten in seiner Sicht eine Entmilitarisierung und demokratische Umerziehung nicht aus.<sup>448</sup> Morgenthau wollte den Kern der deutschen Schwerindustrie zerstören: das Ruhrgebiet.<sup>449</sup> Er besprach seinen "Plan, die gesamte deutsche Industrie zu demontieren und aus den Deutschen ein Volk von kleinen Landwirten zu machen", mit Kriegsminister Stimson. Als dieser erwiderte, dies könne die Aussiedlung einer großen Zahl Deutscher nach sich ziehen, entgegnete Morgenthau, dies scheine ihm "lange nicht so schlimm zu sein, wie sie in die Gaskammern zu schicken."<sup>450</sup>

Stimson, der Morgenthaus "bitteres persönliches Ressentiment gegen das ganze deutsche Volk" beklagte, fürchtete, eine "kollektive Rache in Form von unüberlegten ökonomischen Maßregeln" werde die Saat eines neuen Krieges säen.<sup>451</sup> Der Kriegsminister konnte in einem karthagischen Frieden keine sichere Kriegsverhütung sehen; in seinen Augen mußte eine Friedensregelung trotz aller Härten den besiegten Feind letztlich einbeziehen, ihm wirtschaftliche Perspektiven bieten. Stimson wies auf darauf hin, in Deutschland lebten 30 Millionen Menschen mehr, als die Landwirtschaft ernähren kön-

---

<sup>446</sup>Vgl. Kap. 2. 4.

<sup>447</sup>Roosevelt an Stimson, 26. 8. 1944, FRUS, 1944, I, S. 544-546 (hier auch Auszüge aus dem "Handbook of Military Government in Germany"; vgl. FRUS, Quebec, 1944, S. 110, Anm. 6.

<sup>448</sup>Vgl. Kap. 2. 6.

<sup>449</sup>Morgenthaus Planungen und die Auseinandersetzungen mit Kriegsminister Stimson sind in den Auszügen aus seinen Tagebüchern, veröffentlicht von Blum, Deutschland, gut ersichtlich. Zur Reise nach Frankreich siehe ebda., S. 204-216, zur folgenden Entwicklung des Plans S. 216-240. Vgl. Hull, II, S. 1602-1622, und die grundlegende Untersuchung von Kimball, Swords, mit umfangreichem Dokumententeil. Ferner Nübel, S. 85-112; Tyrell, Großbritannien, S. 269-275, 281-285.

<sup>450</sup>Tagebuch Morgenthau über eine Unterredung mit Stimson, 23. 8. 1944, Blum, Deutschland, S. 217.

<sup>451</sup>Tagebuch Stimson, undat., zit. bei Blum, Deutschland, S. 222; nicht in Stimson/Bundy, vgl. Stimson Diary, 4. und 5. 9. 1944, Stimson/Bundy, S. 570-573.

ne, und warnte davor, eine Industrielandschaft zu zerstören, die mit ganz Europa Handelsbeziehungen unterhalte und für die Stabilität des Kontinents unentbehrlich sei. Dabei stand Stimson einer internationalen Kontrolle oder Internationalisierung der Ruhr- und Saarindustrie durchaus offen gegenüber.<sup>452</sup>

Stimson gelang es nicht, Morgenthau umstimmen. Der Finanzminister steigerte sich in seine Pläne weiter hinein: "Das einzige, für das ich meinen Namen hergebe, ist die völlige Stilllegung der Ruhr. Was aus den Deutschen wird, ist mir egal. Ich würde jedes Bergwerk und jede Fabrik zerstören. Ich bin dafür, daß das alles erst einmal vernichtet wird. Dann können wir uns über die Bevölkerung den Kopf zerbrechen."<sup>453</sup> Auf dem Wege einer Flutung der Bergwerke im Ruhrgebiet und eventuell auch im Saarland wollte Morgenthau ein weiteres Problem lösen, das ihm sehr am Herzen lag: die Stärkung der Wirtschaft Großbritanniens, das unter größten Finanzsorgen litt. Wie Morgenthau glaubte, würden die deutschen Märkte nach einer Ausschaltung der deutschen Industrie an Großbritannien fallen und dessen Wirtschaft sanieren können. Auch wenn dies ein konstruktives Element in Morgenthaus Denken gewesen ist; daß in erster Linie die deutsche Schwerindustrie an dem "niedrigen englischen Lebensstandard" schuld sein sollte, war zweifellos eine verkürzte Vorstellung.<sup>454</sup> Kurzum, die Zerstörung der modernen Lebensgrundlagen des besiegten Volkes sollte, wenn es nach Morgenthau ging, den Kern einer neuen Friedensordnung bilden.

Dank seiner Hartnäckigkeit gelang es Morgenthau, auch Präsident Roosevelt von seinen Vorstellungen zu überzeugen. Zur Diskussion im Kabinettsausschuß Deutschland<sup>455</sup> und zur Vorbereitung auf die anglo-amerikanische Konferenz im kanadischen Quebec legte der Finanzminister schriftliche Ausarbeitungen vor. Das erste Memorandum vom 5. September 1944 nannte sich "Suggested Post-Surrender Program for Germany"; es wurde am 9. September um das "Program to Prevent Germany from Starting a World War III" ergänzt.<sup>456</sup> Die wichtigsten Vorschläge dieser Papiere betrafen die Entmilitarisierung Deutschlands, die staatliche Aufteilung verbunden mit einer politischen Dezentralisierung, die Demontage des Ruhrgebietes, die Entwicklung von Erziehungsprogrammen und die Bestrafung der Kriegsverbrecher.

Auch im Hinblick auf die Reparationsfrage verfolgte der Morgenthau-Plan eine völlig andere Politik als das State Department. Es waren keine Reparationen vorgesehen, weil diese die deutsche Produktion ankurbeln und Deutschland wirtschaftlich wieder auf die

---

<sup>452</sup>Stimson an Roosevelt, 5. 9. 1944, FRUS, Quebec, 1944, S. 98-100; Memorandum Stimsons, 9. 9. 1944, ebda., S. 123-126.

<sup>453</sup>Unterredung Morgenthau-White, 4. 9. 1944, Blum, Deutschland, S. 225.

<sup>454</sup>Ebda..

<sup>455</sup>Das Cabinet Committee on Germany wurde am 1. September 1944 eingesetzt. Stimson hatte Roosevelt von der Notwendigkeit einer abgestimmten Deutschlandplanung in der amerikanischen Regierung überzeugt, Tagebuch 25. 8. 1944, Stimson/Bundy, S. 569. Zum Verlauf der Besprechungen im September 1944 Riddleberger an Stettinius, 28. 10. 1944, FRUS, JD, S. 150-152. Zu den im Kabinettsausschuß und bei Roosevelt vorgelegten deutschlandpolitischen Vorschlägen des Außen- und Kriegsministeriums vgl. das Memorandum des State Department, 4. 9., FRUS, Quebec, 1944, S. 95-97; Stimson Diary, 6., 9. und 11. 9. 1944, Stimson/Bundy, S. 573-575 sowie die oben angeführten Memoranden Stimsons vom 5. und 9. 9. 1944.

<sup>456</sup>"Program to Prevent Germany from Starting a World War III", 9. 9. 1944, FRUS, Quebec, 1944, S. 128-143, auch in Kimball, Swords, Doc. 16, S. 106-108, mit dem Vorläufer "Suggested Post-Surrender Program for Germany", 5. 9. 1944, ebda., Doc. 15, S. 101 ff. und Morgenthau an Roosevelt, FRUS, Quebec, 1944, S. 101-108.

Beine stellen würden. Stattdessen sollten Industrieanlagen demontiert werden, um für eine Produktion nicht mehr zur Verfügung zu stehen. Ferner sah Morgenthau als Teil einer Wiedergutmachung den Einsatz von Zwangsarbeit außerhalb Deutschlands vor.<sup>457</sup>

In der Kombination wirtschaftlicher, politischer und moralischer Elemente war Morgenthaus Vorlage das Maximalprogramm eines karthagischen Friedens. Jahrzehnte deutscher Geschichte, die die Industrialisierung und die staatliche Einheit hervorgebracht hatten, sollten rückgängig gemacht werden. Das Programm postulierte eine deutsche Kollektivschuld für die Verbrechen des Nationalsozialismus. Zwar ging es dem Finanzminister um die Errichtung eines dauerhaften Friedens. Doch wollte Morgenthau, so die berechnete Einschätzung Moltmanns, "ein positives Ziel mit Gewaltmethoden erreichen..., die dazu angetan waren, sein Ziel selbst ad absurdum zu führen".<sup>458</sup>

Was die geistige Dimension betrifft, so ist die Analyse bedenkenswert, Morgenthaus Deutschlandpolitik sei der "Niederschlag einer überaus großen Enttäuschung..., die ein Fortschrittsgläubiger empfindet, der erkennen muß, daß sein Ziel, die friedliche Völkergemeinschaft, durch die kriegerische Hegemonialpolitik einer feindlichen Macht in weite Ferne gerückt wird".<sup>459</sup> Es ging dem Finanzminister nicht um die Aufrichtung eines neuen Kräftegleichgewichts, in dem die Macht, die wiederholt zum Griff nach der Weltmacht angesetzt hatte, in gestutzter Form noch eine Rolle spielte, sondern es ging ihm um die gründliche Ausschaltung dieser Macht. Morgenthaus Ansatz beleuchtet gerade durch seine Radikalität die Schwierigkeit, die darin besteht, eine führende - und kriegführende - Industriemacht zu einem friedlichen Mitspieler im Staatensystem zu machen. Morgenthau zielte in der Gründlichkeit, Zielstrebigkeit und Kompromißlosigkeit seiner Friedensplanung auf absolute Sicherheit, nicht auf eine relative Sicherheit, die der Diplomatie und der Politik noch Raum gelassen hätte.

Im Grunde genommen lief Morgenthaus Politik auf eine Negation der Politik hinaus, insofern, als das besiegte Land seine Rechte verspielt hatte, jemals ein gleichberechtigter Mitspieler in der Staatenwelt zu sein oder zu werden. Die Gleichgewichtsprobleme, die eine machtpolitische Ausschaltung der europäischen Mitte aufwarf, und die Anreize, die auf diese Weise für den Vorstoß anderer Mächte geschaffen wurden - etwa der Sowjetunion - vernachlässigte Morgenthau. Bis auf die Stärkung der Position Großbritanniens wies seine Analyse wenig konstruktive Vorstellungen über das europäische Staatensystem auf.

Obwohl Kriegsminister Stimson engagiert gegen Morgenthaus Pläne Stellung bezog und den Zusammenhang von deutscher und europäischer Wirtschaft betonte, erhielt der Finanzminister die Gelegenheit, bei den Quebecer Besprechungen mit Churchill das Deutschland-Programm vorzutragen. So schien Morgenthau Rechnung aufzugehen, in

---

<sup>457</sup>"Suggested Post-Surrender Program for Germany", 5. 9. 1944, FRUS, Quebec, 1944, S. 102. Vgl. Morgenthau "Program to Prevent Germany from Starting a World War III", , ebda., S. 131: "Reparations Mean a Powerful Germany". Vgl. auch Nübel, S. 85-114.

<sup>458</sup>Moltmann, Deutschlandpolitik, S. 135.

<sup>459</sup>Ebda.. Henke, Besetzung, unterscheidet in der US-Regierung eine progressive Strömung, die für einen karthagischen Frieden mit Deutschland eingetreten sei, von einer realpolitischen Schule, zu denen er Hull und das State Department, Stimson und McCloy rechnet. Doch zählte Hull zu den Wilsonianern; eher verhielt es sich so, daß die linksliberalen Internationalisten Morgenthau und Hull entgegengesetzte deutschlandpolitische Konzepte verfolgten.

das Planungsvakuum des Präsidenten mit einem in sich schlüssigen Plan vorzustößen, hatte der Finanzminister doch im Gespräch mit Hull darüber geklagt, "daß der Präsident nie Anweisungen gegeben habe, wie Deutschland seiner Meinung nach behandelt werden sollte".<sup>460</sup> Am 9. September jedoch schien Morgenthau am Ziel zu sein: Präsident Roosevelt versicherte ihm, er sei für ein "Deutschland als Ackerland".<sup>461</sup> In Quebec unterzeichneten Roosevelt und Premierminister Churchill am 15. September ein Dokument, das zwar keine wörtliche Wiederholung des Morgenthau-Planes war, aber deutlich genug formuliert war: "This programme for eliminating the war-making industries in the Ruhr and in the Saar is looking forward to converting Germany into a country primarily agricultural and pastoral in its character."<sup>462</sup>

Es ist argumentiert worden, daß Roosevelts Unterstützung des Morgenthau-Plans in "seltsamem Widerspruch" zu seiner "internationalistischen Grundüberzeugung" und dem "intranationalen Interdependenzdenken" stand.<sup>463</sup> Hinzufügen sollte man, daß sie auch im Widerspruch zu seiner bisherigen Politik der Vertagung stand. Gründe für Roosevelts Unterstützung könnte man darin sehen, daß der Morgenthau-Plan eine Reihe von Problemen gleichzeitig zu lösen versprach: Die Deindustrialisierung und Aufteilung Deutschlands boten Sicherheit gegen eine neue deutsche Aggression; sie würden, verbunden mit der Entnazifizierung, die deutsche Gesellschaft reformieren und Deutschland auf eine Einbindung in die Völkergemeinschaft vorbereiten können. Franzosen und Russen, von denen letztere ohnehin auf eine harte Behandlung Deutschlands drängten, erhielten territoriale Kompensation und kurzfristige Reparationen - Demontagen - zum Wiederaufbau. Großbritannien schließlich hatte Aussicht auf eine wirtschaftliche Stabilisierung durch den Wegfall der deutschen Exportindustrie.<sup>464</sup>

Auch wenn eine solche Interpretation folgerichtig scheint, finden sich kaum Quellenbelege, daß Roosevelt außer einer generell harten Haltung gegenüber Deutschland und dem Wunsch nach Aufteilung des Landes bereits klare Gedanken über Einzelbestimmungen gefaßt hätte. Es scheint daher - im Gegensatz zu den Annahmen in der Sekundärliteratur - durchaus fraglich, ob Roosevelt selbst zum Zeitpunkt der Quebec-Konferenz den Plan seines Finanzministers bereits vorbehaltlos gebilligt hat, und ob er nicht erst einmal Churchills Reaktion abwarten wollte. Denn es war auffällig, wie der Präsident sich zurückhielt, als Morgenthau seinen Plan Churchill vorstellte.<sup>465</sup> Wollte Roosevelt in seiner undurchdringlichen Art etwa Churchill die Verantwortung für die Annahme des Plans zuspielen?

---

<sup>460</sup>Tagebuch Morgenthaus über eine Unterredung mit Hull, 8. 9. 1944, Blum, Deutschland, S. 234. Zu Hulls Klagen siehe z. B. ebda., S. 215.

<sup>461</sup>Tagebuch Morgenthaus, 9. 9. 1944, Blum, Deutschland, S. 235.

<sup>462</sup>"Treatment of Germany". Memorandum Initialed by Roosevelt and Churchill", 15. 9. 1944, FRUS, Quebec, 1944, S. 466-467. Vgl. Teil 3, Kap. 4. 2..

<sup>463</sup>Gietz, S. 243.

<sup>464</sup>Zu diesem auch für Roosevelt wichtigen Motiv Stimson Diary, 6. und 9. 9. 1944, Stimson/Bundy, S. 573-574, und Kimball, Swords, S. 37.

<sup>465</sup>Das Memorandum H. D. Whites über die Besprechung zwischen Roosevelt und Churchill am 14. 9. 1944 verzeichnet nur, "the President came back to the German problem several times very nicely and did not recede from his position" (14. 9., FRUS, Quebec, 1944, S. 327). In einem Memorandum Lord Cherwells vom gleichen Tag heißt es etwas deutlicher, Roosevelt "said he did not think it would be an undue hardship to require Germany to revert towards an agricultural status"; Deutschland habe gezeigt, daß ihm mit den Möglichkeiten der Waffenproduktion nicht zu trauen sei (ebda., S. 344).



Am ehesten dürfte es sich noch um eine Gedankenlosigkeit des Präsidenten handeln. Noch am 6. September hatte Morgenthau den Eindruck gewonnen, der Präsident scheinbar "die ganze Frage erst einmal aufschieben zu wollen".<sup>466</sup> Möglicherweise ließ Roosevelt sich, da er selbst keine klaren Vorstellungen verfolgte, momentweise von seinem drängenden Finanzminister, mit dem er übrigens seit langem befreundet war, beeinflussen. Auch die überraschende Einladung Morgenthaus nach Quebec und die dortige Zurückhaltung des Präsidenten sprechen für eine ad hoc-, ja eine Verlegenheitsentscheidung. Wenn dem so war, war dieses Vorgehen Churchill gegenüber natürlich unkollektional, denn dieser mußte den Eindruck gewinnen, die Frage sei zwischen Roosevelt und Morgenthau abgestimmt. Und die Eigendynamik der Konferenz ließ nicht zu wünschen übrig: Churchill, der zunächst vehement gegen den Plan opponierte, lenkte am nächsten Tag ein, da die Amerikaner die Gewährung eines 6,5 Milliarden Dollar-Kredites im Rahmen des Leih- und Pacht-Abkommens an Churchills Zustimmung knüpften.<sup>467</sup>

Es erwies sich einmal mehr als problematisch, daß Präsident Roosevelt bis auf einige allgemeine Überlegungen zur Behandlung Deutschlands kein Interesse an einer Systematisierung der Planungsarbeit gezeigt hatte. Diese Haltung war, abgesehen von den Besonderheiten des präsidentialen Regierungssystems, mitverantwortlich dafür, daß in Washington das State Department, das Kriegsministerium und die Treasury um den Einfluß bei dem Regierungschef rivalisierten. Roosevelt schenkte den einzelnen Ministern, wenn überhaupt, nur kurz Gehör<sup>468</sup>, ließ sich von Stimmungen leiten, ja lenken, entschied etwas und wiederrief es dann. Bei diesem erratischen Beratungsstil konnte der Eindruck politischer Beliebigkeit entstehen, der für den Regierungschef der führenden westlichen Macht mit Blick auf die Errichtung einer stabilen Friedensordnung, von der er sprach, kaum vorteilhaft sein konnte.

### **27. 3. Roosevelts Abkehr vom Morgenthau-Plan und die Initiativen des State Department für eine gemäßigte Wirtschafts- und Reparationspolitik**

Beinahe folgerichtig rückte Roosevelt von der Vereinbarung mit Churchill ab - obwohl Morgenthau seine Vorstellungen im Januar 1945 erneut in Form eines langfristigen Deutschland-Programms abfaßte.<sup>469</sup> Die US-Presse äußerte sich bereits im September 1944 kritisch, was für den Präsidenten, die öffentliche Meinung stets im Blick, besonders wichtig war, zumal Vorwahlkampfzeit herrschte.<sup>470</sup> Auch Außenminister Hull sah in Morgenthaus Initiative "a tragedy for all concerned."<sup>471</sup> Hull wollte und konnte die deutsche Frage nicht losgelöst von den Verhältnissen in Europa betrachten. Er hielt Morgenthaus Plan für eine blinde Rache, "because it failed to see that, in striking at Germany, it was striking at all of Europe". Hull erhob Einspruch bei Roosevelt und ge-

<sup>466</sup>Morgenthau über eine Unterredung mit Roosevelt, 6. 9. 1944, Blum, Deutschland, S. 232.

<sup>467</sup>J. L. Chase, The Development of the Morgenthau Plan Through the Quebec Conference, in: The Journal of Politics, Vol. 16, Nr. 2 (1954), S. 324-359, hier S. 350 ff., 359; Moltmann, Deutschlandpolitik, S. 128.

<sup>468</sup>Sehr bezeichnend ist folgende enttäuschte Reaktion Halls: "Man informiert mich nicht. ... Man konsultiert mich nicht einmal." Tagebuch Morgenthau, 18. 8. 1944, Blum, Deutschland, S. 215.

<sup>469</sup>Memorandum des Schatzamtes, 19. 1. 1945, FRUS, JD, S. 163-164.

<sup>470</sup>Dies meint Blum, Herausgeber der Tagebücher Morgenthaus, Deutschland, S. 243.

<sup>471</sup>Hull, II, S. 1614 und 1618. Inhaltlich ging Hull wohl von der Kritik aus, die er auf der Moskauer Außenministerkonferenz vorgebracht hatte: daß auf der Pariser Friedenskonferenz wirtschaftliche Fragen ungenügend vorbereitet worden seien (ebda., S. 1303).

wann den Eindruck, der Regierungschef fasse Morgenthau's Vorschläge noch nicht als bindend auf und habe offenbar auch die "devastating nature" der Erklärung von Quebec nicht erkannt.<sup>472</sup>

Hulls Kritik bedeutete allerdings nicht, daß er Deutschland auf milde Weise davonkommen lassen wollte. Wie Kriegsminister Stimson überrascht notierte, scheint Hull anfangs sogar Morgenthau's Programm unterstützt zu haben, was möglicherweise daran lag, daß die moralisierende Haltung des wilsonianischen Außenministers einer Politik der Bestrafung nicht gänzlich abgeneigt war.<sup>473</sup> Obwohl Hull seine Politik bald darauf wieder stärker an Prinzipien ausrichtete, hielt er daran fest, es müsse Deutschland unmöglich gemacht werden, einen Krieg zu entfachen, und dazu sei "die wirtschaftliche Vormachtstellung Deutschlands in Europa für immer auszuschalten". Die Wirtschaft sollte auf dem Wege langfristiger Kontrollen auf eine reine Friedenswirtschaft umgestellt werden. Ein solcher Schritt erfordere aber keine vollständige Zerstörung der Industrie.<sup>474</sup>

In einer Antwort an Hull rechtfertigte Roosevelt seine Position zunächst mit dem Argument, er könne England nicht zusammenbrechen und Deutschland gleichzeitig wiederaufrüsten lassen, damit es in 20 Jahren einen weiteren Krieg beginnen könne. Eine alleinige Überwachung der Industrie banne die Kriegsgefahr nicht; außerdem verfüge Deutschland noch über andere Exportindustrien als die Schwerindustrie. Doch der Präsident, sichtlich verärgert darüber, daß Informationen über die Quebecer Erklärung an die Presse durchgesickert seien, fügte hinzu, keiner wünsche "die vollständige Ausrottung der deutschen industriellen Produktionskapazität an Ruhr and Saar". Keiner wolle Deutschland in eine "wholly agricultural society" verwandeln.<sup>475</sup>

Auch Kriegsminister Henry Stimson, unterstützt von seinem Stellvertreter John J. McCloy, appellierte leidenschaftlich an die Humanität des Präsidenten, seine Einwilligung in den Racheplan Morgenthau zurückzunehmen. Stimson verwies auf Roosevelts universal verstandene Vier Freiheiten, auf die Atlantik-Charta, in der sich Washington und London auf Freihandel und eine nicht-diskriminierende Wirtschaftspolitik verpflichtet hatten. Die Vorschläge des Finanzministeriums würden deutsche Methoden nachahmen und kämen einem Verbrechen gegen die Zivilisation gleich.<sup>476</sup> Wie Stimson berichtet, habe Roosevelt die Absicht verneint, "Deutschland in ein Ackerland zu verwandeln, er wolle nur einen Teil der Ruhrproduktion Großbritannien zuschieben, weil es bankrott sei". Mit Blick auf das Quebecer Dokument gab sich Roosevelt dem Eindruck Stimsons zufolge bestürzt; er könne sich kaum vorstellen, so etwas unterschrieben zu haben, es müsse eine Gedankenlosigkeit gewesen sein!<sup>477</sup>

---

<sup>472</sup>Hull, II, S. 1606.

<sup>473</sup>Stimson Diary, 5. 9. 1944, Stimson/Bundy, S. 570.

<sup>474</sup>Hull an Roosevelt, 29. 9. 1944, FRUS, JD, S. 145-148, Zit. S. 147.

<sup>475</sup>Roosevelt an Hull, 29. 9. 1944, FRUS, JD, S. 144-145, dt. Zit. S. 145. Das engl. Zitat aus der Originalfassung, FRUS, JD, S. 155, auch in Hull, Memoirs, II, S. 1620 (Die deutsche Fassung übersetzt "society" mit "Land"). Vgl. Stimson Diary, 27. 9. 1944, Stimson/Bundy, S. 580.

<sup>476</sup>Stimson an Roosevelt, 15. 9. 1944, FRUS, Quebec, 1944, S. 482-485; Auszüge auch in Stimson/Bundy, S. 578-579. Vgl. Stimson Diary, 17. 9. 1944, ebda., S. 578.

<sup>477</sup>Tagebuch Stimson über eine Unterredung mit Roosevelt, 3. 10. 1944, Blum, Deutschland, S. 246, Orig. in Stimson/Bundy, S. 580-581.

Es ist kaum zu übersehen, daß die Halbherzigkeit, mit der Roosevelt sich dem Schicksal der Nachkriegswelt zuwandte, das Fehlen eines Konzepts für wichtige Fragen des Friedens sich nicht nur regierungsintern als problematisch erwies, sondern auch mit Blick auf die amerikanische Verhandlungsposition Stalin gegenüber. Roosevelt wollte zwar die Kolonialreiche auflösen und einen globalen New Deal ins Leben rufen, schien aber - abgesehen von der natürlich vorrangigen Kriegführung - den klärungsbedürftigen Fragen der Gegenwart nur geringe Bedeutung beizumessen. Der Präsident schmiedete, darin ganz ein Idealist, Zukunftsvisionen, aber seinen zweifelsohne vorhandenen Realismus übersetzte er nicht in konkrete politische Pläne. Daher bestand die Gefahr, daß die von Roosevelt beschworene Handlungsfreiheit am Ende in eine reale Handlungsunfähigkeit umschlug. Die US-Diplomatie konnte in den bevorstehenden Verhandlungen mit dem gut vorbereiteten, berechnenden Stalin kaum davon profitieren.

Auch ließ Roosevelt, indem er in Fragen der Nachkriegsordnung larvierte, während er gleichzeitig Churchill wiederholt ins Leere laufen ließ, destruktive Pläne für die Nachkriegsordnung einen großen Raum einnehmen.

In den Wochen vor Jalta kehrte Roosevelt in der Wirtschafts- und Finanzpolitik gegenüber Deutschland wieder zu seiner Politik der Vertagung zurück. Das Außenministerium legte dem Präsidenten im November 1944 eine weitere Denkschrift über die wirtschaftliche Behandlung Deutschlands vor, die unverkennbar einige Elemente des Denkens von Morgenthau aufwies. Als Ziele der US-Politik nannte der amtierende Außenminister Stettinius erstens die "Abschaffung der deutschen Autarkie" und zweitens die "Ausschaltung der deutschen wirtschaftlichen Vormachtstellung in Europa", zwei Ziele, die nach seiner Einschätzung mit der allgemeinen Außenwirtschaftspolitik der USA übereinstimmten. Dauerhafte wirtschaftliche Sanktionen und Einschränkungen wurden in der Vorlage allerdings ausgeschlossen.<sup>478</sup>

Im übrigen riet Stettinius zu einem Mittelweg zwischen der britischen und sowjetischen Deutschlandpolitik. London liege weniger an Reparationen als an einer Einschränkung der deutschen Exportwirtschaft zugunsten der britischen - dies auch ein Gedanke Morgenthaus. Wie Stettinius die britische Position wiedergab, solle Deutschland nicht in die Lage versetzt werden, durch Reparationslieferungen die Wettbewerbsfähigkeit der eigenen Wirtschaft auszubauen. Moskau hingegen sei an Reparationen sehr interessiert, einerseits in Form von Demontagen, zum größeren Teil aber an Entschädigungen aus der laufenden deutschen Produktion.

Stettinius sah - zu Recht, wie sich herausstellen sollte - die Gefahr, daß die unterschiedlichen Positionen Großbritanniens und der Sowjetunion eine "Quelle für neue europäische Rivalitäten" seien.<sup>479</sup> Er empfahl daher, "die Umstellung der Restbestände an deutscher Industrie zu friedlichen Zwecken" zu unterstützen, "einbegriffen insbesondere die Produktion von Reparationsgütern, um einen großen, frühzeitigen Beitrag zur Wiedergesundung befreiter Länder leisten zu können". Zweitens sollten diese Länder zusätzlich zu Entschädigungen in Warenform auch demontierte Industrieanlagen erhalten.

---

<sup>478</sup>Stettinius an Roosevelt, 11. 11. 1944, FRUS, JD, S. 155-160, hier 159. Die hier niedergelegten Grundsätze der Wirtschaftspolitik finden sich auch weitgehend in den Gesprächsunterlagen für den Präsidenten auf der Konferenz von Jalta wieder, FRUS, JD, S. 177-181.

<sup>479</sup>Ebda., S. 156.

Drittens unterstützte Stettinius ein "Kurzprogramm bedeutender Reparationszahlungen, die großzügig von der laufenden deutschen Produktion abzuzweigen sind".<sup>480</sup> Er erwähnte nicht, ob die Sowjetunion auch Reparationen erhalten sollte, schloß dies aber auch nicht aus.

Präsident Roosevelt antwortete auf diese Vorlage, noch immer sei er "in einer verhärteten Gemütsverfassung" und wolle Deutschland hart behandeln. Stettinius Memorandum sei "scharf genug", und zum Glück nicht zu detailliert. Denn viele Fragen könnten erst in Zukunft entschieden werden.<sup>481</sup> Als Stettinius wenige Tage später ergänzte, während der Besatzungszeit solle Deutschland "als eine Einheit" behandelt werden, der Lebensstandard solle so niedrig wie möglich liegen, die deutsche Wirtschaft sei auf eine "Friedensproduktion" umzustellen, dabei aber nicht so zu schwächen, daß sie sich nicht mehr erholen könne<sup>482</sup>, reagierte Roosevelt auf diese Empfehlung nur mit den vagen Worten, Amerika solle Deutschland "insoweit industriell hochkommen lassen..., daß es seinen eigenen Bedarf decken, aber innerhalb einer gewissen Zeit nicht exportieren kann, bis wir erkennen können, wie die Dinge sich entwickeln werden". Ferner hielt Roosevelt kommentarlos fest, im Gegensatz zu seiner Haltung im Jahr zuvor: "Wir sind gegen Reparationen".<sup>483</sup>

So kam es, daß die US-Delegation in Jalta im Gegensatz zur britischen und sowjetischen Delegation keinen interministeriell abgestimmten Vorschlag zur Wirtschafts- und Finanzpolitik gegenüber Deutschland vorlegen konnte.

Vorsichtig auf Roosevelt Urteil über Reparationen eingehend, argumentierte das State Department in der Gesprächsmappe für Roosevelt in Jalta, die Reparationspolitik solle - quasi als "Restlösung" - der Wirtschaftspolitik untergeordnet werden.<sup>484</sup> Je nach eingeschlagener Wirtschaftspolitik wurden zwei Reparationsmodelle entworfen: entweder Reparationen aus laufender Produktion für den Fall, daß der deutschen Wirtschaft nur "Selektivverbote und Kontrollen" auferlegt würden, oder Demontagen im Falle einer weitgehenden Deindustrialisierung Deutschlands.<sup>485</sup> Es sei nicht erwünscht, hieß es in den Unterlagen, daß die USA wie nach dem Ersten Weltkrieg noch einmal deutsche Reparationszahlungen finanzierten.<sup>486</sup> Dem Wunsch der Sowjetunion nach deutscher Arbeitsleistung beim Wiederaufbau des Landes werde man sich, so das Papier, schlecht widersetzen können. Deutschland müsse einen Mindestlebensstandard aufrechterhalten und die Besatzungskosten bezahlen können.

---

<sup>480</sup>Ebda., S. 160. Unzulässig erscheint die Unterstellung von Clemens in ihrem ohnehin sowjetfreundlichen Werk Jalta, S. 44-45, die Amerikaner hätten die Sowjetunion von Reparationen gänzlich ausschließen wollen. Die Quellenlage ist hier nicht klar genug.

<sup>481</sup>Memorandum Pasvolskys über eine Unterredung Roosevelt-Stettinius, 15. 11. 1944, FRUS, JD, S. 161.

<sup>482</sup>Stettinius an Roosevelt, 22. 11. 1944, FRUS, JD, S. 162.

<sup>483</sup>Roosevelt an Stettinius, 4. 12. 1944, FRUS, JD, S. 163.

<sup>484</sup>Briefing Book, Reparations- und Restitutionspolitik gegenüber Deutschland, 16. 1. 1945, FRUS, JD, S. 181-184.

<sup>485</sup>Ebda., S. 181.

<sup>486</sup>Das war eine Anspielung auf den Dawes-Plan von 1924, der für einige Jahre reparationspolitische Stabilität in Europa dadurch ermöglichte, daß Deutschland mit amerikanischen Krediten Reparationen an Frankreich und Großbritannien zahlte und die Westmächte ihre Schulden in den USA bedienten.

## 27. 4. Güter und Geld. Die US-Delegation und der Kompromißvorschlag zur Reparationsfrage in Jalta

Während die Reparationsfrage in Teheran keine Rolle gespielt hatte, sah sich die US-Delegation in Jalta mit einer sowjetischen Verhandlungsoffensive konfrontiert. Molotow kündigte früh an, sein Land erwarte Reparationen in Sachwerten, und fügte hinzu, Moskau hoffe auf langfristige amerikanische Kredite.<sup>487</sup> Als Stalin in der zweiten Plenarsitzung offiziell die sowjetische Forderung nach Reparationen anmeldete, erklärte Präsident Roosevelt, an erster Stelle stünden die "Wünsche und Notwendigkeiten der Hauptalliierten", nachgeordnet diejenigen der kleineren Länder. Auf Roosevelts Frage, welche Wünsche die Sowjetunion in bezug auf die "Nutzbarmachung der deutschen Arbeitskraft" habe, erwiderte Stalin, die sowjetische Delegation habe bislang nur einen Plan für Sachleistungen.<sup>488</sup> Daraufhin trug der sowjetische Reparationsbeauftragte Iwan Maiski den Plan seiner Delegation vor, der bereits in Teil 3, Kap. 4. 3. behandelt worden ist.

Nachdem Premierminister Churchill den sowjetischen Plan mit skeptischen Worten bedacht hatte, betonte Roosevelt, auch die USA wollten ihren Fehler nach dem Ersten Weltkrieg nicht wiederholen, Deutschland 10 Milliarden Dollar zu leihen. Amerika selbst benötige "kein Kapital, keine Fabriken oder andere Anlagen". Er hoffe allerdings, die amerikanische Gesetzgebung werde es diesmal ermöglichen, daß deutsche Anlagewerte und deutsches Eigentum in Amerika treuhänderisch übernommen werden könnten. Von seiner internen Bemerkung aus dem Dezember 1944 - "Wir sind gegen Reparationen" - distanzierte Roosevelt sich nun mit den Worten, er werde die sowjetischen Reparationsansprüche unterstützen, mit einer Einschränkung: "Unser Ziel ist, darauf zu achten, daß Deutschland nicht verhungert, wenn es den Sowjets alles liefert an Arbeitskraft und Fabriken, was möglich ist, und den Briten alle früheren deutschen Exportmärkte abtritt, die sie übernehmen können."<sup>489</sup>

Das Ziel, Großbritanniens Exportwirtschaft auf Kosten Deutschlands zu stärken, hatte der Präsident beibehalten. Hinzu kam das Recht der Sowjetunion, ihre Ansprüche aus dem deutschen Wirtschaftspotential zu befriedigen. Als Resultat sollte der deutsche Lebensstandard nicht höher sein als der der Sowjetunion; die Deutschen sollten so leben, "daß sie nicht zu einer Last für die ganze Welt würden". Drastische Demontagen, die Maiski gefordert hatte, schloß der Präsident demnach nicht aus, obwohl er zu bedenken gab, möglicherweise werde auch das Maximum an Reparationen "nicht die dringenden Bedürfnisse decken", auch wenn er persönlich die verwüsteten Gebiete gerne wiederhergestellt sähe.<sup>490</sup> Vor dem Hintergrund des Morgenthau-Planes gab es aus sowjetischer Sicht auch keinen Grund, die eigenen Vorschläge aus eventueller Rücksichtnah-

<sup>487</sup>Lunch der Außenminister, 5. 2. 1945, FRUS, JD, S. 572, Stettinius, Roosevelt, S. 119.

<sup>488</sup>2. Plenarsitzung, 5. 2. 1945, FRUS, JD, S. 580 ff. (Bohlen-Protokoll). Vgl. die sowjetischen Protokolle, Fischer, JP, S. 115 ff. und Stettinius, Roosevelt, S. 130-134. Offenbar regierte Roosevelt auf eine Notiz von Harry Hopkins zur Einsetzung deutscher Zwangsarbeiter: "Könnten Sie ihn (Stalin) fragen, 1. warum nicht alle Gestapo-Sturm-Truppen und andere Nazi-Verbrecher hierfür nehmen?" FRUS, JD, S. 594 (getrennt abgedruckt). Roosevelt erscheint hier als uninformiert bzw. desorganisiert.

<sup>489</sup>2. Plenarsitzung, 5. 2. 1945, Bohlen-Protokoll, FRUS, JD, S. 582, das Zit. nach dem Matthews-Protokoll, S. 592.

<sup>490</sup>2. Plenarsitzung, 5. 2. 1945, Bohlen-Protokoll, FRUS, JD, S. 582.

me moderat zu gestalten, und Maiskis Forderungen nach einer weitgehenden Reduktion der Schwerindustrie deckten sich mit Morgenthaus Vorstellungen. Die Reparationskommission, deren Einrichtung Roosevelt in Jalta offiziell vorschlug, bot sich an, um in Ruhe über die jeweiligen Ansprüche zu verhandeln.

Stettinius erklärte sich zwei Tage später bereit, Maiskis Reparationsplan zu prüfen<sup>491</sup> und legte am 9. Februar einen Entwurf vor, der weitgehend auf die sowjetischen Forderungen einging und über Stettinius' Memorandum vom 11. November 1944 hinausverwies. Die wichtigsten Punkte waren erstens die Demontage des deutschen Nationalvermögens ("Ausrüstung, Werkzeugmaschinen, Schiffe, rollendes Material", aber auch Investitionen und Aktien) mit dem Ziel der "militärischen und wirtschaftlichen Entwaffnung Deutschlands". Zweitens sollte Deutschland zehn Jahre lang Konsumgüter liefern. Drittens solle die Reparationskommission bei der Festsetzung der Gesamtsumme den sowjetischen Vorschlag von 20 Milliarden Dollar in Erwägung ziehen.<sup>492</sup>

Während der britische Außenminister Eden sich gegen jede Nennung einer Zahl sperrte, feilschten Maiski und Molotow mit Stettinius. Dieser wollte die Festlegung einer endgültigen Summe der Reparationskommission überlassen, fügte aber eilig hinzu, er halte die Zahl Maiskis für "vernünftig". Als Stettinius vorschlug, die Sowjetunion solle 50% einer noch festzusetzenden Summe erhalten, akzeptierte Molotow dies gerne, drängte jedoch darauf, zumindest den Betrag von 10 Milliarden Dollar für die Sowjetunion zu erwähnen. Er räumte auf Nachfrage von Stettinius ein, Aufschläge von 15 bis 20% auf die Gesamtsumme im Sinne zu haben, da die Reparationen auf den Preisen von 1938 beruhen sollten.<sup>493</sup> Der US-Außenminister willigte schließlich ein, die Reparationskommission solle 20 Milliarden Dollar "als Diskussionsgrundlage ansehen" ("a basis for discussion"), was eine nicht unwichtige Veränderung der Wortwahl war. Auf diese Weise verständigten sich zumindest die sowjetische und die US-Delegation auf eine Grundlage; Molotow hatte einen diplomatischen Teilerfolg errungen.

In seinen Erinnerungen erklärt Stettinius, Roosevelt habe ihm gesagt, jede Diskussion einer Zahl sei akademisch, solange man nicht wisse, was von Deutschland übrigbleibe und in welcher Größenordnung Entnahmen praktikabel sein würden. Weder er noch der Präsident, so Stettinius, hätten sich auf einen Endbetrag festgelegt. Fälschlicherweise hätten die Russen nach Roosevelts Tod behauptet, der Präsident habe der russischen Zahl zugestimmt.<sup>494</sup>

Nachdem die britische Delegation am 10. Februar einen eigenen Reparationsvorschlag vorgelegt hatte, wurde die Frage im Plenum behandelt.<sup>495</sup> Während die Debatte vor allem zwischen Churchill und Stalin verlief, äußerte Roosevelt folgende Befürchtung: bei

<sup>491</sup>Sitzung der Außenminister, 7. 2. 1945, FRUS, JD, S. 656-657; KSU, JD, S. 94-95.

<sup>492</sup>Sitzung der Außenminister, 9. 2. 1945, FRUS, JD, S. 751; der US-Vorschlag ist dort abgedruckt; vgl. Stettinius, Roosevelt, S. 230.

<sup>493</sup>Sitzung der Außenminister, 9. 2. 1945, FRUS, JD, S. 752.

<sup>494</sup>Stettinius, Roosevelt, S. 230, 266-267 und 299. Stettinius datiert die russische Behauptung auf die Außenministerkonferenz im Juli 1946.

<sup>495</sup>7. Plenarsitzung, 10. 2. 1945, FRUS, JD, S. 833 ff. (Bohlen-Notizen), S. 845 ff. (Hiss-Notizen), weniger gut für die US-Position: S. 840 ff. (Matthews-Protokoll). Die sowjetischen Aufzeichnungen bei Fischer, JP, S. 173 ff. Vgl. Stettinius, Roosevelt, S. 263-267.

der Nennung einer Zahl im Zusammenhang mit den Reparationen könne die amerikanische Bevölkerung glauben, es handele sich um Geld. Stalin erwiderte, die Summe sei "ein Begriff für den Wert der Reparationen in natura".<sup>496</sup> Im sowjetischen Protokoll heißt es sogar, Roosevelt wolle "die Reparationskommission mit der Prüfung dieser Frage beauftragen" und die Reparationssumme später festlegen<sup>497</sup>, was in den US-Notizen nicht bestätigt wird. Roosevelt bezog allerdings seine Befürchtungen nicht nur auf die Nennung einer Summe, der er letztlich zustimmte, sondern auch auf den Gebrauch des Wortes "Reparationen". Auch dabei denke das amerikanische Volk, es handele sich um Geld.<sup>498</sup> Jedenfalls schien sich der Präsident mit Stalins Definition zufriedenzugeben.

Was den Streit um die Nennung der Summe anbetraf, schlug Roosevelt im Laufe der Diskussion vor, die Angelegenheit der Reparationskommission zu übertragen.<sup>499</sup> Das schien eine Annäherung an die britische Position zu signalisieren, aber dem war nicht so: Roosevelts Vorschlag beruhte auf einer Intervention seines Beraters Harry Hopkins, der dem Präsidenten einen Zettel zuschob: "Die Russen haben auf dieser Konferenz so viel nachgegeben, daß ich der Meinung bin, wir sollten sie nicht enttäuschen. Lassen Sie die Briten dagegen Einwände erheben - falls sie dies wünschen - und ihre andere Meinung in Moskau beibehalten. Sagen Sie einfach, daß alles an die Reparationskommission verwiesen wird zusammen mit dem Protokoll, worin steht, daß die Briten sich nicht mit der Erwähnung der 10 Milliarden einverstanden erklären."<sup>500</sup>

Sehr wahrscheinlich war diese Intervention von Hopkins wiederum die Folge einer Einflußnahme des sowjetischen Botschafters in Washington, Gromyko, dessen Klage Hopkins wie folgt zusammenfaßte: "Mr. President: Gromyko just told me that the Marshall thinks you did not back up to Ed[ward Stettinius] relative to Reparations - and that you sided with the British - and he is disturbed about it. Perhaps you could tell him privately later."<sup>501</sup> Hopkins vermittelte bei Mißverständnissen nicht nur, sondern neigte der russischen Position zu und isolierte die Briten bedenkenlos. Wie Hopkins dem Arzt Churchills erklärte, habe er Roosevelt geraten, "den russischen Vorschlag zu unterstützen, welchen Kurs auch immer die Briten einschlägen". Man könne nicht erwarten, daß immer die Russen "ihre Ansprüche herunterschrauben".<sup>502</sup> Die sowjetische Seite wußte of-

<sup>496</sup>7. Plenarsitzung, 10. 2. 1945, Bohlen-Notizen, FRUS, JD, S. 833.

<sup>497</sup>7. Plenarsitzung, 10. 2. 1945, sowjetisches Protokoll, Fischer, JP, S. 174.

<sup>498</sup>FRUS, JD, S. 846 (Hiss-Notizen), auch S. 834 (Bohlen-Protokoll).

<sup>499</sup>Das berichten übereinstimmend alle US-Aufzeichnungen: FRUS, JD, S. S. 834 (Bohlen), S. 840 (Matthews), S. 847 (Hiss). Nicht im sowjetischen Protokoll.

<sup>500</sup>Hopkins an Roosevelt, 10. 2. 1945, FRUS, JD, S. 852. Das Papier ist auch in Sherwood, S. 706, als Faksimile abgedruckt. Sherwoods Auslegung lautet, Roosevelt habe Hopkins' Rat angenommen und geglaubt, "er habe nun für alle zukünftigen Verhandlungen die Tür offengelassen" (S. 705). Der Autor meint ferner, Roosevelt habe "zweifellos gehofft", die Frage der Reparationen werde sich - wie die der Aufteilung - von selbst erledigen. Dieses Urteil erscheint in bezug auf die Reparationen allerdings fragwürdig.

<sup>501</sup>Hopkins an Roosevelt, 10. 2. 1945, als Faksimile abgedruckt bei Stettinius, Roosevelt, S. 265. Nicht in FRUS. Wann Hopkins dem Präsidenten diese zweite Notiz gab, ist aus den Quellen nicht klar zu ersehen. Stettinius bemerkt, bei dem Abendessen nach der Plenarsitzung am 10. 2. habe Roosevelt Stalin beschwichtigt, er stimme mit der britischen Position, keine Zahlen zu nennen, nicht überein.

<sup>502</sup>Tagebuch Moran, 10. 2. 1945, Moran, Churchill, S. 255. Daraufhin habe der Premierminister verdrossen kritisiert: "Der Präsident benimmt sich sehr schlecht ... Ihn interessiert absolut nicht, was wir wollen." Tagebuch Moran, 11. 2. 1945, ebda., S. 255.

fenkundig um Hopkins' Stellung bei Roosevelt und nutzte ihn als diplomatischen Kanal.

Hopkins war bereit, im Interesse einer Einigung mit der sowjetischen Führung, die hartnäckig verhandelte, nachzugeben. Die Isolierung Großbritanniens ist umso erstaunlicher, als die Briten eigentlich ähnliche Reparationsprinzipien vertraten wie die Amerikaner bislang auch.

Es gibt einige Hinweise, daß Roosevelt die erste, oben deutsch zitierte Notiz von Hopkins wörtlich befolgt hat: Als Stalin fragte, ob Roosevelt das Einverständnis der amerikanischen Seite über die 20 Milliarden Dollar als Diskussionsgrundlage zurückziehe, verneinte der Präsident. Als Stalin später meinte, die Sowjetunion würde der Reparationskommission ihre Zahl und die Briten die ihrige nennen, äußerte Roosevelt keine Einwände.<sup>503</sup> Mit dieser Entscheidung war die Grundlage des Formelkompromisses in der schwierigen Reparationsfrage gelegt. Es ist wichtig, die Einzelheiten zu beleuchten, weil die sowjetische Delegation den Amerikanern in Potsdam vorwarf, sie hätten die Jalta-Übereinkunft aufgegeben. Wie mißtrauisch Stalin ohnehin blieb, zeigt seine als "ironisch" verzeichnete Bemerkung, nachdem Roosevelt und Churchill seiner Kompromißformel zugestimmt hatten: "Aber werden Sie sich nicht morgen davon lossagen?"<sup>504</sup>

Als Stalin sich bei abschließend über die "unbefriedigende Natur der Reparationsfrage auf dieser Konferenz" beschwerte, stimmte Roosevelt ebenso wie Churchill Stalins Wunsch zu, im Kommuniqué die Absicht zu erwähnen, "Deutschland für den Schaden, den es den alliierten Nationen zugefügt hat, zahlen zu lassen und gleichzeitig auf die Reparationskommission hinzuweisen".<sup>505</sup> Auf diese Weise war die Verpflichtung Deutschlands, bis zur Grenze seiner Belastbarkeit zu zahlen, öffentlich klargestellt. Die Anklänge an die Kriegsschuld Klausel im Versailler Vertrag verdeutlichen, daß die Reparationsfrage ebenso wie auf der Pariser Friedenskonferenz den Dreh- und Angelpunkt der Deutschlandpolitik bildete und über die Einigung der Siegermächte entschied. Das schließlich gebilligte Konferenzprotokoll glich weitgehend dem US-Vorschlag vom 9. Februar. Den Bedenken Roosevelts bezüglich des Wortes Reparationen wurde Rechnung getragen, indem es hieß, "Deutschland hat Naturalleistungen aufzubringen für die Verluste, die es im Laufe des Krieges den alliierten Ländern verursacht hat".<sup>506</sup>

---

<sup>503</sup>FRUS, JD, S. 840 (Bohlen) und S. 847 (Hiss).

<sup>504</sup>7. Plenarsitzung, 10. 2. 1945, nur im sowjetischen Protokoll, Fischer, JP, S. 176; und KSU, JD, S. 178. Stettinius schreibt in Roosevelt, S. 129, während der gesamten Konferenz habe Stalin Übereinstimmung mit Roosevelt gesucht; für seine Haltung Churchill gegenüber habe dies weniger gegolten.

<sup>505</sup>"Dreier-Diner", 10. 2. 1945, FRUS, JD, S. 852. Der Text des am 12. 2. 1945 der Presse übergebenen Kommuniqués lautete in bezug auf die Reparationen: "Wir haben uns mit den Zerstörungen befaßt, welche die Deutschen den alliierten Ländern verursacht haben und es als gerechtfertigt anerkannt, daß Deutschland verpflichtet wird, für diese Schäden Sach-Entschädigungen in größtmöglichem Ausmaß zu leisten." (Ebda., S. 897). In dem ausführlicheren Protokoll, vom US-Außenministerium am 24. 3. der Presse übergeben, findet sich diese Formulierung nicht.

<sup>506</sup>Protokoll der Konferenz von Jalta, FRUS, JD, S. 904.



## 27. 5. Kriegsbeute, Demontagen und das Prinzip der Vorrangigkeit. Amerikanische Bemühungen um eine einvernehmliche Reparationsregelung vor und in Potsdam

In ihren Vorbereitungen auf Potsdam behielten die Planungsstäbe in Washington das weitgehend konsensfähige Grundprinzip des "economic disarmament" bei: die Kontrolle der deutschen Wirtschaft zu Sicherheitszwecken.<sup>507</sup> So hieß es im Entwurf einer Vereinbarung über die Behandlung Deutschlands während der ersten Kontrollperiode, der in überarbeiteter Fassung in die Gesprächsmappe der US-Delegation für die Potsdamer Konferenz übernommen wurde: Die "deutsche Industrie und alle internationalen Wirtschafts- und Finanzgeschäfte, einschließlich der Aus- und Einfuhren" sollten überwacht werden, "mit dem Ziel, Deutschland an der Entwicklung eines Kriegspotentials zu hindern".<sup>508</sup> Den Planungsbeamten lag daran, die deutsche Wirtschaft zu dezentralisieren und nur für lebensnotwendige Bereiche zentrale Verwaltungen einzurichten: "Eisenbahnen, Verkehrswesen und Elektrizitätsversorgung", "Finanz- und Außenhandels-geschäfte", "Produktion und Verteilung lebensnotwendiger Güter".<sup>509</sup>

In einer Anlage zum Vereinbarungsentwurf über die Behandlung Deutschlands während der ersten Kontrollperiode fanden sich allerdings die wichtigen Sätze: "Die amerikanische Regierung ist der Meinung, daß die Teilung Deutschlands in Besatzungszonen nicht die Schaffung einer eigenen Wirtschaft für die einzelnen Zonen bedeutet." Die "Beibehaltung einer einzigen nationalen Wirtschaft in Deutschland während der Besatzungszeit" biete "für alle Besatzungsmächte offenkundige Vorteile". Auf diese Weise könne die deutsche Wirtschaft für Reparationsleistungen herangezogen werden, könnten sich alle Besatzungsmächte "in die Vorteile wie in die Lasten der Besatzung gerecht" teilen. Einfuhren nach Deutschland könnten "auf ein Minimum" beschränkt und Vorkehrungen zur "Erhaltung eines Lebensstandards auf der Höhe des Existenzminimums" getroffen werden.<sup>510</sup>

Dann folgte die Skizze einer gemeinsamen Wirtschafts-, Energie- und Finanzpolitik der Siegermächte, anhand der wichtigsten Felder des deutschen Wirtschaftslebens. Aus prinzipiellen wie aus praktischen Gründen und vor allem auch aus reparationspolitischen Erwägungen war Washington der Grundsatz der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands vorrangig.

Auch Kriegsminister Stimson unterstützte den Grundsatz der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands ganz entschieden. Er zeichnete ein düsteres Bild des zerstörten Mitteleuropa und warnte davor, die deutsche Industrie, die eng mit der europäischen Wirtschaft

---

<sup>507</sup>"Draft Directive for the Treatment of Germany", 10. 3. 1945, FRUS, 1945, III, S. 438. Vgl. daneben das Memorandum vom 23. 3. 1945, FRUS, 1945, III, S. 472, und den wirtschaftlichen Teil II der Direktive JCS 1067, 26. 4. 1945, ebda., S. 493 ff.

<sup>508</sup>"Entwurf einer Vereinbarung über die Behandlung Deutschlands während der ersten Kontrollperiode", Anlage A zu der Gesprächsunterlage für die US-Delegation, undat., DDP II/1, S. 340-345, hier 342; Orig. in FRUS, PD I, S. 443-449, hier S. 445. Ferner das in Potsdam überarbeitete Arbeitspapier der US-Delegation: "Vorgeschlagene Vereinbarung über die politischen und wirtschaftlichen Grundsätze zur Behandlung Deutschlands während der ersten Kontrollperiode", 16. 7. 1945, DDP II/1, S. 399-402, hier S. 401 f.; das Orig. in FRUS, PD II, S. 750-753.

<sup>509</sup>Ebda., S. 341.

<sup>510</sup>Vorschlag an die britische und die sowjetische Regierung zur Behandlung Deutschlands als eine wirtschaftliche Einheit, undat., DDP II/1, S. 343-345; FRUS, PD II, S. 447-449.

verflochten gewesen sei, zu vernichten. Das drängende Problem sei, folgerte Stimson in seinem Schreiben an Truman, "wie man Deutschland als potentiellen Angreifer unschädlich machen und es gleichzeitig in die Lage versetzen kann, seinen Teil zum notwendigen Wiederaufbau Europas beizutragen".<sup>511</sup>

Unterdessen hatte die Sowjetunion eine Einigung mit den Westmächten über eine gemeinsame Reparations- und Demontagepolitik nicht abgewartet. Während der ersten Monate der Besetzung und vor Beginn der Potsdamer Konferenz zog die Rote Armee, gefolgt von "Beute"-Bataillonen bzw. "trophy teams", plündernd durch die sowjetische Besatzungszone und Berlin. Wahllos und in großer Eile wurde abtransportiert, was nicht niet- und nagelfest war. Dabei wurde keineswegs nur militärisches Material beschlagnahmt: Technisches Gerät und Nahrungsmittel, Kleider und Möbel gehörten zu den begehrten Gegenständen.<sup>512</sup> Auch Betriebe in amerikanischem Besitz wurden geplündert. Der amerikanische Wirtschaftsexperte Edwin Pauley beurteilte das, was er mit eigenen Augen in Berlin gesehen hatte, in einem Brief an Außenminister Byrnes als "organized vandalism".<sup>513</sup> Die Amerikaner erkannten, daß es den Sowjets keineswegs nur darum ging, das deutsche Kriegspotential zu beseitigen.

Fragwürdig erscheint die Annahme, die Eile sei deshalb so groß gewesen, weil die Sowjetunion nicht mit einer längeren Besatzungszeit rechnete.<sup>514</sup> Vielmehr dürfte neben Beutegier die Unsicherheit darüber ausschlaggebend gewesen sein, auf welchen Reparationsbetrag man sich mit den USA und Großbritannien einigen würde. Die chaotische Lage nach Kriegsende war gut geeignet, um eine Überprüfung der entwendeten Güter- und Gerätemengen durch die Westmächte unmöglich zu machen. Auf diese Weise würde sich der Gesamtanteil der Sowjetunion erhöhen. Es versteht sich von selbst, daß die Rücksichtslosigkeit der sowjetischen Räumkommandos bei den Westalliierten nicht gerade für eine Moskau gewogene Stimmung sorgte. Der Grund war bereitet für einen Streit über die Frage "Kriegsbeute oder Reparationen"?

Diese Auseinandersetzung führte in der Reparationskommission zu keinem Ergebnis. Der amerikanische Verhandlungsleiter Edwin Pauley, ein umtriebiger kalifornischer Industrieller, wollte in Moskau rasche Ergebnisse sehen und wandte sich in mehreren Schreiben an den Kommissionsvorsitzenden Maiski.<sup>515</sup> Dieser lehnte noch am 13. Juli Verhandlungen über eine Definition des Begriffs Kriegsbeute ab, forderte allerdings eine baldige Vereinbarung über Abschlagslieferungen von Reparationsgut.<sup>516</sup> Molotow

---

<sup>511</sup>Stimson an Truman, 16. 7. 1945, DDP II/1, S. 404-409, Zit. S. 406; Orig. in FRUS, PD II, S. 753-757, hier S. 756; vgl. Stimson an Truman, 16. 5. 1945, Stimson/Bundy, S. 583.

<sup>512</sup>Siehe z. B. Kennan an Außenminister, 27. 4. 1945, FRUS, 1945, III, S. 1200; FRUS, PD II: S. 873-876 ("Russian Machinery Removal from Berlin"), S. 902-903 (Memo über Removals), S. 837-839 ("Transfer of Military Research and Scientific Institutions to Soviet Russia"), Pauley/Lubin-Bericht an Truman über deutsche Reparationen, 20. 9., S. 943. Vgl. jetzt auch N. Naimark, Die Russen in Deutschland. Die sowjetische Besatzungszone 1945 bis 1949; Berlin 1997, S. 212 ff.; neben Buttlar, S. 44.

<sup>513</sup>Pauley an Byrnes, 27. 7. 1945, FRUS, PD II, S. 889.

<sup>514</sup>So Buttlar, S. 43 ff..

<sup>515</sup>Pauley an Maiski, 3. 7. 1945, FRUS, PD I, S. 522-523; Pauley an Maiski, 13. 7., ebda., S. 547-548.

<sup>516</sup>"Supplement to Progress Report, Allied Commission on Reparations, Summary", 14. 7. 1945, FRUS, PD I, S. 538-539.

kam wiederholt auf die in Jalta geforderte Summe von 20 Milliarden Dollar zurück, weigerte sich aber, die sowjetischen Forderungen mit Zahlen zu belegen.<sup>517</sup>

Viel mehr als die Festlegung des Reparationsanteils der Großmächte gelang Pauley in Moskau nicht. Er wehrte sich dagegen, daß die Briten einen deutlich höheren Anteil als die Amerikaner verlangten, und konnte sich mit seinem Plan auch durchsetzen. Allerdings bedurfte es dazu einer Intervention des US-Botschafters in Moskau, Harriman, bei dem britischen Verhandlungsführer Monckton. Der US-Anteil wurde schließlich wie der britische auf 22% beziffert, während für die Sowjetunion entsprechend den Richtlinien von Jalta 50% vorgesehen waren.<sup>518</sup>

Abgesehen davon legte Pauley einen Grundsatzkatalog mit neun Punkten vor, von dem immerhin sieben gebilligt wurden, darunter die wirtschaftliche Einheit Deutschlands, die industrielle Abrüstung, die Entnahme von Reparationen als Sachleistungen.<sup>519</sup> Die strittigen Punkte jedoch harrten der Klärung: die Definition von Kriegsbeute, Restitutions und Reparationen, das Prinzip der Vorrangigkeit sowie die Interimslieferungen.<sup>520</sup> Mit Blick auf den letzten Punkt erwogen Pauley und seine Mitarbeiter am 7. Juli, diese Abschlagslieferungen - Fabriken und Ausrüstung - unter bestimmten Bedingungen aus den jeweiligen Besatzungszonen vornehmen zu lassen. Ein Unterausschuß der Reparationskommission mit Sitz in Berlin sollte diese Entnahmen überwachen; das letzte Wort hätten die Regierungen.<sup>521</sup> Mit diesem ausgeklügelten, pragmatisch gemeinten Vorschlag deutete sich ansatzweise der spätere US-Vorschlag in Potsdam an, die Reparationen *insgesamt* nach diesem Prinzip zu entnehmen.

Vor Beginn der Potsdamer Konferenz verhärtete sich die amerikanische Position, als Botschafter Harriman in Berlin in Augenschein nehmen konnte, "wie sich die Russen gleichzeitig alles von Wert in der Ostzone und in Berlin gesichert hatten". Im Blick auf das Feilschen in der Reparationskommission gelangte Harriman zu dem Schluß, "daß wir den Russen nichts aus den Westzonen abtreten sollten, wenn wir sie auch nicht daran hindern konnten, sich in ihrer eigenen Zone nach Wunsch zu bedienen".<sup>522</sup> In Potsdam trat Harriman ebenso wie Pauley für eine Teilung des Besatzungsgebietes hin-

---

<sup>517</sup>Siehe Pauley an Außenminister, 19. 6. 1945, FRUS, PD I, S. 510-511; Pauley an Maiski, 3. 7. 1945, ebda., S. 522-523. Dazu Tyrell, Großbritannien, S. 560.

<sup>518</sup>Vgl. das Memorandum "Reparationen" des Mitarbeites im britischen Schatzamt, E. Playfair, 16. 7. 1945, DDP II/1, S. 618-626, hier Anlage II, S. 625/626. Vgl. Truman, Memoiren, I, S. 292-297. Die vereinbarten Reparationsgrundsätze finden sich in einem in Potsdam verteilten Papier der US-Delegation, 17. 7. 1945, DDP II/1, S. 628-629. Siehe ferner das Papier: "Agreed in the Allied Commission on Reparations", Anhang (A) zum Supplement to Progress Report, 14. 7. 1945, abgedruckt in FRUS, PD II, S. 834.

<sup>519</sup>Pauley an Außenminister, 6. 7. 1945, FRUS, PD II, S. 527-528. Die verabschiedeten sieben Prinzipien in FRUS, PD II, S. 833; DDP II/1, S. 628-629.

<sup>520</sup>"Supplement to Progress Report, Allied Commission on Reparations", 14. 7. 1945, FRUS, PD I, S. 538-546.

<sup>521</sup>"Tentative Draft on Interim Deliveries and Removals - For Discussion", überarbeitete Fassung, 13. 7. 1945, FRUS, PD I, S. 544-545.

<sup>522</sup>W. A. Harriman/E. Abel, In geheimer Mission. Als Sonderbeauftragter Roosevelts bei Churchill und Stalin 1941-1946, Stuttgart 1979, S. 376.

sichtlich der Reparationen ein, während der Finanzexperte Clayton Moskau noch 25% der Industrieanlagen aus den Westzonen zubilligen wollte.<sup>523</sup>

In Potsdam wurde auf Vorschlag von US-Außenministers Byrnes ein Unterausschuß für Wirtschaftsfragen eingesetzt, der sich mit den Reparationen beschäftigen sollte und am 20. Juli seinen Bericht vorlegte.<sup>524</sup> Im amerikanischen Reparationsvorschlag vom 17. Juli, der dem Unterausschuß vorlag, war das Vorrangigkeitsprinzip verankert: Zunächst sollte die Bezahlung der notwendigen Einfuhren durch Deutschland sichergestellt werden, "*bevor Reparationen aus laufender Produktion oder aus Warenbeständen vorgenommen werden*".<sup>525</sup> Die amerikanische Vorlage sah auch eine parallele Einigung über die Themen Rückerstattung, Kriegsbeute und Reparationen vor. Präsident Truman bestand am 19. Juli darauf, es müsse eine Definition von Kriegsbeute und Reparationen erfolgen, bevor man sich über das Schicksal der deutschen Kriegs- und Handelsflotte einigen könne.<sup>526</sup>

Im Economic Subcommittee konnten die drei Delegationen sich relativ rasch auf einige wirtschaftliche Grundsätze der Deutschlandpolitik einigen, unter Anlehnung an die US-Empfehlungen: die industrielle Abrüstung und die Dezentralisierung der deutschen Wirtschaft, die Bevorzugung von Landwirtschaft und Friedensindustrie, die Behandlung Deutschlands als wirtschaftliche Einheit, Ziele der alliierten Wirtschaftskontrolle und der dazu notwendigen deutschen Behörden, schließlich wirtschaftliche Sofortmaßnahmen.<sup>527</sup> Am 22. Juli stimmten auch die Sowjets dem Bericht zu.<sup>528</sup>

Nach wie vor ablehnend blieb die sowjetische Delegation aber gegenüber dem Prinzip der Vorrangigkeit<sup>529</sup>, einer Einigung über die Versorgung der deutschen Bevölkerung aus den gewohnten Lieferregionen, sowie der Definition von Kriegsbeute und Reparationen. Am 21. Juli unterbreiteten die sowjetischen Vertreter im Economic Subcommittee einen Definitionsvorschlag über Kriegsbeute ("War trophies"), wie die seit Monaten laufenden wilden Demontagen genannt wurden.<sup>530</sup> Moskau verstand darunter nicht nur alle im engeren Sinne "militärischen Versorgungsgüter" und "Ausrüstung" des Feindes, sondern auch all die "Versorgungsgüter und Ausrüstung, die vom Feind zur Deckung seines militärischen Bedarfs verwendet und von den Alliierten vor Kriegsende

---

<sup>523</sup>Ebda. Wahrscheinlich bezieht sich diese Angabe auf ein Arbeitspapier Claytons vom 26. 7. 1945, in dem dieser vorschlug, Moskau solle 50% aller Entnahmen aus dem Ruhrgebiet erhalten, die Hälfte davon mit Gegenleistungen (FRUS, PD II, S. 884-885).

<sup>524</sup>1. Außenministersitzung, 18. 7. 1945, US-Notizen, FRUS, PD II, S. 70. Siehe den Bericht des Economic Subcommittee, 20. 7. 1945, FRUS, PD II, S. 795-798, 845-846, deutsch in DDP II/1, S. 444-448.

<sup>525</sup>Vorschlag der US-Delegation, 17. 7. 1945, DDP II/1, S. 628, Hervorh. im Orig., vgl. FRUS, PD II, S. 832. Auch in der sechsten Sitzung der Außenminister am 23. 7. erklärte Byrnes, es sei "unmöglich, den Inlandsbedarf zu kürzen, um für Reparationen zu sorgen" (US-Notizen, DDP II/1, S. 1535).

<sup>526</sup>3. Plenarsitzung, 19. 7. 1945, sowjetische Notizen, Fischer, PP, S. 223. Truman zeigte sich grundsätzlich bereit, der UdSSR ein Drittel der deutschen Flotte zuzugestehen, wenn diese in den Krieg gegen Japan eintrete.

<sup>527</sup>"Report by the Economic Subcommittee", 20. 7. 1945, FRUS, PD II, S. 795-799 (die US-Vorlage "Economic Principles", Artikel 10-18, im Anhang) und S. 845-846.

<sup>528</sup>5. Sitzung der Außenminister, 22. 7. 1945, FRUS, PD II, S. 232-234; KSU, PD, S. 108, Mitteilung über die Sitzung der Außenminister, ebda., S. 125-126.

<sup>529</sup>Aufzeichnung Murphys über die Sitzung des Economic Subcommittee, 20. 7. 1945, FRUS, PD II, S. 141.

<sup>530</sup>Vorschlag der sowjetischen Delegation über Kriegstrophäen, FRUS, PD II, S. 846-847 (dat. 21. 7.), KSU, PD, S. 301 (dat. 23. 7.).

in Gebieten erbeutet wurden, in denen militärische Operationen durchgeführt wurden".<sup>531</sup>

In den Unterlagen Pauleys findet sich der Hinweis, Maiski habe unter den Begriff "Equipment" auch Fabriken, Maschinen und Bergwerke gefaßt.<sup>532</sup> Kurz: da unter "Kriegstrophäen" bereits jegliche Leicht- und Schwerindustrie verstanden wurde, war der Unterschied zu Reparationen, die wohlweislich undefiniert blieben, aufgehoben. Es versteht sich von selbst, daß diese Definition jeden Versuch, einen Konsensrahmen für die Regelung der Reparationsfrage zu finden, vereitelte. Während die westlichen Delegationen sich in komplizierten Berechnungen ergingen, um Besitz, Vermögen und Kapitalgüter in den einzelnen Zonen abzuschätzen, raubte der sowjetische Beutezug jeglicher Verständigung mit Amerikanern und Briten die Grundlage. So notierte auch der politische Berater im US-Hauptquartier in Frankfurt, Murphy: "Maiski besteht darauf, daß die Sowjetunion das Recht hat, aus ihrer Besatzungszone alles und jedes zu nehmen und abzutransportieren."<sup>533</sup> Im übrigen räumte Maiski im Economic Subcommittee selbst ein, "daß bei dieser Definition wenig für >Reparationen< übrigbleiben würde, wenn man sie in ganz Deutschland streng anwenden würde".<sup>534</sup>

## **27. 6. Das Ende der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands? Der amerikanische Reparationsplan auf Zonenbasis**

Diese Entwicklung führte dazu, daß die Wirtschaftsexperten der amerikanischen Delegation - Pauley und seine Mitarbeiter Clayton und Lubin - ihren am 9. Juli in Moskau unterbreiteten Vorschlag über die zonenbezogenen Abschlagslieferungen am 22. Juli wieder aufgriffen. Sie dehnten dieses Prinzip jetzt allerdings - das war die folgenreiche Wandlung der amerikanischen Position - auf die Gesamtheit der Reparationen aus.<sup>535</sup> Der Vorschlag verzichtete auf die Unterscheidung von Kriegsbeute und Reparationen, die ohnehin willkürlich war. Auf indirekte Weise wurde in dem US-Entwurf auch das von den Briten so hochgehaltene Prinzip der Vorrangigkeit unterlaufen. Denn keiner konnte der Sowjetunion vorschreiben, welchen Lebensstandard sie der Bevölkerung in ihrer Zone zubilligte. Mit anderen Worten, es war in Moskauer Belieben gestellt, Güter aus ihrer Zone zu entnehmen und den Bedarf der Bevölkerung hintanzustellen. Die Aussage in dem zitierten US-Vorschlag, "die Aufgabe der >Reparationen< [werde] hauptsächlich zu einem Problem der Durchführung", war allerdings ebenso optimistisch wie verharmlosend.<sup>536</sup> In der Tat ging es hier um den Kern des Interessenkonfliktes

---

<sup>531</sup>Vorschlag der sowjetischen Delegation, deutscher Text in DDP II/1, S. 651, "Kriegstrophäen" hier mit "Siegesbeute" übersetzt (Orig. FRUS, PD II, S. 846).

<sup>532</sup>FRUS, PD II, S. 846, Anm. 2.

<sup>533</sup>Vermerk Murphys auf einer Kopie des sowjetischen Vorschlags, DDP II/1, S. 651, Anm. 1 (Orig.: FRUS, PD II, S. 864).

<sup>534</sup>Bericht von Pauley und seinem Stellvertreter Lubin an Truman, 20. 9. 1945, DDP II/1, S. 797 (Orig.: FRUS, PD II, S. 943).

<sup>535</sup>"Suggested Position on Economic Questions Relating to Germany, Poland, and Reparations", 22. 7. 1945, FRUS, PD II, S. 849-850; DDP II/1, S. 654-656. Vgl. das interne Memorandum Gulicks über Reparationen, FRUS, PD II, S. 856-858; DDP II/1, S. 667-669, und das Arbeitspapier "Proposal on Reparations and Related Matters", 23. 7. 1945, FRUS, PD II, S. 858-859. In Anm. 2 wird der Entwurf Pauleys vom 22. 7. erwähnt - der nicht identisch mit dem Arbeitspapier "Suggested Position..." sein kann, jedoch auf ihm beruhen dürfte.

<sup>536</sup>"Suggested Position on Economic Questions Relating to Germany, Poland, and Reparations", 22. 7. 1945, FRUS, PD II, S. 849; dt. Zit. nach DDP II/1, S. 654.

zwischen den Westmächten und der Sowjetunion. Die US-Experten übersahen in ihrem Eifer, eine rasche Regelung zu treffen, möglicherweise deren wirtschaftliche und politische Folgen. Darauf lief die Kritik der britischen Sachverständigen hinaus. Andererseits zogen die Amerikaner nur auf eine besonders schnelle Weise die Konsequenz aus dem unilateralen sowjetischen Vorgehen, das sich um eine gemeinsame Behandlung Deutschlands nicht scherte.

Aus diesen Gründen wandte sich Außenminister Byrnes am Morgen des 23. Juli "sehr besorgt" an sein sowjetisches Gegenüber Molotow. Byrnes bekräftigte die Absicht der Amerikaner, Deutschland als eine wirtschaftliche Einheit zu behandeln; er bezweifle jedoch, daß sich der Standpunkt der sowjetischen Regierung "mit der Annahme eines Gesamtreparationplans in Einklang bringen" ließe.<sup>537</sup> Als Probleme nannte Byrnes die Übergabe großer deutscher Territorien an polnische Verwaltung sowie die von Molotow definierte "Kriegsbeute". Er sehe "endlose Streitereien voraus über die Frage, ob diese abtransportierten Vermögenswerte zur Kriegsbeute oder zu Reparationen gerechnet werden sollten".<sup>538</sup> Byrnes erklärte kategorisch die Weigerung der US-Regierung, deutsche Importe zu finanzieren.

Danach brachte der Außenminister erstmals einen Plan ins Spiel, der das Reparationsproblem völlig neu anging: solle man "unter den gegebenen Umständen nicht besser.. die Möglichkeit in Betracht.. ziehen, daß jedes Land aus seiner eigenen Zone Reparationen entnehme"? Nach amerikanischen Berechnungen lägen 50% des deutschen Volksvermögens in der sowjetischen Zone; damit könne die Sowjetunion "ihren Reparationsanteil aus ihrer eigenen Zone bekommen".<sup>539</sup> Byrnes signalisierte so sein Einverständnis damit, Moskau die Hälfte der Reparationen zuzubilligen. Dabei war dem Außenminister die Gesamtsumme der Reparationen offensichtlich zu hoch. Wenn die Sowjetunion Ausrüstungen aus den westlichen Zonen beanspruche, so Byrnes, könne sie diese im Austausch gegen die Lieferung von Nahrungsmitteln und Kohle erhalten. Von einem auf ganz Deutschland bezogenen System von Reparationslieferungen aus laufender Produktion, das vor und in Jalta einen solchen Streitpunkt dargestellt hatte, war keine Rede mehr.

Byrnes' Initiative ist nicht nur charakteristisch für die Ungeduld und den Widerwillen einer selbstbewußten Supermacht, sich ihre Pläne für den Umgang mit den wirtschaftlichen und politischen Problemen in der Mitte Europas durch kleinliches Gezänk durchkreuzen zu lassen. Das Vorgehen des Außenministers ist auch deshalb so bedeutsam, weil er bereits wenige Tage nach Konferenzbeginn eine bilaterale Lösung des Problems suchte und seinen britischen Amtskollegen Eden zuvor nicht informierte. Byrnes unterstrich, "sein Vorschlag einer Behandlung auf Zonenbasis statt auf der Grundlage des Ganzen beziehe sich nur auf Reparationen"; in allen anderen Fragen wie Währung und Verkehrswesen werde Deutschland als eine wirtschaftliche Einheit angesehen.

Byrnes hatte, vermutlich ohne es zu beabsichtigen, eine Lösung vorgeschlagen, die den Kreml hinsichtlich der Gesamtsumme kompromißbereiter werden ließ. Byrnes setzte

---

<sup>537</sup>Unterredung Byrnes-Molotow, 23. 7. 1945, US-Notizen, DDP II/1, S. 1527, Orig.: FRUS, PD II, S. 274 f..

<sup>538</sup>Unterredung Byrnes-Molotow, 23. 7. 1945, sowjetische Notizen, DDP II/1, S. 1529.

<sup>539</sup>Unterredung Byrnes-Molotow, 23. 7. 1945, US-Notizen, DDP II/1, S. 1528.

den Sowjets eine klare Grenze und machte deutlich, daß er eine Mitsprache Moskaus in den Angelegenheiten der Westzonen nur zu amerikanischen Bedingungen akzeptieren konnte. Die sowjetische Delegation lief hier ins Leere. Molotow reagierte mit den Worten, Stalin bevorzuge "einen Gesamtreparationsplan entschieden" und die sowjetische Delegation sei "durchaus bereit, eine Herabsetzung ihrer Reparationsforderungen in Betracht zu ziehen".<sup>540</sup> Stalin hatte sich schon im Plenum an Churchill und Roosevelt gewandt und im Zusammenhang mit der Erörterung der Ostgebiete gespottet: "Haben Sie etwa Angst wegen der Reparationen? Wir können auf die Reparationen aus diesen Gebieten verzichten, bitte sehr."<sup>541</sup>

In der offiziellen Sitzung der Außenminister am späten Vormittag des 23. Juli legte Molotow einen sowjetischen Reparationsplan vor, eine Wiederholung der Forderung in Jalta: 20 Milliarden Dollar, zur Hälfte einmalige Entnahmen innerhalb von zwei Jahren, zur Hälfte Warenlieferungen über zehn Jahre. In einer umfangreichen Liste waren unter anderem Industriegüter und Transportmittel, Auslandsinvestitionen und Aktien aufgeführt.<sup>542</sup> Der Volkskommissar stellte fest, Deutschland könne nicht mehr aus den gleichen Gebieten versorgt werden wie vor dem Krieg, da die Lage sich radikal geändert habe.

Molotow bestätigte in einer Vorlage die Prioritäten der Sowjetunion in der Reparationspolitik, wie sie bereits in dem Bericht des Unterausschusses für Wirtschaftsfragen angeführt worden war: "Nach der Zahlung der Reparationen müssen dem deutschen Volk genügend Mittel übrigbleiben, um ohne Hilfe von außen existieren zu können. ... Falls die Mittel nicht ausreichen, um gleichzeitig auf Reparationskonto und für die genehmigten Einfuhren zu zahlen, dann müssen alle Arten von Lieferungen proportional herabgesetzt werden."<sup>543</sup> Dies war immerhin das Kompromißangebot, nicht nur die Einfuhren zu drosseln, wenn die deutsche Produktion zu wenig hergab, sondern auch die Reparationen. Doch lehnten die Amerikaner ab.

Interessant war allerdings, daß der Volkskommissar einen Plan über Abschlagslieferungen ("Advanced Deliveries") vorlegte, in dem eine Passage aus Pauleys Entwurf für die Reparationskommission vom 13. Juli übernommen war. Danach waren die Besatzungsmächte unter bestimmten Bedingungen berechtigt, Fabriken und Ausrüstungen aus ihrer jeweiligen Zone zu entnehmen.<sup>544</sup> Hatte Pauley noch ein Veto der Reparationskommission vorgesehen, entfiel dieses im sowjetischen Entwurf. Diese Vorlage bedeutete, daß die Sowjets den US-Vorschlag zur Teilung des Reparationsgebietes hin-

---

<sup>540</sup>Ebda., S. 1527, Orig.: FRUS, PD II, S. 274 f.. Molotows Angebot einer Herabsetzung der Forderungen ist in den sowjetischen Aufzeichnungen nicht enthalten, KSU, PD, S. 128.

<sup>541</sup>5. Plenarsitzung, 21. 7. 1945, sowjetische Notizen, KSU, PD, S. 100.

<sup>542</sup>Vorschlag der sowjetischen Delegation, 23. 7. 1945, DDP II/1, S. 673. 6. Sitzung der Außenminister, 23. 7. 1945, US-Notizen, DDP II/1, S. 1532, Orig. FRUS, PD II, S. 277; der Plan auf S. 863-864. Vgl. KSU, PD, S. 294-295, mit einer in den US-Dokumenten nicht enthaltenen Anlage, die Prozentsätze an Reparationen aus einzelnen Industriesparten nennt.

<sup>543</sup>Erster Entwurf der sowjetischen Delegation, 23. 7. 1945, DDP II/1, S. 458; Orig.: FRUS, PD II, S. 810, zur Sitzung der Außenminister S. 279. Vgl. den Bericht des Unterausschusses für Wirtschaftsfragen, 20. 7. 1945, der am 21. 7. von den Außenministern erstmals erörtert wurde, DDP II/1, S. 445: "Die sowjetischen Vertreter... vertreten die Ansicht, daß Reparationslieferungen Vorrang haben".

<sup>544</sup>"Proposal by the Soviet Delegation on Advanced Deliveries from Germany", FRUS, PD II, S. 865; der US-Entwurf in FRUS, PD I, S. 545 (Absatz 3 d.).

sichtlich der Interim-Reparationslieferungen akzeptierte. Ob dieser Kompromiß auf Byrnes' Vorstoß am Vormittag (der ja *alle* Reparationen einbezog) zurückzuführen war, läßt sich nicht sagen.

In einer informellen Außenministersitzung im Anschluß verlangte Byrnes eine Klarstellung des Begriffs "Kriegsbeute". Es bereitete ihm sichtlich Sorge, daß die sowjetischen Reparationsforderungen infolge der begonnenen Demontagen - die Molotow nun offiziell bestätigen mußte - sogar noch höher ausfallen würden als in Jalta erörtert. Auch als Molotow mit den sowjetischen Forderungen auf neun Milliarden Dollar herunterging - entsprechend einer Gesamtsumme von 18 Milliarden Dollar - zog Byrnes diese Zahl in Zweifel: es sei ihm "immer noch ein Rätsel, wo eine derartige Menge Reparationen herkommen solle".<sup>545</sup> Ob beabsichtigt oder nicht: mit seiner geradlinigen Diplomatie brachte Byrnes Molotow in Bedrängnis. Indem er vorwiegend praktisch argumentierte, ließ er den Volkskommissar, dem eigentlich an prinzipiellen Übereinkünften gelegen war, ins Leere laufen. Wie Byrnes feststellte, sei durch die Zerstörung von Vermögenswerten im Wert von Milliarden Dollar im Verlauf des Krieges die Diskussionsgrundlage von Jalta überholt. Mit seinem Vorschlag einer zonalen Reparationsregelung, ergänzt um den Austausch notwendiger Güter, zwang er die sowjetische Delegation in die Defensive und zur Offenlegung ihrer Interessen - etwa den Zugriff auf das Ruhrgebiet.<sup>546</sup>

Die sowjetischen Vertreter im Economic Subcommittee hatten bereits am 20. Juli einen mündlichen Vorschlag zur Internationalisierung des Ruhrgebiets lanciert, unter Aufsicht der drei Siegermächte und Frankreichs - nicht des Kontrollrats.<sup>547</sup> Wie Molotow nun ausführte, verlange die Sowjetunion "als Reparationen bestimmte Industrieanlagen und Maschinen aus dem Ruhrgebiet". Molotow, der das Gebiet zuvor als "das Herz Deutschlands" bezeichnet hatte<sup>548</sup>, verfiel in Panik: "Er sagte, sie wären bereit, ihren Reparationsbetrag sogar auf 8 1/2 oder 8 Milliarden Dollar herabzusetzen, sie müßten jedoch auf einem festen Betrag, etwa zwei Milliarden, aus dem Ruhrgebiet bestehen."<sup>549</sup> Anteilmäßig waren das 25% der Reparationen, die die Sowjets aus dem Ruhrgebiet entnehmen wollte - daraus wird klar, warum ihnen Byrnes' Vorschlag Kopfschmerzen bereitete. Mit seinen Sondierungen zum künftigen Status des Ruhrgebiets lief Molotow jedoch ins Leere.

In der Sitzung des Economic Subcommittee am 24. Juli versuchten die sowjetischen Vertreter, den Preis in die Höhe zu treiben und behaupteten, in ihrer Zone befänden sich nur 30% der beweglichen Vermögenswerte in Deutschland. So könne man nur wenig

---

<sup>545</sup>Informelle Sitzung der Außenminister, 23. 7. 1945, US-Notizen, DDP II/1, S. 1557.

<sup>546</sup>Informelle Sitzung der Außenminister, 23. 7. 1945, britische Notizen, DDP II/1, S. 1560 (ausführlicher als das US-Protokoll).

<sup>547</sup>Sitzung des Economic Subcommittee, 20. 7. 1945, FRUS, PD II, S. 183-184; DDP II/1, S. 1387-1388; dazu Monckton an Eden, 21. 7., ebda., S. 864-866. Wie Mosely an Clayton schrieb, lief der sowjetische Vorschlag auf "eine Revision des Abkommens über die Zonen hinaus, diesmal auf Kosten der britischen Zone", 21. 7., ebda., S. 866-867. So auch das Memorandum des Leiters der politischen Abteilung der US-Group, Control Council, Heath, 21. 7., ebda., S. 867-868.

<sup>548</sup>Unterredung Byrnes-Molotow, 23. 7. 1945, sowjetische Notizen, KSU, PD, S. 128.

<sup>549</sup>Informelle Sitzung der Außenminister, 23. 7. 1945, US-Notizen, DDP II/1, S. 1558.



zum Austausch in die westlichen Zonen liefern und müsse auf einem Betrag von 3 Milliarden Dollar als Reparationen aus den Westzonen ohne Gegenleistungen bestehen.<sup>550</sup> Ferner verwies man auf Sicherheitsgründe, auf die Zerstörung der russischen Schwerindustrie. Maiski versuchte, die Reparationsfrage gegenüber dem Lebensmittel- und Brennstoffproblem als dringlicher einzustufen.<sup>551</sup> Auch diese Sitzung endete ergebnislos, da die amerikanischen und britischen Vertreter nicht bereit waren, Moskau Lieferungen ohne Gegenleistung zuzusichern.<sup>552</sup> Daraufhin unterbreitete die US-Delegation ihren am 22. und 23. Juli konzipierten Reparationsvorschlag, der zwei von drei Änderungswünschen der Briten berücksichtigte, darunter in abgewandelter Form das Prinzip der Vorrangigkeit: Die zonenbezogenen Entnahmen sollten erst nach genehmigten Einfuhren erfolgen dürfen; außerdem sollten sie nicht mit dem Grundsatz der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands unvereinbar sein.<sup>553</sup>

In der Außenministersitzung am 27. Juli zeigte Byrnes Geschick in der Auslegung der Reparationsvereinbarung von Jalta. Er ließ sich von Molotow mit der Unterstellung, die US-Delegation habe in Jalta einem Betrag von 20 Milliarden Dollar zugestimmt, nicht in die Defensive treiben, wurde aber ungeduldig: "Wenn man ihn um eine Milliarde Dollar bitte und er sage, er wolle darüber reden, so heiße das nicht, daß er einen Scheck darüber ausstellen werde." Er erklärte, Pauley sei zu der Erkenntnis gelangt, der sowjetische Vorschlag sei "jetzt undurchführbar".<sup>554</sup> Byrnes hielt fest, in Jalta "sei die Diskussion von Deutschland als Ganzem ausgegangen und nicht von den heutigen Gegebenheiten, die darin beständen, daß ein großer Teil von Schlesien Polen übergeben worden sei". Spitz wies er auf die Plünderungen hin: Selbst in der im amerikanischen Sektor Berlins liegenden "American Telephone and Telegraph Company" seien alle Maschinen demontiert worden. Der Außenminister wies völlig berechtigt darauf hin, daß die Sowjetunion aufgrund ihres eigenmächtigen Handelns die Grundlagen der gemeinsamen Deutschlandpolitik in Frage gestellt hatte.

Im Anschluß daran ging die Diskussion erstmals offiziell zu Byrnes' informellem Vorschlag vom 23. Juli über. Der US-Außenminister bekräftigte, er "halte es für sehr wichtig, daß man einen anderen Plan annehme, weil der Versuch, den vorliegenden Plan durchzuführen, eine Quelle ständigen Ärgers zwischen ihnen sein werde, die Vereinigten Staaten wollten jedoch, daß ihre Beziehungen zur Sowjetunion so herzlich und freundschaftlich wie bisher seien".<sup>555</sup> Byrnes deutete an, die Reparationsfrage könne zu einem zentralen Problem im Verhältnis der beiden größten Alliierten werden. Byrnes

---

<sup>550</sup>Sitzung des Economic Subcommittee, britische Notizen, DBPO I/1, S. 665 ff., deutsch in DDP II/1, S. 1682-1689, hier S. 1684.

<sup>551</sup>Sitzung des Economic Subcommittee, DDP II/1, S. 1688.

<sup>552</sup>Vgl. den zweiten Bericht des Economic Subcommittee, 24. 7. 1945, DDP II/1, S. 686-687.

<sup>553</sup>"U.S. Position on Reparations - Final Pauley Version", FRUS, PD II, S. 869, dem Economic Subcommittee nach amerikanischen Angaben am 24. oder 25. Juli, nach sowjetischen Notizen am 25. Juli übergeben. Vgl. den britischen Vorschlagsentwurf, S. 860-861 u. 1027. Vgl. Teil 3, Kap. 4. 6.

<sup>554</sup>9. Sitzung der Außenminister, 27. 7. 1945, US-Notizen, DDP II/1, S. 1751 (Orig. in FRUS, PD II, S. 425). Die folgenden Zit. ebda. Vgl. auch das Schreiben Pauleys an Maiski, das nach Billigung von Byrnes und Truman dem neuen sowjetischen Vertreter im Economic Subcommittee am 28. 7. überreicht wurde; ebda., S. 715-718.

<sup>555</sup>9. Sitzung der Außenminister, 27. 7. 1945, US-Notizen, DDP II/1, S. 1752-1753, vgl. die britischen Notizen, S. 1770-1771, und die sowjetischen Notizen, S. 1780-1781.

wollte die Bombe entschärfen, doch es war die Frage, ob nicht auch auf anderen Feldern Sprengsätze liegen würden. Die Frage lautete zugespitzt: waren die Reparationen eine Ausnahme in einem sonst von Einigkeit geprägten Verhältnis, oder waren sie der Vorbote, ja der Kern eines Grundsatzkonfliktes in der Deutschlandpolitik, der für Deutschland als Ganzes gravierende Folgen haben würde?<sup>556</sup>

In einem weiteren informellen Gespräch im Anschluß an diese Sitzung, auf der nicht zuletzt wegen der zeitweiligen Abwesenheit der britischen Delegation von Potsdam keine Entscheidung getroffen werden konnte, sondierte Byrnes erneut, ob der Volkskommissar sich mit dem amerikanischen Reparationsplan einverstanden erklärte. Molotow konterte mit der Frage, ob Byrnes' Vorschlag nicht bedeute, daß jede Macht unabhängig in ihrer eigenen Zone vorgehe? Laut sowjetischem Protokoll antwortete Byrnes, "er halte das für die einzig mögliche Lösung der Frage".<sup>557</sup> In den US-Notizen heißt es über Byrnes' Antwort weniger eindeutig, Molotows Interpretation sei "true in substance". Byrnes verwies im gleichen Atemzug auf den Plan, Vereinbarungen über einen Austausch von Warenlieferungen zwischen den Zonen zu treffen.<sup>558</sup> Konkret schlug er vor, mit britischem Einverständnis könnten aus dem Ruhrgebiet Maschinen und Anlagen entnommen und gegen Güter - Nahrungsmittel und Kohle - aus der sowjetischen Zone ausgetauscht werden.<sup>559</sup>

Wie Byrnes wiederholte, sei die US-Regierung nicht bereit, "to pay out money in order to keep Germans working to produce reparations for others". Molotow entgegnete hinterlistig, er habe in Jalta den Eindruck gewonnen, die Amerikaner seien mit den Sowjets überein gewesen, soviel Reparationen wie möglich aus Deutschland herauszuziehen, hätten ihre Haltung aber scheinbar aufgegeben. Dies bestritt Byrnes und verwies auf die veränderte Lage: das Ausmaß der Zerstörung in Deutschland, die Definition der Kriegsbeute und die de-facto Abtretung eines großen und produktiven Teils des früheren Deutschland.

Als Molotow hartnäckig nach einem Betrag für Reparationen aus dem Ruhrgebiet an die Sowjetunion fragte, verwies Byrnes darauf, mit den Briten und mit seinen eigenen Experten beraten zu müssen. Byrnes nannte es den Vorzug seines Planes, "daß die Russen Herr in ihrer Zone seien", und daß man den Streitigkeiten darüber entgehe, "welcher Teil der Anlagen für den Bedarf der Bevölkerung in Deutschland belassen werden sollte".<sup>560</sup> Auch wenn Byrnes seine Formulierung wählte, um dem noch immer zögernden Molotow die Annahme seines Planes schmackhaft zu machen: es war offenkundig, daß die amerikanische Regierung zu dem Entschluß gekommen war, den Versuch einer Einflußnahme auf die Entwicklungen in der sowjetischen Zone weitgehend aufgeben zu müssen.

Es schien, daß Byrnes' Bemerkung auch in verklausulierter Form auf ein amerikanisches Vorhaben deutete, aus den westlichen Zonen möglichst wenig Demontagen vor-

---

<sup>556</sup>Foschepoth, Konflikte, S. 176, bejaht diese Frage; das Reparationsproblem sei zum "entscheidenden Faktor der wirtschaftlichen und politischen Neuordnung Deutschlands und Europas und damit der Neuordnung des Verhältnisses der Siegermächte nach dem Krieg zueinander" geworden.

<sup>557</sup>Unterredung Byrnes-Molotow, 27. 7. 1945, sowjetische Notizen, DDP II/1, S. 1793.

<sup>558</sup>Unterredung Byrnes-Molotow, 27. 7. 1945, US-Notizen, FRUS, PD II, S. 450.

<sup>559</sup>Ebda.; DDP II/1, S. 1790.

<sup>560</sup>Unterredung Byrnes-Molotow, 27. 7. 1945, sowjetische Notizen, DDP II/1, S. 1794.

nehmen zu wollen. Auf Molotows Frage, ob die USA die Industrie noch zu Sicherheitsmaßnahmen reduzieren wollten - eine Anspielung auf den Morgenthau-Plan -, antwortete Byrnes laut amerikanischem Protokoll, "that was still our intention", fügte jedoch hinzu: die einzige Frage sei es, wieviele Anlagen im Austausch gegen Güter aus der sowjetischen Zone zur Verfügung stünden. Laut sowjetischem Protokoll drückte Byrnes sich klarer aus: "die Industrie im Ruhrgebiet werde reduziert, weil die Sowjetunion die Anlagen brauche".<sup>561</sup> Diese Äußerung bestätigte die amerikanische Abkehr von dem Prinzip der Sicherheit vor Deutschland durch eine Zerstörung seiner Industrie. Entscheidend war nunmehr die Frage, wie man die sowjetischen Wünsche gleichzeitig einhegen und zufriedenstellen konnte.

Byrnes bejahte dann Molotows Interpretation, der US-Plan habe einen Austausch von Reparationen zwischen den Zonen im Sinn. Dies traf natürlich so nicht zu: während Lieferungen von Industriegütern an Moskau nur als Reparationen verstanden werden konnten, hatten Nahrungsmittellieferungen aus dem Osten mit Reparationen gar nichts zu tun, denn sie dienten der Versorgung der deutschen Bevölkerung. Es war dieser Unterschied, auf den die britischen Sachverständigen den US-Außenminister verweift hinwiesen, da sie den Eindruck erhielten, die US-Delegation habe das Interesse am Erhalt der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands aufgegeben, indem sie unterschiedslos Maschinen gegen Nahrungsmittel aufrechne.<sup>562</sup>

## **27. 7. Reparationen und Grenzen. Außenminister Byrnes und die Paketlösung von Potsdam**

Doch für Byrnes stand es außer Frage, wieder hinter seinen Plan, den er energisch verfolgte, zurückzugehen. Vielmehr arbeitete er daran, seine Paketlösung um einen wesentlichen Bestandteil zu erweitern. Spätestens im Anschluß an seine Unterredung mit Molotow am 27. Juli muß Byrnes seinen Plan entwickelt haben, die Einigung über die Reparationen mit der Frage der polnischen Verwaltung der deutschen Ostgebiete bis zur östlichen Neiße zu verknüpfen. Das geht hervor aus einer Aufzeichnung des Staatssekretärs im Foreign Office, Sir Alexander Cadogan, der die britische Delegation in Potsdam vorübergehend leitete. Am Abend des 27. Juli erläuterte Byrnes dem britischen Diplomaten in groben Zügen seine Paketlösung.<sup>563</sup>

Es gibt einige Hinweise dafür, daß die US-Delegation sogar schon vor dem Beginn der Potsdamer Konferenz das Verhältnis zwischen Reparationen und dem abzutretenden deutschen Gebiet prüfen ließ, um die beiden strittigen Hauptprobleme in einem behandeln zu können. Dieser Gesichtspunkt, ebenso wie mögliche Anregungen der britischen Seite, wird beleuchtet in Kap. 5. 4. und Teil 3, Kap. 4. 7. Hier sei nur erwähnt, daß man eine Lösung dafür suchte, den Stillstand bei den Reparationen und der Grenzfrage zu überwinden, der jeweils durch sowjetische *faits accomplis* herbeigeführt worden war, und zwar hinsichtlich der wilden Demontagen, der erfolgten Übergabe der Ostgebiete

<sup>561</sup>Unterredung Byrnes-Molotow, 27. 7. 1945, US-Notizen, DDP II/1, S. 1791, und sowjetische Notizen, S. 1794 (Zit.).

<sup>562</sup>Vgl. Teil 3, Kap. 4. 6.

<sup>563</sup>Aufzeichnung Cadogans über ein Gespräch mit Byrnes, 27. 7. 1945, DBPO, I/I, Doc. 437, S. 944-945; DDP II/1, S. 1797. Vgl. auch den Vermerk Cadogans vom 28. 7. 1945, ebda., S. 1810, DBPO I/1, Doc. 440, S. 947-948.

an Polen sowie der Kompromißlosigkeit der sowjetischen Delegation in der Beratung beider Fragen in Potsdam.

Angesichts der sowjetischen Weigerung, die Gebiete östlich der Linie Oder-Lausitzer Neiße in die Reparationsregelung einzubeziehen, ein Schritt, der automatisch die Forderung nach, relativ gesehen, umfangreicheren Lieferungen aus den Westzonen zur Folge haben mußte, lag die Frage nahe, welche beweglichen und festen Vermögenswerte sich zum einen in der sowjetischen Zone - etwa 40% des deutschen Territoriums von 1937 - befanden, zum anderen aber in den Gebieten westlich von Oder und Neiße. Unter der Vorstellung, daß die Sowjetunion alles aus ihrer Zone abtransportierte, was beweglich war, und das nicht Transportierbare für sich nutzte, ließ sich ein ziemlich genauer Eindruck davon gewinnen, welche Vermögenswerte sie entwendete.

Die US-Wirtschaftsexperten kamen zu dem Ergebnis, 40% der Industrie und des Bergbaus, knapp 50% der Landwirtschaft und etwa 45-49% des gesamten deutschen Volksvermögens befänden sich in der sowjetischen Zone.<sup>564</sup> In einem zweiten Schritt untersuchten die Amerikaner auch das Volksvermögen östlich der Oder-Neiße-Linie. Der Neiße-Fluß war zwar nicht näher bezeichnet, doch findet sich ein indirekter Hinweis darauf, daß man die Lausitzer Neiße meinte: In dem Unterkapitel "Wertschöpfung und Industrie" wurden folgende Provinzen einzeln aufgeführt: Pommern, Brandenburg, Niederschlesien, Oberschlesien und Ostpreußen. Der Anteil Niederschlesiens, das östlich der Lausitzer Neiße lag, war fast vollständig in die Summe dieser errechneten Wertschöpfung östlich der Oder-Neiße-Linie, wie es ungenau hieß, eingegangen. Das konnte eigentlich nur bedeuten, daß die meisten der Untersuchungen sich auf die Gebiete östlich von Oder und Lausitzer Neiße bezogen.<sup>565</sup>

Allerdings ergab sich bei dem errechneten Wert von etwa 45-50% des deutschen Volksvermögens ein großes Problem: auch wenn die Amerikaner in Jalta davon ausgegangen waren und dies in Moskau bestätigt hatten, daß der Sowjetunion ein Reparationsanteil von 50% zustand, hatten sie sich auf absolute Zahlen nicht oder nur unter größtem Vorbehalt eingelassen. Sie hatten weder in Jalta noch in Moskau zugestanden, daß die Siegermächte Deutschland ausräumen würden, denn in einem solchen Fall würde den Deutschen nichts mehr bleiben außer ihren eigenen Feldern.

Wenn die US-Vertreter in Potsdam sich nunmehr - wie Byrnes am 23. Juli im Gespräch mit Molotow - auf die Zahl von 50% des deutschen Volksvermögens in der sowjetischen Zone bezogen, die formell dem 50%-Reparationsanteil zu entsprechen schien, den Moskau erhalten sollte, so widersprach dies bei näherer Hinsicht allem, was man bislang für eine vernünftige Planung gehalten hatte. Bot man den Sowjets an, sich in erster Linie in der eigenen Zone zu bedienen, weil die dortigen Vermögenswerte in etwa dem ihnen versprochenen Reparationsanteil von 45-50% entsprachen, so bedeutete das im Klartext, daß man einkalkulierte, daß die Sowjetunion den Lebensstandard in ihrer

---

<sup>564</sup>Pauley an Clayton, 25. 7. 1945, FRUS, PD II, S. 877-878; DDP II/1, S. 694-695, ferner die (meist undatierten) Arbeitspapiere in FRUS, PD II, S. 879-885; DDP II/1, S. 695-702. Die Quelle für die Angaben zur Industrie war die Publikation "Die deutsche Industrie" des Reichsamtes für wirtschaftliche Planung.

<sup>565</sup>Arbeitspapier der US-Delegation, undat., FRUS, PD II, S. 879-881, hier S. 880; DDP II/1, S. 695-697, hier S. 696.

Zone nahezu auf null herunterschraubte. Dies aber war eine Folge, die ironischerweise selbst die Vorstellungen im Morgenthau-Plan übertraf.

Zwar hieß es in einer internen amerikanischen Berechnung, hinsichtlich des Moskauer zustehenden 50%igen Anteils an einmaligen Reparationen - also Demontagen - seien in der sowjetischen Zone lediglich 30% zu entnehmen, da Deutschland in Friedenszeiten ein bestimmter Anteil an Leichtindustrie verbleiben müsse.<sup>566</sup> Die Berechnung war dabei, daß zwar 40% der gesamten deutschen Industrieproduktion in der sowjetischen Zone lagen, daß aber dort nur bis zu einem Gesamtanteil von 30% an der deutschen Industrieproduktion demontiert werden sollte. Das bedeutete, daß im Idealfall noch 10% der gesamten Industrieproduktion in der sowjetischen Zone, berechnet auf das deutsche Gesamtvermögen, verbleiben würden, mit anderen Worten, 75% aller Industrieanlagen aus der sowjetischen Zone würden demontiert werden - und die dortige Bevölkerung hätte ihren industriellen Lebensstandard auf ein Viertel des Vorkriegsniveaus absenken müssen. Im Grunde entsprach dies den sowjetischen Forderungen in Jalta, als Maiski eine Demontage von 80% der deutschen Schwerindustrie gefordert hatte. Das Arbeitspapier kam dann zu dem Schluß, daß man Moskau zusätzlich 20% aller Demontagen aus den westlichen Zonen anbieten müsse.<sup>567</sup>

Ein anderes Arbeitspapier faßte den Sachverhalt jedoch - ob gewollt oder ungewollt - noch viel schärfer: es hieß, daß sich in der russischen Zone 45% des deutschen Volksvermögens befänden, also müßten die Russen "aus den anderen drei Zonen den Rest erhalten".<sup>568</sup> Diese Berechnung war problematisch - denn es gab bislang keine Einigung darüber, daß der Sowjetunion 50% des gesamten deutschen Volksvermögens (also nicht nur der Industrie) an Reparationen zustanden. Über diese Frage diskutierten die Amerikaner mit den sowjetischen Vertretern auch nicht.

Doch auch wenn man sich nur auf die angeblich noch fehlenden 20% der Demontagen bezog, die man Moskau aus den westlichen Zonen anbieten müsse: es gab keinerlei Garantie dafür, daß die Sowjets nicht auch noch die eigentlich zu verbleibenden 25% der ostdeutschen Leichtindustrie entfernen würden. Streng genommen hätte man der Sowjetunion also, da ihre Politik unilateral ausgerichtet war und sie sich mit Blick auf das, was sie in ihrer Zone entnahm, nicht in die Karten schauen ließ, gar keine Anlagen aus den westlichen Zonen zugestehen dürfen. Wenn man dies aber tat - ob mit oder ohne Gegenleistung - hätte man eigentlich einen Versuch unternehmen müssen, auf den Erhalt eines gewissen Lebensstandards in der sowjetischen Zone zu drängen - und sei es nur im diplomatischen Verhandlungspoker. Dazu rieten die Briten, doch drängten die Amerikaner bei den Sowjets nicht darauf. Das war das Problem des reinen Prozenzhandels: weil der Maßstab für die Berechnung letztlich fehlte, und auch keinerlei Anstrengung unternommen wurde, einen solchen Maßstab festzulegen, ermunterte man die Sowjetunion sogar noch, ihre eigene Zone auszupressen.

---

<sup>566</sup>Gemeint waren hier "Textilindustrie, Bekleidungsindustrie, Papier- und Zellstoffindustrie, Druck- und papierverarbeitende Industrie, Keramische und Glasindustrie, Sägewerke usw.": Arbeitspapier der US-Delegation, 26. 7. 1945, DDP II/1, S. 699.

<sup>567</sup>Arbeitspapier der US-Delegation, 26. 7. 1945, DDP II/1, S. 700; Orig.: FRUS, PD II, S. 885.

<sup>568</sup>Aufzeichnung, undat., DDP II/1, S. 698; Orig. FRUS, PD II, S. 882-883.

So problematisch die amerikanische Einwilligung sein mochte, die sowjetische Zone ihrem Schicksal zu überlassen, so ist es andererseits unbestreitbar, daß die US-Delegation letztlich nachvollzog, was von der sowjetischen Besatzungsmacht vorexerziert wurde. Denn egal was man unternahm: da die sowjetische Delegation einer gemeinsamen Definition, welche Reparationspolitik man in Deutschland betreiben wolle, nicht zugänglich war, bestand de facto kein westlicher Einfluß auf die Behandlung der Bevölkerung in der sowjetischen Zone. Deswegen versuchten die Amerikaner wohl wenigstens ein sowjetisches Mitspracherecht bei den Angelegenheiten, die die westlichen Zonen betrafen, zu begrenzen.

Am 29. Juli kam es schließlich zu einer entscheidenden bilateralen Zusammenkunft zwischen Präsident Truman, Byrnes und Molotow, der Stalin vertrat. Zum ersten Mal verknüpften die Amerikaner offiziell die Fragen der Reparationen und der polnischen Westgrenze. Byrnes stellte es so dar: wenn eine Vereinbarung über die Reparationen im amerikanischen Sinne getroffen werden könne, werde Washington dem Wunsch der sowjetischen Delegation bezüglich der polnischen Westgrenze entgegenkommen. Byrnes legte den amerikanischen Vorschlag über die Linie Oder-östliche Neiße vor (vgl. Kap. 5. 4.). Als Molotow Klarheit über die "Menge der Anlagen" aus dem Ruhrgebiet haben wollte, stellte Byrnes fest, es sei laut Meinung der Sachverständigen "unmöglich", feste Zahlen zu nennen, doch biete man der Sowjetunion "25% der gesamten Anlagen" an, die "als für Reparationen aus dem Ruhrgebiet zur Verfügung stehend" angesehen würden.<sup>569</sup>

Diese Formulierung beließ die Möglichkeit, daß ein bedeutender Teil der Anlagen und Fabriken im Ruhrgebiet nicht für Reparationen zur Verfügung stehen werde, weshalb die Bezugsgröße für die 25% wohl unklar gehalten war. Genau daran stieß sich Molotow. Andererseits hatten interne amerikanische Berechnungen ergeben, daß im Ruhrgebiet "42% der einmaligen Entnahmen in Deutschland" enthalten seien.<sup>570</sup> Wenn man den Russen davon 25% gab, blieben im Ruhrgebiet noch etwa 30% aller Anlagen übrig, die für eine einmalige Entnahme geeignet waren. Auch wenn man Molotow diese Zahlen nicht mitteilte, schien man auf amerikanischer Seite doch bereit zu sein, sich weitestgehend an das zu halten, was man der Sowjetunion zugestanden hatte.

Im folgenden entspann sich eine harte Verhandlung, in der Byrnes und Truman ihre Position beibehielten und insbesondere die Nennung von Zahlen ablehnten. Byrnes vergaß nicht, die Gegenleistungen aus der sowjetischen Zone, Nahrungsmittel und Kohle, zu betonen. Schließlich drohte Byrnes, wenn eine Einigung nicht erfolge, werde die Sowjetunion "nur das bekommen, was sie aus ihrer Zone entnehmen könne".<sup>571</sup>

Es ist ein eigener Gesichtspunkt, ob vor dem Hintergrund der amerikanischen Berechnungen und des massiven sowjetischen Interesses an Reparationen aus dem Ruhrgebiet Konzessionen im Hinblick auf die territoriale Regelung überhaupt notwendig waren,

---

<sup>569</sup>Unterredung Truman/Byrnes-Molotow, 29. 7. 1945, US-Notizen, DDP II/1, S. 1848 (Orig.: FRUS, PD II, S. 471 f.), Truman, Memoiren, I, S. 406-408. Das Angebot Byrnes dürfte auf den mündlichen Vorschlag und die schriftliche Ausarbeitung seines Stellvertreters Clayton vom 29. 7. zurückgehen, siehe FRUS, PD II, S. 900-901.

<sup>570</sup>Arbeitspapier der US-Delegation, 26. 7. 1945, FRUS, PD II, S. 884-885; DDP II/1, S. 700.

<sup>571</sup>Unterredung Truman/Byrnes-Molotow, 29. 7. 1945, sowjetische Notizen, DDP II/1, S. 1858. Die sowjetischen Protokolle sind hier wesentlich ausführlicher und genauer als die US-Notizen.

um die sowjetische Zustimmung zu dem amerikanischen Reparationsplan zu gewinnen. Auch bei einer vollkommen getrennten Behandlung beider Probleme hätte Byrnes wohl über genügend Druckmittel verfügt, die Reparationsfrage in seinem Sinne zu lösen, also auch Nahrungsmittellieferungen aus den Ostgebieten sicherzustellen.<sup>572</sup> Denn das amerikanische Angebot bestand ja aus *zwei* wesentlichen Teilen: die Lieferung von Reparationen aus dem Ruhrgebiet und die Anerkennung der Linie an Oder und - zunächst östlicher - Neiße. Dagegen wünschte man nur *eine* Gegenleistung, die nicht einmal den Westmächten, sondern den Deutschen zugute kam: die Lieferung von Nahrungsmitteln. So wie Moskau ein Teil der Reparationen aus dem Ruhrgebiet zustehen mochte - mit o. g. Vorbehalten -, hatten Washington und London für ihre Zonen ebenso ein Recht auf die Lieferung von Gütern des täglichen Bedarfs. Diese Konstellation bot per se eine gute Möglichkeit zum diplomatischen Handel. Doch Byrnes bot zusätzlich etwas an, was Warschau und Moskau nie zugestanden worden war: die Einrichtung der polnischen Verwaltung jenseits von Oder und östlicher Neiße - auch wenn Polen unzweifelhaft einen Gebietszuwachs im Westen erhalten sollte, etwa bis zur Oder. Daß Byrnes dann sogar noch die westliche Neiße anbieten sollte, ist als eine erhebliche Konzession zu werten.

Dies geschah vor der zehnten Außenministersitzung am 30. Juli, als Byrnes erneut an Molotow herantrat. Er habe neue Vorschläge zu der deutsch-polnischen Grenze und den Reparationen zu unterbreiten, die er noch nicht mit den Briten besprochen habe. Das territoriale Angebot bezog sich, wie erwähnt, auf die westliche Neiße.<sup>573</sup> Byrnes sagte, wenn Molotow und er sich auf den Vorschlag zu den Reparationen einigen könnten, werde er danach mit den Briten sprechen und versuchen, sie zu einer Zustimmung zu bewegen.<sup>574</sup> Dieses Vorgehen war bezeichnend für Byrnes' Diplomatie: er suchte zunächst ein bilaterales Arrangement und signalisierte Molotow so, daß er die Briten als eine zweitrangige Kraft einschätzte. Byrnes nutzte keine Gelegenheit, sich erst mit den britischen Vertretern zu einigen, was sicher einfacher gewesen wäre als mit den sowjetischen Delegierten und was den diplomatischen Druck hätte verstärken können, dessen Anwendung Byrnes mit seinem Vorgehen ohnehin einkalkulierte.

Angesichts der Tatsache, daß der Großteil der von Moskau beanspruchten Anlagen im Ruhrgebiet stand und daß vor allem die britische Zone einen hohen Bedarf an landwirtschaftlichen Gütern und Brennstoff hatte, war dieses Vorgehen im Grunde genommen ungehörig. Der US-Außenminister zog die Verhandlungsführung an sich und stellte die britische Delegation vor vollendete Tatsachen. Für die Annahme, Byrnes habe den Eindruck eines amerikanisch-britischen Blocks verhindern wollen, um die Sowjetunion zu Zugeständnissen zu bewegen, gibt es keinen Quellenbeleg. Außerdem war dafür die amerikanisch-sowjetische Konfrontation wohl schon zu ausgeprägt.

Obwohl Byrnes eine weitreichende territoriale Konzession angeboten hatte, legte er auch bei den Reparationen gegenüber dem Vortag noch einmal nach: er bot den Sowjets "25% derjenigen Industrieanlagen, die als für eine Friedenswirtschaft unnötig bestimmt

---

<sup>572</sup>Auch Tyrell, Großbritannien, S. 581, gibt zu bedenken, ob nicht die Wirksamkeit des Angebots, Material und Ausrüstung aus dem Ruhrgebiet zu liefern, hätte ausgelotet werden können.

<sup>573</sup>Vgl. Kap. 5. 4.

<sup>574</sup>Unterredung Byrnes-Molotow, 30. 7. 1945, US-Notizen, DDP II/1, S. 1873.

werden und aus dem Ruhrgebiet entnommen werden sollen". Zusätzlich würden 15% Industrieanlagen "ohne Gegenleistung irgendwelcher Art" aus dem Ruhrgebiet abgetreten, also ohne Nahrungsmittellieferungen.<sup>575</sup> Neu an diesem Vorschlag gegenüber dem vom 23. Juli<sup>576</sup> war auch ein weiteres Detail: es war nur von Lieferungen aus dem Ruhrgebiet die Rede, nicht mehr aus den westlichen Zonen insgesamt.

Auf den Gegenvorschlag Molotows, ohne Gegenleistung sollten 25% der Industrieanlagen an die Sowjetunion gehen, erwiderte Byrnes nur, er bezweifle, daß die Briten einer solchen Lösung zustimmten. Als Molotow auch auf die Anlagen in der US-Zone Anspruch erhob, entgegnete Byrnes ausweichend, die Amerikaner hätten für Reparationslieferungen an Frankreich, Holland, Belgien und Jugoslawien zu sorgen.

In der zehnten Außenministersitzung am gleichen Tag erläuterte Byrnes in Anwesenheit des neuen britischen Außenministers Bevin, es sei einfacher, nur vom Ruhrgebiet zu sprechen als von den westlichen Zonen insgesamt. Es werde aber eine getrennte Vereinbarung zwischen Amerikanern und Briten geben, um letztere mit Anlagen aus der amerikanischen Zone angemessen zu entschädigen. Als Bevin den Zahlen daraufhin nicht zustimmen konnte, weil diese sich nur auf die britische Zone bezogen, und als Molotow auch die US-Zone einbeziehen wollte, bestand Byrnes auf einer Halbierung der Prozentsätze: 12,5% mit Austausch und 7,5% ohne Austausch von Waren.<sup>577</sup>

Als Briten und Sowjets dann über das Vorrangigkeitsprinzip stritten, bedeutete Byrnes vielsagend: Wenn die Sowjets seinem Vorschlag zustimmten, hätten sie mit den Aus- und Einfuhren der amerikanischen Zone nicht zu tun. Alle Schwierigkeiten hinsichtlich der Importe und Exporte würden zwischen Amerikanern und Briten geregelt.<sup>578</sup> Tatsächlich ließ dieser Vorschlag den Westmächten die Möglichkeit, die Vorrangigkeit der Produktion festzulegen; die Sowjetunion hingegen konnte tun und lassen, was sie wollte.

Byrnes stellte ausdrücklich klar, er könne nur einer Paketlösung zustimmen, welche die Komplexe Reparationen, Gütertausch zwischen den Zonen und polnische Verwaltung in den Ostgebieten regele. Da keine Einigung erzielt werden konnte, wurde das Problem an die Regierungschefs überwiesen. Bei der Frage, wer über die Auswahl der Anlagen zur Demontage zu befinden habe, war Byrnes bereit, den Kontrollrat entscheiden zu lassen, doch müsse der jeweilige Zonenbefehlshaber das letzte Wort haben. Auf diese Weise war ein sowjetisches Mitspracherecht in den westlichen Zonen ausgeschlossen.

In der elften Plenarsitzung am 31. Juli erneuerte Byrnes sein Paketangebot mit den Zahlen von 25% und 15% im Hinblick auf das Ruhrgebiet bzw. 12,5% und 7,5% hinsichtlich der britischen und der amerikanischen Zone. Er bezeichnete eine Regelung, die beide westliche Zonen einbeziehe, als günstiger.<sup>579</sup> Der Außenminister machte fer-

<sup>575</sup>Vorschlag der US-Delegation, 30. 7. 1945, DDP II/1, S. 752 (Orig.: FRUS, PD II, S. 921).

<sup>576</sup>Unterredung Byrnes-Molotow, 23. 7. 1945, DDP II/1, S. 1528.

<sup>577</sup>10. Sitzung der Außenminister, 30. 7. 1945, britische Notizen, DDP II/1, S. 1898, US-Notizen, S. 1882-1883.

<sup>578</sup>10. Sitzung der Außenminister, 30. 7. 1945, US-Notizen, S. 1885.

<sup>579</sup>11. Plenarsitzung, 31. 7. 1945, US-Notizen (Außenministerium und Cohen), DDP II/1, S. 1939-1944, 1953-1957. Der US-Vorschlag vom 31. 7. ist auf Seite 768 abgedruckt. Vgl. Truman, Memoiren, I, S. 412.



ner deutlich, die USA seien nicht damit einverstanden, auch noch deutsche Auslandsinvestitionen und deutsches Gold als Reparationen einzuziehen. Präsident Truman war am Ende allerdings bereit, den Prozentsätzen der Sowjetunion entgegenzukommen: 15% der Demontagen sollten aus den westlichen Zonen im Austausch gegen Lieferungen von Nahrungsmitteln, Kohle, Kali, Holz und Erdölprodukten aus der sowjetischen Zone entnommen werden, 10% ohne Gegenleistungen. Als der britische Außenminister dem zustimmte, war die Einigung vollzogen. Byrnes hatte einen diplomatischen Erfolg errungen, auch wenn Stalin seine Prozentzahlen nicht sofort akzeptierte. Die Sowjetunion erklärte sich schließlich bereit, auf die Nennung einer festen Zahl ganz zu verzichten.

## **28. Die Vereinigten Staaten und die territoriale Behandlung Deutschlands**

### **28. 1. Selbstbestimmung, territoriale Kompensation, Umsiedlung. Präsident Roosevelt und die amerikanische Meinungsbildung zur deutschen Ostgrenze bis Jalta**

Bald nach dem amerikanischen Kriegseintritt begannen die zuständigen Beamten im State Department mit ersten Untersuchungen zur territorialen Neugestaltung Europas nach dem Krieg. Seit 1942 befaßte sich ein Unterausschuß des Advisory Committee on Post-War Foreign Policy mit der territorialen Neuordnung. Dieses sogenannte Territorial Subcommittee stand unter der Leitung des Geographen Isaiah Bowman, 1918 einer der Leiter der Inquiry und ein führender Territorialexperte der US-Delegation auf der Pariser Friedenskonferenz 1919. Bowman hatte in Paris seine Delegation im Ausschuß zur deutsch-polnischen Grenze vertreten und war derjenige Vertreter gewesen, der sich noch am nachdrücklichsten für die Umsetzung des Nationalitätenprinzips eingesetzt hatte.<sup>580</sup> Ähnlich wie der Finanzexperte Norman Davis bekleidete Bowman mittlerweile eine führende Position im renommierten Council on Foreign Relations: er war dort Vorstandsmitglied.

Mit Blick auf die zukünftige deutsch-polnische Grenze sprach sich das Territorial Subcommittee im August 1942 grundsätzlich für die Wiederherstellung der Vorkriegsgrenze von 1939 zwischen Deutschland und Polen aus, mit einer Ausnahme: die Stadt Danzig sollte nunmehr an Polen fallen - bei einer eventuellen Nutzung des Hafens durch Deutschland -, und es war für Polen ein Gebietsstreifen östlich der Weichsel vorgesehen. Obgleich man die Abtretung Ostpreußens erwog, gelangte das Subcommittee zu dem Schluß, das Gebiet doch bei Deutschland zu belassen.<sup>581</sup> Auch die polnisch-sowjetische Vorkriegsgrenze sollte unangetastet bleiben, obwohl sie sich am Nationalitätenprinzip orientierte.

Die Empfehlungen der Experten waren bemerkenswert. Bowman blieb dem Prinzip des Selbstbestimmungsrechts treu, von dem sich die US-Delegation in Paris 1919 im großen und ganzen hatte leiten lassen. Eine Westverschiebung Polens entfiel aus diesem Grund; der polnische Korridor sollte bestehen bleiben. Mit der Entscheidung für eine Abtretung Danzigs griff die Planungsgruppe nur den Vorschlag der US-Territorialexperten aus dem Jahre 1919 auf. Nun schien der Konfliktherd Danzig - ein

<sup>580</sup>Vgl. Teil 2, Kap. 7. 2. 1.

<sup>581</sup>"Tentative Views of the Territorial Subcommittee (March 7-August 7, 1942)", DDP I/2, S. 462.

Ziel deutscher Revisionspolitik in der Zwischenkriegszeit - die endgültige Übertragung der Stadt an Polen umso eher zu rechtfertigen. Das bedeutete aber nicht, daß die Experten nun einer Aussiedlung der deutschen Bevölkerung das Wort geredet hätten. Zu dem Thema hieß es, die Emigration aus Danzig solle erleichtert werden.

Die Grundlage der Beratungen im Territorial Subcommittee war, wie Isaiah Bowman es nannte, das "principle of minimum territorial change".<sup>582</sup> Die zukünftige Friedensordnung sollte so wenig wie möglich durch territoriale Verschiebungen oder gar Umsiedlungen großen Ausmaßes belastet werden, die das Selbstbestimmungsrecht zutiefst verletzen. In seinem überaus gemäßigten Ansatz hatte das Expertengremium allerdings die Rechnung ohne den sowjetischen Diktator Stalin gemacht, der keinen Zweifel daran ließ, daß die sowjetisch-polnische Vorkriegsgrenze nicht seinen Vorstellungen entsprach. Doch auch US-Präsident Roosevelt billigte die Vorschläge der Experten im wesentlichen nicht.

Auch die übrigen Unterausschüsse des Advisory Committee orientierten sich keineswegs streng am Selbstbestimmungsrecht. Der einflußreiche Staatssekretär Welles, Vorsitzender des Subcommittee on Political Problems, ließ es sich zwar nicht nehmen, öffentlich die Grundsätze der Atlantik-Charta hochzuhalten<sup>583</sup>, machte sich andererseits aber zum Fürsprecher einer "radical solution" der territorialen Probleme. Mit diesen Bemerkungen fand auch das Thema einer Aussiedlung der Bevölkerung Eingang in die amerikanische Nachkriegsplanung. In einer Sitzung des Political Subcommittee im Oktober 1942 sagte Welles in Opposition zu Bowman: "The question of transferring populations must be envisaged as a possibility which we may have to carry through." Welles verstand sich sogar - unter Bezugnahme auf den griechisch-türkischen Bevölkerungsaustausch von 1922 - zu der Formulierung einer "surgical operation of transfer".<sup>584</sup> Obwohl sich das Territorial Subcommittee in seinem Zwischenbericht vom 22. Oktober unverändert dafür aussprach, Ostpreußen bei Deutschland zu belassen, zeichnete sich in weiteren Sitzungen des übergeordneten Political Subcommittee ab, daß die Territorialexperten mit ihrem Ansatz in der Minderheit waren und daß alles auf die Abtretung Ostpreußens hinauslief.<sup>585</sup>

Auch Präsident Roosevelt ließ trotz seiner Forderung nach Handlungsfreiheit bei Kriegsende bereits gegen Ende des Jahres 1942 keinen Zweifel daran, daß Ostpreußen für Deutschland verloren sein würde. In einer Unterredung mit dem exilpolnischen Ministerpräsidenten Sikorski, der für sein Land Ostpreußen und Danzig forderte, unterstrich Roosevelt: "East Prussia must be yours".<sup>586</sup> In dieser Absicht stimmte Roosevelt

---

<sup>582</sup>Diskussionsbeitrag Isaiah Bowmans in einer Sitzung des Subcommittee on Political Problems, 17. 10. 1942, DDP I/2, S. 543.

<sup>583</sup>Vgl. die Rede von Sumner Welles anlässlich des Memorial Day, 30. 5. 1942, DDP I/2, S. 283 ff.

<sup>584</sup>Sitzung des Subcommittee on Political Problems, 17. 10. 1942, DDP I/2, S. 545, 546.

<sup>585</sup>Vgl. die Sitzungsprotokolle des Political Subcommittee vom 24. 10. 1942 (sowie die Zusammenfassung der Standpunkte von Mitgliedern), DDP I/2, S. 588-605, und vom 7. 11. 1942, S. 656-657.

<sup>586</sup>Notiz Sikorskis über eine Unterredung mit Roosevelt, 2. 12. 1942, DDP I/2, S. 713-714, Zit. 714. Vgl. das Memorandum Sikorskis für Roosevelt über die Westgrenzen Polens, 4. 12. 1942, ebda., S. 718. Siehe ferner die endgültige Fassung des Memorandums "German Problem with Special Relation to Poland" von Sikorski für Sumner Welles, 31. 12. 1942, in dem die Oderlinie als die natürliche Grenze für Polen gefordert wurde, ebda., S. 754-764. Dies ist eine interessante Parallele zu den Forderungen einiger Politiker und Publizisten nach einer scheinbar "natürlichen" Rheingrenze für Frankreich am Ende des Ersten Weltkriegs.

im März 1943 auch mit dem britischen Außenminister Eden überein. Der Präsident fuhr fort, "we should make some arrangement to move the Prussians out of East Prussia" und nannte - ähnlich wie Monate zuvor Sumner Welles - die Aussiedlung der Griechen aus der Türkei nach dem Ersten Weltkrieg als Vorbild. Das sei zwar "a harsh procedure", aber der einzige Weg, den Frieden zu sichern, und den Preußen sei unter keinen Umständen zu trauen.<sup>587</sup>

Im Interesse einer dauerhaften Friedensregelung war der Präsident bereit, die deutsche Besiedlung Ostpreußens rückgängig zu machen und das Selbstbestimmungsrecht der Völker, in der Atlantik-Charta noch festgehalten, zu vernachlässigen. Die polnische Forderung nach Ostpreußen allein konnte dabei der entscheidende Maßstab der Gebietsabtretung gar nicht sein, denn Roosevelt erklärte Eden ja, was Polen bekommen solle, hätten die Großmächte zu bestimmen. Die Radikalisierung des Nationalitätenprinzips, die mit dem Grundsatz der Selbstbestimmung nichts mehr gemein hatte, schien also am Ende eines Krieges, in dem die deutsche Kriegführung jedes Selbstbestimmungsrecht mit den Füßen getreten hatte, die angemessene Lösung zu sein.

Auch wenn die Art der deutschen Kriegführung, in der Verbrechen und Völkermord 1942 ihren Höhepunkt noch längst nicht erreicht hatten, oder die nationalsozialistischen Neuordnungspläne in Osteuropa nicht das bestimmende Motiv für die Entscheidung des Präsidenten waren, so schien für ihn doch unabweislich zu sein, daß die Existenz einer deutsch besiedelten Provinz östlich des Reiches und die Existenz eines polnischen Korridors einen beständigen, im Interesse des Friedens nicht mehr hinnehmbaren Unruheherd bildete. Deswegen bot sich auch eine Alternativlösung nicht an, die auf der Pariser Friedenskonferenz 1919 von polnischer Seite ins Spiel gebracht worden war: die Umwandlung Ostpreußens in eine entmilitarisierte, eigenständige Republik in Zollunion mit Polen.<sup>588</sup>

Roosevelt verfolgte demnach bereits im Jahre 1943 eine kombinierte Politik von Gebietsabtretung und Bevölkerungsumsiedlung. Ausdrücklich versicherte der Präsident dem Botschafter der polnischen Exilregierung in Washington, Jan Ciechanowski: "Keinen polnischen Korridor, Herr Botschafter! Diesmal wird es keinen Korridor mehr geben!"<sup>589</sup> Der Präsident bekräftigte seine Position in einer Besprechung mit Beamten des State Department zur Vorbereitung auf die Moskauer Außenministerkonferenz. Mit dem Hinweis, "all dangerous elements of the population" müßten gewaltsam ausgewiesen werden, meinte Roosevelt sicherlich Nationalsozialisten und Militärs.<sup>590</sup> Auch in einer Privatunterredung in diesen Wochen erklärte Roosevelt kurz und bündig: "Falls Polen wiedererrichtet wird, bekommt es Ostpreußen."<sup>591</sup> Auf der Moskauer Außenministerkonferenz einigten sich schließlich die Vertreter aller Mächte - einschließlich der US-Delegation - auf die Abtrennung Ostpreußens vom Deutschen Reich.<sup>592</sup>

---

<sup>587</sup>Notizen von Hopkins über eine Unterredung Roosevelt-Eden, 15. 3. 1943, FRUS, 1943, III, S. 15.

<sup>588</sup>Vgl. Teil 1, Kap. 7. 1. 2.

<sup>589</sup>J. Ciechanowski, *Vergeblicher Sieg*, Zürich 1948, S. 188.

<sup>590</sup>Hull, II, S. 1265.

<sup>591</sup>Notizen Spellmans über eine Unterredung mit Roosevelt, 3. 9. 1943, Gannon, S. 192.

<sup>592</sup>Hull, II, S. 1287.

Die Gipfelkonferenz von Teheran bot Ende 1943 die erste Gelegenheit für Roosevelt, seine Ansichten zur zukünftigen territorialen Gestalt Deutschlands mit Stalin und Churchill zu besprechen. Der Präsident äußerte sich zunächst allerdings nicht zur Frage der Grenzen, auch als Stalin klar für die Oderlinie plädierte und Churchill diese Forderung dann unterstützte, unter Einbeziehung "der Provinz Oppeln in den Bestand Polens".<sup>593</sup> Churchills Vorschlag über die Abtretung Ostpreußens entsprach den bisherigen Absichten Roosevelts.<sup>594</sup> Mit Blick auf Stalins Forderung nach den eisfreien Häfen Königsberg und Memel für die Sowjetunion, kurz vor Konferenzende aufgebracht, ist weder in den britischen, amerikanischen noch sowjetischen Notizen eine Reaktion Roosevelts verzeichnet.<sup>595</sup> Zu der zwischen Churchill und Stalin unstrittigen Westverschiebung Polens gab der Präsident in den Plenarsitzungen keine ausdrückliche Zusage.

Allerdings erklärte Roosevelt dem sowjetischen Diktator bei einer privaten Zusammenkunft am 1. Dezember den Grund für seine Zurückhaltung. In den USA lebten sechs bis sieben Millionen Menschen polnischer Abstammung, deren Stimme er bei den nächsten Wahlen nicht verlieren wolle. "[Roosevelt] said personally he agreed with the views of Marshal Stalin as to the necessity of the restoration of a Polish state but would like to see the eastern border moved further to the west and the Western border moved even to the River Oder."<sup>596</sup> Mit anderen Worten, Roosevelt befürwortete das Projekt einer Westverschiebung Polens. Doch könne er, fuhr der Präsident fort, weder in Teheran noch im nächsten Winter - also bis zu den Präsidentschaftswahlen im November 1944 - an einer Entscheidung teilnehmen, sich auch öffentlich nicht äußern. Diese Bemerkungen sind ein aussagekräftiges Beispiel für Roosevelts Rücksichtnahme auf die öffentliche Meinung in Amerika. Was dem Präsidenten allerdings nicht einfiel, war, seine private Zustimmung zur Westverschiebung Polens noch zurückzuhalten, um etwa ein diplomatisches Faustpfand in der Hand zu halten.

Als in der Plenarsitzung am 1. Dezember über die Curzon-Linie als zukünftige sowjetisch-polnische Grenze gesprochen wurde, fragte der Präsident den Kremlherrscher, ob Ostpreußen und das Gebiet zwischen der alten deutsch-polnischen Grenze und der Oder zusammengenommen der Fläche entsprächen, die die Sowjetunion eingliedern würde. Auf diese Weise signalisierte Roosevelt, ähnlich wie der britische Premierminister mit einer territorialen Kompensation zu liebäugeln, die sich an der absoluten Fläche orientierte. Stalin konnte auf die Frage keine Antwort geben, und Roosevelt wollte von ihm noch wissen, ob denn ein "voluntary transfer of peoples from the mixed areas" möglich sei, was Stalin, kaum verwunderlich, sofort bejahte.<sup>597</sup>

Der Zusatz des Wortes "freiwillig" zum Projekt der Bevölkerungsumsiedlung schien zu garantieren, daß die Methode der Vertreibung zur Regelung territorialer Probleme das Selbstbestimmungsrecht nicht in allzu dramatischer Weise verletzte. Welche Bedeutung

---

<sup>593</sup>"Tripartite Diner Meeting", 28. 11. 1943, FRUS, TD, S. 511-512; 4. Plenarsitzung, 1. 12. 1943, Fischer, JP, S. 86. Vgl. Moltmann, Deutschlandpolitik, S. 106-112.

<sup>594</sup>"Tripartite Diner Meeting", 28. 11. 1943, FRUS, TD, S. 511-512; 4. Plenarsitzung, 1. 12. 1943, FRUS, TD, S. 603-604; Fischer, TP, S. 86. Am 1. 12. plädierte Roosevelt für eine Aufteilung Deutschlands.

<sup>595</sup>4. Plenarsitzung, 1. 12. 1943, US-Notizen, FRUS, TD, S. 604; britische Notizen, Auszug bei Gilbert, Churchill, VII, S. 593; sowjetische Notizen, TD, S. 86.

<sup>596</sup>Roosevelt-Stalin Meeting, 1. 12. 1943, US-Notizen, FRUS, TD, S. 594; sowjetisches Protokoll, KSU, TD, S. 139; vgl. Bohlen, S. 151.

<sup>597</sup>"Tripartite Political Meeting", 1. 12. 1943, FRUS, TD, S. 600.

dabei die Freiwilligkeit für Stalins haben konnte, war natürlich eine andere Frage. Daß es zu einer Bevölkerungsumsiedlung - von Polen und Deutschen - im Zuge der jeweiligen Gebietsverluste kommen würde, war für den Präsidenten unstrittig, und er hatte nunmehr auf höchster Ebene, wenn auch vorsichtig, seine Billigung einer solchen Politik zu erkennen gegeben. Stalin dürfte hochzufrieden über seinen Konferenzserfolg gewesen sein, der ihn keinerlei Anstrengung gekostet hatte. Möglichwerweise war er auch "überrascht, mit welcher Beflissenheit die Staatsmänner des Westens seinen Wünschen entgegenkamen", und fühlte sich darin bestärkt, seine Forderungen umso unverfrorener weiterzutreiben.<sup>598</sup>

In seiner Privatunterredung mit Stalin am 1. Dezember hatte Präsident Roosevelt sich nun erstmals mit der Oder als deutsch-polnischer Grenzlinie einverstanden erklärt - ohne daß eigentlich eine diplomatische Notwendigkeit dafür bestanden hätte. Nachdem die britische Regierung vorgesprescht war und keinen Zweifel an einer Westverschiebung Polens gelassen hatte, gab auch der amerikanische Regierungschef der sowjetischen Führung grünes Licht für eine Behandlung Polens im Sinne Moskaus. Dabei setzte Roosevelt keinen diplomatischen Druck ein, um die deutsch-polnische Grenzregelung stärker am Selbstbestimmungsrecht auszurichten.<sup>599</sup> Es erleichterte die Diplomatie natürlich nicht, daß die von Stalin geforderte sowjetisch-polnische Grenze nicht nur weitgehend mit der Molotow-Ribbentrop-Linie übereinstimmte, sondern auch mit der Curzon-Linie, die am Nationalitätenprinzip ausgerichtet war.

Da die polnische Exilregierung erklärtermaßen nicht bereit war, der Curzon-Linie zuzustimmen, sah sich Roosevelt mit Blick auf die polnischstämmigen Wähler in Amerika gezwungen, zumindest diesen Teil der Grenzziehung für Polen geheim zu halten. Anders als Churchill war Roosevelt nicht bereit, mit den exilpolnischen Politikern Klartext mit Blick auf die polnisch-sowjetische Grenze zu reden, die aufgrund sowjetischen Drucks zu erwarten war. In einem Gespräch mit dem polnischen Ministerpräsidenten Mikolajczyk im Juni 1944 sprach Roosevelt die polnisch-deutsche Grenze an und schob den polnischen Politikern das Problem sogar zu: er stellte die Oderlinie als eine Forderung Stalins dar und bat um eine Stellungnahme der Polen. Roosevelt befürwortete in

---

<sup>598</sup>So Kettenacker, Krieg, S. 463.

<sup>599</sup>Das gleiche gilt für die Frage der baltischen Länder, die Stalin unverhohlen annectieren wollte. Roosevelt legte Stalin in der Unterredung am 1. 12. 1943 nahe, daß das Selbstbestimmungsrecht ("self-determination") vorwiegend eine Angelegenheit der öffentlichen Meinung war: "[W]orld opinion would want some expression of the will of the people" - vielleicht nicht sofort nach der sowjetischen Besetzung, aber eines Tages. Er sei zuversichtlich, daß die baltischen Völker für den Anschluß an die Sowjetunion stimmen würden! (Roosevelt-Stalin Meeting, 1. 12. 1943, US-Notizen, FRUS, TD, S. 595; sowjetische Notizen, KSU, TD, S. 138-139). Auf diese Weise gab Roosevelt Stalin zu verstehen, daß er selbst das Selbstbestimmungsrecht keineswegs in den Vordergrund rücken werde. Dabei war es eines, die realen Machtverhältnisse zu sehen, aber durchaus etwas anderes, dem sowjetischen Herrscher in vorausseilendem Gehorsam, quasi entschuldigend gegenüberzutreten. Kritisch ("a great mistake") äußert sich Roosevelts Dolmetscher Bohlen, S. 151-152, über dessen Haltung zu Polen und dem Baltikum.

Eine ähnliche Politik verfolgte Roosevelt in Jalta, als es um die Curzon-Linie ging. Er trug Stalin den Wunsch vor, dieser möge ein Zugeständnis machen und Lemberg an Polen geben, ohne aber auf diesem Zugeständnis zu bestehen. Indem Roosevelt keine diplomatische Verhandlungsposition aufbaute und lediglich ein Entgegenkommen Stalins appellierte, verlor er letztlich in der Frage, die ihm noch am wichtigsten war, die der polnischen Regierungsbildung. Stalin hatte mehrfach erfahren, daß er keine Konsequenzen zu befürchten hatte, wenn er gegenüber Roosevelt fest blieb. Freilich muß hinzugefügt werden, daß Churchill den Präsidenten in der Lemberg-Frage nicht unterstützte. 3. Plenarsitzung, 6. 2. 1945, FRUS, JD, S. 624.

dieser Unterredung erstmals auch die Abtrennung Schlesiens von Deutschland - unklar blieb nur, in welcher Ausdehnung. Überdies äußerte Roosevelt auch die Hoffnung - die er später jedoch nicht mehr aufgriff -, Stalin zum Verzicht auf das Königsberger Gebiet bewegen zu können.<sup>600</sup> Das bedeutet, daß Roosevelt durch sein Schweigen zu erkennen gegeben haben muß, die sowjetische Forderung nach einem Teil Ostpreußens zu billigen. Tatsächlich war dies nicht das einzige Beispiel für Roosevelts "Weltpolitik durch Schweigen".<sup>601</sup>

Das Problem bei den Grenzangelegenheiten war, daß es im Grunde genommen keine Maßstäbe mehr gab. Hätte Roosevelt sich für eine strenge Anwendung des nationalen Selbstbestimmungsrechts ausgesprochen, hätte er Polen nicht zufriedenstellen können. Denn wenn Roosevelt ihnen gegenüber im Namen des Selbstbestimmungsrechts darauf bestanden hätte, daß sie der Curzon-Linie zustimmen mußten, hätten die polnischen Vertreter darauf verweisen können, daß man sich in Ostpreußen und anderen Gebieten auch nicht an das nationale Selbstbestimmungsrecht halte, ganz abgesehen davon, daß die Exilregierung sich niemals freiwillig mit einer Verkleinerung ihres Territoriums abgefunden hätte. Hier zeigt sich das ganze Problem der territorialen Regelung nach dem Zweiten Weltkrieg: verzichtete man auf bestimmte Grundsätze oder Maßstäbe, war der Willkür Tür und Tor geöffnet, dann konnte es nur noch darum gehen, wer die besseren Karten in der Hand hielt.

Einige Monate nach Roosevelts Gespräch mit Mikolajczyk lag der Plan des US-Finanzministeriums über die Behandlung Deutschlands vor, der auch zur territorialen Regelung Stellung nahm und die Abtrennung Südschlesiens von Deutschland forderte, nicht jedoch die Ausdehnung Polens bis zur Oderlinie. Dafür sollten im Westen Deutschlands das Saargebiet und das Gebiet zwischen Rhein und Mosel an Frankreich abgetreten werden.<sup>602</sup> Dies stand zumindest teilweise im Zusammenhang mit der von Morgenthau geplanten Entindustrialisierung Deutschlands: denn mit dem Saargebiet ginge die Kohleförderung an Frankreich über. Hier zeigen sich Ähnlichkeiten mit der amerikanischen Position hinsichtlich der Saarfrage auf der Pariser Friedenskonferenz.<sup>603</sup>

Als das State Department versuchte, vor Jalta Ordnung in die ausufernden Pläne zur territorialen Regelung zu bringen, ging es darum, auf einen Maßstab für die Grenzziehung nicht völlig zu verzichten. So empfahl das State Department in den Unterlagen, die im Januar 1945 für Präsident Roosevelt zusammengestellt wurden, als Grundlage der Grenzregelungen "die größtmögliche Aussicht auf allgemeine Annahme und Stabilität".<sup>604</sup> Mit diesen Worten konnte nur gemeint sein, auch die Rolle der Deutschen bei der Entscheidungsfindung einzubeziehen.

Die Gesprächsunterlage vom 12. Januar befürwortete im einzelnen, Ostpreußen - bis auf das nördliche Königsberger Gebiet, das an Rußland fallen sollte -, Oberschlesien,

<sup>600</sup>Unterredung Roosevelt-Mikolajczyk, 12. 6. 1944, Ciechanowski, Vergeblicher Sieg, S. 304.

<sup>601</sup>Junker, Roosevelt, S. 142.

<sup>602</sup>"Suggested Post-Surrender Program for Germany", 5. 9. 1944, Kimball, Swords, Doc. 15, S. 101.

<sup>603</sup>Vgl. Teil 2, Kap. 7. 2.

<sup>604</sup>"Aus den Richtlinien - Die Behandlung Deutschlands. III. Grenzregelungen", 12. 1. 1945, FRUS, JD, S. 176, auch für das Folgende. Noch ausführlicher zur deutsch-polnischen Grenze ebda., S. 213-217.

ferner auch Danzig und Ostpommern an Polen fallen zu lassen. Die Abtretung Hinterpommerns wurde mit einer Begründung der deutsch-polnischen Grenze "nördlich Oberschlesiens" gerechtfertigt.<sup>605</sup> Die Abtretung Danzigs entsprach bereits den früheren Vorstellungen des Advisory Committee. Mit Blick auf Ostpreußen war die politische Entscheidung Präsident Roosevelts eindeutig.

Die vorgeschlagene Regelung wurde als die "angesichts der gegenwärtigen Umstände.. gerechteste Regelung" bezeichnet, eine Anspielung auf die territoriale Kompensation für Polen in Form der vereinbarten Westverschiebung des Landes. Außerdem war den Planern die Verschiebung der machtpolitischen Lage in Ostmitteleuropa natürlich nicht entgangen: die Sowjetunion und das Lubliner Komitee hatten mittlerweile Maximalforderungen aufgestellt und verlangten nicht nur Ober-, sondern auch Niederschlesien für den neuen polnischen Staat.

Um so mehr sahen sich die Experten im State Department offenbar genötigt, eine grundsätzliche Position zu formulieren. Sie widersetzten sich einer deutsch-polnischen Grenzziehung an der Oder, die von Moskau schon seit längerem gefordert und von Roosevelt und Churchill bereits akzeptiert worden war. Interessanterweise fand sich diese Position aber nicht in den Richtlinien zur Behandlung Deutschlands, sondern in den entschiedener formulierten Richtlinien für die US-Politik gegenüber Polen, die in den Unterlagen für Jalta enthalten waren. Darin hieß es unmißverständlich: "Wir sollten den übersteigerten Ansprüchen widerstehen, die jetzt von der Provisorischen Regierung in Lublin vorgebracht werden, auf "Kompensation" von Deutschland, die die Städte Stettin und Breslau in Polen einschließen und die Umsiedlung von acht bis zehn Millionen Deutschen notwendig machen würde." Eine "weniger radikale Lösung", so das Argument, werde "auf lange Sicht wesentlich zum zukünftigen Frieden und zur Beruhigung Europas beitragen".<sup>606</sup> "Unhaltbare Regelungen" hingegen würden die Existenz einer Weltsicherheitsorganisation "von Anfang an in Frage" stellen. Das Problem der Grenzregelung wurde in diesem Dokument mit dem Gesichtspunkt der globalen Sicherheit verknüpft. Deswegen sollte auch der Einfluß Amerikas bei der Grenzregelung geltend gemacht, eventuell auch eine Verhandlungsposition für Jalta aufgebaut werden.

Möglicherweise war in diese Richtlinien auch ein Bericht des US-Botschafters in Moskau, Harriman, eingegangen, der besorgt geschrieben hatte, Stalin verlange nach Gesprächen mit dem Chef der Provisorischen Regierung Frankreichs, de Gaulle, nunmehr die Anerkennung der Lausitzer Neiße als polnischer Westgrenze. Harriman hatte auf die organisatorischen und wirtschaftlichen - wenn auch nicht auf die grundsätzlichen - Probleme eines solchen Vorgehens hingewiesen.<sup>607</sup>

Während die Richtlinien des Außenministeriums für die Polenpolitik empfahlen, "alle Anstrengungen" zu unternehmen, um Polen, Briten und Sowjets für die vorgeschlagene

---

<sup>605</sup>Aus den Richtlinien - Die Behandlung Deutschlands. III. Grenzregelungen", 12. 1. 1945, FRUS, JD, S. 176. In den Richtlinien für die Politik gegenüber Polen, möglicherweise von einem anderen Experten verfaßt, hieß es: "[D]ie Eingliederung eines schmalen Streifens von Pommern, ...um den hervorspringenden deutschen Winkel in diesem Gebiet zu beseitigen" (ebda., S. 216).

<sup>606</sup>"Vorgeschlagene Politik der Vereinigten Staaten gegenüber Polen", undat., Januar 1945, siehe FRUS, JD, S. 214-215.

<sup>607</sup>Harriman an Stettinius, 19. 12. 1944, FRUS, JD, S. 204.

Lösung zu gewinnen<sup>608</sup>, hieß es in den Richtlinien zur Behandlung Deutschlands resignativer, die USA könnten sich angesichts des vermuteten (sowjetischen) Drucks einer noch größeren Abtretung deutscher Gebiete an Polen - de facto also der Oderlinie - wohl kaum erfolgreich widersetzen.<sup>609</sup> Auch glaubten die Verfasser dieses Dokumentes kaum, eine Aussiedlung der deutschen Bevölkerung aus den abzutretenden Gebieten verhindern zu können, da sie von der polnischen Exilregierung und dem Lubliner Komitee gefordert werde, ebenso wie auch die Tschechoslowakei die Ausweisung von etwa 1. 5 Millionen Sudetendeutschen verlange. Immerhin befürwortete das State Department eine Beschränkung dieser "Überführungen auf ein Minimum".<sup>610</sup>

Dem Außenministerium ging es in beiden zitierten Richtlinien darum, das Selbstbestimmungsrecht, das allerdings nicht eigens als Grundsatz der Grenzregelung benannt wurde, bei den bevorstehenden territorialen Veränderungen nicht gänzlich unberücksichtigt zu lassen. Die Abtrennung des mehrheitlich deutsch besiedelten Ostpreußen und des erwähnten Gebietes in Ostpommern verstieß ohne Zweifel gegen das Selbstbestimmungsrecht, während in Oberschlesien ein beträchtlicher Anteil - etwa 40% - der Bevölkerung polnisch oder polnischstämmig war - wie die Volksabstimmung im März 1921 erwiesen hatte.<sup>611</sup> Die in den Richtlinien zur Behandlung Deutschlands skizzierten Gebietsabtretungen zögen, wie das Außenministerium selbst angab, bereits eine Überführung von etwa 3, 4 Millionen Deutschen unter polnische Herrschaft nach sich. Dabei wurde deutlich, daß der Autor dieser Vorlage - anders als in den Richtlinien zur Polenpolitik - nicht von einem Automatismus zwischen Gebietsverlust und Bevölkerungsumsiedlung ausging.

## **28. 2. Oder-Linie oder Oder-Neiße-Linie? Die amerikanische Diplomatie in der Grenzfrage von Jalta bis Potsdam**

Vor Beginn der Konferenz von Jalta stimmten sich die Delegationen der USA und Großbritanniens hinsichtlich ihrer Politik ab. Auf einer Außenministersitzung am 1. Februar in Malta kam auch die polnisch-deutsche Grenze kurz zur Sprache. Der Leiter der Abteilung für europäische Angelegenheiten im State Department, Matthews, unterstützte den Vorschlag des britischen Außenministers Eden zur Grenzziehung. Eden hatte Ostpreußen, einen Teil Oberschlesiens und "gewisse andere Gebiete bis zur Oder" für Polen vorgesehen. Matthews verwies auf "den Einschluß des östlichen Zipfels von Pommern". Er betonte, eine Bevölkerungsumsiedlung müsse "schrittweise und nicht überstürzt vor sich gehen".<sup>612</sup> Die Außenminister kamen auch überein, den Regierungschefs Vorlagen mit einer abgestimmten Haltung in der polnischen Frage darzulegen.<sup>613</sup>

---

<sup>608</sup>"Vorgeschlagene Politik der Vereinigten Staaten gegenüber Polen", undat., Januar 1945, FRUS, JD, S. 215.

<sup>609</sup>"Aus den Richtlinien - Die Behandlung Deutschlands", 12. 1. 1945, FRUS, JD, S. 176.

<sup>610</sup>FRUS, JD, S. 177.

<sup>611</sup>Die von den Experten des Außenministeriums angefertigte Karte bezog sich auf deutsche Volkszählungen von 1939. Der Prozentsatz der Deutschen in Oberschlesien war mit 57%, in Niederschlesien mit 100% angegeben. Für das südliche Ostpreußen und für Danzig war laut Zählung von 1925 der Anteil der Deutschen mit 93, 8% bzw. 92, 8% angegeben. Siehe FRUS, JD, S. 214-215.

<sup>612</sup>Sitzung der Außenminister, 1. 2. 1945, FRUS, JD, S. 471. Vgl. Teil 3, Kap. 5. 2.

<sup>613</sup>Ebda., S. 466.



Ein Memorandum der US-Delegation befürwortete dann mit Blick auf die territoriale Regelung einerseits die Curzon-Linie mit einer Abweichung in der Provinz Lodz - gemeint war Lemberg - zugunsten Polens. Danach hieß es, hinsichtlich des deutschen Territoriums, das Polen zum Ausgleich erhalten solle, "sollten wir jede Anstrengung unternehmen, diesen Ausgleich auf Ostpreußen (ausschließlich Königsberg), auf einen kleinen Vorsprung von Pommern, der etwa ein Gebiet ca. hundert Meilen westlich entlang der Ostseeküste umfassen würde, auf den Polnischen Korridor und auf Oberschlesien zu beschränken". Wenn für Polen die Provinz Lodz - Lemberg! - nicht gesichert werden könne und die Forderung nach einem größeren Ausgleich für Polen aufkomme, solle die US-Delegation alles unternehmen, "um diese Kompensationen auf ein Minimum zu beschränken", vor allem wegen der großen Bevölkerungstransfers aus diesen "rein deutschen" Gebieten. Die Deutlichkeit des letzten Satzes ließ nichts zu wünschen übrig: "Wir sollten uns stärkstens Bestrebungen widersetzen, die polnische Grenze bis zur Oder-Linie oder bis zur Oder-Neiße-Linie gehen zu lassen."<sup>614</sup>

Diese Empfehlung ging möglicherweise ein in die Vorlage von Stettinius an Roosevelt vom 2. Februar. Beide Dokumente entsprachen im übrigen genau den Ausarbeitungen in Washington aus dem Januar 1945. Die gemäßigten Vorstellungen des State Department hatten nunmehr auch Unterstützung von britischer Seite erhalten, ohne daß die Planungen zwischen Washington und London vor Malta abgestimmt gewesen wären.

Die entscheidende Frage lautete natürlich, ob Präsident Roosevelt - abgesehen von Churchill - in Jalta hinter seine private Zusage an Stalin in Teheran, die Oderlinie zu unterstützen, zurückgehen würde und wie er sich angesichts der mittlerweile noch viel weiter reichenden sowjetischen und - kommunistischen - polnischen Päne verhalten würde. Daß die sowjetische Führung das Gebiet jenseits der Oder, in dem sie mittlerweile stand, ihrem Machtbereich dauerhaft einverleiben wollte, daran ließ Stalin in Jalta kaum einen Zweifel. Während einer von Churchill angeregten Diskussion über die polnische Frage erwähnte Stalin auch die deutsch-polnische Grenze in seinem Plädoyer für ein starkes Polen, das deutschen Angriffen aus eigener Kraft widerstehen könne. Stalin erklärte, er habe dem polnischen Politiker Mikolajczyk zuletzt in Moskau gesagt, die UdSSR erkenne die Neiße als polnische Westgrenze an. Auf die beiden Neiße-Flüsse verweisend, bat Stalin Roosevelt und Churchill, einem Grenzverlauf an der westlichen Neiße zuzustimmen. Indem er die polnische Frage als eine Frage von Leben und Tod für die Sowjetunion bezeichnete, baute er eine starke Verhandlungsposition auf.<sup>615</sup>

Präsident Roosevelt nahm die sich abzeichnenden Differenzen bei der polnischen Regierungsbildung in der Plenarsitzung am 7. Februar zum Anlaß, erneut das Interesse seiner Regierung an der polnischen Regierungsbildung zu unterstreichen. Demgegenüber sagte er, "[d]iese oder jene Grenze Polens sei für ihn nicht so wichtig" und ließ so sein relatives Desinteresse an den Territorialfragen durchblicken.<sup>616</sup> Als Außenminister Molotow im Verlauf der Sitzung den sowjetischen Vorschlag zu Polen vorlegte, nahm Roosevelt zum Grenzverlauf keine Stellung und beteiligte sich auch nicht an der kurzen

---

<sup>614</sup>"Konkrete Vorschläge zur polnischen Frage", undat. Memorandum, ohne Verfasser, FRUS, JD, S. 475-476.

<sup>615</sup>3. Plenarsitzung, 6. 2. 1945, sowjetische Notizen, KSU, JD, S. 81-87, hier S. 85; US-Notizen, FRUS, JD, S. 624-627, hier S. 626.

<sup>616</sup>4. Plenarsitzung, 7. 2. 1945, sowjetische Notizen, Fischer, JP, S. 139; TJP, S. 97.

Debatte zwischen Churchill und Stalin über Flucht und Umsiedlung der deutschen Bevölkerung.<sup>617</sup> Möglicherweise versuchte Roosevelt mit seiner Zurückhaltung Stalin zu einem Entgegenkommen bei der innenpolitischen Selbstbestimmung Polens zu bewegen. Es besteht kein Zweifel daran, daß dem Präsidenten - auch angesichts der großen polnischstämmigen Bevölkerung in den USA - die Frage einer demokratischen Regierung Polens weitaus wichtiger war als der territoriale Verlust für Deutschland. Hier glich seine Haltung derjenigen Churchills. Auch versuchte Roosevelt sich, allerdings vergeblich, für die Provinz Lemberg zugunsten Polens einzusetzen.<sup>618</sup>

In der fünften Plenarsitzung ergriff Roosevelt dann die Initiative und leitete die Aussprache über Polen mit den Worten ein, die Vereinigten Staaten seien damit einverstanden, "daß man Polen einen Ausgleich auf Kosten Deutschlands gewähre". Er nannte "Ostpreußen südlich von Königsberg und Oberschlesien bis zur Oder". Allerdings fügte der Präsident laut sowjetischem Protokoll hinzu, ihm "scheine es jedoch wenig gerechtfertigt, die polnische Grenze bis zur westlichen Neiße zu verschieben". Nach den britischen Aufzeichnungen wies Roosevelt zur Begründung auf die Schwierigkeit großer Bevölkerungstransfers hin.<sup>619</sup> Den US-Notizen zufolge las Roosevelt lediglich einen amerikanischen Vorschlag zu Polen vor.<sup>620</sup> Dieses Papier war den anderen Delegationen am 8. Februar übermittelt worden und bezog sich auf den sowjetischen Vorschlag vom Vortag.

In dem amerikanischen Papier hieß es, man stimme zwar zu, "daß Polen auf Kosten Deutschlands eine Entschädigung erhalten soll, und zwar einschließlich des Teiles von Ostpreußen südlich der Königsberg-Linie, Oberschlesien und bis zur Oder-Linie, aber die Verlegung der polnischen Westgrenze bis zur westlichen Neiße würde wenig berechtigt erscheinen".<sup>621</sup>

Dieses wohl von Vertretern des State Departments ausgearbeitete Papier wich mit den Worten "und bis zur Oder" in einem wichtigen Detail von den früheren Memoranden und von Stettinius' Vorlage für Roosevelt ab; da hier stillschweigend auch die Gebiete Pommerns und Brandenburgs östlich der Oder einbezogen waren. Die US-Delegation plädierte nunmehr offiziell für die Oderlinie und setzte dafür der Oder-Neiße-Linie Widerstand entgegen, der allerdings recht zurückhaltend gefaßt war. Vermutlich entsprach diese Formulierung einem Wunsch Roosevelts, denn die von Stettinius gebilligten Vorlagen des State Department hatten empfohlen, sich nicht nur der Oderlinie, sondern vor allem einer Grenzziehung an Oder und Neiße stärkstens zu widersetzen. Abgesehen davon war es Roosevelt auch kaum möglich, auf der Ablehnung der Oderlinie zu behar-

---

<sup>617</sup>4. Plenarsitzung, 7. 2. 1945, sowjetische Notizen, KSU, JD, S. 105-106; der sowjetische Vorschlag auch als Anlage 3, ebda., S. 109. Vgl. die US-Notizen, FRUS, JD, S. 668-669.

<sup>618</sup>Zu Roosevelts Engagement für eine befriedigende Lösung der Regierungsfrage in Polen siehe seine Initiative in der 3. Plenarsitzung am 6. 2. 1945, FRUS, JD, S. 624 f. (dort auch die Erwähnung Lembergs); Roosevelts Botschaft an Stalin, 6. 2. 1945, KSU, JD, S. 107-108. Zur ausführlichen Diskussion über die polnische Ostgrenze siehe FRUS, JD: 3. Plenarsitzung, 6. 2. 1945, S. 624-627, 633-637; 4. Plenarsitzung, 7. 2., S. 671-672, 677-680; 5. Plenarsitzung, 8. 2., S. 724-728, 733-740; Sitzung der Außenminister, 9. 2., S. 747-751; 6. Plenarsitzung, S. 781-782, 788-792, 796; Sitzung der Außenminister, 9. 2., S. 803 f.; 7. Plenarsitzung, 10. 2. S. 830-831, 836-839, 842-844, 849; 8. Plenarsitzung, 11. 2., S. 858-859. Vgl. auch Clemens, Jalta, S. 188-232.

<sup>619</sup>5. Plenarsitzung, 8. 2. 1945, sowjetische Notizen, Fischer, JP, S. 152, und TJP, S. 125; britische Notizen (hier als 4. Plenarsitzung gekennzeichnet), Gilbert, VII, S. 1191.

<sup>620</sup>5. Plenarsitzung, 8. 2. 1945, US-Notizen, Bohlen-Protokoll, FRUS, JD, S. 724, und Matthews-Protokoll, ebda., S. 733-734.

<sup>621</sup>"Vorschlag der Vereinigten Staaten in bezug auf Polen", FRUS, JD, S. 739.

ren, da er selbst in Teheran seine Zustimmung signalisiert hatte und da Churchill, im Gegensatz zu den Empfehlungen des Foreign Office, erklärte, "es existiere eine Vereinbarung darüber, daß die Polen Ostpreußen und das Gebiet bis zur Oder bekommen sollten".<sup>622</sup>

Nachdem Churchill am 10. Februar die Diskussion über die deutsche Ostgrenze angestoßen hatte, meinte Roosevelt, erst solle die polnische Regierung konsultiert werden, "bevor irgendeine Erklärung hinsichtlich der Westgrenze abgegeben würde".<sup>623</sup> Er wünschte allerdings, im Kommuniqué nichts über die polnischen Grenzen - gemeint waren Ost- und Westgrenze Polens - zu sagen, da sich der amerikanische Senat mit der Frage beschäftigen müsse und er als Präsident keine "Vollmachten habe, irgendwelche Beschlüsse" über Grenzen anzunehmen.<sup>624</sup>

Auf Churchills Vorschlag hin, Polen solle "ein gutes Stück Territorium im Norden und Westen erhalten", sagte Roosevelt, er habe gegen eine solche Erklärung im Prinzip nichts einzuwenden; der Premierminister solle sie aber selbst entwerfen.<sup>625</sup> Auf diese Weise versuchte der Präsident, der Entscheidungsbefugnis des US-Senats formell nicht vorzugreifen, stimmte der von Churchill entworfenen Erklärung über Polens Grenzen aber zu, wenn auch mit einer Änderung, die klarstellte, daß er nur als "Regierungsoberhaupt" sprach.<sup>626</sup>

Da der Präsident schließlich zustimmte, Polen müsse im Norden und Westen einen "beträchtlichen Gebietszuwachs" erhalten, band er seine Regierung gleichwohl an diese Empfehlung der Konferenz, die formell erst auf einer Friedenskonferenz umgesetzt werden sollte. Für eine Zustimmung Roosevelts, die polnisch-deutsche Grenze bis zur Lausitzer Neiße vorzuschieben, gibt es in diesem Stadium der Konferenz hingegen keine Quellenhinweise.

Nach dem Ende des Krieges und zur Vorbereitung auf die Potsdamer Konferenz befaßte sich das State Department in Washington erneut mit der deutsch-polnischen Grenzregelung. Interessanterweise ging man nicht von Roosevelts in Jalta vorgelegtem Vorschlag aus, die Grenze an der Oder zu ziehen. Stattdessen verwies eine Gesprächsunterlage vom 4. Juli 1945 auf die Empfehlungen der interministeriellen Ausschüsse zu Deutschland und Polen, nach denen Deutsch-Oberschlesien, Ostpreußen und die östliche Hälfte Pommerns - östlich der Linie Kreuz-Dramburg bis zur Ostsee - abgetreten werden sollten. Alle übrigen Gebiete östlich der Oder sowie das Gebiet zwischen Oder und der - nicht näher benannten, aber westlichen - Neiße sollten bei Deutschland verbleiben.<sup>627</sup> Dies waren genau die Empfehlungen, die schon der Gesprächsunterlage für

---

<sup>622</sup>7. Plenarsitzung, 10. 2. 1945, Fischer, TP, S. 171. Es ist unklar, welche "Vereinbarung" gemeint sein soll. Diese Äußerung wird nur in dem amerikanischen Protokoll von Hiss bestätigt (ebda., S. 843).

<sup>623</sup>7. Plenarsitzung, 10. 2. 1945, FRUS, JD, S. 831.

<sup>624</sup>7. Plenarsitzung, 10. 2. 1945, sowjetische Notizen, Fischer, JP, S. 171. Nicht im US-Protokoll Bohlen, FRUS, JD, S. 831, aber im Matthews-Protokoll, ebda., S. 838-839. Vgl. die britischen Notizen, Gilbert, VII, S. 1206.

<sup>625</sup>7. Plenarsitzung, 10. 2. 1945, US-Notizen (Bohlen), FRUS, JD, S. 831.

<sup>626</sup>Ebda., S. 837: "Die drei Regierungsoberhäupter sind der Ansicht, daß die Ostgrenze von Polen der Curzon-Linie folgen soll... Es wird anerkannt, daß Polen beträchtlichen Gebietszuwachs im Norden und Westen erhalten muß."

<sup>627</sup>"Einleitende Erklärung zur Ostgrenze Deutschlands", Gesprächsunterlage für die US-Delegation, 4. 7. 1945, mit Anlagen, FRUS, PD I, S. 751-754; DDP II/1, S. 881-886, hier S. 881. Daß die Lausitzer Neiße

Jalta zugrundegelegen hatten und welche die US-Delegation in Jalta dem Präsidenten nach Abstimmung mit den Briten empfohlen hatte.

In der einleitenden Erklärung zur Ostgrenze Deutschlands hieß es allerdings, es sei "offenkundig, daß wir unmöglich erklären könnten, wir würden nur die hier vorgeschlagene Grenzlinie akzeptieren und nichts mit einer weiter nach Westen verschobenen Grenze zu tun haben wollen". Die Vorlage empfahl vielmehr, die US-Regierung solle "von einer Linie westlich der hier vorgeschlagenen abraten" und schwerste Bedenken hinsichtlich einer Zustimmung anmelden. Sollten die sowjetische und polnische Regierung darauf bestehen und von der britischen Regierung unterstützt werden, hieß es weiter, "so werden wir nicht umhin können, uns mit der Abtretung des Gebietes östlich der Oder einverstanden zu erklären". Dieses Gebiet betraf die Westhälfte Pommerns, Ostbrandenburg und den Teil Schlesiens östlich der Oder. Wie aus einer beigelegten Karte deutlich wurde, wohnten in diesen Ländereien 2, 1 Millionen Deutsche. Für Niederschlesien westlich der Oder war laut deutscher Volkszählung von 1939 eine Bevölkerung von 2, 7 Millionen Deutschen genannt.<sup>628</sup>

Die US-Regierung, so die einleitende Erklärung weiter, solle sich jedoch weigern, "auf dieser Konferenz die Übergabe des Gebietes zwischen Oder und Neiße an Polen zu sanktionieren". Gemeint war die Lausitzer Neiße.<sup>629</sup> Mit Blick auf die deutsche Bevölkerung in Ostpreußen, Danzig und Deutsch-Oberschlesien hieß es in den einzelnen Anlagen, die polnische Regierung bestehe darauf, alle Deutschen aus den zu annektierenden Gebieten auszuweisen. Die drei Gebiete zusammengezählt, hätte dies insgesamt 2, 9 Millionen Deutsche (Ostpreußen und Danzig) und zusätzlich mindestens eine weitere Million Menschen in Deutsch-Oberschlesien betroffen.<sup>630</sup> Die einleitende Erklärung nahm zum Problem der Bevölkerungsumsiedlung keine Stellung.

Diese Ausarbeitungen des State Department können als ein Dokument gesehen werden, in dem trotz der offenkundigen sowjetischen wie polnischen Forderungen und entgegen den machtpolitischen Realitäten versucht wurde, eine doch noch maßvolle und an nationalitätenpolitischen Erwägungen ausgerichtete Empfehlung für die Grenzregelung zu geben. Wie der Leiter des Referats für osteuropäische Angelegenheiten, Durbrow, feststellte, deckten sich die amerikanischen Vorschläge fast vollständig mit den Ausarbeitungen des Foreign Office, nur daß die Briten den größten Teil Pommerns an Polen übertragen wollten. Kurz vor Beginn der Potsdamer Konferenz wurde in Washington ein britisches Aide-Mémoire übergeben, das auf die Notwendigkeit verwies, angesichts der ungünstigen diplomatischen Lage eine rasche Grenzregelung entlang der empfohlenen Linien anzustreben.<sup>631</sup>

---

gemeint war, geht aus Anlage 6 hervor, die das Gebiet zwischen Oder und unterer Neiße untersuchte, mit den Städten Liegnitz und Breslau.

<sup>628</sup>Siehe die Karte "Germany-Poland: Proposed Territorial Changes", 10. 1. 1945, FRUS, PD I, gegenüber von S. 748.

<sup>629</sup>"Einleitende Erklärung zur Ostgrenze Deutschlands", 4. 7. 1945, DDP II/1, S. 881.

<sup>630</sup>Siehe die Anlagen 1-3 der Gesprächsunterlage, jeweils datiert auf den 30. 6. 1945, FRUS, PD II, S. 751-753; DDP II/1, S. 882-884.

<sup>631</sup>Aufzeichnung Durbrows, 13. 7. 1945, in der Anlage das britische Aide-Mémoire vom 13. 7., FRUS, PD II, S. 777-781; DDP II/1, S. 917-920.

Dem stellvertretenden US-Außenminister Dunn, der sich bereits in Potsdam befand, blieb hingegen nicht verborgen, daß die machtpolitische Wirklichkeit eindeutig gegen die amerikanischen Pläne stand. In seiner Vorlage für Außenminister Byrnes schrieb Dunn zwar, die US-Regierung wersetze sich "einseitige[n] Maßnahmen bei dieser wie bei anderen Gebietsregelungen". Doch klang einer der folgenden Sätze bereits nach Resignation: "Die einseitige Abtrennung von Gebieten mit großer wirtschaftlicher Bedeutung für Deutschland und die willkürliche Umsiedlung von etwa zehn bis zwölf Millionen Deutschen in das übrige Deutschland wird große Auswirkungen auf ganz Deutschland, einschließlich der amerikanischen Zone, haben und sich indirekt auf unsere Kriegsanstrengungen auswirken."<sup>632</sup>

Dunn listete eine Reihe von Fragen auf, um die Absichten der Sowjetunion mit Blick auf die Westgrenze Polens in Verbindung mit der gemeinsamen Wirtschaftspolitik der Siegermächte zu erkunden: erstens, ob die "einseitige Übertragung von Gewalt über deutsches Gebiet" - also die polnische Verwaltung - mit dem Abkommen vom 12. September 1944 über die Besatzungszonen vereinbar sei; zweitens, ob für die der Kontrolle in Deutschland entzogenen Ressourcen in den betreffenden Gebieten ein Ausgleich zu schaffen sei; auf welches Territorium sich drittens die sowjetischen Reparationsforderungen gründeten; und ob die zehn oder zwölf Millionen Deutschen in der sowjetischen Zone untergebracht und angesiedelt würden; fünftens, ob die Besatzungsmächte nicht mit der polnischen und tschechoslowakischen Regierung Abkommen schließen müßten, die den geordneten Abtransport von Deutschen aus ihren Gebieten regeln würden.<sup>633</sup>

Dunn schloß sein Schreiben zwar mit den Worten, die US-Regierung möge weder eine entgegenkommende noch eine ablehnende Haltung mit Blick auf die Oder-Neiße-Linie erkennen lassen, doch war es deutlich, wie sich seine Aufmerksamkeit beinahe ausschließlich auf praktische Fragen richtete. Trat man den sowjetischen Vertretern aber lediglich auf der operational-praktischen Ebene entgegen, lud man sie geradezu ein, auf ebendieser Ebene zu verbleiben und durch eine halbwegs zufriedenstellende Auskunft in diesen Fragen ihr unilaterales Vorgehen zu legitimieren.

### **28. 3. Polnische Verwaltung oder Grenzziehung? Präsident Truman und die sowjetische Forderung zur Oder-Neiße-Linie in Potsdam**

Vor Beginn der Potsdamer Konferenz erhielt der US-Botschafter in Moskau, Harriman, ein Schreiben der von Washington nunmehr anerkannten polnischen Provisorischen Regierung, das offiziell eine Grenzziehung an Oder und Lausitzer Neiße forderte. Wie in dem gleichlautenden Schreiben an die britische Regierung wurde eine Vielzahl von Gründen angeführt, um die umfangreichen Gebietsansprüche zu rechtfertigen.<sup>634</sup> Die polnische Regierung bekräftigte ihre Forderungen am 20. Juli in Schreiben an die Regierungschefs der in Potsdam vertretenen Mächte.<sup>635</sup> Auf der Konferenz verfocht Stalin äußerst hartnäckig sein Ziel, die Zustimmung seiner Verhandlungspartner zur polni-

<sup>632</sup>Vorlage Dunn für Byrnes, 15. 7. 1945, DDP II/1, S. 922-923; FRUS, PD II, S. 783.

<sup>633</sup>Vorlage Dunn für Byrnes, 15. 7. 1945, DDP II/1, S. 923.

<sup>634</sup>Modzelewski an Harriman, 10. 7. 1945, DDP II/1, S. 894-912.

<sup>635</sup>Siehe den Brief an den US-Präsidenten: "President Bierut and Prime Minister Osóbka-Morawski to President Truman", 20. 7. 1945, FRUS, PD II, S. 1138-1139, und die Botschaft der polnischen Politiker an Stalin, 20. 7. 1945, KSU, PD, S. 273-274.

schen Westgrenze an Oder und Lausitzer Neiße zu erreichen; seine Delegation legte am 20. Juli einen entsprechenden Vorschlag vor.<sup>636</sup>

Nachdem die Bühne auf diese Weise vorbereitet war, trat der neue US-Präsident Truman während der Beratungen über die Grenzfrage aktiver und energischer auf als sein Vorgänger Roosevelt. In der fünften Plenarsitzung am 21. Juli 1945 ergriff Truman mit einer Erklärung zur polnischen Westgrenze die Initiative. Er führte den Beschluß von Jalta an, die Festlegung der Grenzen sei eine Aufgabe der zukünftigen Friedenskonferenz. Der Präsident wies darauf hin, die Verbündeten hätten sich auf vier Besatzungszonen geeinigt, und bemerkte unter Anspielung auf die bereits umgesetzte Verwaltung der deutschen Ostgebiete durch Polen, es habe "anscheinend noch eine Regierung eine Besatzungszone erhalten". Dies sei ohne Konsultation der USA geschehen. Truman fuhr fort, er sei Polen gegenüber "freundschaftlich gesinnt", und werde sich möglicherweise "mit den Vorschlägen der sowjetischen Regierung hinsichtlich seiner [Polens] Ostgrenzen einverstanden" zeigen, doch er wolle dies auf der Friedenskonferenz tun. Als Stalin auswich, die Polen hätten ihre Meinung zur Westgrenze kundgetan, insistierte der Präsident auf seiner Position, es sei über die Westgrenze "niemals eine offizielle Erklärung abgegeben worden".<sup>637</sup>

Truman argumentierte auf zwei Ebenen: Zum einen wünschte er, die Entscheidung bis zur Friedenskonferenz zurückzustellen, wobei er voreilig eine mögliche Zustimmung zum sowjetischen Vorschlag signalisierte und damit seine Vorbehalte bereits im voraus entkräftete. Zum anderen legte er großen Wert darauf, die polnische Verwaltung deutscher Gebiete dürfe nicht bedeuten, daß Polen als fünfte Besatzungsmacht auftrete. Truman versuchte damit die Frage der Verwaltung von der der Grenzen zu trennen, doch angesichts der Lage in Polen und Stalins wiederholter, auf praktische Ausflüchte konzentrierter Einwände mußte seine formale, juristische Argumentation ins Leere laufen.

Stalin erklärte ungerührt, man könne auf der Konferenz "jetzt eine Vereinbarung bezüglich der Westgrenze Polens treffen, und diese Westgrenze muß dann endgültig auf der Friedenskonferenz bestätigt werden."<sup>638</sup> Der Kremlchef erwiderte auf den Vorwurf, Polen als fünfte Besatzungsmacht zugelassen zu haben, die Frage sei "nicht exakt gestellt". Die Rote Armee habe bei ihrem Vorrücken ein ruhiges Hinterland benötigt. "Unsere Armee kann nicht gleichzeitig eine Verwaltung im Hinterland aufbauen, kämpfen und das Territorium vom Feind säubern. Das ist sie nicht gewohnt. Deshalb haben wir die Polen zugelassen." Scheinheilig schloß Stalin, er wisse nicht, "welchen Schaden es unserer gemeinsamen Sache zufügen soll, wenn die Polen ihre Verwaltung auf dem

---

<sup>636</sup>"Vorschlag der Delegation der UdSSR zur Westgrenze Polens", 20. 7. 1945, KSU, PD, 275-276, Fischer, PP, S. 216 f.; vgl. den englischen Text in FRUS, PD, S. 1138.

<sup>637</sup>5. Plenarsitzung, 21. 7. 1945, sowjetische Notizen, Fischer, PP, S. 259-260, und KSU, PD, S. 99-100; US-Notizen (State Department), FRUS, PD II, S. 208, und Cohen-Notizen, ebda., S. 217. Vgl. Truman, Memoiren, I, S. 364-368. Hier nimmt Truman für sich in Anspruch, er habe ebensowenig wie Churchill Stalins Vorgehen hinnehmen wollen.

<sup>638</sup>5. Plenarsitzung, 21. 7. 1945, sowjetische Notizen, Fischer, PP, S. 260. Etwas offener formuliert im Protokoll des State Department, FRUS, PD II, S. 209: "The final settlement would, of course, be left to the peace conference."

Territorium errichten, das ohnehin bei Polen verbleiben soll".<sup>639</sup> Es war wirklich die Frage, was die gemeinsame Sache angesichts des sowjetischen Unilateralismus noch bedeuten konnte.

Es war eindeutig, daß Stalin die Jalta-Formel von einem beachtlichen Gebietszuwachs für Polen in seinem Sinne interpretierte. Die Sowjetunion hatte unter Ausnutzung dehnbarer Formeln Fakten geschaffen, und Stalin dachte nicht daran, prinzipiell oder formaljuristisch zu argumentieren. Präsident Truman fand gegen Stalins Unverfrorenheit kein Rezept. Er erwähnte die Schwierigkeiten für die Reparationen, um Stalins höhnische Erwiderung zu hören: "Haben Sie etwa Angst wegen der Reparationen? Wir können auf die Reparationen aus diesen Gebieten verzichten, bitte sehr." Als Stalin von sich aus sagte, es sei schwer, "die deutsche Verwaltung in den Westgebieten" (nicht Ostgebieten!) wiederherzustellen, da die Deutschen alle geflüchtet seien, ging Truman immerhin so weit, "Hilfe bei der Wiederherstellung der deutschen Verwaltung" anzubieten. Stalin ließ sich darauf nicht ein, sondern wiederholte seine Schilderung der praktischen Probleme, denen sich die Armee gegenübergesehen habe. Zynisch setzte der Kremlherrscher hinzu, all dies bedeute "natürlich nicht, daß ich die Grenzen allein bestimme. Wenn Sie nicht mit der von der polnischen Regierung vorgeschlagenen Linie einverstanden sind, bleibt die Frage offen. Das ist alles."<sup>640</sup>

Truman beharrte dann erneut darauf, ihm gehe es um die Verwaltung und die Besatzungszonen; die Grenzen könnten später erörtert werden. Doch waren diese beiden Probleme in einer Auseinandersetzung mit Stalin nicht zu trennen, und der Herrscher im Kreml verstieg sich zu der Behauptung: "Auf dem Papier sind es noch deutsche Gebiete. In Wirklichkeit, de facto, sind es polnische Gebiete."<sup>641</sup> Indem der Diktator den gesamten Komplex der Besatzung, der Verwaltung und der Abtretung der deutschen Ostgebiete im Handumdrehen zusammenfaßte, zeigte er keinerlei Interesse daran, mit den Westmächten, vor allem auch mit dem neuen US-Präsidenten, zu einer Einigung zu gelangen und die Grundlagen der Nachkriegsordnung einvernehmlich festzulegen. Was zählte, war die Macht der Tatsachen; wo die Rote Armee stand, schaltete und waltete sie, wie sie wollte. Es klang eher hilflos, als Truman - laut sowjetischem Protokoll - mit der Frage konterte, was mit der örtlichen Bevölkerung geschehen sei; dort seien allem Anschein nach noch drei Millionen Menschen gewesen.<sup>642</sup> Nach den amerikanischen Aufzeichnungen fragte Truman, wo die neun Millionen Menschen seien.<sup>643</sup> Zunehmend klinkte sich nun Churchill in die Diskussion ein; doch ließ Truman im Verlauf noch eine interessante Bemerkung fallen: "Frankreich wird das Saargebiet und das Ruhrgebiet bekommen wollen, und wenn wir Frankreich das Saargebiet und das Ruhrgebiet geben, was bleibt dann noch von Deutschland?" Stalin reagierte auch hier geschickt: zu Frank-

---

<sup>639</sup>5. Plenarsitzung, 21. 7. 1945, sowjetische Notizen, Fischer, PP, S. 261, und KSU, PD, S. 100; US-Notizen, FRUS, PD II, S. 209, 217.

<sup>640</sup>5. Plenarsitzung, 21. 7. 1945, sowjetische Notizen, Fischer, PP, S. 262, und KSU, PD, S. 101. Weniger deutlich formuliert in beiden US-Protokollen, FRUS, PD II, S. 210, 217-218.

<sup>641</sup>5. Plenarsitzung, 21. 7. 1945, sowjetische Notizen, KSU, PD, Zit. S. 101, und Fischer, PP, S. 262; US-Notizen, FRUS, PD II, S. 210, 218.

<sup>642</sup>5. Plenarsitzung, 21. 7. 1945, sowjetische Notizen, KSU, PD, S. 101.

<sup>643</sup>5. Plenarsitzung, 21. 7. 1945, US-Notizen, FRUS, PD II, S. 210, 218.

reich habe man keinen Beschluß gefaßt, zu Polen sehr wohl.<sup>644</sup> Der Marschall versuchte die Diskussion am Ende auf die vermuteten Gemeinsamkeiten aller drei Siegermächte zurückzuführen. Es sei besser, Schwierigkeiten für die Deutschen zu schaffen als für die Polen, um Deutschland einen Wiederaufstieg zu erschweren.<sup>645</sup>

In der nächsten Plenarsitzung am 22. Juli schwächte Truman seine Position noch weiter, indem er zu verstehen gab, daß er nicht auf eine rasche Lösung der Grenzfrage drängte. Es sei ausreichend, wenn der Rat der Außenminister sich im September 1945 mit der Position der polnischen Regierung zur Grenzfrage beschäftigte.<sup>646</sup> Dies war ein Vorschlag Stalins gewesen, nachdem Churchill in der Grenzfrage nicht locker gelassen hatte. Truman riskierte es, daß Stalin Churchill und ihn auf diese Weise gegeneinander ausspielte und die *faits accomplis* sich festigten. Erst auf Churchills beschwörendes Drängen erklärte Truman, in Potsdam Konferenzvorsitzender, sich damit einverstanden, die polnischen Vertreter bereits vor Ort auf Außenministerebene anzuhören. Sogar Stalin plädierte nunmehr klar dafür, die Polen anzuhören; möglicherweise sogar, weil er Konzessionen mit ihnen besprechen wollte.

Wie der Präsident meinte, veränderten die Diskussionen zwischen Stalin und Churchill über Versorgungsprobleme mit Nahrungsmitteln und Brennstoff "den Kern der Sache nicht im geringsten" - was natürlich zutraf.<sup>647</sup> Doch übersah Truman in seinem formalen Ansatz den Machtkampf, der sich zwischen Churchill und Stalin zuspitzte, oder er wollte ihn nicht wahrhaben. Truman war offenbar entschlossen, keinen Eindruck einer besonderen Kriegskameradschaft mit Großbritannien zu erwecken; deswegen er hatte er nicht einmal vor Konferenzbeginn Churchills nur zu billigem Wunsch entsprochen, Großbritannien zu besuchen. Der neue Präsident schien sich allenfalls in der Rolle eines Vermittlers zwischen Briten und Sowjets zu sehen, auch wenn Robert Murphy berichtet, die US-Delegation habe etwa ab der vierten Plenarsitzung eine festere, eher der Position Churchills entsprechende Haltung ihres Präsidenten wahrgenommen.<sup>648</sup>

Als am 24. Juli drei polnische Politiker ihre Position zur Grenzfrage vortrugen, unter ihnen der ehemalige Chef der Exilregierung, Mikołajczyk, verlangten sie entschieden eine Grenzziehung an Oder und Lausitzer Neiße.<sup>649</sup> In einer Unterredung mit dem polnischen Präsidenten Bierut gab Truman deutlich zu verstehen, ihm mißfalle "the arbitrary manner in which the boundary question was being handled by the Soviet and Polish governments".<sup>650</sup> Truman wiederholte, er wünsche keine fünfte Besatzungsmacht, und

---

<sup>644</sup>5. Plenarsitzung, 21. 7. 1945, sowjetische Notizen, KSU, PD, S. 102; etwas abweichend in den US-Notizen, FRUS, PD II, S. 211, und S. 218.

<sup>645</sup>5. Plenarsitzung, 21. 7. 1945, US-Notizen, FRUS, PD II, S. 214; nicht im sowjetischen Protokoll.

<sup>646</sup>6. Plenarsitzung, 22. 7. 1945, sowjetische Notizen, Fischer, PP, 272, 274-275; US-Notizen, FRUS, PD, 252: "He did not wish to go into the matter." Trumans Memoiren, I, S. 372-373, sind hier nicht hilfreich.

<sup>647</sup>6. Plenarsitzung, 22. 7. 1945, sowjetische Notizen, Fischer, PP, 278.

<sup>648</sup>Murphy, *Diplomat among Warriors*, S. 273-274.

<sup>649</sup>7. Sitzung der Außenminister, 24. 7. 1945, US-Notizen, FRUS, PD II, 332. Vgl. auch Fischer, PP, S. 303. Vgl. das Schreiben des US-Geschäftsträgers in Moskau, Kennan, an den polnischen Geschäftsträger in Moskau, Matwin, 23. 7. 1945, DDP II/1, S. 939; und das Telegramm des polnischen Präsidenten Bierut an Truman, 23. 7. 1945, ebda., S. 940.

<sup>650</sup>Memorandum Harrimans über eine Unterredung Truman-Bierut, 24. 7. 1945, FRUS, PD II, S. 356-357.



die Grenzen müßten auf einer Friedenskonferenz geregelt werden. Auch wenn Frankreich die Ruhr und das Rheinland fordere, werde es auf keinen Fall voreilig zu einer Entscheidung darüber kommen. Truman unterließ es allerdings, ob bewußt oder aus Zeitmangel, den Polen zu erklären, seine Regierung werde eine Grenzziehung an der westlichen Neiße keinesfalls billigen.

In der letzten Plenarsitzung am 25. Juli, vor Churchills Abreise, wies Truman - wie schon Roosevelt in Jalta - auch auf die Rechte des amerikanischen Senats bei der Zustimmung zu Fragen hin, die in einen Friedensvertrag einbezogen würden - was natürlich auf die Grenzregelung gemünzt war.<sup>651</sup> Aus dem anschließenden Schlagabtausch zwischen Churchill und Stalin hielt der Präsident sich einmal mehr ganz heraus. Trumans Bericht vom gleichen Tag an seine Frau klang demgegenüber geradezu derb: Es gebe einige Dinge, denen er nicht zustimmen könne: "Russia and Poland have gobbled up a big hunk of Germany and want Britain and us to agree. I have flatly refused". Stalin, so sein Urteil, scheine es zu mögen, "when I hit him with a hammer".<sup>652</sup> In seinem Tagebuch gebrauchte der Präsident die Formulierung vom "Bolsheviki land grab".<sup>653</sup> Doch so hart wie er sich hier charakterisierte, war der Präsident im Plenum nicht aufgetreten. Sollte Truman tatsächlich geglaubt haben, Vorentscheidungen könnten auf einer Friedenskonferenz noch einmal rückgängig gemacht werden, so hatte er sich in Stalin getäuscht.

#### **28. 4. Niederschlesien und die Grenzen der Paketlösung. Die US-Delegation und die Entscheidungen zur deutsch-polnischen Grenze in Potsdam**

Die Unvereinbarkeit der zutage getretenen Interessen führte schließlich dazu, daß die US-Delegation ihre Zuflucht darin suchte, über die provisorische deutsch-polnische Grenze nur noch in Paketform entscheiden zu lassen: im Zusammenhang mit der strittigen Reparationsfrage. Außenminister Byrnes nahm diesbezüglich bilaterale Verhandlungen mit Volkskommissar Molotow auf.<sup>654</sup> Er knüpfte am 29. Juli die Anerkennung der polnischen Verwaltung bis zur Linie an Oder und *Glatzer* Neiße an die Bereitschaft der sowjetischen Führung zur Einigung in der strittigen Reparationsfrage.<sup>655</sup> Ohne eine Antwort abzuwarten, änderte Byrnes tags darauf seinen Vorschlag: nunmehr war von einer Linie an Oder und *Lausitzer* Neiße die Rede.<sup>656</sup>

---

<sup>651</sup>9. Plenarsitzung, 25. 7. 1945, US-Notizen (Thompson), FRUS, PD II, S. 384; Truman, Memoiren, I, S. 391.

<sup>652</sup>Brief Trumans, 25. 7. 1945, Documentary History, Vol. 3, Doc. 41, S. 289.

<sup>653</sup>Tagebuch Truman, 25. 7. 1945, Documentary History, Vol. 3, Doc. 42, S. 291.

<sup>654</sup>Byrnes-Molotow-Meeting, 27. 7. 1945, FRUS, PD II, S. 449-452. Bei dieser Begegnung kam Byrnes auf die Frage der polnischen Verwaltung bzw. der Grenzen noch nicht zu sprechen. Laut D. Yergin, *The Shattered Peace. The Origins of the Cold War and the National Security State*; London 1978, war das politische Credo von Byrnes in diplomatischen Verhandlungen das "give and take". Bohlen, S. 232, hält Byrnes' Strategie für ein Lehrstück aus der politischen Welt des US-Senats. Vgl. aus juristischer Sicht B. Kempen, Potsdam.

<sup>655</sup>"Proposal by the United States Delegation - Western Frontier of Poland", 29. 7. 1945, FRUS, PD II, S. 1150. Vgl. Kap. 4. 7.

<sup>656</sup>"Proposal by the United States Delegation - Western Frontier of Poland", 30. 7. 1945, FRUS, PD II, S. 1150-1151.

Interessant war, daß Stalin, nachdem der erste US-Vorschlag eingegangen war, bereit war, geringfügige Konzessionen zu prüfen. Wie Mikolajczyk in seinem Tagebuch notierte, habe Stalin den polnischen Präsidenten Bierut am Abend des 29. Juli zu sich gebeten und ihn über das US-Angebot informiert, die deutsch-polnische Grenze entlang der Oder und der unteren - der Glatzer - Neiße zu ziehen. Der Marschall unterließ es dabei offenbar, den Teil des Vorschlags, der die Reparationen betraf, ebenfalls zu erwähnen. Wie Mikolajczyk festhielt, habe Stalin Bierut gefragt, "ob die Polen sich angesichts der Tatsache, daß die Amerikaner weiter gegangen seien, nicht zu gewissen Zugeständnissen bereit erklären könnten, d. h. der Linie der Queiß [Kwisa] statt der Lausitzer Neiße".<sup>657</sup>

Es ist dabei nicht ganz klar, was die Bemerkung bedeutete, die Amerikaner seien weiter gegangen - möglicherweise bezog sie sich auf das kleine Gebiet zwischen Oder und Glatzer Neiße. Nach Beratungen mit Experten seien die polnischen Vertreter, wie Mikolajczyk schrieb, übereingekommen, "daß wir unsere Zustimmung vielleicht nicht zur unteren Neiße, sondern nur zu der Linie der Wasserscheide zwischen der Queiß und der Lausitzer Neiße geben sollten". Auf diese Weise würden zwar einige Wasseranlagen verloren geben, aber das schlesische Industriegebiet wäre nicht beeinträchtigt.<sup>658</sup> Im Endeffekt wäre diese Konzession nur minimal gewesen, hätte die größeren Städte Sagan und Lauban nicht einbezogen. Doch immerhin zeigt die Geheimunterredung am 29. Juli, daß Stalin dem von Byrnes vorgeschlagenen Handel ein gewisses Interesse entgegenbrachte, und es erscheint nicht ausgeschlossen, daß er bei gehörigem und gemeinsamen anglo-amerikanischen Druck die Meinung der letztlich von ihm abhängigen polnischen Kommunisten sogar unbeachtet gelassen hätte.

Doch zu einem solchen Handel sollte es gar nicht mehr kommen, da Byrnes, ohne von diesem Gespräch zu wissen und ohne überhaupt eine sowjetische Antwort abzuwarten, dem sowjetischen Außenminister am nächsten Tag eine polnische Verwaltung östlich von Oder und Lausitzer Neiße anbot.<sup>659</sup> Der US-Vorschlag vom 30. Juli war wie schon derjenige am Vortag mit dem formalen Vorbehalt versehen: "pending the final determination of Poland's western frontier".<sup>660</sup> Durch die Verknüpfung der eigentlich ja getrennten Angelegenheiten der Zonenverwaltung und der Grenzziehung mit Hilfe der genannten Formulierung wird deutlich, daß diese Sachverhalte auch für die amerikanische Delegation im Grunde zwei Seiten einer Medaille waren.<sup>661</sup>

Es stellt sich nun abschließend die Frage, ob dieser von Byrnes vorgebrachte "package deal" seine eigene Idee gewesen ist oder ob die Anregung von anderer - zum Beispiel britischer - Seite gekommen war. Was das State Department anbetraf, so war es in seinen Unterlagen für Potsdam ja kaum von der Position vor Jalta abgewichen und lehnte eine Grenzziehung an der Oder grundsätzlich ab. Einschränkend hieß es nur in einem Memorandum vom 29. Juni 1945: "Die Briten haben jedoch der Abtretung des gesamten Gebietes östlich der Oder an Polen zugestimmt, und unsere Regierung würde sich

<sup>657</sup>Tagebuch Mikolajczyk, 29. 7. 1945, DDP II/1, S. 1868; engl. Text in RUS, PD II, S. 1539.

<sup>658</sup>Ebda..

<sup>659</sup>"Proposal by the United States Delegation - Western Frontier of Poland", 30. 7. 1945, FRUS, PD II, S. 1150-1151; vgl. KSU, PD, S. 347.

<sup>660</sup>"Proposal by the United States Delegation - Western Frontier of Poland", 30. 7. 1945, FRUS, PD II, S. 1150-1151.

<sup>661</sup>Ebda..

vermutlich nicht als einzige widersetzen wollen, wenn die Russen auf diesem Punkt bestehen.<sup>662</sup>

In dem bereits oben untersuchten Dokument zur deutschen Ostgrenze vom 30. Juni hieß es, für eine Abtretung des Territoriums zwischen Oder und westlicher Neiße gebe es keine historische oder ethnische Rechtfertigung. Die Empfehlung, das Selbstbestimmungsrecht als Richtlinie amerikanischer Politik gelten zu lassen, wurde zwar nicht ausdrücklich gegeben, klang jedoch in folgendem Satz an: Eine Abtretung der Gebiete östlich von Oder und Neiße "würde zweifellos wirtschaftliche und bevölkerungspolitische Schwierigkeiten größten Ausmaßes für Deutschland hervorrufen und starke irredentistische Regungen wachrufen". Warnend fuhr die Denkschrift fort, "die Aufrechterhaltung der Oder-Neiße-Grenze könnte durchaus *zum kritischsten Sicherheitsproblem in Europa* während der kommenden Jahre werden".<sup>663</sup>

Die militärischen Gesichtspunkte der Grenzregelung hatte das Joint Strategic Survey Committee, ein Beratungsgremium der amerikanischen Stabschefs, in einer Vorlage für Trumans Stabschef Admiral Leahy beleuchtet. In dem Papier, das eigentlich dem Thema "Dismemberment of Germany" gewidmet war, hieß es zunächst, da die politische Orientierung Polens nicht vorhergesagt werden könne, zögere der Ausschuß, eine Ausdehnung der polnischen Grenze an die Oder zu empfehlen. Aus militärischer Sicht sei es jedoch "impracticable", gegen eine solche Überführung deutschen Gebietes ernsthaft etwas einzuwenden, wenn die Sowjetunion darauf bestünde. Gemeint war damit, daß eine Grenzziehung an der Oder eine strategisch günstige Grenze zwischen Deutschland und Polen mit sich brächte. Das Papier empfahl, die "Verhandlungschancen dieser Frage" zu beachten.<sup>664</sup> Das konnte nur bedeuten, daß die Vereinigten Staaten eine Zustimmung zur Oder-Linie (von einer Oder-Neiße-Linie war hier nicht die Rede!) möglicherweise von einem sowjetischen Entgegenkommen in anderen Bereichen abhängig machen könnten. Leahy übergab die Denkschrift am 26. Juni 1945 an Präsident Truman.<sup>665</sup> Es dürfte allerdings zu weit gegriffen sein, wenn behauptet wird, eine Übertragung dieses Handelsgedankens auf die Oder-Neiße-Linie "dürfte nicht schwergefallen sein".<sup>666</sup>

Was die britische Seite anbelangte, so empfahl ein Foreign Office-Memorandum vom 13. Juli 1945 den Amerikanern, so bald wie möglich eine Einigung mit den Sowjets über die beiden Hauptprobleme der Konferenz zu suchen: die Reparationen und die deutsch-polnische Grenze.<sup>667</sup> Diese Probleme besprach auch der Staatssekretär im Foreign Office, Sir Cadogan, in einer Unterredung mit dem stellvertretenden amerikani-

<sup>662</sup>Gesprächsunterlage, 29. 6. 1945, FRUS, PD I, S. 742, dt. Text DDP II/1, S. 873. Ein ausführlicheres, positionsgleiches Memorandum "Suggested United States Policy Regarding Poland" vom 29. 6. 1945 in FRUS, PD I, S. 743-747.

<sup>663</sup>Anhang 6 der Erklärung zur Ostgrenze Deutschlands, 30. 6. 1945, FRUS, PD I, S. 754, dt. Text in DDP II/1, S. 885-886 (Hervorh. von mir). Vgl. oben, Anm. 627.

<sup>664</sup>Memorandum des "Joint Strategic Survey Committee", undat., FRUS, PD I, S. 755, dt. Text: DDP II/1, S. 872.

<sup>665</sup>DDP II/1, S. 872, Anm. 1.

<sup>666</sup>So Lilge, S. 145-148. Er übersieht, daß das Memorandum nicht die Position der Joint Chiefs of Staff darstellt.

<sup>667</sup>"Memorandum by the Chief of the Division of Eastern European Affairs (Durbrow)", 13. 7. 1945, FRUS, PD I, S. 777-778, im Anhang das undat. britische Memorandum, S. 778-781, dt. Text in DDP II/1, S. 917-920. Vgl. Teil 3, Kap. 5. 4.

schen Außenminister Dunn am 14. Juli 1945 in Potsdam. Wie Dunn für Byrnes vermerkte, übergab Cadogan den Amerikanern bei dieser Gelegenheit das oben genannte Memorandum und wandte sich gegen die Oder-Neiße-Linie und die massenhafte Bevölkerungsumsiedlung. Cadogan erklärte, "[w]enn Rußland darauf bestehe, daß ein größeres Gebiet an Polen falle, solle es eine entsprechende Kürzung seines Anteils an Reparationen aus Deutschland hinnehmen".<sup>668</sup>

Hier waren zwar beide Probleme, Gebietsabtretung und Reparationen, simultan angesprochen, doch bedeutete dies nicht vorn vornherein einen diplomatischen Handel. Dunn selbst erklärte in der Unterredung, "that the United States Government did not like the Western Neisse line".<sup>669</sup> Er äußerte allerdings den Eindruck, daß die polnische Westgrenze, anders als andere Territorialfragen, wohl auf der Konferenz entschieden werden müsse. Der amerikanische Botschafter in Moskau, Harriman, empfahl, mit Blick auf die beiden strittigen Fragen nicht ein amerikanisches Statement zu unterbreiten, sondern Stalin zu fragen, wie er sich den praktischen Umgang mit dem Problemen und der Bevölkerungsumsiedlung vorstelle. Harriman versprach sich davon wohl so etwas wie Einsicht auf seiten des Diktators.

Eine Einstellung wie diese war bezeichnend nicht nur für den amerikanischen Umgang mit der Frage. Denn die ausführliche Darstellung praktischer Probleme - wie es auch die Briten ständig vorführten - war, so berechtigt sie ja an sich war, nicht im entferntesten geeignet, um den Kremlherrscher zu beeindrucken. Eher war sie dazu angetan, Verachtung hervorzurufen. Das war eben das Problem, ein Problem gleichsam auf der Ebene der Mentalitäten: "common sense" zu erwarten in Verhandlungen mit einem eisernen Machtpolitiker, dem es nicht um Gemeinsamkeiten mit kapitalistischen Mächten ging, sondern um die möglichst vollständige Absicherung seiner eigenen Machtsphäre.

Davon abgesehen, ist es nicht ganz ausgeschlossen, aber schwer zu belegen, daß in oder nach der Besprechung mit den britischen Delegierten auf amerikanischer Seite das Interesse geweckt wurde, die Beziehung zwischen Reparationen und der Abtretung deutscher Gebiete zu untersuchen, in der Vorstellung, ein Verlust deutscher Gebiete an Polen bedeute auch einen Verlust von Kapitalgütern und anderen Vermögenswerten, welcher für den Reparationsanteil der Sowjetunion Folgen haben müsse. So müsse eine der an Stalin zu richtenden Fragen, die Dunn für Byrnes am 15. Juli festhielt, lauten, ob die russischen Reparationsforderungen auf den deutschen Grenzen von 1937 beruhten, oder auf jenen, die durch das einseitige Vorgehen in Ostdeutschland entstanden seien.<sup>670</sup>

Am gleichen Tag sagte der US-Vertreter bei der Moskauer Reparationskommission, Pauley, auf einer gemeinsamen Sitzung der britischen und amerikanischen Gruppe bei der Reparationskommission in Babelsberg, "daß die deutschen, den Reparationen unterliegenden Vermögenswerte in dem Gebiet, das an Polen abgetreten werden sollte, mit ziemlicher Sicherheit den Wert des Reparationsanspruchs Polens übersteigen würden. Eine Möglichkeit, mit dem Problem fertigzuwerden, könne darin bestehen, Polen den Überschuß an jährlichen Lieferungen aus laufender Produktion zurückgeben zu las-

<sup>668</sup>Aufzeichnung Dunns für Außenminister Byrnes über eine Besprechung mit britischen Sachverständigen, 14. 7. 1945, FRUS, PD I, S. 781; dt. Text in DDP II/1, S. 226.

<sup>669</sup>Britische Notizen (15. 7. 1945) über eine vorbereitende Besprechung mit amerikanischen Experten am 14. 7. 1945, DBPO I/1, Doc. 142, S. 285-286.

<sup>670</sup>Dunn an Byrnes, 15. 7. 1945, FRUS, PD I, S. 783-784; DDP II/1, S. 923.

sen.<sup>671</sup> Mit diesen Erwägungen deutete sich möglicherweise die später von Byrnes vorgebrachte Paketlösung zwischen Reparationen und Grenzfrage an.

Während in dieser Sitzung die abzutretenden Gebiete nicht genau bezeichnet wurden, berichtete Pauley Byrnes in den folgenden Tagen, die amerikanische Delegation untersuche das "Verhältnis zwischen Reparationen und abgetretenem deutschem Gebiet".<sup>672</sup> Es ist zwar nicht ausgeschlossen, daß Byrnes Pauley angewiesen hat, diese Fragen zu untersuchen, doch ein Quellenhinweis findet sich dazu nicht.<sup>673</sup> Immerhin war Pauley ein sehr eigenständiger und energischer, auf rasche Ergebnisse bedachter Wirtschaftsexperte, wie sich bereits bei den Sitzungen der Reparationskommission gezeigt hatte. So weist der Vorschlag über zonenbezogene Abschlagelieferungen vom 9. Juli in Moskau auf eine eigenständige Tätigkeit Pauleys und seiner Mitarbeiter hin. Jedenfalls ließ Pauley bei dem amtierenden Leiter der US-Delegation bei der Reparationskommission in Moskau, Sproul, anfragen, "welcher Prozentsatz an Anlagevermögen Vorkriegsdeutschlands" sich in der sowjetischen Zone befinde und welchen "Wert des beweglichen deutschen Anlagevermögens im Jahre 1938 *östlich der Oder-Neiße-Linie*" man schätzungsweise annehmen müsse.<sup>674</sup>

Die Unterscheidung zwischen beweglich und unbeweglich hatte natürlich den Hintergrund, daß alles, was beweglich war, von den Sowjets auch abtransportiert werden konnte. Es ging bei diesen Untersuchungen also nicht nur um die Territorien östlich der Oder, die Deutschland unstrittig abtreten sollte, sondern auch um die Gebiete östlich der Lausitzer Neiße, obwohl die Quellen nicht zwischen beiden Neiße-Flüssen unterscheiden. Erst in weiteren Papieren findet sich ein indirekter Hinweis auf die Einbeziehung Niederschlesiens.<sup>675</sup> Freilich ist die genaue Unterscheidung zwischen der Linie an Oder und Glatzer Neiße einerseits bzw. an Oder und Lausitzer Neiße andererseits zwingend notwendig, um die Tragweite der Paketlösung zu verstehen. Auch wenn Byrnes die Linie Oder-Glatzer Neiße schon vor der Konferenz erwogen haben mag: die Gebietsdifferenz zwischen Oder-Linie und Oder-Glatzer Neiße (entsprechend dem kleinen Gebiet um Glatz zwischen Oppeln und der Glatzer Neiße) war weitaus geringer als die zwischen der Linie Oder-Glatzer Neiße und Oder-Lausitzer-Neiße (entsprechend dem Großteil Niederschlesiens). Es besteht angesichts dieser Dimensionen kaum ein Unterschied zwischen der Oderlinie und der Linie Oder-Glatzer Neiße.

Insofern ist es wahrscheinlich, daß Byrnes erst durch die überaus zähen Verhandlungen im Konferenzverlauf dazu gekommen ist, der Ausdehnung der polnischen Verwaltung bis an die Glatzer und dann die Lausitzer Neiße wirklich zuzustimmen. Dafür spricht

---

<sup>671</sup>Sitzung am 15. 7. 1945, britische Notizen, DDP II/1, S. 615-617, Zit. S. 617. Die US-Notizen sind weniger ausführlich, DDP II/1, S. 614-615.

<sup>672</sup>Pauley an Byrnes, 16. 7. 1945, FRUS, PD II, S. 831, dt. Text DDP II/1, S. 627 (es heißt nicht *abzutretendes* deutsches Gebiet!); Pauley an Byrnes, 18. 7. 1945, FRUS, PD II, S. 842-843, dt. Text DDP II/1, S. 643-645.

<sup>673</sup>Eine Anweisung von Byrnes vermutet Lilje, S. 147.

<sup>674</sup>Pauley an Sproul, 17. 7. 1945, FRUS, PD II, S. 841, dt. Text in DDP II/1, S. 635, Hervorh. von mir. Die Antwort aus Moskau kam einen Tag später, 18. 7. 1945, FRUS, PD II, S. 841-842, dt. Text in DDP II/1, S. 643: Das "bewegliche Anlagevermögen östlich der Oder-Neiße-Linie" habe "etwa 12% des Gesamtwertes in Deutschland" betragen. Vgl. dazu die überwiegend undat. Arbeitsunterlagen in FRUS, PD II, S. 879-885.

<sup>675</sup>Vgl. das Schreiben Pauleys an den US-Vertreter in der Reparationskommission in Moskau, 17. 7. 1945, FRUS, PD II, S. 841, und die Antwort aus Moskau, 18. 7. 1945, ebda., S. 841-842. Vgl. das undat. Arbeitspapier in FRUS, PD II, S. 879-881, in dem "Niederschlesien" erwähnt wird; d. h. das Kürzel "East of O/N bezeichnete die Lausitzer Neiße".

auch, daß Byrnes, um das Reparationsproblem zu lösen, am 23. Juli zunächst vorschlug, die Reparationen sollten auf Zonenbasis geregelt werden, und erst in einem zweiten Schritt am 27. bzw. 29. Juli die Reparationsregelung mit der Grenzziehung verknüpfte.<sup>676</sup>

Byrnes unterbreitete seinem Amtskollegen Molotow am 29. Juli im Beisein Trumans den Vorschlag einer Übereinkunft an, mit einer Anerkennung der polnischen Verwaltung bis zur Linie Oder-Glatzer Neiße.<sup>677</sup> Die abschließende Regelung bis zur Friedenskonferenz zurückzustellen, bedeute nicht, daß Polen dieses zusätzliche Gebiet nicht auch erhalten könne. Einen Tag später, am 30. Juli, bot Byrnes Molotow jedoch aus freien Stücken die Ausdehnung polnischer Verwaltung bis zur Linie Oder-Lausitzer Neiße an. Die britische Delegation, räumte Byrnes ein, sei bislang nicht informiert worden.<sup>678</sup>

Der Grund für diese schließlich erhebliche amerikanische Konzessionsbereitschaft - es ging immerhin um die Einbeziehung Niederschlesiens, eines Industriegebietes mit knapp drei Millionen Einwohnern, in den provisorischen polnischen Machtbereich - ist nicht ersichtlich. Möglicherweise erfuhr Byrnes am 30. Juli über britische Vertreter, daß die in Potsdam anwesenden Polen nach wie vor auf der Lausitzer Neiße bestanden.<sup>679</sup> Ob Byrnes auch Informationen über das Geheimgespräch zwischen Stalin und den Polen zu Ohren gekommen waren, ist unwahrscheinlich. Byrnes war den Streit wohl einfach leid, nun, da die Sowjetunion seinem Reparationsvorschlag beinahe zuzustimmen bereit war.<sup>680</sup> Jedenfalls war mit dem Handel zwischen Byrnes und Molotow eine Vorentscheidung in der strittigen Grenzfrage getroffen, während das Feilschen um die Reparationen noch andauerte. Der amerikanische Außenminister setzte die britische Delegation mit seinem Vorgehen unter einen Druck, dem diese nichts entgegenzusetzen konnte, auch wenn sie es gewollt hätte.<sup>681</sup> Als in der elften Plenarsitzung am 31. Juli die britische Delegation nachgab, beschloß Stalin die Diskussion mit den Worten: "Die Angelegenheit hängt von den Polen ab, so verstehe ich es."<sup>682</sup>

---

<sup>676</sup> Vgl. Kap. 4. 6. und 4. 7. Byrnes' Memoiren sind hier wenig aufschlußreich: *Speaking frankly*, New York 1947, S. 81-87.

<sup>677</sup> Unterredung Truman-Molotow, 29. 7. 1945, FRUS, PD II, S. 471-476 (US-Notizen); PK, S. 195-202 (sowjetische Notizen), Truman, Memoiren, I, S. 406-408. Vgl. das "Proposal by the United States Delegation - Western Frontier of Poland", 29. 7. 1945, FRUS, PD II, S. 1150.

<sup>678</sup> Unterredung Byrnes-Molotow, 30. 7. 1945, FRUS, PD II, S. 480-483 (US-Notizen); KSU, PK, S. 202-205 (sowjetische Notizen). Vgl. das "Proposal by the United States Delegation - Western Frontier of Poland", 30. 7. 1945, FRUS, PD II, S. 1150-1151.

<sup>679</sup> Vgl. Dilks, *Diaries*, S. 775.

<sup>680</sup> J. Foschepoth, *Die Westmächte, Adenauer und die Vertriebenen*, in: W. Benz (Hg.), *Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten*, Frankfurt 1985, S. 74.

<sup>681</sup> 11. Plenarsitzung, 31. 7. 1945, FRUS, PD II, 533-535; Fischer, PP, 347-350.

<sup>682</sup> 11. Plenarsitzung, Fischer, PP, S. 350; KSU, PD, S. 214. Vgl. Feis, *Zwischen Krieg und Frieden*, S. 241-253, Mastny, *Moskaus Weg*, S. 351-367.